

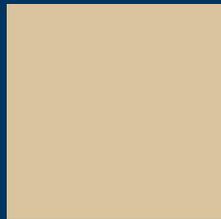
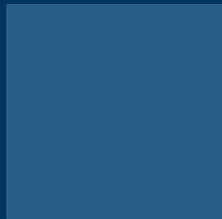
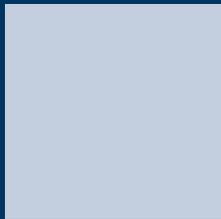
Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**



Kommunale Demokratieförderung

Begriff, Modell und Praxis

Danksagung

Den Mitarbeiter*innen der Koordinierungs- und Fachstellen sowie der Federführenden Ämter, die an unseren Befragungen teilgenommen haben, möchten wir an dieser Stelle unseren herzlichen Dank ausdrücken. Sie haben alle entscheidend am Zustandekommen dieses Berichts mitgewirkt.

Das Team des ISS-Frankfurt am Main

Impressum

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, Januar 2022

Autor*innen.

Carlos Becker

Irina Bohn

Jan Saßmannhausen

Talisa Schwall

unter Mitarbeit von

Sandra Michaelis

Max Waibel

Erster Schwerpunktbericht der Wissenschaftlichen Begleitung des Handlungsbereich „Kommune“ (Förderung lokaler „Partnerschaften für Demokratie“) im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (2020 – 2024)

Gefördert vom Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend

„Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.“

Kurzzusammenfassung

Hier finden Sie eine kurze Zusammenfassung der in diesem Bericht enthaltenen Inhalte. Sie skizziert die theoretische Fundierung unseres empirischen Ansatzes zur Systematisierung des Vorgehens lokaler Partnerschaften für Demokratie. Sie finden überdies eine kurze Darstellung fünf idealtypischer Handlungsstrategien.

Gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen der (kommunalen) Demokratieförderung

Für Interessierte umreißt der einführende Prolog die multipolaren Krisen demokratischer Gesellschaften als Rahmenbedingungen kommunaler Demokratieförderung und nimmt fünf zentrale Herausforderung demokratiepolitischen Arbeitens in den Blick, mit denen auch die Partnerschaften für Demokratie konfrontiert sind.

Was heißt (kommunale) Demokratieförderung?

Nach einer kursorischen Vorstellung des in diesem Bericht vorgeschlagenen Modells kommunaler Demokratieförderung liegt der Fokus dieses Kapitels zunächst auf der theoretischen Herleitung eines mehrdimensionalen Analyserasters der Demokratieförderung, das „Aneignung“ und „Abwehr“ als Grundbegriffe einführt. Im Folgenden werden sodann die Partnerschaften für Demokratie als Akteur*innen der praktischen Umsetzung kommunaler Demokratieförderung in den Blick genommen und deren Handlungsrepertoire systematisiert.

Dimensionen der kommunalen Demokratieförderung – bei den Partnerschaften

Das fünfte Kapitel gliedert auf der Grundlage multimethodischer Verfahren die Praxis der Partnerschaften in fünf Zielbereiche der kommunalen Demokratieförderung, die grundlegend auf die Vermittlung von Demokratie als Lebens- und Regierungsform, die Förderung gesellschaftlicher Mitbestimmung, die Stärkung gemeinwohlorientierten Handelns, die Stärkung demokratischer Dialog- und Konfliktfähigkeiten sowie die Setzung demokratischer Grenzen ausgerichtet sind. Diese fünf Dimensionen bilden die Grundlage des im folgenden Kapitel dargestellten Modells kommunaler Demokratieförderung.

Ein mehrstufiges Modell kommunaler Demokratieförderung

Dieses Kapitel führt die empirisch erschlossenen Zielbereiche der kommunalen Demokratieförderung mit dem eingangs konzeptualisierten Analyseraster der Demokratieförderung zusammen. Daraus wird zusammenfassend ein theoretisch und empirisch abgesichertes, mehrdimensionales Modell der kommunalen Demokratieförderung abgeleitet, das in dieser Form bislang noch aussteht.

Idealtypische Handlungsstrategien (kommunaler) Demokratieförderung

Die ausgesprochene Vielgestaltigkeit des Handlungsrepertoires der 300 Partnerschaften für Demokratie wird auf Grundlage der in den vorangehenden Kapiteln skizzierten Systematisierung zu fünf idealtypischen Handlungsstrategien verdichtet. Das Kapitel enthält neben einer ersten Annäherung an die fünf Strategien sowohl eine kurze überblicksartige Darstellung als auch eine ausführliche Beschreibung unter Berücksichtigung ihrer sozialräumlichen Kontexte, der wahrgenom-

menen Problemlagen und vorhandener Ressourcen sowie der mit den übergeordneten Zielstellungen verbundenen Mittel und Formate. Ob sich die Partnerschaften nun eher im Sinne ressourcenorientierter Aneignung oder stressorientierter bzw. problemzentrierter Abwehr ausrichten – so die in Kapitel 6.6 formulierte These – hängt nicht zuletzt von einem Wechselspiel aus Druck und Resilienz ab.

Exkurs: „Shrinking Spaces“ im Kontext der idealtypischen Handlungsstrategien

Partnerschaften für Demokratie setzen sich unter anderem mit aktuellen Ausformungen demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene auseinander. Dabei geraten sie bisweilen selbst in den Fokus bzw. müssen gerade auch vor dem Hintergrund sich verschiebender Mehrheiten auf kommunalpolitischer Ebene agieren. Dieser Exkurs skizziert in aller Kürze die Situation dreier Standorte des qualitativen Samples.

Empfehlungen

Der vorliegende Schwerpunktbericht mündet in ausgewählten Handlungsempfehlungen, die Befunde mehrerer Erhebungen zusammenführen und sich zuvorderst an die programmgebenden Akteur*innen richten.

Anhang

Eine ausführliche Beschreibung des Untersuchungsdesigns inklusive der Definition ausgewählter statistischer Kennzahlen, zentrale Literaturangaben und Tabellennachweise sind in diesem Teil nachzuschlagen.

Inhalt

PROLOG

1	Kurzzusammenfassung	2
2	Gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen der (kommunalen) Demokratieförderung	7
2.1	Gesellschaftliche Polarisierung	7
2.2	Der Aufstieg des (Rechts)Populismus	9
2.3	Demokratische Partizipations- und Repräsentationsdefizite	10
2.4	Der Wandel politischer Partizipation und Öffentlichkeit	12
2.5	Übergriffe und Beeinträchtigungen der demokratischen Zivilgesellschaft	14

TEIL I FACHLICHE KONTURIERUNG DES HANDLUNGSFELDES (KOMMUNALER) DEMOKRATIEFÖRDERUNG

3	Was heißt (kommunale) Demokratieförderung?	21
3.1	Theoretische Vorüberlegungen zum Konzept der kommunalen Demokratieförderung	24
3.2	Die Partnerschaften als Akteur*innen kommunaler Demokratieförderung	31
3.3	Handlungsrepertoire der kommunalen Demokratieförderung bei den Partnerschaften für Demokratie	35
4	Dimensionen der kommunalen Demokratieförderung	40
4.1	Vermittlung der Demokratie als Lebens- und Regierungsform	43
4.2	Förderung gesellschaftlicher Mitbestimmung	46
4.3	Stärkung des gemeinwohlorientierten Handelns	49
4.4	Stärkung demokratischer Dialog- und Konfliktkompetenzen	51
4.5	Setzen demokratischer Grenzen	54
5	Ein mehrstufiges Modell kommunaler Demokratieförderung	57

TEIL II TYPOLOGISIERUNG DER INTEGRIERTEN HANDLUNGSSTRATEGIEN LOKALER PARTNERSCHAFTEN FÜR DEMOKRATIE

6	Idealtypische Handlungsstrategien (kommunaler) Demokratieförderung	65
6.1	Strategie der Förderung individueller Demokratiefestigkeit (Idealtyp 1)	74
6.2	Strategie der umfassenden Stärkung demokratischer Abwehrkräfte (Idealtyp 2)	83

6.3	Strategie der Erfahrbarmachung von Demokratie (Idealtyp 3)	94
6.4	Strategie der demokratischen Abwehr von Diskriminierung (Idealtyp 4)	104
6.5	Strategie der teilhabeorientierten Gestaltung pluraler Gemeinschaften (Idealtyp 5)	114
6.6	Verortung der idealtypischen Handlungsstrategien im Bereich der kommunalen Demokratieförderung	123
7	Exkurs – „Shrinking Spaces“ im Kontext der idealtypischen Handlungsstrategien	134
8	Empfehlungen	138
9	Grundsätze und Gesamtdesign der Wissenschaftlichen Begleitung	144
9.1	Methodisches Vorgehen des ISS e.V.	146
9.2	Untersuchungsdesign zur Realisierung des Bausteins „Kommunale Demokratieförderung“	147
10	Literatur	153
11	Tabellen	164

Abbildung 1: Dimensionen und Interdependenz von Individuum, Kultur und Struktur	26
Abbildung 2: Theoriebasiertes Analyseraster der Demokratieförderung	30
Abbildung 3: Stellenwert von Handlungsbereichen in der Arbeit der Partnerschaften	34
Abbildung 4: Methodik zur Herleitung der Handlungselemente	35
Abbildung 5: Handlungsrepertoire der kommunalen Demokratieförderung bei den Partnerschaften für Demokratie	36
Abbildung 6: Empirische Erfassung der Handlungselemente	37
Abbildung 7: Verteilung der Zustimmung zu den Handlungszielen der kommunalen Demokratieförderung	38
Abbildung 8: Methodik zur Dimensionalisierung	40
Abbildung 9: Systematisiertes Handlungsrepertoire der kommunalen Demokratieförderung bei den Partnerschaften für Demokratie	42
Abbildung 10: Zielbereich der Vermittlung von Grundlagen der Demokratie als Lebens- und Regierungsform	45
Abbildung 11: Zielbereich der Förderung gesellschaftlicher Mitbestimmung	47
Abbildung 12: Zielbereich der Förderung gemeinwohlorientierten Handelns	50
Abbildung 13: Zielbereich der Stärkung demokratischer Dialog- und Konfliktkompetenzen	52
Abbildung 14: Zielbereich des Setzens demokratischer Grenzen	55
Abbildung 15: Mehrdimensionales Modell der kommunalen Demokratieförderung	60
Abbildung 16: Theorie- und empiriebasiertes Analyseraster der kommunalen Demokratieförderung	63
Abbildung 17: Methodisches Vorgehen zur Bildung der Idealtypen	67
Abbildung 18: Übergeordnete Ziele der Strategie der teilhabeorientierten Gestaltung pluraler Gemeinschaften	69
Abbildung 19: Übergeordnete Ziele der Strategie der demokratischen Abwehr von Diskriminierung	69
Abbildung 20: Übergeordnete Ziele der Strategie der umfassenden Stärkung demokratischer Abwehrkräfte auf	70
Abbildung 21: Übergeordnete Ziele der Strategie der Förderung individueller Demokratiefestigkeit	71
Abbildung 22: Übergeordnete Ziele der Strategie der Erfahrbarmachung von Demokratie	72
Abbildung 23: Die Idealtypen im Überblick (Kontext – Ziele – Mittel)	73
Abbildung 24: Ausgewählte Handlungselemente der Strategie der Förderung individueller Demokratiefestigkeit	79

Abbildung 25: Ausgewählte Handlungselemente der Strategie der umfassenden Stärkung demokratischer Abwehrkräfte 1	89
Abbildung 26: Ausgewählte Handlungselemente der Strategie der umfassenden Stärkung demokratischer Abwehrkräfte 2	91
Abbildung 27: Ausgewählte Handlungselemente der Strategie der Erfahrbarmachung von Demokratie	101
Abbildung 28: Ausgewählte Handlungselemente der Strategie Abwehr von Diskriminierung	111
Abbildung 29: Ausgewählte Handlungselemente der Strategie der teilhabeorientierten Gestaltung pluraler Gemeinschaften	120
Abbildung 30: Verortung der Idealtypen im Analyseraster der kommunalen Demokratieförderung	126
Abbildung 31: Grundzüge eines idealtypischen Modells zur Wahl der Zugänge im Bereich (kommunaler) Demokratieförderung	130
Abbildung 32: Bausteine der Wissenschaftlichen Begleitung durch das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.	145

Tabelle 1:	Problemdruck je Themenfeld	164
Tabelle 2:	Bearbeitete Themenfelder mit Stellenwert	165
Tabelle 3:	Verteilung der Zustimmung zu den Handlungselementen der kommunalen Demokratieförderung (Teil 1, Handlungselemente, die am häufigsten adressiert werden)	166
Tabelle 4:	Verteilung der Zustimmung zu den Handlungselementen der kommunalen Demokratieförderung (Teil 2, Handlungselemente, die am seltensten adressiert werden)	167
Tabelle 5:	Mittelwerte der Zielbereiche nach Strategietypen	168
Tabelle 6:	Strategietypen nach regionaler Verortung	168
Tabelle 7:	Strategietypen nach Verwaltungseinheit	168
Tabelle 8:	Strategietypen nach Einwohner*innenzahl und Verwaltungseinheit	169
Tabelle 9:	Strukturdaten auf Landkreisebene nach Strategietypen	170
Tabelle 10:	Zugang zu Ressourcen in den Förderregionen nach Strategietypen	171
Tabelle 11:	Strukturelle Voraussetzungen für Beteiligung nach Strategietypen	172
Tabelle 12:	Sozialkapital vor Ort nach Strategietypen	173
Tabelle 13:	Problemdruck je Themenfeld nach Strategietypen	173
Tabelle 14:	Aktivität demokratiefeindlicher Akteur*innen in der Förderregion nach Strategietypen (Teil 1)	174
Tabelle 15:	Aktivität demokratiefeindlicher Akteur*innen in der Förderregion nach Strategietypen (Teil 2)	175
Tabelle 16:	Demokratiefeindliche Aktionen in den Förderregionen nach Strategietypen (Teil 1)	176
Tabelle 17:	Demokratiefeindliche Aktionen in den Förderregionen nach Strategietypen (Teil 2)	177
Tabelle 18:	Offensiv im öffentlichen Diskurs vertretene demokratie- und menschenfeindliche Positionen nach Strategietypen	178
Tabelle 19:	Auftreten demokratiefeindlicher Konsequenzen in den Förderregionen nach Strategietypen (Teil 1)	179
Tabelle 20:	Auftreten demokratiefeindlicher Konsequenzen in den Förderregionen nach Strategietypen (Teil 2)	180
Tabelle 21:	Zusammenhangsmaß (Spearman's Rangkorrelationskoeffizient) für Stellenwert und Problemdruck der Partnerschaften nach Strategietypen	181
Tabelle 22:	Mittelwerte der Handlungselemente nach Strategietypen (Teil 1)	182
Tabelle 23:	Mittelwerte der Handlungselemente nach Strategietypen (Teil 2)	183

Tabelle 24:	Mittelwerte der Handlungselemente nach Strategietypen (Teil 3)	184
Tabelle 25:	Bereiche, in denen durch die Arbeit in den Partnerschaften Verbesserungen bzw. Fortschritte angestrebt werden, nach Strategietypen	185
Tabelle 26:	Stellenwert der bearbeiteten Themenfelder nach Strategietypen (Teil 1)	186
Tabelle 27:	Stellenwert der bearbeiteten Themenfelder nach Strategietypen (Teil 2)	187
Tabelle 28:	Stellenwert der bearbeiteten Themenfelder nach Strategietypen (Teil 3)	188
Tabelle 29:	Aktionen demokratischer und weltoffener Akteur*innen in den Förderregionen nach Strategietypen	189
Tabelle 30:	Öffentliche Reaktion auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle (z.B. durch zeitnahe Verurteilung, Gegendemonstrationen bzw. zivilgesellschaftliche Gegenwehr) nach Strategietypen	190
Tabelle 31:	Einbindung unterschiedlicher Akteur*innengruppen in die Aktivitäten der Partnerschaften für Demokratie nach Strategietypen	191
Tabelle 32:	Engagement der politischen Spitze (Bürgermeister*in, Landrät*in) an der Partnerschaft für Demokratie nach Strategietypen	192
Tabelle 33:	Tätigkeitsdauer des*der dienstältesten Koordinator*in der externen Koordinierungs- und Fachstellen nach Strategietypen	192
Tabelle 34:	Kenntnis- und Erfahrungsumfang der Koordinierungs- und Fachstelle nach Strategietypen	193
Tabelle 35:	Etablierung der Auseinandersetzung mit den Kernthemen der Partnerschaft für Demokratie (z.B. Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus) in den Förderregionen zum 1. Quartal 2021 nach Strategietypen	194
Tabelle 36:	Erfahrung (Routine) in der Netzwerkarbeit der Kooperationspartner*innen nach Strategietypen	195
Tabelle 37:	Engagementbereich des Begleitausschusses nach Strategietypen	195
Tabelle 38:	Maßgebliche Verfahren für die Zieldefinition der Partnerschaft für Demokratie nach Strategietypen	195
Tabelle 39:	Ableitung und Umsetzung der Maßnahmen zur Realisierung des Konzepts der integrierten Handlungsstrategien nach Strategietypen	196
Tabelle 40:	Häufigkeit des Wissensaustauschs zwischen Netzwerkmitgliedern und der Partnerschaften für Demokratie nach Strategietypen	196
Tabelle 41:	Aktive demokratiefreundliche Akteur*innen in den Förderregionen nach Strategietypen	197
Tabelle 42:	Auswirkungen der pandemiebedingten Einschränkungen auf die zivilgesellschaftliche Verfasstheit nach Strategietypen	198

Tabelle 43:	Auftreten demokratie- und menschenfeindlicher Konfliktkonstellationen, die in offener Gegnerschaft ausgetragen werden in den Förderregionen nach Strategietypen	199
Tabelle 44:	Auftreten von Beleidigung, Bedrohung und Übergriffen in den Förderregionen nach Strategietypen (Teil 1)	200
Tabelle 45:	Auftreten von Beleidigung, Bedrohung und Übergriffen in den Förderregionen nach Strategietypen (Teil 2)	201
Tabelle 46:	Zielgruppen, die die Partnerschaften für Demokratie schwerpunktmäßig erreichen möchten, nach Strategietypen	202
Tabelle 47:	Behinderung der Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteur*innen in den Förderregionen nach Strategietypen	202
Tabelle 48:	Beeinträchtigung der Arbeit der Partnerschaften für Demokratie durch Einflussnahmen und Versuche zur Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume nach Strategietypen	203
Tabelle 49:	Kreuztabelle: Stellenwert von Vielfaltförderung und Rassismus bei Typ Strategietyp 4	203
Tabelle 50:	Zusammenfassung von Anstreben von Verbesserung und Stellenwert der bearbeiteten Themenfelder nach Strategietypen (Teil 1)	204
Tabelle 51:	Zusammenfassung von Anstreben von Verbesserung und Stellenwert der bearbeiteten Themenfelder nach Strategietypen (Teil 2)	205
Tabelle 52:	Zusammenfassung von Anstreben von Verbesserung und Stellenwert der bearbeiteten Themenfelder nach Strategietypen (Teil 3)	206
Tabelle 53:	Grund für die Ansiedlung beim Träger nach Strategietypen	207
Tabelle 54:	Kooperation mit verschiedenen Akteur*innen nach Strategietypen	207
Tabelle 55:	Mittelwerte der Handlungsdimensionen nach Strategietypen	208
Tabelle 56:	Aspekte der Resilienz im Bereich Vielfaltförderung in den Förderregionen nach Strategietypen	209
Tabelle 57:	Umgang mit aktuellen gesellschaftlichen Themen, Unzufriedenheiten und Kritik an sozialen und politischen Verhältnissen in den Partnerschaften für Demokratie nach Strategietypen	209
Tabelle 58:	Zusammensetzung des Begleitausschusses nach Strategietypen	210
Tabelle 59:	Operationalisierungstabelle des Regressionsmodells (Teil 1)	211
Tabelle 60:	Operationalisierungstabelle des Regressionsmodells (Teil 2)	212
Tabelle 61:	Operationalisierungstabelle des Regressionsmodells (Teil 3)	213
Tabelle 62:	Regressionsmodell der abhängigen Variablen der Störungszentrierung	214

Tabelle 63:	Verteilung der Zustimmung zu den Handlungselementen der kommunalen Demokratieförderung (Teil 1)	215
Tabelle 64:	Verteilung der Zustimmung zu den Handlungselementen der kommunalen Demokratieförderung (Teil 2)	216
Tabelle 65:	Verteilung der Zustimmung zu den Handlungselementen der kommunalen Demokratieförderung (Teil 3)	217
Tabelle 66:	Verteilung der Zustimmung zu den Handlungselementen der kommunalen Demokratieförderung (Teil 4)	218

PROLOG

1 Kurzzusammenfassung

Der vorliegende Bericht spiegelt in verschiedener Weise die Herausforderungen der Corona-Pandemie wider. Das betrifft nicht nur die adressierten Arbeitsschwerpunkte und damit auch die inhaltlichen Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie. Vielmehr war sowohl das operative Geschäft der Partnerschaften als auch die wissenschaftliche Begleitung von vielgestaltigen, pandemiebedingten Einschränkungen betroffen, die wiederkehrende Anpassungsleistungen notwendig gemacht haben. Vor dem Hintergrund der damit verbundenen Schwierigkeiten soll an dieser Stelle nochmals gesondert allen Beteiligten, die an dem Prozess der Berichtslegung mitgewirkt haben, für ihr Mitwirken, ihre Kooperations- und Anpassungsbereitschaft gedankt werden.

Im Zentrum des diesjährigen Schwerpunktberichts stehen das Konzept und die Praxis der kommunalen Demokratieförderung bei den Partnerschaften. Dies umfasst zwei wesentliche Schwerpunkte: zum einen geht es um die (1) fachliche Konturierung und konzeptuelle Systematisierung des Begriffs- und Handlungsfeldes der Demokratieförderung, die in einem mehrdimensionalen Modell der übergreifenden Zielbereiche kommunaler Demokratieförderung bei den Partnerschaften für Demokratie mündet. Zum anderen wird im Angesicht der Heterogenität der Kontexte und Arbeitsschwerpunkte eine empirisch fundierte Typologisierung der integrierten Handlungsstrategien eingeführt, die eine (2) idealtypische Differenzierung der praktischen Umsetzung kommunaler Demokratieförderung bei den Partnerschaften für Demokratie ausbuchstabiert.

Den Prolog des vorliegenden Berichts bildet ein einleitendes Kapitel, das sich den gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen demokratiepolitischen Arbeitens widmet. Dafür werden mit der gesellschaftspolitischen Polarisierung, dem Aufstieg des (Rechts)Populismus, der Repräsentations- und Partizipationskrise, dem Wandel politischer Öffentlichkeit und Mitbestimmung sowie den Einschränkungen und Übergriffen auf die demokratische Zivilgesellschaft fünf zentrale Herausforderungen bzw. Krisenphänomene demokratischer Gesellschaften skizziert, mit denen auch die Praxis der Partnerschaften in unterschiedlicher Weise konfrontiert ist und die damit zugleich Auswirkungen auf die jeweiligen Relevanzsetzungen haben, die sie in der praktischen Umsetzung kommunaler Demokratieförderung vornehmen.

Der folgende Teil I des Berichts nimmt den ersten oben genannten Schwerpunkt in den Blick und dient der konzeptuellen Systematisierung der kommunalen Demokratieförderung. Dafür liegt der Fokus des dritten Kapitels zunächst auf der fachlichen Konturierung des Begriffs- und Handlungsfeldes der Demokratieförderung, das im Anschluss an ein erweitertes Konzept der Politischen Kultur in ein theoriebasiertes, mehrdimensionales **Analyseraster der (kommunalen) Demokratieförderung** mündet. Vor diesem Hintergrund werden mit den Begriffen der Aneignung und Abwehr zwei systematisierende Grundbegriffe eingeführt und die (lokale) Stärkung von Demokratie zugleich auf der individuellen, kollektiv-kulturellen und strukturell-institutionellen Ebene verortet. Insgesamt wird (kommunale) Demokratieförderung damit als Dachbegriff einer sowohl auf die ressourcenorientierte Aneignung von Demokratie als auch auf die Abwehr demokratie- und menschenfeindlicher Gefährdungen abhebenden Handlungspraxis eingeführt.

Mit dem Übertrag des vorgestellten Modells der Demokratieförderung auf die kommunale Ebene geraten die Partnerschaften für Demokratie als Akteur*innen der lokalen Förderung von Demokratie in den Blick. Nach einer kurzen Darstellung der heterogenen Kontexte, in denen die Partnerschaften ihre Arbeit umsetzen, wird ins Auge gefasst, bezüglich welcher Phänomenbereiche ihre Vertreter*innen den größten Handlungsdruck zurückmelden (z.B. Vielfaltförderung, Antisemitismus) und wie sich daraus folgend die übergreifende Verteilung der inhaltlich adressierten Arbeitsschwerpunkte (z.B. Bearbeitung von Rechtsextremismus) gestaltet. Für die Bearbeitung der lokalen Problemlagen und inhaltlichen Schwerpunktsetzungen fokussieren die Partnerschaften dabei konkrete Maßnahmen bzw. Handlungsziele (wie etwa die Förderung der kritischen Reflexionskompetenz oder die Sensibilisierung für demokratiefeindliche Phänomene), die in ihrer Gesamtheit das Handlungsrepertoire der Partnerschaften für Demokratie abbilden, welches mittels eines mehrstufigen Untersuchungsdesigns erschlossen wurden.

Das vierte Kapitel zeigt nun auf, wie sich auf multimethodischem Wege Sinnzusammenhänge zwischen diesen Handlungszielen erschließen lassen und damit die lokale Praxis der Partnerschaften in **fünf, übergreifende Zielbereiche** der lokalen Stärkung von Demokratie eingeteilt werden kann. Demzufolge richtet sich kommunale Demokratieförderung aus auf:

- erstens die *Vermittlung der Grundlagen von Demokratie als Lebens- und Regierungsform*, d.h. die Förderung der werte- und emotionsgebundenen Anerkennung von Grundwerten und Verfahren der Demokratie sowie die Vermittlung von Kenntnissen zu Grundstrukturen des demokratischen Systems;
- zweitens die *Förderung gesellschaftlicher Mitbestimmung*, d.h. die Befähigung von Individuen zur aktiven, kritisch-reflexiven Teilhabe an demokratischen Mitbestimmungsprozessen sowie die strukturelle Erweiterung und Erneuerung demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten;
- drittens die *Stärkung gemeinwohlorientierten Handelns*, d.h. die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch die Unterstützung vielfältiger, sozialer Beziehungen und Organisationen des zivilgesellschaftlichen Engagements sowie das Voranbringen von gesellschaftspolitischer Chancengleichheit und Inklusion;
- viertens die *Stärkung demokratischer Dialog- und Konfliktkompetenzen*, d.h. die Förderung der Akzeptanz einer demokratischer Dialog- und Konfliktkultur sowie die Befähigung zum reflektierten und demokratisch standfesten Umgang mit dem demokratischen Meinungspluralismus und dessen Gegnern;
- fünftens das *Setzen demokratischer Grenzen*, d.h. sowohl die sensibilisierende Aufklärung und Aufdeckung von antidemokratischen Erscheinungsformen und Bewegungen als auch die direkte, räumliche und strukturelle Eingrenzung von Aktivitäten und Bewegungen des antidemokratischen Spektrums sowie die öffentlich sichtbare und institutionelle Unterstützung von Betroffenen demokratie- und menschenfeindlicher Übergriffe.

Ausgehend von diesen Vorarbeiten führt das fünfte Kapitel die vorangegangenen Abschnitte zusammen und zugleich ein theoriebasiertes und empirisch abgestütztes, mehrstufiges **Modell der kommunalen Demokratieförderung** ein, das sich folgendermaßen definieren lässt. Kommunale Demokratieförderung richtet sich zugleich auf die *Aneignung* von Demokratie und

die *Abwehr* antidemokratischer Gefährdungen aus und setzt dabei mehrdimensional auf der *individuellen, kulturell-kollektiven und strukturellen* Ebene an. Mit dem Fokus auf die ressourcenorientierte Förderung der Aneignung von Demokratie wird zum einen die Unterstützung von demokratischen Sozialisationsprozessen, die Stärkung demokratischer Kultur als auch die Ausweitung demokratischer Beteiligungsstrukturen in den Blick genommen. Zum anderen richtet sich kommunale Demokratieförderung mit der Abwehr antidemokratischer Gefährdungen auf die Eingrenzung demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen sowie auf die Stärkung individueller Abwehrkräfte im Umgang mit antidemokratischen Gruppierungen und Positionen aus. Vor diesem Rahmen lassen sich mit der Vermittlung von Grundlagen der Demokratie als Lebens- und Regierungsform, der Förderung gesellschaftlicher Mitbestimmung, der Stärkung des gemeinwohlorientierten Handelns, der Stärkung demokratischer Dialog- und Konfliktkompetenzen und dem Setzen demokratischer Grenzen zugleich fünf zentrale Kernelemente der kommunalen Demokratieförderung verorten, die erstens auf die Aneignung der fundamentalen Prinzipien des politischen Systems der Demokratie, zweitens die (strukturell ermöglichte) Aneignung demokratischer Beteiligung, drittens Aneignung der Demokratie als vielfältige Lebensform sowie demgegenüber viertens auf die Stärkung demokratischer Abwehrkräfte und fünftens die (sozialräumlich-strukturelle) Abwehr antidemokratischer Bestrebungen abzielen.

Teil II des vorliegenden Berichts widmet sich den unterschiedlichen Strategien, die Partnerschaften bei der Umsetzung kommunaler Demokratieförderung verfolgen. Die folgende Typologisierung nimmt dabei ihren Ausgang von der zuvor erarbeiteten Systematisierung der Zielbereiche kommunaler Demokratieförderung. Dabei haben schon die vorangegangenen Kapitel gezeigt, dass nicht nur die Effekte der bezeichneten Krisen demokratischer Gesellschaften lokal differieren, sondern auch die Voraussetzungen, unter denen die Partnerschaften ihre Arbeit vor Ort verfolgen können. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die Förderung kommunaler Demokratie jeweils kontextsensible Relevanzsetzungen erfordert und in unterschiedliche Strategien übersetzt werden muss. Auf statistischem Wege lassen sich fünf Gruppen differenzieren, welche die Ausrichtungen der 300 Partnerschaften für Demokratie in ihrer Gesamtheit konturieren und zu empirisch fundierten Idealtypen verdichten. Diese zur Komplexitätsreduktion konstruierten Modelle machen deutlich, dass die integrierten Handlungsstrategien zuvorderst ressourcen- bis stresszentriert ausgerichtet sind und Aspekte aneignungs- wie abwehrorientierter Demokratieförderung in sich vereinen:

In Regionen, in denen die „**Strategie der Förderung individueller Demokratiefestigkeit**“ (n = 50) umgesetzt wird, entfalten Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus einen hohen Handlungsdruck, der mancherorts durch die Sorge gespeist wird, dass die vermeintliche Mitte für einschlägige Verlockungen empfänglich sein könnte. Vor diesem Hintergrund richten sich die Partnerschaften vorrangig individuenzentriert aus und suchen die demokratische Resilienz junger Menschen aber auch der breiten Bevölkerung über Aufklärung, Sensibilisierung und Kompetenzentwicklung zu stärken. So werden die Abwehrkräfte bzw. die Widerstandsfähigkeit gerade künftiger Generationen gegenüber antidemokratischen Verheißungen in Erlebnis und Begegnung kultiviert und demokratische Dialog- und Konfliktfähigkeiten gefördert.

„Erfahren, etabliert und selbstbewusst“ – so lässt sich der Kern zivilgesellschaftlich Aktiver beschreiben, welcher sich als Keimzelle demokratischen Engagements den vielfältigen Herausforderungen jener Förderregionen gegenüberstellt, in denen Partnerschaften mit **„Strategien der umfassenden Stärkung demokratischer Abwehrkräfte“** (n = 70) verortet sind. Dabei bildet sich Rechtsextremismus als eingeehter Teil der lokalen Vergangenheit, als aktuelle oder als antizipierte, bzw. künftige Herausforderung deutlich in den Situationsbeschreibungen der Koordinator*innen ab und wird sowohl Grenzen setzend im Sozialraum als auch über die Stärkung des individuellen Immunsystems etwa in Form einer Stärkung demokratischer Dialog- und Konfliktfähigkeit adressiert. Ein zweiter wesentlicher Baustein des breit aufgestellten Ansatzes stellt überdies die Vermittlung von Grundlagenwissen der Demokratie dar und wird ergänzt durch die Stärkung gemeinwohlorientierten Handelns.

Mit **„Strategien der Erfahrbarmachung von Demokratie“** (n = 59) reagieren Partnerschaften auf herausfordernde, fraktal strukturierte Sozialräume, gekennzeichnet durch einen wenig fruchtbaren Nährboden demokratischen Engagements. Die Beteiligungskultur vor Ort soll durch Vernetzungsarbeiten sowie durch erfahrungsorientiertes Demokratielernen junger Menschen mit eher langfristiger Perspektive vitalisiert und überdies die Bevölkerung mittels niedrigschwelliger Angebote aus der politischen Handlungsstarre gelockt werden. Die stress- bis störungszentrierte Bearbeitung einschlägiger Phänomene bildet indes eher ein perspektivisches Ziel, welchem die Aktivierung und der Aufbau von Zivilgesellschaft bzw. ihre Versammlung hinter der Partnerschaft als Knotenpunkt voransteht.

Dicht besiedelte Großstädte bilden jene Kulissen, vor deren Hintergrund Partnerschaften mit **„Strategien der demokratischen Abwehr von Diskriminierung“** (n = 48) die Akzeptanz von Vielfalt herzustellen suchen. Angesichts des pluralen, bisweilen polarisierten und spannungsgeladenen Kontextes verschreiben sich die Partnerschaften einer umfassenden Vielfaltstärkung mit fördernder und zugleich abwehrender Perspektive. Sie tragen zu Teilhabe und Empowerment diskriminierter Gruppen bei und adressieren sowohl rassistische Vorfälle, Denkweisen wie auch Strukturen u.a. in dem sie sich öffentlich wahrnehmbar positionieren, solidarisieren oder individuelle Kompetenzen fördern

„Strategien der teilhabeorientierten Gestaltung pluraler Gemeinschaft“ (n = 65) werden vorrangig in klein- bis mittelstädtischen Regionen mit eingeschränkten Berührungspunkten der lokalen Bevölkerung und zugleich wenig virulenten Herausforderungen des Zusammenlebens in Vielfalt umgesetzt. Entsprechend ist der Ansatz eher weicher Natur und an positiven Werten orientiert, hinter denen sich eine Vielzahl an Akteur*innen versammeln und für die Vorhaben der Partnerschaft aktiviert werden kann. Dabei werden Teilhabefähigkeit wie auch –chancen als doppeltes Fundament gesellschaftlichen Zusammenhalts gestärkt und Problemlagen wie Rassismus eher indirekt adressiert.

Den Abschluss des Schwerpunktberichts bilden Ausführungen sowohl zu den Einflussfaktoren auf die Ausrichtungen bzw. Zugänge der integrierten Handlungsstrategien, neueren Ausformungen des Phänomens der „Shrinking Spaces“ (Kapitel 7) sowie aus den Ergebnissen der Wissenschaftlichen Begleitung resultierende Empfehlungen (Kapitel 8). Letztere beziehen sich u.a. auf die Stärkung von Partnerschaften, die sich in herausfordernden Kontexten engagieren,

auf den Umgang mit eingeschränkten zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräumen und den Bereich digitaler Demokratieförderung.

2 Gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen der (kommunalen) Demokratieförderung

In aller Kürze

Die Rahmenbedingungen demokratischer Gesellschaften sind spannungsgeladen und prägen auch die Arbeit in und an der Demokratie. Im Folgenden werden als Prolog für die kommenden Abschnitte mit der gesellschaftspolitischen Polarisierung, dem Aufstieg des Rechtspopulismus, den Repräsentations- und Legitimationsdefiziten demokratischer Systeme, dem Formwandel politischer Partizipation und Öffentlichkeit und den Einschränkungen und Übergriffen auf die demokratische Zivilgesellschaft fünf zentrale Herausforderungen vertiefend in den Blick genommen.

Die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen demokratischen Handelns sind geprägt von vielfältigen Konfliktlinien, die mit der Corona-Pandemie eine weitere Zuspitzung erfahren. Wirkt sich die pandemische Lage zwar vielerorts wie ein Brennglas auf bestehende Friktionen der Gesellschaft aus,¹ so stehen demokratische Gesellschaften doch schon seit längerer Zeit vor tiefgreifenden Herausforderungen. Finden sich auf der einen Seite Repräsentations- und Legitimationsprobleme demokratischer Gesellschaftsordnungen, die in demokratieskeptischen Einstellungen, Nichtwählerschaft oder populistischen Bewegungen ihren Ausdruck finden, gewinnen auf der anderen Seite offen antidemokratische und autoritäre Positionen weiter an Bedeutung,² die die Demokratie vor ganz andere Schwierigkeiten stellen, weil damit nicht selten direkte (tätliche oder symbolische) Übergriffe auf demokratische Institutionen und Akteur*innen verbunden sind. Besonders Vorfälle, die sich gegen die demokratische Politik und Zivilgesellschaft richten, haben in den letzten Jahren einen mitunter alarmierenden Zuwachs erfahren. In diesem gesellschaftlichen Kontext gelingt es insbesondere rechten und rechtspopulistischen Gruppierungen, für ihre Ziele zu mobilisieren und die Spaltungstendenzen der gesellschaftlichen Mitte für sich nutzbar zu machen. Insgesamt lassen sich vor diesem Hintergrund *fünf zentrale Herausforderungen* hervorheben, vor denen demokratische Gesellschaften und auch das demokratische Engagement im Ganzen stehen.

2.1 Gesellschaftliche Polarisierung

Demokratische Gesellschaften sehen sich Formen der gesellschaftspolitischen Polarisierung gegenüber, die nicht nur auf die Verschärfung sozioökonomischer Ungleichheiten zurückzuführen sind, sondern sich auch entlang soziokultureller Konfliktlinien entfalten. Waren demokratische Gesellschaften zeitlebens von zentralen Konfliktlinien geprägt, die als cleavages auch den politischen Raum bestimmt haben,³ so hat sich mit der Globalisierung und den sie

¹ Vgl. Frei/Nachtwey 2021.

² Vgl. umfassend: Zick/Küpper 2021, Decker/Brähler 2020.

³ Vgl. dazu: Schäfer/Zürn 2021, S. 74-82.

begleitenden Krisen ein neues Konfliktfeld aufgetan, das besonders die Frage der offenen Gesellschaft und pluralen Moderne und damit zugleich die der Verlierer*innen und Gewinner*innen der sozioökonomischen *und* soziokulturellen Globalisierung als etwaige Konfliktparteien in den Fokus rückt.

Dabei zeigt sich jedoch, dass sich die damit verbundene gesellschaftspolitische Polarisierung nicht entlang sozialer Schichten aufteilen lässt, sondern sich quer durch die gesellschaftlichen Schichten und Milieus zieht und damit auch die Mitte der Gesellschaft betrifft. Die Diagnose der „gespaltenen Mitte“⁴ hebt dabei jedoch nicht nur auf die wachsende Fragmentierung und Polarisierung von Einstellungen in der gesellschaftlichen Mitte ab, sie zeigt auch, dass sich die Frage nach der offenen Gesellschaft und globalen Moderne zunehmend in einen Konflikt um die demokratische Lebens- und Regierungsform im Ganzen transformiert. Spätestens mit den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen wurde offenbar, dass vormals getrennte Akteur*innen und Gruppierungen in neuen Protest-Koalitionen zusammenfinden, die eine tiefsitzende Skepsis gegenüber etablierten Institutionen des öffentlichen Lebens (bes. demokratische und juristische Institutionen, aber auch Wissenschaft, öffentlich-rechtliche Medien) eint.⁵ In diesen teils wutgetränkten Protesten drückt sich letztlich ein durchdringender Vertrauensverlust gegenüber der Demokratie, ihrer Strukturen, Akteur*innen, aber auch der Regierungsform aus. „Auf den vielen Coronademonstrationen bildeten sich Gruppen, deren Angehörige größtenteils aus der Mitte kommen und immer stärker zur Demokratie auf Distanz gehen, ja sogar extremistische Haltungen akzeptieren.“⁶ Es ist diese gesellschaftspolitische Polarisierung der Mitte,⁷ die auf eine nicht erst seit der Corona-Pandemie erodierende „Demokratiefestigkeit der Mitte“⁸ hinweist und die mit tiefgreifenden Herausforderungen für die Demokratie im Ganzen verbunden ist. Finden sich demokratiefeindliche Einstellungen doch mittlerweile verstärkt auch bei solchen Personen wieder, die als gesellschaftliche Eliten und deutungsmächtige Akteure gesellschaftspolitische Gestaltungsmacht besitzen. Gerade in der bürgerlichen Mitte lässt sich über die letzten Jahrzehnte eine wachsende Offenheit für demokratischeskeptische, autoritäre bis demokratiefeindliche Einstellungen konstatieren, die besonders in Gestalt eines radikalisierten Konservatismus an Prominenz und gesellschaftspolitischem Einfluss gewonnen hat.⁹

⁴ Zick/Küpper 2016, 13.

⁵ Vgl. nochmals: Frei/Nachtwey 2021.

⁶ Zick/Küpper 2021, 18.

⁷ Nun lässt sich zwar in Teilen sogar ein Rückgang oder zumindest gleichbleibendes Niveau demokratie- und menschenfeindlicher Einstellungen und auch ein partieller Zuwachs der Zustimmung zu demokratischen Werten und Institutionen, die auch als Gegenreaktion auf die populistische Mobilisierung und die Bearbeitung der Corona-Pandemie zurückgeführt werden ist. Doch muss diese Erkenntnis zugleich in den Kontext einer wachsenden Spaltung der gesellschaftlichen Mitte gesetzt werden, in der zwar demokratische Werte wieder breitere Verankerung finden, aber doch zugleich die Polarisierung und damit auch die Demokratiedistanz von Teilen der gesellschaftlichen Mitte zunimmt. Vgl. dazu die Erkenntnisse in: Küpper/Zick/Rump 2021, S. 84-111.

⁸ Zick/Küpper/Berghan 2019, 22.

⁹ Natascha Strobl hat diese Veränderungen im Gestaltungswillen in ihrer sechsstufigen Analyse des radikalisierten Konservatismus beispielhaft herausgearbeitet und damit zugleich den (partei)politischen Erfolg der damit verbundenen Bewegungen erklärt. Vgl. Strobl 2021, 41-134; vgl. dazu auch: Zick/Küpper/Berghan/Rump 2021, 72f.

Kann damit auf der einen Seite ein Klimawandel der öffentlichen Debatte diagnostiziert werden, in der politische Konflikte sich verstärkt um die demokratische Systemfrage drehen, so verschwimmen auf der anderen Seite die Grenzen zwischen den Themen und Akteur*innen und schaffen fließende Übergänge zu dezidiert rechten Gruppierungen.¹⁰ In diesem Kontext gelingt es besonders rechtspopulistischen Bewegungen Verbindungslinien zwischen vormals getrennt agierenden Akteur*innen herzustellen und diese für ihre Zwecke einzuspannen.

2.2 Der Aufstieg des (Rechts)Populismus

Um die demokratiepolitische Herausforderung des aufkeimenden (Rechts)Populismus nachvollziehen zu können, muss nicht nur zuerst in den Blick genommen werden, was unter Populismus zu verstehen ist, sondern auch, was seine möglichen Ursachen sind. Beides ist zweifelsohne umstritten. Allgemein ist dabei zwischen dünnen und dichten bzw. starken Definitionen des Populismus zu unterscheiden.¹¹ Grundsätzlich stimmen jedoch beide Stränge von Ansätzen darin überein, die entscheidende demokratiepolitische Herausforderung in der populistischen Demokratiebehauptung zu erkennen.¹² Der Populismus etabliert letztlich eine Form der radikalisierten Volkssouveränität, der (autoritären) Souveränität des (einen) Volkes, in der ein Demokratisierungsbestreben artikuliert wird, das jedoch zu den Grundwerten einer pluralen Demokratie in Konflikt gerät.¹³ Die zentrale Schwierigkeit im demokratiepolitischen Umgang mit populistischen Bewegungen liegt somit darin, dass diese sich selbst als Projekt der Demokratisierung begreifen und dabei der Sprache demokratischer Reformagenden bedienen.¹⁴ Das gilt in besonderer Weise auch für den neuen Rechtspopulismus, in dem sich

¹⁰ Vgl. dazu auch: Celik/Decker/Brähler 2020, 169-172; Kai Arzheimer (2019).

¹¹ Vgl. dazu grundlegend: Mudde 2004 sowie Urbinati 2019. Ohne die Debatte an dieser Stelle vertiefen zu wollen, reduzieren dünne Definitionen den Populismus auf eine Form des strategisch-politischen Machterwerbs oder auf einen politischen Grundkonflikt, hier zumeist auf die anti-elitistische Gegenüberstellung von vermeintlich korruptierten, politischen Systemen und dem (einzigen, wahren, homogenen) Volk, das den Populismus in all seinen Spielarten auszeichnet. Demgegenüber fokussieren starke bzw. dichte Erklärungsansätze des Populismus vor allem auf die dahinterliegenden Ursachen, die den Aufstieg des Populismus erklären sollen. Vgl. zu einer ebenfalls eher formalen Definition, aber zugleich differenzierten Perspektive, die den Populismus vor allem durch eine Kombination von Antielitismus und Antipluralismus gekennzeichnet sieht: Müller 2016, 25-66.

¹² Vgl. zu dieser populistisch begründeten Form der Entdemokratisierung der Demokratie: Manow 2020. Dabei macht Philip Manow jedoch, deutlich, dass der neue (Rechts)Populismus eben nicht einfach anti-demokratisch ist, sondern selbst auf einer grundlegenden Idee der radikalen, direkten Demokratie aufbaut und es die spezifische Idee der populistischen Demokratisierung ist, die als anti-demokratisch oder demokratiegefährdend zu beschreiben ist. „Die neuen populistischen Parteien sind sicherlich anti-institutionell, im Regelfall Gegner der repräsentativen Demokratie, sie sind aber eben nicht antidemokratisch [...] – beziehungsweise müssten diejenigen, die ein solches Urteil fällen, sehr viel präziser angeben, wo und wie genau der beständige Appell an die Volkssouveränität eigentlich ins Antidemokratische kippt.“ (Ebd., 17).

¹³ Vgl. dazu nochmals Cas Mudde: „Populism is understood as a thin-centered ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, ‘the pure people’ versus ‘the corrupt elite’, and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the People“ (Mudde 2007, S. 23). Dabei wird die Behauptung der Unterdrückung, die zur populistischen Legitimationsfigur eines vermeintlich demokratischen Befreiungskampfs stilisiert wird, wahlweise ökonomisch oder kulturell-ethnisch aufgeladen und zeigt zugleich die politische Stoßrichtung der jeweiligen populistischen Bewegungen an.

¹⁴ In diesem Sinne wirkt der Populismus durch seine spezifische Forderung der Demokratisierung entdemokratisierend – es ist diese letztlich „parasitäre“ (Diehl) Position des Populismus zur Demokratie, die den demokratiepolitischen Umgang mit dem Populismus so herausfordernd macht. Vgl. dazu vertiefend: Manow 2020; dazu auch: Steiner/Landwehr 2018, Zick/Küpper 2021, S. 47ff.

diese Demokratisierungsbehauptung zugleich mit dezidiert vielfaltablehnenden, autoritären oder sozialdarwinistischen Motiven paart.¹⁵

Für die demokratische Abwehr des Rechtspopulismus ist es (wie geschrieben) entscheidend zu verstehen, wo seine Ursprungsgründe zu finden sind. Dabei kann ganz grundlegend unterschieden werden zwischen Ansätzen, die die Gründe des neuen Rechtspopulismus aus den Einstellungen und kulturellen Hintergründen seiner Unterstützer*innen ableiten – etwa autoritären, vielfaltablehnenden Einstellungsmustern bzw. auf der Basis einer wertkonservativ-kulturellen *backlash*-These – oder in soziokulturellen, sozioökonomischen und politischen Strukturentwicklungen begründet sehen.¹⁶ Entscheidend ist, dass sich gerade der neue Rechtspopulismus letztlich aus allen damit jeweils verbundenen Gruppen zusammensetzt und damit auch der gesamten Palette ihrer jeweiligen Beweggründe bedient und politisch ummünzt.¹⁷ Der „horizontale Positionierungskampf“ (Koppetsch) soziokultureller Milieus verbindet sich hier mit sozioökonomischen Benachteiligungsnarrativen und einer tief verankerten Kritik der repräsentativen Demokratie und ihrer Akteur*innen und Institutionen.

Gerade politikwissenschaftliche Konzepte sehen jedoch die Ursachen des aufkommenden Rechtspopulismus auch in tatsächlichen Funktionsproblemen moderner, kapitalistischer Demokratien begründet, die etwa defizitäre Entscheidungsverfahren oder faktische Repräsentationsasymmetrien umfassen.¹⁸ Demokratiepoltische Antworten auf den Rechtspopulismus müssen folglich nicht allein auf die vermeintliche Demokratiebehauptung des Populismus reagieren und die entsprechenden sozialpsychologischen und kulturellen Einstellungsmuster adressieren, sondern einen Fokus auch auf sozioökonomische Ungleichheit und die strukturelle Defizite demokratischer Systeme richten.

2.3 Demokratische Partizipations- und Repräsentationsdefizite

Demokratische Gesellschaften sehen sich mit dem Problem einer wachsenden oder weiterhin hohen Anzahl von Nicht-Wähler*innen konfrontiert, die zugleich Ausdruck eines tiefergehenden strukturellen Problems der Nicht-Repräsentation politischer Themen und Bevölkerungsgruppen bzw. deren fehlender Partizipation am demokratischen Prozess verbunden ist.¹⁹ Darunter gruppieren sich eine ganze Reihe von Problemen, die grundsätzlich auf zwei Dimensionen verweisen: zum einen auf strukturelle Hindernisse demokratischer Beteiligung und zum

¹⁵ Vgl. dazu auch: Küpper/Zick/Rump 2021, S. 81ff.

¹⁶ Vgl. in der Abfolge: Schwarzbözl/Fatke 2016; Nachtwey 2016, Jörke/Nachtwey 2017, Inglehart/Norris 2019; auch Eribon 2016 sowie Blühdorn 2013; Selke/Jörke 2015. In all diesen Ansätzen wird letztlich auf verschiedene Weise der Aufstieg des (Rechts)Populismus vor allem als Reaktion auf die krisenanfälligen Prozesse der Globalisierung (etwa der Neoliberalisierung von Ökonomie, der Globalisierung von Kultur oder der Transnationalisierung demokratischer Souveränität) gedeutet. Dabei wird das gesellschaftliche Fundament der Unterstützer*innen des Populismus wahlweise bei den sozioökonomischen Globalisierungsverlierer*innen eines entgrenzten und entscherten Arbeits- und Warenmarktes, im Milieu soziokultureller Modernisierungsverlierer*innen oder im Kontext politisch (vermeintlich) unterrepräsentierter Bevölkerungsgruppen gesucht. Umfassend dazu auch die Diskussion in: Koppetsch 2019, Kap. 1-3 sowie S. 175-203.

¹⁷ Vgl. nochmals Koppetsch 2019, auch Decker et al. 2020, sowie Grande et al. 2021.

¹⁸ Vgl. dazu v.a. Schäfer/Zürn 2021; auch Manow 2020.

¹⁹ Vgl. Schäfer 2015, v.a. Kap 5.

anderen auf den fehlenden Partizipationswillen aufseiten der Bevölkerung. Beides bedingt sich freilich in Teilen gegenseitig.

Zwar lässt sich seit einigen Jahren konstatieren, dass der Abwärtstrend der Wahlbeteiligung gestoppt und damit auch der Anteil von Nichtwähler*innen in westlichen Demokratien verkleinert werden konnte,²⁰ doch zeigt ein vertiefter Blick, dass die Gründe dafür mindestens ambivalent zu bewerten sind. Hat das Aufkommen populistischer und antidemokratischer Bewegungen und Parteien auf der einen Seite durchaus zu einer Gegen-Mobilisierung auch des demokratisch-weltoffenen Spektrums geführt,²¹ so konnten doch gerade jene Bewegungen und Parteien einen großen Teil ehemaliger Nicht-Wähler*innen mit dem Versprechen zurück an die Wahlurnen bringen, indem sie als populistische Fundamentalopposition zum etablierten demokratischen Spektrum auftreten. Dabei gründet sich der Erfolg des populistischen Demokratisierungsnarrativ jedoch auch auf realen Strukturproblemen demokratischer Systeme, die sich als Dreiklang von Responsivitäts-, Repräsentations- und Partizipationsdefiziten beschreiben lassen und demokratische Entfremdungseffekte²² zur Folge haben.

Mit dem deutlichen, pandemiebedingt abermals akzentuierten Bedeutungszuwachs „nichtmajoritärer Institutionen“ (Zürn/Schäfer)²³ verdichtet sich der Eindruck einer abnehmenden Bedeutung parlamentarischer Institutionen, mit dem – reale und auch gefühlte – Partizipations- und Repräsentationsdefizite verbunden sind.²⁴ Die „Verlagerung von Entscheidungskompetenzen weg von Mehrheitsinstitutionen wie Parteien und Parlamenten“²⁵ hat dabei nicht nur einen tatsächlichen Verlust von Mitbestimmungsmöglichkeiten zur Folge, er führt auch zu einer Entfremdung von demokratischen Institutionen, die als weder responsiv und repräsentativ für die eigenen Anliegen noch als fähig erachtet werden, diese Anliegen umzusetzen.²⁶ Es ist letztlich die (rechts)populistische Forderung einer zugleich direkten (eben nicht-repräsentativen) und zugleich autoritären Demokratie, die genau an dieser Stelle ansetzt und an reale Entfremdungseffekte andockt.

²⁰ Vgl. dazu etwa die Anteile von Nicht-Wähler*innen bei den letzten Europawahlen, bei denen 2019 deutlich mehr Menschen an die Wahlurnen gekommen sind. Vgl. zu einer stichprobenbasierten Analyse der politischen Einstellungen und des gesellschaftlichen Status von Nichtwähler*innen bei der Bundestagswahl 2017: Döbele/Sartorius/KANTAR Public 2018.

²¹ Vgl. exemplarisch: Weyland 2020.

²² Vgl. zum Begriff der „entfremdeten Demokratie“: Zürn/Schäfer 2021, 89-129; dazu auch: Selk. Ist die Diagnose der demokratischen Entfremdung bzw. Verdinglichung auch unter dem Schlagwort der Post-Demokratie bzw. Technokratie gefasst worden (vgl. dazu prominent: Crouch 2008 sowie 2021), womit ganz grundsätzlich die (ökonomisch, medial, etc. bedingte) Aushöhlung des demokratischen Prinzips der Selbstregierung beschrieben wird, so beziehen sich die drei genannten Defizite auf konkretere Formen demokratischer Strukturprobleme.

²³ Damit umfassen Schäfer/Zürn nicht-parlamentarischer Institutionen wie Verfassungsgerichte, transnationaler Organisationen und Räte, mit denen grundsätzlich eine Stärkung exekutiver Organe und Akteur*innen verbunden ist, die von anderen auch als Präsidialisierung der Demokratie bezeichnet wurde. Vgl. dazu: Rosanvallon 2016.

²⁴ Vgl. Schäfer/Zürn 2021, 101-119.

²⁵ Schäfer/Zürn 2021, 102.

²⁶ Dabei sehen sich demokratischen Gesellschaften jedoch schon länger mit dem Problem asymmetrischer Repräsentation und defizitärer inhaltlicher Responsivität konfrontiert. Sowohl bezüglich der „deskriptiven“ (Pitkin) Repräsentation der Bevölkerung in parlamentarischen Institutionen als auch in Bezug auf die verhandelten Themen und Entscheidungen. Diese doppelte Repräsentations- und Responsivitätsasymmetrie hat dabei einen sich selbst verstärkenden Effekt, denn strukturell unterrepräsentierte Gruppierungen, deren Belange weniger Resonanz im parlamentarischen Spektrum erzielen können, wenden sich über kurz oder lang von dem gesamten demokratischen Komplex ab. Vgl. dazu: Arnesen/Peters 2018; weitergehend: Schäfer 2015, 91ff., dazu auch: Habermas 2021, S. 481f.

Diese strukturellen Defizite korrespondieren nun auf der Handlungsebene mit einer Müdigkeit zur demokratischen Teilhabe, die sich jedoch nicht allein in Wahlbeteiligungen messen lässt. Ganz grundsätzlich nimmt in der breiten Bevölkerung nicht nur die Zustimmung gerade gegenüber Mehrheitsinstitutionen, wie Parteien und Parlamenten ab, die den Kern demokratischer Systeme ausmachen, sondern es lässt sich darüber hinaus eine – jedoch stark regional und sozial differenzierte – Demokratieverdrossenheit erkennen, die sich aus einem Gefühl der politischen Machtlosigkeit bestimmter Bevölkerungssegmente speist und eine grundsätzliche Demokratieskepsis hervorbringt.²⁷ Jedoch ist die Diagnose der (wachsenden) Politikverdrossenheit nuancierter zu betrachten, denn die Abnahme von Beteiligung an etablierten Institutionen der Demokratie geht nicht unbedingt mit einer generellen Abnahme des politischen Interesses einher.²⁸ Vielmehr lässt sich auch auf grundlegender Ebene von einem Formwandel der politischen Partizipation sprechen, der auch die demokratische Mitbestimmung in andere Formate und Arenen überträgt.

2.4 Der Wandel politischer Partizipation und Öffentlichkeit

Die Strukturen der politischen Öffentlichkeit haben seit ihrem Bestehen die Form und Qualität demokratischer Selbstgesetzgebungsprozesse bestimmt und waren zugleich die entscheidende Quelle der Produktion demokratischer Legitimität durch die diskursive Vermittlung politischer Themen zwischen demokratischen Zentren und ihrer zivilgesellschaftlichen Umwelt. Hier entscheidet sich, wie politische Themen adressiert und verarbeitet werden als auch wer welche Möglichkeiten der demokratischen Einflussnahme hat. Der „Strukturwandel politischer Öffentlichkeit“ (Habermas) hat somit direkte Effekte sowohl auf die Form politischer Partizipation als auch auf die Strukturen demokratischer Zivilgesellschaft.²⁹

Bindungen an politische Organisationen sind grundsätzlich individueller und damit auch volatiler geworden.³⁰ Mit dem Aufstieg der Sozialen Medien und der damit verbundenen Ausdifferenzierung politischer Öffentlichkeit hat sich dieser Prozess der Individualisierung politischer Meinungen nochmals beschleunigt und zugleich neue Formen der politischen Partizipation hervorgebracht.³¹ Mit dem digitalen Strukturwandel ist nicht nur die politische Öffentlichkeit, sondern auch die politische Teilhabe kleinteiliger und schnelllebiger geworden und hat die Entkopplung demokratischer Partizipation von den etablierten, politischen Organisationen und Institutionen weiter vorangetrieben.

²⁷ Vgl. Zick/Küpper/Berghan/Rump 2021, 49-57; 70ff. „Obwohl sich ein Großteil der Befragten demokratisch verortet (s.o.), zeigt sich zugleich eine Ambivalenz in den Einstellungen. So äußert ein nicht unerheblicher Anteil der Bevölkerung ein abschätziges Misstrauen in demokratische Prozesse und Akteure“ (Ebd., 52). Vgl. auch Berghan/Zick 2019, 227-235.

²⁸ Vgl. dazu grundlegend: Decker 2018, 121-148; für einen statistischen Überblick: Weßels 2021.

²⁹ Vgl. dazu grundsätzlich: Habermas 1990, 11-50; 1992, 435-467 sowie aktuell 2021.

³⁰ Vgl. zu einer grundlegenden Perspektive auf diese Entwicklung auch im Hinblick auf die Zivilgesellschaft: Grande 2021; zum Wandel der Bindung zu politischen Organisationen nochmals: Decker 2018, 41-81.

³¹ Vgl. zum sozialstrukturellen Hintergrund und der Effekte auf politische Meinungsbildung und die Strukturen politischer Öffentlichkeit: Rosa 2021, 259ff; grundsätzlich Thaa/Volk 2018.

Führt der digitale Strukturwandel der Öffentlichkeit einerseits zu neuen Formen der politischen Ermächtigung durch alternative Möglichkeiten der Sichtbarmachung, Sensibilisierung, Kritik, Vernetzung und politischer Teilhabe,³² so ist mit der Ausdifferenzierung politischer Öffentlichkeit zugleich die Gefahr ihrer Fragmentierung verbunden.³³ Es bilden sich autarke Teilöffentlichkeiten, Filterblasen und Echokammern bestimmter politischer Gruppierungen, die nicht nur unverbunden nebeneinanderstehen, sondern sich auch bewusst einer argumentativen Einflussnahme von außen verschließen.³⁴ Mit der Zergliederung der politischen Öffentlichkeit geht nicht nur der geteilte Raum politischer Aushandlungsprozesse in Teilen verloren – und damit auch die Anschlusspunkte demokratiepolitischer Interventionen –, sondern in Teilen sogar das diskursive Fundament, auf dem demokratische Prozesse überhaupt erst aufbauen können.³⁵

Besonders durch die Corona-Pandemie hat sich diese Gemengelage nochmals verschärft, konnten verschwörungstheoretische Narrative und damit verbundenen Formen der Wissenschafts- und Demokratieskepsis nicht nur Raumgewinne im politischen Meinungsspektrum der gesellschaftlichen Mitte erzielen, sondern zugleich Proteste anleiten, die sich direkt gegen die Kerninstitutionen der Demokratie und politischen Öffentlichkeit richten und dabei gewaltförmigen Widerstand dezidiert als probates Mittel bei der Verfolgung ihrer Ziele ansehen.³⁶ Auch hier zeigt sich, wie digitale Echokammern zu autarken Meinungsblasen führen können, in denen sich die beteiligten Akteur*innen gerade durch abgeschottete Realitätskonstruktionen radikalieren können und dies zugleich zu einer Zunahme von demokratiefeindlichen Übergriffen führt.³⁷

³² Vgl. dazu auch: Celikates 2016 sowie Staab/Thiel 2021. Gerade wenn es um das Empowerment benachteiligter Gruppierungen oder die reaktionsschnelle Gegenmobilisierung bei demokratie- und menschenfeindlichen Übergriffen geht, können Soziale Medien eine dezidiert emanzipatorische und herrschaftskritische Effekte haben. Das gilt besonders in autoritären Staaten.

³³ Vgl. dazu einordnend: Ritzi 2019.

³⁴ Vgl. Sunstein 2017. Gerade weil darüber hinaus im politischen Raum der Sozialen Medien ein konfliktorientiert-interventionistischer Kommunikationsstil große Verbreitung gefunden hat, lässt sich eine Erosion gemeinsam geteilter, politischer Räume feststellen, die auf die konsensuelle Übereinkunft zwischen unterschiedlichen Meinungen und Perspektiven ausgerichtet sind. „Dass jene geteilten Räume – angesichts einer einerseits global ausgebreiteten, andererseits aber immer weiter ausdifferenzierten digitalen Welt auch und insbesondere: medialen Räume – erkennbar erodieren, stellt vielleicht die zentrale Herausforderung der Gegenwart dar. Demokratietheoretisch besorgniserregende Phänomene, wie sie in der Diskussion um »Fake News« oder »postfaktische Zeitalter« zutage treten, haben [...] hier ihre strukturelle Ursache: Wenn sich die real erlebten Diskursuniversen, die Praxissphären und Lebenswelten kaum mehr berühren, ist es nicht verwunderlich, wenn jede Welt ihre eigenen Realitäten und ihr eigenes Wissen produziert“ (Rosa 2021, 260). Vgl. zur bewussten Abkopplung vom wissenschaftlich-demokratischen Diskurs auch: Rees/Lamberty 2019, 209-225, bes. 215ff.

³⁵ Vgl. nochmals: Rosa 2021, aber auch Habermas 2021, 496ff.

³⁶ Vgl. dazu im Ganzen Lamberty/Rees 2021, 288-299; zur Gewaltfrage: Ebd., 297f.

³⁷ Dieses Phänomen wird freilich im Zuge des Rechtsterrorismus schon seit längerem beobachtet und hat dort seine erschütternden Höhepunkte gefunden. Vgl. nochmals ebd.; ebenso: Bannenberg 2020.

2.5 Übergriffe und Beeinträchtigungen der demokratischen Zivilgesellschaft

Sowohl Informationen zu demokratie- und menschenfeindlichen Übergriffen als auch Einsichten zu Beeinträchtigungen der demokratischen Zivilgesellschaft sind vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und ihren Einschränkungen des öffentlichen Lebens schwer einzuordnen – vor allem, wenn es um Vergleichszahlen zu den letzten Jahren geht. Dies gilt umso mehr, als die globale Gesundheitskrise gerade in demokratischen Gesellschaften neben ihren hygienebedingten Hindernissen für demokratische Zivilgesellschaften neue Protestbewegungen hervorgebracht hat, die nicht nur zu einer Vermehrung von realen Übergriffen, sondern auch zu einer weiteren Verschärfung von Beeinträchtigungen der demokratischen Zivilgesellschaft geführt haben.³⁸

Vor diesem Hintergrund müssen zunächst die übergreifenden Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Strukturen des demokratischen bzw. gemeinwohlorientierten Engagements in den Blick genommen werden.³⁹ Dabei zeigt sich, dass diese besonders dort massive Auswirkungen hat, wo soziales Engagement auf die (öffentliche, soziale) Arbeit mit Menschen ausgerichtet ist, z.B. in Sport-, Kultur- und Bildungsvereinen.⁴⁰ Während sich zwar im Bereich sozialer Hilfsdienste und solidarischer Unterstützungsangebote im Zuge der Corona-Pandemie eine Aktivitätssteigerung feststellen lässt,⁴¹ so sind doch vor allem politische und kulturelle Veranstaltungen bzw. überhaupt das zivilgesellschaftliche Engagement im politischen bzw. kulturellen Bereich von einem starken Rückgang gekennzeichnet.⁴²

Trotz dieser Unterschiede sieht sich die Zivilgesellschaft aber auch insgesamt vor tiefgreifende Herausforderungen gestellt, über deren Langzeitfolgen erst die nächsten Monate und Jahre Auskunft bieten werden. Die sich aber schon jetzt abzeichnende Schwächung der zivilgesellschaftlicher Engagementstrukturen ist jedoch besonders bedenklich, als sich die Organisationen und Akteur*innen der demokratischen Zivilgesellschaft schon seit längerer Zeit mit Formen der Einflussnahme durch antidemokratische Akteur*innen und/oder Beeinträchtigungen

³⁸ Vgl. zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Zivilgesellschaft: Bethke/Wolff 2020 sowie Hutter et al. 2021

³⁹ Vgl. Klein 2020.

⁴⁰ Vgl. zu einer detaillierten Übersicht der pandemiebedingten Problemlagen in der Zivilgesellschaft und ihrer Organisationen: Schrader et al. 2020 und v.a. Schrader 2021, hier konkret zu den Auswirkungen der Pandemie in den Bereichen Finanzen, Kooperation und Engagement: Kap. 2.2 sowie Kap. 3.2.

⁴¹ Vgl. Borbath et al. 2021. „Reactions to COVID-19 are similar to patterns documented by previous literature on the activation effect of crises and catastrophes: the pandemic mobilized existing solidarity practices in the form of both civic and political engagement [...]. Notably, large shares of the surveyed respondents indicated that they had helped in the neighbourhood (43 percent) and donated money (34 percent). Such forms of civic engagement were slightly more prevalent than political participation, although the COVID-19 pandemic did not bring about a halt to the latter either (including public demonstrations)“ (Ebd., 320).

⁴² Vgl. Hutter et al. 2021, 10-14. Von den unterschiedlichen Organisationsformen der Zivilgesellschaft zeigen sich vor allem ehrenamtlich organisierte Vereine am stärksten betroffen von den sozialen, politischen, aber auch ökonomischen Folgen der Pandemie. „Sie berichten eher von negativen Auswirkungen, sie werden stärker in ihren Tätigkeiten ausgebremst, konnten ihre Kooperationsbeziehungen weniger gut aufrechterhalten und haben häufiger Probleme mit der Digitalisierung ihrer Arbeit als Vereine, die über hauptamtliche Mitarbeiter:innen verfügen, oder informelle Initiativen.“ (vgl. ebd., 21). Zeigen sich somit auf der einen Seite zivilgesellschaftliche Strukturen mit gesicherten finanziellen und personalen Strukturen, wie es etwa auch für die Partnerschaften für Demokratie gilt, als im Vergleich resilienter gegenüber Einbußen zivilgesellschaftlicher und/oder finanzieller Unterstützung, so können besonders informelle Initiativen die Herausforderungen der Pandemie durch ihre organisatorische Flexibilität besser kompensieren.

zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume konfrontiert sehen, die sich in einen auch globalen Trend der „Shrinking Spaces“ einordnen lassen.⁴³ „In this sense, COVID-19 may give yet another substantial boost to a global trend that has been unfolding since the early 2000s: the shrinking of civic spaces.“⁴⁴

Während es auf globaler Ebene gerade in autoritären Staaten zu weiteren Einschränkung von politischen und individuellen Freiheitsrechten gekommen ist, die zivilgesellschaftliche Strukturen durch staatliche Interventionen dauerhaft beeinträchtigen,⁴⁵ so sehen sich die hiesigen Handlungsspielräume demokratischer Zivilgesellschaft vor allem durch Übergriffe und andere Formen der Beeinträchtigung eingeschränkt, die besonders von antidemokratischen und rechtspopulistischen Akteur*innen ausgehen. Neben der konkreten Bedrohung durch Beleidigungen oder Übergriffe sind es vor allem Versuche der Delegitimierung, auf die Behinderung der operativen Arbeit abzielende (politische, juristische) Anfragen oder weitere strukturelle Schwächungen, mit den die Akteur*innen und Organisationen der demokratischen Zivilgesellschaft konfrontiert sind.⁴⁶

Gerade rechtspopulistische Akteur*innen oder solche der sog. Neuen Rechten verfolgen Strategien, die bewusst auf die zivilgesellschaftliche Einflussnahme in bürgerlichen Kontexten oder die Nutzung und damit Umdeutung etablierter, linksliberaler Stile und Begriffe setzen.⁴⁷ Die damit teils bewusst angestrebte Verwischung von Milieu-, Stil- und Begriffsgrenzen hat nun durch die neuen Protestkoalitionen im Zuge der Corona-Pandemie eine neue Dynamik bekommen. Hier vermengen sich nicht nur ganz unterschiedliche politische Gruppierungen, sondern es gelingt gerade rechten bzw. (rechts)populistischen Akteur*innen auch in der bürgerlichen Mitte unter dem Deckmantel einer (populistischen) Demokratie- und Staatskritik neue Mitstreiter*innen für ihre Ziele zu gewinnen.⁴⁸

Sieht sich die demokratische Zivilgesellschaft somit einerseits zunehmend Phänomenen ausgesetzt, die ihre Strukturen von innen her schwächen, so ist sie zugleich mit äußeren Bedrohungen konfrontiert, die von manifesten Übergriffen und politisch motivierten Straftaten aus-

⁴³ Vgl. zum Begriff und einer globalen Perspektive zu Shrinking Spaces: Della Porta/Steinhilper 2021, 2-11.

⁴⁴ Bethke/Wolff 2020, 363; vgl. weitergehend: Dies., 369 ff.

⁴⁵ Vgl. zu staatlichen Einschränkungen demokratischer Zivilgesellschaft und ihrer Handlungsspielräume auch in voll entwickelten, demokratischen Staaten: Swiney 2019.

⁴⁶ Vgl. für eine Übersicht der unterschiedlichen Formen von Betroffenheit für die kommunale Ebene: ISS 2020; für einen globalen Überblick: Della Porta/Steinhilper 2021. Seit einigen Jahren nehmen dabei zudem Formen der direkten Einflussnahme bzw. Versuche der Unterwanderung zu, mit denen durch antidemokratische Akteur*innen auch unter Rückgriff auf einen populistisch bzw. vielfaltablehnend geprägten Demokratie-Begriff in verschiedenen Organisationen und Strukturen der demokratischen Zivilgesellschaft Anschluss finden und ihren Einflussbereich vergrößern wollen. Vgl. dazu umfassend, auch zu den Phänomenen und möglichen Reaktionsmöglichkeiten je nach Handlungsbereich (z.B. Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Sport, etc.) der Zivilgesellschaft: Schroeder et al. 2020, für eine Übersicht der Betroffenheit und Interventionsmuster: Ebd., 109-114. Vgl. dazu auch ISS 2021.

⁴⁷ Vgl. Kökgiran/Nottbohm 2014 sowie Batzer 2019.

⁴⁸ Vgl. zum Mobilisierungs- und auch Radikalisierungspotenzial der Corona-Proteste und ihrem Ausgreifen in die Schichten der sog. bürgerlichen Mitte: Grande et al. 2021, insb. 15-26; vgl. auch Frei/Nachtwey 2021 sowie Koos 2021; vgl. zu einer tiefergehenden Analyse der rechtspopulistischen Versuche, die Corona-Pandemie thematisch zu besetzen und die damit verbundenen unterschiedlichen Strategien und Mobilisierungserfolge: Vorländer/MIDEM 2021; v.a. 10-16; 23ff.; 57ff.; sowie: Bobba/Hubé 2021. Vgl. für einen regionalen Blick auf die Corona-Proteste und ihre Zustimmung in der Bevölkerung am Beispiel von Sachsen: Vorländer/Herold/Otteni 2021.

gehen, die nicht nur Menschen aufgrund ihrer wahrgenommenen Gruppenzugehörigkeit, sondern mit der Corona-Pandemie nochmals verstärkt auch Akteur*innen aus Politik und Zivilgesellschaft betreffen.⁴⁹

Ausgehend von den Zahlen des BKA lässt sich über die letzten Jahre eine stetige Zunahme politisch motivierter Straftaten konstatieren, die über die politischen Orientierungen hinweg ansteigen und selbst bei oberflächlicher Betrachtung eine Zuspitzung politischer Konflikte dokumentieren. „Die Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) gewinnt weiter an Dynamik. 2020 haben wir das höchste jemals erfasste Straftatenaufkommen im Bereich der PMK verzeichnen müssen – davon wie schon seit Jahren mehr als die Hälfte aus dem Bereich der PMK -rechts-. Sollte sich der bisherige Trend der ersten 10 Monate dieses Jahres fortsetzen, dürften die Gesamtfallzahlen der PMK für 2021 sogar noch über dem Niveau des Vorjahres liegen.“⁵⁰ Neben der Zunahme von Gewaltdelikten aus dem linken Spektrum, die sich besonders durch verstärkte Auseinandersetzungen mit der Polizei im Zuge von Demonstrationen ergeben, fällt vor allem die weiterhin sehr hohe und nochmal gestiegene Zahl von rechtsextremen Straftaten (22.357; +5,0%) und der Zuwachs von politisch motivierten Straftaten auf, die keinem politische Lager direkt zuzuordnen sind, aber vor allem im Zuge der Covid-19-Pandemie einen starken Zulauf erfahren haben.⁵¹

Damit deutet sich grundsätzlich nicht nur eine Verschärfung der politischen Auseinandersetzungen, sondern auch eine weiter anwachsende Gefährdung des demokratischen Gemeinwesens durch die hohe Anzahl rechtsgerichteter Straftaten an, die bewusst gegen die Kernprinzipien der Demokratie gerichtet sind. So sieht sich gerade die demokratische (Zivil)Gesellschaft besonders durch den sprunghaften Anstieg von Straftaten ggü. politischen Amts- und Mandatsträger*innen (+105,9% bzw. +87,9%) und Institutionen besonders der Kommunen (+183,2%) oder Länder (+237,2%) bedroht, der sich zwischen 2019 und 2020 nachweisen lässt.⁵² Dabei sind es nicht nur die Folgen solcher Straftaten und weiterer Formen von Bedrohungen für die Ausübung politischer Ämter und für das private Leben von Betroffenen, die hier mit Sorge zu betrachten sind,⁵³ sondern auch die Effekte, die diese Übergriffe auf die Bereitschaft zum demokratischen Engagement und damit auf die zivilgesellschaftlichen Strukturen haben. Das gilt umso mehr, als sich auch demokratische Engagierte verstärkt Bedrohungen aufgrund ihrer zivilgesellschaftlichen Tätigkeiten ausgesetzt sehen.⁵⁴ Es zeigt sich jedoch auch

⁴⁹ Vgl. Quent 2020.

⁵⁰ Münch 2021 (BKA-Herbsttagung 2021, Einführungsvortrag;); Tatsächlich zeigen schon die Zahlen für 2020 nicht nur einen Rekordgesamtwert politisch motivierter Straftaten, sondern auch einen Zuwachs auf fast allen Ebenen an – sei es hinsichtlich der jeweiligen politischen Hintergründe oder der Opfergruppen bzw. Themenfelder der begangenen Straftaten. So zeigt sich etwa schon 2020 ein mitunter deutlicher Zuwachs der Gesamtanzahl von Straftaten der Hasskriminalität im Kontext von rassistischen (+39,5%) und fremden- (*19,1%) oder ausländerfeindlichen (+72,4%) Übergriffen. Auch im Hinblick auf einzelne Gruppierungen lässt sich überall und ein in Teilen deutlicher Zuwachs diesbezüglich feststellen. Vgl. dazu: BKA 2021, 7-9.

⁵¹ Vgl. BKA 2021, 10-14. Vgl. dazu nochmals: Grande et al. 2021; auch Koos 2021.

⁵² Vgl. ebd., 12. Vgl. dazu auch: Bannenberg et al. 2021.

⁵³ Vgl. für eine kriminologische und regionalspezifische Übersicht von Übergriffen auf (hessische) Bürgermeister*innen und der Auswirkungen dieser Übergriffe auf die politische Arbeit und das private Leben/Umfeld der Betroffenen nochmals: Bannenberg et al. 2021, 4-22.

⁵⁴ Vgl. zu einer Übersicht zu Übergriffen auf zivilgesellschaftlichen Akteur*innen auf kommunaler Ebene aus der Perspektive der Verantwortlichen der Partnerschaften für Demokratie: ISS 2021.

hier, dass zum Teil große regionale Unterschiede in der Betroffenheit von solchen Übergriffen bestehen und diese Vorfälle je nach Kontext auch unterschiedliche Auswirkungen auf das zivilgesellschaftliche Umfeld vor Ort haben. Die Gefährdung der lokalen demokratischen Zivilgesellschaft hängt demzufolge nicht allein von den bezeichneten inneren und äußeren Bedrohungen ab, sondern wird maßgeblich auch von den zivilgesellschaftlichen Ressourcen bestimmt, die vor Ort zur Verfügung stehen.⁵⁵

2.6 Demokratiepolitische Aufgaben im Angesicht gesellschaftspolitischer Krisen

Vor dem Hintergrund der vorgestellten Herausforderungen, vor denen demokratische Gesellschaften stehen, sind auch die Anforderungen und Aufgaben an die politische Arbeit in und an der Demokratie vielfältig, denn letztlich müssen auf all die genannten Punkte (kontextsensible) Antworten gefunden werden.⁵⁶ In diesem Sinne muss der *gesellschaftlichen Polarisierung* und auch der demokratiegefährdenden Radikalisierung der gesellschaftlichen Mitte entgegnet werden, indem Räume und Möglichkeiten des Gemeinsamen und der gesellschaftlichen Zusammenhalt einer Gesellschaft gefördert werden, in der sich in einem wachsenden Maße Personen unverbunden und ohne Verständnis füreinander gegenüberstehen sowie gemeinsame Grundlagen des wechselseitigen Austauschs verloren gehen.⁵⁷ Das gilt umso mehr, als der *Aufstieg des (Rechts)Populismus* sich nicht allein aus genau jenen gesellschaftlichen, sozioökonomischen wie soziokulturellen Spaltungsprozessen speist und diese selbst weiter anheizt. Vielmehr führt dieser, wie gesehen, auch zu einer inneren wie äußeren Gefährdung der Demokratie, nicht zuletzt auf der Ebene ihrer Verfahren und Verständnisse. Dem Zuwachs (rechts)populistischer Positionen und Gruppierungen demokratiepolitisch zu begegnen, heißt folglich, neben einer präventiven Bearbeitung und Abgrenzung dezidiert antidemokratischer Positionen sowohl die sozioökonomischen wie soziokulturellen Entstehungsgründe des Rechtspopulismus zu adressieren⁵⁸, als auch die mit dem Aufstieg des Rechtspopulismus durchaus verschränkten *Repräsentations- und Legitimationsdefizite* demokratischer Systeme anzugehen. Damit verbindet sich zugleich die grundlegende Aufgabe auch auf struktureller Ebene inklusive, egalitäre Verfahren der gesellschaftspolitischen Mitbestimmung zu fördern und Menschen zugleich zur demokratischen Mitbestimmung zu befähigen.⁵⁹ Demokratische Gesellschaften stehen dabei jedoch vor zusätzlichen Herausforderung, die sich durch die *Neukonfiguration politischer Teilhabeformen* ergeben, die neben neuen Kanälen und Stimmen der

⁵⁵ Vgl. zur regional-, kommunal- bzw. kreisspezifischen Verteilung rechtsextremer Einstellungen, die zumindest Nährboden der lokalen Verbreitung rechtsmotivierter Gewaltdelikte sind: Zick/Küpper 2021, 116-122. Dabei hängt es auch von dem jeweiligen sozialen Kontext ab, welche Formen von Übergriffen stattfinden und wie diese an die Öffentlichkeit gelangen. Die im Vergleich höhere Betroffenheit urbaner Kontexte von Vorfällen gegenüber Menschen aufgrund ihrer angenommenen Gruppenzugehörigkeit etwa spiegelt nicht nur die größere Diversität urbaner Bevölkerungen wider, sondern ist auch Ausdruck einer in Teilen größeren Sensibilität städtischer Zivilgesellschaften, die dieses Thema oft gesondert in den Fokus nehmen. Vgl. zu diesem Zusammenhang und unterschiedlichen, idealtypischen Mustern kommunaler Rahmenbedingungen aus Vorfällen und zivilgesellschaftlichen Ressourcen nochmals: ISS 2021.

⁵⁶ Vgl. für eine Übersicht: Archour 2021.

⁵⁷ Vgl. ebd., S. 313ff.

⁵⁸ Vgl. dazu: Koppetsch 2019, S. 253ff.

⁵⁹ Vgl. Schäfer/Zürn 2021, S. 195-221.

politischen Einflussnahme auch zu *einer Zersplitterung politischer Öffentlichkeit* geführt hat. Über die aktive Förderung alternativer, z.B. digitaler Partizipations- und Diskursräume hinaus, die den neuen Bedürfnissen nach anderen Formen der politischen Mitbestimmung gerecht werden, entpuppt sich gerade vor dem Hintergrund der Zergliederung politischer Öffentlichkeit auch die Suche nach sozialen Begegnungen, gemeinsamen Räumen und gemeinwohlorientiertem Handeln zu einer zentralen Aufgabe demokratischer Gesellschaften.⁶⁰

Neben der Stärkung dieser Fundamente des demokratischen Zusammenlebens einer pluralen Gesellschaft stehen demokratische Gesellschaften und ihre politischen wie zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zugleich vor der Aufgabe, aktiv Grenzen zu setzen, um *demokratiegefährdenden Tendenzen* präventiv vorzubeugen und manifesten *demokratie- und menschenfeindlichen Übergriffen und Bedrohungen* entgegenzutreten. Rassistische und gruppenbezogen menschenfeindliche Übergriffe sind dabei nicht nur als einzelne Vorfälle zu adressieren, sondern zugleich die auch gesellschaftlich breiter verankerten Einstellungsmuster, die hinter den konkreten Straftaten und Bedrohungsphänomene stehen.⁶¹ Das gilt auch für Übergriffe, die sich dezidiert gegen demokratisch Engagierte in Politik, Zivilgesellschaft oder Verwaltung richten. Haben diese Übergriffe auf die jeweils betroffenen Subjekte oder Gruppen mitunter dramatische Effekte, gefährden sie überdies auch die Grundlagen offener und pluraler, demokratischer Gesellschaften, in denen sich Menschen angstfrei bewegen und engagieren können.

Bedarf eines mehrdimensionalen und kontextuellen Ansatzes der Demokratieförderung

Die beschriebene Multipolarität der aktuellen Krisenphänomene verlangt folglich multidimensionale, demokratiepolitische Antworten und verweist auf die Notwendigkeit eines *umfassenden Konzepts der Demokratieförderung*, das auf mehreren Ebenen zugleich ansetzt. Um den aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden, muss die Förderung von Demokratie dementsprechend sowohl auf der individuellen Ebene von Wissen, Kompetenzen und Einstellungen, auf der kollektiven Ebene von (gemeinsamen) Handlungen, Interaktionen und Prozessen als auch auf der strukturellen Ebene von Verfahren, Institutionen und Organisationen ansetzen. In den Fokus rückt damit zugleich die Unterstützung der *demokratischen Sozialisation* von Subjekten, die Stärkung der *Demokratie als gemeinsame Lebens- und Regierungsform* und die Förderung *demokratischer Teilhabestrukturen*. Die Darstellung der aktuellen Krisen und Transformationsprozesse demokratischer Gesellschaften hat jedoch deutlich gemacht, dass ein mehrdimensionales Konzept der Demokratieförderung nicht allein auf den Aufbau von demokratischen Ressourcen, auf Prozesse der Aneignung von Demokratie ausgerichtet sein kann, sondern zugleich die Abwehr antidemokratischer Gefährdungen umgreifen muss. Die *fördernd-stärkende Entwicklung von demokratischen Ressourcen* und demokratischen *Aneignungsprozessen* wird in diesem Sinne begleitet von der *präventiv-verhindernden Abwehr*

⁶⁰ Vgl. dazu auch: Staab/Thiel 2021 sowie Habermas 2021.

⁶¹ Vgl. zu diesem Zusammenhang auch: Heitmeyer et al. 2020, 283-295.

von demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen und demokratiegefährdenden Entfremdungsprozessen.⁶²

Dabei haben jedoch schon die obigen Ausführungen gezeigt, dass die Effekte der demokratischen Krisen lokal differieren und darum nicht nur mehrdimensionaler, sondern auch *kontextsensibler Antworten* bedürfen. Diese lokalspezifische Heterogenität demokratischer Kriseneffekte und ihre demokratiepolitische Beantwortung macht zweierlei deutlich: zum einen wird überhaupt die Bedeutung eines kommunalen Zugangs der Demokratieförderung offenbar, der jeweils zielgenau und kontextadäquat auf die Spezifika lokaler Problemlagen reagieren kann; zum anderen wird damit deutlich, dass je nach Kontext und Herausforderungen vor Ort jeweils unterschiedliche *Strategien der kommunalen Demokratieförderung* gefunden und etabliert werden müssen.

Es sind die *Partnerschaften für Demokratie*, die sich vor diesem skizzierten Aufgabenprofil der Demokratieförderung als besonders bedeutsam herausstellen. Nicht nur verbindet sich mit den Partnerschaften als gesamtgesellschaftliches und zugleich jeweils lokal verankertes Netzwerk ein bewusst kontextsensibler und auf lokale Problemlagen angepasster Ansatz der kommunalen Demokratieförderung, auch richten sich gerade die Partnerschaften für Demokratie je nach lokalspezifischen Anforderungen auf unterschiedliche Weise strategisch aus. Damit können diese in ihrer Gesamtheit zum einen ein vielschichtiges Bild davon zeichnen, was Demokratieförderung auf kommunaler Ebene bedeutet, zum anderen können sie aber auch Aufschluss darüber bieten, welche unterschiedlichen Strategien der kommunalen Demokratieförderung – kontext- oder problemlagenspezifisch – unterschieden werden können und wie diese wo und warum zur Anwendung kommen. Diese beiden Aspekte bilden die Schwerpunkte der weiteren Kapitel.

⁶² Um einer möglichen Begriffsverwirrung aus dem Weg zu gehen, sei schon hier angemerkt und auch einer vertiefenden Darstellung im weiteren Verlauf vorgegriffen. Im Folgenden wird der Begriff der Demokratieförderung als Dachbegriff genutzt, der sowohl fördernde, d.h. proaktiv-stärkende, wie präventive, d.h. vermeidend-abwehrende Handlungsansätze umfasst. Die handlungsanalytische Unterscheidung zwischen Förderung und Prävention ist vor allem in der Praxis nicht unumstritten und erzeugt auch in gängigen Präventionsmodellen (vgl. Caplan 1964 bzw. Gordon 1983) gerade auf der Ebene der Primär- bzw. Universalprävention durchaus konzeptuelle Unschärfen (vgl. Ceylan/Kiefer 2018; Trautmann/Zick 2016). Dennoch lassen mit der Unterscheidung zugleich die unterschiedlichen Handlungsansätze und damit auch die Dimensionen der Demokratieförderung klarer benennen und auch in ihrer jeweiligen Zielperspektive klarer voneinander abgrenzen (vgl. dazu auch einschlägig: Möller 2021 und Milbradt et al. 2019). Zum anderen verlangt das hier eingeführte Begriffspaar der demokratischen Aneignung/Entfremdung eine weitere Erläuterung. Eigentlich dem sozialphilosophischen Diskurs entlehnt, in dem Aneignung als emanzipatorischer Gegenbegriff zu gesellschaftlichen Entfremdungsphänomenen diskutiert wird (vgl. dazu: Jaeggi 2016, bes. Teil III sowie Celikates/Jaeggi), ist zwar der Begriff der „political alienation“ schon lange etabliert (vgl. dazu auch: Almond/Verba 1963, 493-500), doch wird der Zusammenhang von demokratischer Entfremdung bzw. der Entfremdung von Demokratie und der Aneignung von Demokratie oder gar von der Demokratie als „Struggle against alienation“ (Medearis) erst seit jüngster Zeit verstärkt diskutiert. Dabei wird Aneignung letztlich als Form der praktischen Inbesitznahme und über Teilhabe und Erfahrung verlaufende Bindung an Demokratie verstanden, die der Entfremdung gegenüber der Demokratie als Lebens- und Regierungsform entgegenwirken kann. Vgl. zu diesem Zusammenhang nochmals: Jaeggi 2016, 323ff.; auch: Sörensen 2016, weitergehend: Medearis 2015, zum Begriff der demokratischen Aneignung auch: Rosanvallon 2010; vgl. zum Begriff der Aneignung im Bereich der politischen Bildung und Sozialisation: 16. Kinder- und Jugendbericht 2020, 115ff.

TEIL I
FACHLICHE KONTURIERUNG DES HANDLUNGSFELDES
(KOMMUNALER) DEMOKRATIEFÖRDERUNG

3 Was heißt (kommunale) Demokratieförderung?

In aller Kürze

Im Vorgriff auf die kommenden Kapitel wird zunächst das in diesem Bericht vorgestellte, mehrdimensionale Modell kommunaler Demokratieförderung eingeführt. Im Folgenden wird sodann im Anschluss an ein erweitertes Konzept der Politischen Kultur ein übergreifendes, theoriebasiertes Analyseraster zur Dimensionierung des Begriffs der Demokratieförderung hergeleitet (3.1). Zur empirischen Unterfütterung des eingangs skizzierten Modells geraten in den weiteren Abschnitten die Partnerschaften für Demokratie als Akteur*innen der praktischen Umsetzung kommunaler Demokratieförderung in den Blick. Dafür werden zunächst die heterogenen Kontextbedingungen und übergreifenden Arbeitsschwerpunkte fokussiert, auf die ihre Arbeit grundlegend ausgerichtet ist (3.2.) und in einem zweiten Schritt ein Katalog von Handlungszielen vorgestellt, der aus der Praxis der Partnerschaften extrahiert wird und das empirische Fundament einer fundierten Systematisierung des Handlungsfeldes der kommunalen Demokratieförderung darstellt (3.3.).

Die Weiterentwicklung und Bewahrung der Demokratie ist eine Daueraufgabe, zeigen doch nicht zuletzt die aktuellen Krisen, dass das Bestehen demokratischer Gesellschaften keine Selbstverständlichkeit ist. Deren Grundlagen müssen nicht nur von Menschen immer wieder neu erlernt, auch das vielfältige, demokratische Zusammenleben in sozialen Beziehungen und kulturellen Einstellungsmustern verankert und von Strukturen getragen werden, die Teilhabe für möglichst alle erlauben. Erweist sich aufgrund der momentanen Herausforderungen die Förderung der Demokratie damit als ebenso nötig wie vielfältig, so ist doch stets umstritten, was nun auf welche Weise gefördert werden soll.

Diese Unbestimmtheit gilt letztlich auch für das Handlungsfeld der Demokratieförderung, das mittlerweile auf eine längere Geschichte zurückblicken kann. So sehr diese zwar in der Praxis umgesetzt, darin als Begriff zur Selbstbeschreibung genutzt wird⁶³ und auch in fach- und förderpolitischen Kontexten etabliert ist,⁶⁴ so wenig elaboriert zeigt sich zugleich die fachliche Diskussion zum Konzept der (kommunalen) Demokratieförderung. Gibt es im (sozial)pädagogischen Bereich noch eine vertiefende Auseinandersetzung zu den konkreten Maßnahmen oder der didaktischen Umsetzung einer (kommunalen) Förderung von Demokratie, so zeigt sich besonders das politikwissenschaftliche und demokratietheoretische Feld an dieser Stelle äußerst dünn bestellt.

Demokratieförderung ist letztlich Teil einer unübersichtlichen Praxislandschaft und Begriffswolke, in der unterschiedliche Benennungen der Arbeit an und für die Demokratie teils synonym verwendet oder bewusst unterschieden werden. „So wird [Demokratieförderung] in bildungs- und sozialpolitischen Kontexten gleichgesetzt mit oder aber explizit abgegrenzt von

⁶³ Vgl. zum Praxisverständnis der Demokratieförderung beispielhaft: Greuel et al. 2016 sowie aktuell: Ehnert et al. 2021; für die Soziale Arbeit Überblickshaft: Köttig/Röh 2019. Zum spezifischen Verständnis der Demokratieförderung bei den Partnerschaften für Demokratie werden die folgenden Abschnitte und Kapitel Aufschluss bieten.

⁶⁴ Vgl. exemplarisch zu den förderpolitischen Debatten: Widmaier 2018; 2020 sowie: Sturzenhecker/Wohnig 2019.

Bezeichnungen wie Demokratiebildung, Demokratieerziehung, Demokratiepädagogik oder politischer Bildung.“⁶⁵ Auch in der politikwissenschaftlichen Debatte zeichnet sich kein übergreifendes Bild, gerade auch auf kommunaler Ebene ab. „Eine allgemeine ‚Theorie der Demokratieförderung‘ liegt nicht vor. Erfahrungen, vergleichende Evaluationen von Strategien, Verläufen und Wirkungen [von] Demokratieförderung gibt es nur wenige. Und wenn es sie gibt, sind sie theoretisch kaum generalisiert und empirisch unzureichend gesättigt“.⁶⁶

Vor diesem Hintergrund schlägt Wolfgang Merkel „auch für die Demokratieförderung einen Ansatz mittlerer Reichweite“ vor. „Ein theoretisch gehaltvoller Ansatz der Demokratieförderung muss einen stabilen Theoriekern besitzen, aber nach außen hinreichend offen sein, um kontextspezifische Variablen an diesen Kern anzuschließen“.⁶⁷ Diese Maßgabe eines kontextsensiblen Modells mittlerer Reichweite scheint gerade auf kommunaler Ebene angezeigt, ist diese doch in besonderer Weise von einer Heterogenität ihres Gegenstandsbereichs gekennzeichnet. Damit verbindet sich die Aufgabe, Demokratieförderung um einen solchen Theoriekern herum als Konzept begrifflich zu präzisieren und zugleich auf ein empirisches Fundament zu stellen, das auch der Vielfältigkeit kommunaler Kontexte gerecht wird.

Diesem grundlegenden Ziel sind die folgenden Kapitel gewidmet, die über die theoretische Rekonstruktion eines übergreifenden Analyserasters und die empirischen Einsichten zur Praxis der Partnerschaften für Demokratie zu einem mehrdimensionalen Modell der kommunalen Demokratieförderung gelangen, das im Vorgriff auf die kommenden Abschnitte schon an dieser Stelle zusammenfassend vorgestellt werden soll.

Im Vorgriff auf die nächsten Abschnitte: Ein mehrdimensionales Modell kommunaler Demokratieförderung

Ausgehend von empirischen Untersuchungen des Praxisfeldes⁶⁸ und konzeptuellen Überlegungen zum Begriff⁶⁹ der Demokratieförderung sowie den vorausgegangenen wie auch aktuellen, in diesem Bericht rekonstruierten Forschungsergebnissen aus der wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie bzw. der Lokalen Aktionspläne am ISS e.V.⁷⁰ wird in den folgenden Kapiteln ein Modell der kommunalen Demokratieförderung erarbeitet, das sich entlang zentraler Dimensionen und Achsen definieren lässt. Dahinter verbergen sich zum einen theoriebasierte Analyseebenen, mit denen das Handlungsfeld vermessen werden kann, und zum anderen empirisch erschlossene Zielbereiche der praktischen Umsetzung kom-

⁶⁵ Ehnert et al. 2021, S. 21

⁶⁶ Merkel 2010, 151. Auch wenn Wolfgang Merkel auf die politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit der externen Demokratieförderung abhebt und den Debattenstand der Internationalen Beziehungen zu dieser Frage vor einigen Jahren beschreibt, so treffend ist das Zitat doch auch für die akademische Debatte zur innerstaatlichen bzw. kommunalen Demokratieförderung.

⁶⁷ Ebd., 152.

⁶⁸ Vgl. Ehnert et al. 2021, Greuel et al. 2016.

⁶⁹ Vgl. Bohn 2021, Milbradt et al. 2019; auch Möller 2021a.

⁷⁰ Vgl. ISS/Camino 2017, 50-73; ISS/Camino 2014, 44ff.; ISS/Camino 2013, 32ff.; ISS/Camino 2012, 37ff.

municipaler Demokratieförderung, die sich in ein polyzentrisches Konzept übertragen lassen. Diesem Modell folgend lassen sich zunächst drei zentrale Ebenen herausarbeiten, die sich als grundlegende Handlungsbereiche vorstellen lassen:

- die **individuelle Ebene**, die die Unterstützung demokratischer Sozialisationsprozesse und die Stärkung individueller Widerstandskräfte fokussiert;
- die **kollektiv-kulturelle Ebene**, die auf die Stärkung der demokratischen Kultur und die Vermeidung demokratiefeindlicher Einstellungsmuster ausgerichtet ist;
- die **strukturelle Ebene**, die auf die Förderung demokratischer Teilhabestrukturen und die Überwindung gesellschaftlicher Ungleichheit und antidemokratischer Bestrebungen bezogen ist.

Damit wird (kommunale) Demokratieförderung als konzeptueller Dachbegriff eingeführt, der zwei zentrale Handlungslogiken der demokratischen Stärkung von Individuum, Kultur und Struktur umfasst:

- zum einen die ressourcenorientierte Stärkung von demokratischen Aneignungsprozessen;
- zum anderen die stress- und störungszentrierte Abwehr antidemokratischer Gefährdungen.

Aus der Verschränkung dieser Handlungsbereiche und -logiken lässt sich ein sechsgliedriges Analyseraster erarbeiten, mit dem kommunaler Demokratieförderung nicht nur begrifflich sortiert, sondern auch die konkrete Praxis ihrer Umsetzung verortet werden kann. Vor diesem Raster lassen sich aus der konkreten Arbeit der Partnerschaften für Demokratie auf empirischem Wege fünf zentrale Zielbereiche extrahieren, die sowohl handlungsleitend für die politische Praxis als auch essentielle Bestandteile der lokalen Stärkung von Demokratie sind. Dies umfasst:

- erstens die **Vermittlung der Grundlagen von Demokratie als Lebens- und Regierungsform**, d.h. die Förderung der werte- und emotionsgebundenen Anerkennung von Grundwerten und Verfahren der Demokratie sowie die Vermittlung von Kenntnissen zu Grundstrukturen des demokratischen Systems;
- zweitens die **Förderung gesellschaftlicher Mitbestimmung**, d.h. die Befähigung von Individuen zur aktiven, kritisch-reflexiven Teilhabe an demokratischen Mitbestimmungsprozessen sowie die strukturelle Erweiterung und Erneuerung demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten;
- drittens die **Stärkung gemeinwohlorientierten Handelns**, d.h. die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch die Unterstützung vielfältiger, sozialer Beziehungen und Organisationen des zivilgesellschaftlichen Engagements sowie das Voranbringen von gesellschaftspolitischer Chancengleichheit und Inklusion;
- viertens die **Stärkung demokratischer Dialog- und Konfliktkompetenzen**, d.h. die Förderung der Akzeptanz einer demokratischer Dialog- und Konfliktkultur sowie die Befähigung zum reflektierten und demokratisch standfesten Umgang mit dem demokratischen Meinungspluralismus und dessen Gegnern;
- fünftens das **Setzen demokratischer Grenzen**, d.h. sowohl die sensibilisierende Aufklärung und Aufdeckung von antidemokratischen Erscheinungsformen und Bewegungen als

auch die direkte, räumliche und strukturelle Eingrenzung von Aktivitäten und Bewegungen des antidemokratischen Spektrums sowie die öffentlich sichtbare und institutionelle Unterstützung von Betroffenen demokratie- und menschenfeindlicher Übergriffe

Damit wird ein praxisadäquates und empiriegestütztes Modell kommunaler Demokratieförderung vorgelegt, das auch über die wissenschaftliche Begleitung der Partnerschaften hinaus als heuristische Folie zur Beschreibung der kommunalen Förderung von Demokratie genutzt werden kann. Die folgenden Ausführungen widmen sich der Herleitung und Ausarbeitung des hier nur cursorisch eingeführten Modells und nehmen die Verknüpfung der vorgestellten Analyseebenen und Dimensionen in den Blick. Dafür wird sich zunächst auf theoretischem Wege dem Begriff der Demokratieförderung genähert und das oben angerissene Analyseraster eingeführt (1.1). Sodann geraten die Partnerschaften für Demokratie als lokale Akteur*innen der kommunalen Demokratieförderung in den Blick (1.2), um das Konzept der Demokratieförderung nicht nur auf die kommunale Ebene zu übertragen, sondern zugleich die empirische Rekonstruktion der fünf skizzierten Zielbereiche aus den konkreten Handlungszielen der Partnerschaften vorzubereiten (1.3).

3.1 Theoretische Vorüberlegungen zum Konzept der kommunalen Demokratieförderung

Den Ausgangspunkt der hier vorgestellten Überlegungen zum Begriff der Demokratieförderung bildet das Konzept der politischen Kultur, das für die Einführung eines übergreifenden Analyserasters fruchtbar gemacht werden soll.⁷¹ Das Konzept der politischen Kultur erweist sich gleich aus mehreren Gründen als besonders anschlussfähig, ist dieses doch nicht nur bewusst mehrdimensional zur analytischen Vermessung demokratischer Gesellschaften im Ganzen und dabei systemtheoretisch angelegt, sondern kann zugleich auf eine lange Geschichte der akademischen Auseinandersetzung zurückblicken, in der das Konzept auf verschiedene Handlungsfelder und Gesellschaftsformen angewendet sowie empirisch validiert worden ist.

⁷¹ Vgl. dazu grundlegend: Pickel/Pickel 2006.

Das Konzept der politischen Kultur als Anschlusspunkt

Politische Kultur wird dabei zunächst auf abstrakter Ebene als der Bereich geteilter Werte, Einstellungen, Normen und Interaktionen verstanden, die sich auf ein bestimmtes politisches System/Strukturen beziehen⁷² und sich zugleich durch individuelle Sozialisationsprozesse (symbolisch) reproduzieren.⁷³ Wie ein politisches System kollektiv wahrgenommen, gemocht und bewertet wird, sedimentiert in die Muster einer jeweiligen politischen Kultur und ist Fundus der gesellschaftlichen Akzeptanz und Anerkennung eines politischen Systems. Neben dem kognitiven Wissen über ein politisches System umfasst die politische Kultur somit auch affektiv-emotionale Bezüge und evaluative Deutungen des politischen Systems, wie sie auch in gesellschaftlich verankerten Legitimationsdiskursen aufgefangen sind.⁷⁴ Die politische Kultur wird jedoch selbst bestimmt von individuellen Prozessen der politischen Vergesellschaftung, die die politische Kultur erneuern und reproduzieren, sowie den institutionellen Strukturen politischer Systeme, die den materiellen Rahmen der politischen Kultur setzen.⁷⁵ Damit kann das Konzept der politischen Kultur das „Individuum mit der politischen Struktur und der demokratischen Ordnung“⁷⁶ konzeptuell verbinden.

Individuum – Kultur – Struktur – drei Dimensionen der Demokratie

Bezogen auf die Demokratie umfasst politische Kultur somit alle kollektiven Einstellungs-, Werte- Interaktions- und Handlungsmuster, die sich im weiteren Sinne auf das gesellschafts-politische System der Demokratie beziehen. Demokratische **Kultur** würde sodann die sozio-kulturelle und die in der sozialen Praxis verankerte Anerkennung und kognitiv, emotional und evaluativ begründete Akzeptanz der Demokratie als Lebens- und Regierungsform beschreiben. Dabei wird auch die demokratische Kultur selbst von den Struktureigenschaften und Funktionsbedingungen der Demokratie als politisches System geprägt und durch demokratische **Sozialisationsprozesse** reproduziert, mittels derer Menschen in demokratische Gesellschaften hineinwachsen und das Normengefüge der Demokratie erlernen. Umgekehrt formt die politische Kultur der Demokratie die Vergesellschaftung von Individuen und rahmt das politische System der Demokratie.⁷⁷ Prägt das familiäre, schulische oder berufliche Erlernen von Demokratie auf der individuellen Ebene zugleich die demokratische Kultur, so ist diese zu-

⁷² Vgl. zu der neueren Diskussion des Begriffs und dieser Grunddefinition: Pickel/Pickel 2016, 543ff. Nach Almond und Verba kann das politische System dabei unterschieden werden in die individuellen Selbstbilder (auch der demokratischen Bürger*innen-Modelle), die damit verbunden sind, die Verfahren (etwa der Mitbestimmung, also die input-Ebene), die Ergebnisse (die output-Ebene) und die Konzepte, die das gesamte System betreffen. Die Politische Kultur umfasst dabei Einstellungen und Werte, die sich u.a. auf diese verschiedenen Ebene eines politischen Systems und seine Mitglieder beziehen. Vgl. Pickel 2010, 4f.

⁷³ Vgl. zum Begriff der symbolischen Reproduktion und die sozialisatorische Erneuerung der Lebenswelt: Habermas 1984, 182-228.

⁷⁴ Vgl. Pickel 2010, 3.; zu gesellschaftlich verankerten Legitimationsdiskursen: Boltanski/Thevenot 2007.

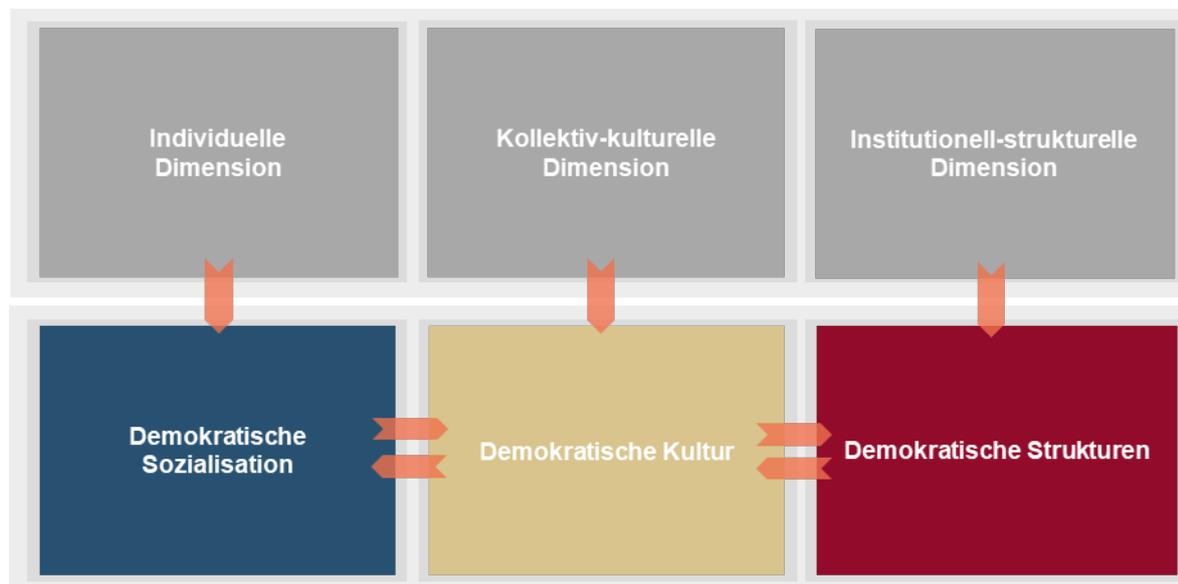
⁷⁵ Vgl. zu diesem Kreislauf: Pickel 2010, 10f.; auch: Pickel/Pickel 2006, 112-118.

⁷⁶ Pickel/Pickel 2017, 522.

⁷⁷ Vgl. zu diesem grundlegenden Zirkel von Sozialisation, Kultur/Normen und dem politischen System auch die kommunikationstheoretischen Grundlagen der deliberativen Demokratietheorie von Habermas (1984, 1992, Kap. 1). Diese Wechselbeziehung bzw. Ko-Abhängigkeit von demokratischem System und dessen kulturellen Grundlagen wurde prominent auch als sog. „Böckenförde-Paradox“ eingeführt. Vgl. dazu Böckenförde 1991; zu diesem Zirkel auch: Pickel/Pickel 2006, 50f.

gleich bestimmt von den strukturellen Möglichkeiten für Menschen, an der Gestaltung von Gesellschaft partizipieren zu dürfen. Ebenso spiegelt sich das kulturell geteilte Verständnis der Demokratie als Lebens- und Regierungsform sich nicht nur in individuellen Bildungswegen und Erziehungsstilen wider, sondern hat zugleich Einfluss darauf, wie bestehende **Strukturen** der demokratischen Mitbestimmung tatsächlich genutzt werden und welche Akzeptanz diese in einer Bevölkerung haben. Demnach ergibt sich ein System wechselseitiger Interdependenzen, welches Sozialisation, Kultur und Struktur im Sinne von Rahmung, Unterfütterung, Erneuerung und Ermöglichung miteinander verschränkt (s. Abb. 1).⁷⁸

Abbildung 1: Dimensionen und Interdependenz von Individuum, Kultur und Struktur



Quelle Eigene Darstellung

Nun zeigt sich, dass sich auch Krisen demokratischer Gesellschaften als Produkt einer solchen interdependenten Verschränkung begreifen lassen. Probleme auf der Funktionsebene des demokratischen Systems oder auf der Ebene der demokratischen Sozialisation haben folglich disruptive Effekte auf die gemeinsam geteilte demokratische Kultur, wie auch soziokulturelle Krisen der Demokratie sich auf die sozialisatorischen Bedingungen des Erlernens von Demokratie und das funktionale Gelingen von demokratischen Institutionen und Verfahren (etwa Wahlen) auswirken können.⁷⁹ In diesem Sinne kann die Stärkung der demokratischen Kultur auch in der Abwehr von antidemokratischen Tendenzen bestehen – und zwar ebenso auf der individuellen, kulturell-kollektiven wie strukturellen Ebene:

⁷⁸ Es wird in der nachfolgenden Darstellung sowohl der Zielbereiche kommunaler Demokratieförderung als der idealtypischen Handlungsstrategien deutlich, dass kommunale Demokratieförderung oft genau diese Wechselbeziehungen fokussiert.

⁷⁹ Vgl. dazu Pickel/Pickel/Yendell 2020; auch: Pickel 2017. Vgl. zu einer demokratietheoretischen Erklärung des Populismus (als politischer Kultur) aus den strukturellen Funktionsstörungen demokratischer Systeme: Schäfer/Zürn 2021, 89-129; zu einer soziokulturell-sozialisatorischen Erklärung der Populismus: Koppetsch 2019. Siehe dazu umfassend das obige Kapitel: 2.2.

Gerade die demokratie- und sozialtheoretischen Erklärungen der neuen Konjunktur des Rechtspopulismus lassen sich, wie oben beschrieben, in ein solches Modell passgenau einfügen und auch aus dem wechselseitigen Zusammenwirken der drei vorbezeichneten Ebenen erklären. So können strukturelle Defizite demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten zu Verwerfungen der demokratischen Kultur führen, die sich wiederum darauf auswirken, mit welchen Hoffnungen und Erwartungen Menschen in die Demokratie hinein- oder herauswachsen. Umgekehrt kann das individuelle Desinteresse an Politik im Allgemeinen an kulturell-politischen Angeboten antidemokratischer Gruppierungen andocken und in einer übergreifenden Verweigerung zur demokratischen Partizipation münden, vor der auch demokratische Strukturen nachhaltig Schaden nehmen.

Dies offenbart eine Interdependenz auch von demokratiegefährdenden Entwicklungen, die zugleich deutlich macht, dass die Förderung von Demokratie nicht nur die Unterstützung demokratischer Sozialisation, die Stärkung der demokratischen Kultur sowie die Weiterentwicklung demokratischer Strukturen, sondern umgekehrt auch die Verteidigung der Demokratie umfasst, die ebenso auf der individuellen, kollektiv-kulturellen sowie strukturellen Ebene ansetzen muss. So kann die demokratische Kultur nur überdauern, wenn sie nicht bedroht ist von demokratie- und menschenfeindlichen Einstellungsmustern und Gruppierungen, zugleich können Individuen gegenüber antidemokratischen Avancen nur dann bestehen, wenn sie über Kompetenzen des widerstandsfähigen Umgangs verfügen, und auch das politische System der Demokratie kann nur dann überleben, wenn es strukturelle, gesellschaftliche wie demokratische Teilhabedefizite überwindet und zugleich demokratiegefährdende Einfluss- und Übernahmeveruche wirksam abwehrt.

Aneignung und Abwehr als Grundbegriffe der Demokratieförderung

Ausgehend von dieser grundlegenden Rahmung lassen sich damit jeweils „fördernde“ wie „abwehrende“ Elemente herausarbeiten, die auf individueller, kulturell-kollektiver oder struktureller Ebene entweder auf die Stärkung und Weiterentwicklung von Demokratie als Lebens- und Regierungsform oder auf die Vermeidung von antidemokratischen Gefahren oder demokratischen (Struktur)Defiziten ausgerichtet sind. Im Anschluss an sozialpädagogische aber auch demokratie- und sozialtheoretische Arbeiten lassen sich diese beiden zusätzlichen Dimensionen unter die begriffliche Klammer der Aneignung von Demokratie bzw. der Abwehr antidemokratischer Gefährdungen fassen und als zwei Grundbegriffe der Demokratieförderung einführen.

Als sozial- und demokratietheoretischer sowie politikwissenschaftlicher Gegenbegriff zur politischen Apathie und gesellschaftspolitischen Entfremdung sowie als (sozial)pädagogisch fundierter Begriff der über praktischem Handeln, aktiver Teilhabe und selbstbestimmter Erfahrung verlaufenden Bildung von Individuen findet der Begriff der Aneignung Verwendung zur konzeptuellen Beschreibung sowohl individueller Sozialisationsprozesse als auch kollektiv-kultu-

reller Praktiken der Akzeptanz und selbstbestimmten Anerkennung gesellschaftlicher Strukturen.⁸⁰ Aneignung wird dabei grundsätzlich als Form der selbstbestimmten Internalisierung, Inbesitznahme oder teilnehmende Unterstützung von gesellschaftlichen Strukturen und Normen begriffen, die sich praktisch zu eigen gemacht werden. Zu eigen machen meint dabei sowohl die tatsächliche Mitbestimmung und Gestaltung von Strukturen/Normen, die sich praktisch angeeignet werden, als auch die geistig-moralische Anerkennung und Akzeptanz ebenjener Strukturen/Normen, die sich kognitiv, emotional oder evaluativ zu eigen gemacht werden, also Teil individueller Selbstbilder oder soziokultureller Praktiken werden.⁸¹

In diesem Sinne kann die **Aneignung von Demokratie** zum einen als das Zu-Eigen-Machen von demokratischen Werten, Normen, Interaktionsregeln, Wissensbeständen und Fähigkeiten begriffen werden, mit der die Demokratie als Lebens- und Regierungsform über individuelle Sozialisationsprozesse im individuellen Selbstbild verankert wird. Zum anderen kann die Aneignung als die kollektive Praxis des Zu-Eigen-Machens von demokratischen Strukturen und Verfahren und als soziokulturelle Einübung der Demokratie als gesellschaftliche Lebensform begriffen werden, die v.a. über die tatsächliche Teilhabe und Mitbestimmung an der Gestaltung der demokratischen Gesellschaft gelingt.⁸² Aneignung sowohl auf sozialisatorischer wie soziokultureller Ebene kann, wie gerade die sozial- und demokratietheoretische Auseinandersetzung mit dem Aneignungsbegriff gezeigt hat,⁸³ jedoch nur gelingen, wenn es zugleich (materielle) Strukturen gibt, die Aneignung möglich machen, also Räume der Mitbestimmung und Möglichkeiten des Zu-Eigen-Machens aufmachen. Demzufolge muss die Aneignung der Demokratie als Lebens- und Regierungsform nicht nur strukturell gefördert und ermöglicht werden, sondern die Demokratie als politisches Institutionengefüge ist zugleich auf die strukturelle Ermöglichung von demokratischen Aneignungsprozessen angewiesen.⁸⁴

Demgegenüber umgreift der Begriff der **Abwehr antidemokratischer Gefährdungen** hier all jene Dimensionen der Demokratieförderung, die auf die Vermeidung antidemokratischer Bestrebungen und Bedrohungslagen, auf die Überwindung von Defiziten und Benachteiligungen gesellschaftlicher Mitbestimmung oder auf die Stärkung von demokratischen Abwehrkräften ausgerichtet sind, die im Umgang, in Konflikten mit antidemokratischen Gruppierungen und Positionen essentiell sind. Dabei umfasst der Begriff der Abwehr gerade im Hinblick auf den

⁸⁰ Vgl. dazu die Ausführungen in FN 62 in Kap. 2.6. in diesem Bericht und für eine demokratie- und sozialtheoretische Verortung nochmals: Jaeggi 2016. Vgl. für eine pädagogische Perspektive: 16. Kinder- Und Jugendbericht 2020, 114ff.; darüber hinaus zur sozialpädagogischen Verwendung des Aneignungsbegriffs: Deinet/Reutlinger 2004; und bes. Deinet et al. 2018.

⁸¹ Vgl. zu einer demokratietheoretischen Anwendung innerhalb eines bewusst dezentral-aktivierend gedachten Demokratiemodells: Rosanvallon 2010.

⁸² Vgl. zum Begriff der Demokratiegestaltung, der wesentliche Aspekte mit dem Begriff der selbstbestimmten Aneignung von Demokratie teilt: Möller 2021b.

⁸³ Vgl. insb. Jaeggi 2016.

⁸⁴ Vgl. dazu nochmals: Möller 2021a. Der Gedanke, dass nur solche demokratischen Institutionen, Strukturen, Rechte, etc. gesellschaftliche Akzeptanz und Anerkennung finden, weil sie ihre Legitimität aus den partizipatorischen Prozessen gewinnen, die sie selbst hervorbringen, ist ein vertragstheoretischer Kerngedanke der Demokratietheorie (vgl. Kersting ...) und sowohl in liberalen (vgl. exemplarisch: Rawls 1993) als auch republikanisch-deliberativen Demokratiemodellen fest verankert (vgl. exemplarisch: Maus 2011). Mit dem Begriff der Aneignung ist dies jedoch nur in Teilen diskutiert worden (vgl. nochmals Jaeggi 2016 als auch Rosanvallon 2010; einordnend auch: Gaus 2012), wengleich gerade resonanz- (vgl. Rosa 2016; auch Gies et al 2020) oder anerkennungstheoretische (vgl. Honneth 2011, 470-625) Demokratiekonzeptionen einer ähnlichen Grundintention folgen.

Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen zweierlei: zum einen die stressorientierte Ausrichtung auf den Umgang mit noch nicht manifest antidemokratisch positionierten Einstellungsmustern, Tendenzen oder Akteur*innen, die vor allem in der Stärkung von individuellen, kollektiv-kulturellen oder auch strukturellen Widerstandskräften im demokratisch-weltoffenen Spektrum münden; zum anderen einer störungszentrierten Auseinandersetzung mit offenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen und Gruppierungen, die sich in einer direkten, z.B. sozialräumlichen Gegenwehr gegen antidemokratische Bestrebungen ausdrückt.

Grundpfeiler der Demokratieförderung – ein theoriegeleitetes Analyseraster

Aus dem konzeptuellen Anschluss eines erweiterten Begriffs der demokratischen Kultur kann nun auf der Basis eines theoretisch rekonstruierten, mehrdimensionalen Analyserasters eine Definition der Demokratieförderung herausgearbeitet werden. Dieser folgend setzt Demokratieförderung zugleich auf den Ebenen Individuum, Kultur und Struktur an und schließt sowohl die Aneignung von Demokratie als auch die Abwehr antidemokratischer Gefährdungen mit ein. Demokratieförderung ist damit ausgerichtet auf:

die individuelle Ebene und hier

- erstens die **Unterstützung demokratischer Sozialisationsprozesse**, d.h. die individuelle Aneignung von Demokratie als Lebens- und Regierungsform durch den Erwerb von Wissen, Werten und Kompetenzen, sowie
- zweitens das Erlernen von individuellen, **demokratischen Abwehrkräften** im Umgang mit antidemokratischen Akteur*innen und Standpunkten;

die kollektiv-kulturelle Ebene und hier

- drittens auf die **Stärkung der demokratischen Kultur**, d.h. sowohl die kollektiv-kulturelle Aneignung der Demokratie durch die Förderung der gesellschaftlichen Akzeptanz und des Vertrauens in die Institutionen und Akteur*innen der Demokratie sowie die Stärkung demokratischer Interaktionsformen und Normen als auch
- viertens die gemeinsame, soziokulturelle Verhinderung demokratie- und menschenfeindlicher Einstellungs-, Werte- und Handlungsmuster;

die strukturelle Ebene und hier

- fünftens auf die **Förderung demokratischer Mitbestimmungsstrukturen**, d.h. nicht nur die strukturell ermöglichte Aneignung demokratischer Beteiligung durch die Vertiefung und Ausweitung demokratischer/gesellschaftlicher Mitbestimmungsmöglichkeiten, sondern
- sechsten auch die Überwindung von gesellschaftspolitischen Benachteiligungen sowie die strukturell-sozialräumliche Vermeidung antidemokratischer Bestrebungen und Einflussnahmen.

Zusammenfassend ergibt sich daraus ein *theoretisches Modell*, das als übergreifendes Analyseraster eine grundlegende Dimensionierung der Demokratieförderung einführt. Dieses wird im Folgenden sowohl die Beschreibung der empirischen Praxis der (kommunalen) Demokratieförderung anleiten als auch durch die Empirie selbst angereichert werden (s. Abb. 2).

Abbildung 2: Theoriebasiertes Analyseraster der Demokratieförderung

	Aneignung	Abwehr
Individuelle Dimension	Förderung demokratischer Sozialisationsprozesse	Stärkung individueller Abwehrkräfte
Kollektiv-kulturelle Dimension	Stärkung demokratischer Kultur	Verhinderung antidemokratischer Einstellungs- und Wertemuster
Institutionell-strukturelle Dimension	Vertiefung und Ausweitung demokratischer Mitbestimmungsstrukturen	Überwindung von Teilhabeungleichheiten und Vermeidung antidemokratischer Bestrebungen

Quelle: Eigene Darstellung

Auf dem Weg zu einem empiriegestützten Modell kommunaler Demokratieförderung

Sind damit die Grundpfeiler eines Konzepts der Demokratieförderung abgesteckt, so steht zugleich der Übertrag auf das Feld der kommunalen Demokratieförderung noch aus. Wie sich diese bislang explizierten Dimensionen der Demokratieförderung nun im Praktischen, also in der Arbeit für Demokratie ausgestalten lassen, was sich konkret hinter der Förderung demokratischer Sozialisationsprozesse oder der Stärkung individueller Abwehrkräfte aus Perspektive einer kommunal verorteten Demokratieförderung verbirgt, ist Gegenstand der nächsten Abschnitte. Hier wird unter Bezugnahme auf die fachliche Praxis lokaler Partnerschaften für Demokratie und auf Grundlage eines multimethodisch angelegten Designs die skizzierte Systematisierung weiter ausgearbeitet und schließlich in ein mehrstufiges Modell kommunaler Demokratieförderung überführt.

Zwar gibt es zahlreiche Arbeiten, die sich mit einzelnen Aspekten der im obigen Modell zusammengefassten Dimensionen der Demokratieförderung befassen. Ansätze zur kommunal

ansetzenden politischen Bildungsarbeit⁸⁵ stehen neben Debatten zur Gestaltung lokaler politischer Kultur,⁸⁶ etwa durch die Förderung von lokalem Sozialkapital,⁸⁷ und Arbeiten, die sich mit der Ausgestaltung kommunaler demokratischer Beteiligungsstrukturen oder innovativen Partizipationsarrangements auf lokaler Ebene auseinandersetzen.⁸⁸ Demgegenüber liegt bislang jedoch noch kein umfassendes und zugleich empiriegestütztes Modell der kommunalen Demokratieförderung vor.

Im Folgenden wird der Fokus somit auf der empirischen Herleitung und Vertiefung des zu Beginn dieses Kapitel kurz angerissenen Konzepts der kommunalen Demokratieförderung liegen, das aus dem empirischen Erkenntnissen zur praktischen Umsetzung der kommunalen Demokratieförderung bei den Partnerschaften für Demokratie rekonstruiert und sodann mit den vorangegangenen theoretischen Überlegungen verbunden werden soll. Damit wird zum einen ein praxisgetreues Abbild kommunaler Demokratieförderung bei den Partnerschaften für Demokratie geliefert und zum anderen über eine Systematisierung dieser Praxis in zentrale Zielbereiche zugleich eine Dimensionierung der kommunalen Demokratieförderung vorgestellt, die sich in ein übergreifendes Modell überführen lässt.

3.2 Die Partnerschaften als Akteur*innen kommunaler Demokratieförderung

Die Konturierung des Handlungsfeldes bzw. die Entwicklung eines übergreifenden Modells der kommunalen Demokratieförderung bliebe ohne systematische Berücksichtigung der fachlichen Praxis notwendigerweise verkürzt. Sie bildet nicht nur den Gegenstand, sondern das empirische Gegengewicht zu den theoretischen Vorüberlegungen und fungiert zugleich als Prüfstein wie auch als konkretisierende Impulsgeberin für die weitere Ausarbeitung des schließlich in Kapitel 5 vorgestellten Modells. Es sind die Partnerschaften für Demokratie, die hier eine besondere Bedeutung erlangen, können die an sie angeschlossenen Praktiker*innen der Demokratieförderung doch nicht nur exklusive Einsichten darüber generieren, was Demokratieförderung auf kommunaler Ebene genau bedeutet, sondern auch darüber, auf welche unterschiedliche Weise diese vor dem Hintergrund der Heterogenität kommunaler Kontexte vor Ort umgesetzt wird.

Heterogenität einer kontextsensiblen Umsetzung kommunaler Demokratieförderung

Die Partnerschaften für Demokratie sind als lokale Knotenpunkte von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in Kontexten angesiedelt, die mit höchst unterschiedlichen Voraussetzungen des demokratiepolitischen Arbeitens verbunden sind. Städtische oder ländliche, sozioökonomisch prosperierende oder benachteiligte, ins kulturelle Leben eingebundene oder abgehängte Regionen bieten nicht nur verschieden Möglichkeiten des gemeinwohlorientierten oder

⁸⁵ Vgl. exemplarisch und überblickshaft: Coelen 2020; Holtkamp 2013.

⁸⁶ Vgl. schon früh: Gabriel 1994; Gabriel et al. 2013; exemplarisch: Neumann 2020.

⁸⁷ Vgl. z.B. die Diskussion bei: Lorenz/Träger 2020, 102ff.; auch: Klein et al. 2004.

⁸⁸ Vgl. für einen Überblick nochmals: Geißel 2019; für eine sozialräumliche Perspektive exemplarisch: Bundesverband Mobile Beratung 2019.

demokratischen Engagements, die sozialstrukturelle und soziokulturelle Grammatik kommunaler Kontexte prägt auch das individuelle bzw. kulturelle Selbstbild, das soziale Miteinander und die politischen Einstellungen einer Region.⁸⁹

Ausgehend von den verschiedenen organisatorischen Voraussetzungen, der kommunalspezifischen Lage, den zivilgesellschaftlichen Ressourcen und gesellschaftspolitischen Problemlagen vor Ort,⁹⁰ richten die Partnerschaften mittels partizipativer Verfahren ihre inhaltlichen Schwerpunkte aus, und bilden in ihrer Gesamtheit einen breit gefächerten Kanon unterschiedlicher Handlungsansätze und konkreter Projekte der kommunalen Demokratieförderung ab. Um dieses breite Handlungsrepertoire in einem ersten Schritt nicht nur zu systematisieren, sondern auch zu kontextualisieren, wird Ziel der folgenden Abschnitte sein, aufzuzeigen, erstens mit welchen Problemlagen die Partnerschaften in ihrer Gesamtheit konfrontiert sind, zweitens welche Arbeitsschwerpunkte sie wählen und drittens welche konkreten Handlungsziele der kommunalen Demokratieförderung sie vor diesem Hintergrund in besonderer Weise adressieren.

Problemdruck und Problemlagen in den Förderregionen der Partnerschaften

Wie andere politische und zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Organisationen⁹¹ sehen sich auch die Partnerschaften für Demokratie nach der Einschätzung ihrer Vertreter*innen mit einer nicht erst seit der Corona-Pandemie zunehmenden Polarisierung politischer Konflikte in ihren Förderregionen konfrontiert, die – wenn regional auch sehr unterschiedlich verteilt⁹² – insgesamt mit einem weiterhin hohen bzw. zunehmenden Vorkommen sowohl demokratiegefährdender Gruppierungen⁹³ als auch antidemokratisch motivierter Vorfälle und Bedrohungen⁹⁴ verbunden ist.⁹⁵ Neben diesen manifesten Gefährdungen durch antidemokratische Bestrebungen verbindet sich damit aber auch eine eher hintergründig verlaufende Gefahr der kulturellen Entfremdung von der Demokratie als Lebens- und Regierungsform, die Partnerschaften vor die Aufgabe stellt, neben der stress- und störungsorientierten Abwehr manifester bzw. weiche-erer Formen der Demokratiegefährdung zugleich die Ressourcen der Demokratie zu stärken.

⁸⁹ Die regionalen Unterschiede der sozioökonomischen, soziokulturellen Hintergründe und Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung werden im Kapitel zu den idealtypischen Strategien der kommunalen Demokratieförderung wieder aufgegriffen, spielen diese doch für die Auswahl bestimmter Arbeitsschwerpunkte und Handlungsansätze eine zentrale Rolle. Vgl. Kap 6 in diesem Bericht.

⁹⁰ Vgl. zur Bedeutung vorhandener Ressourcen demokratischer Zivilgesellschaft für den Umgang antidemokratischer Gefährdungen mit Bezug auf die Förderregionen der Partnerschaften: ISS 2020; vertiefend auch: Schroeder et al 2021; Schroeder et al. 2020; zu den Herausforderungen ländlicher Räume: Vogel 2019.

⁹¹ Vgl. dazu ausführlich: Kap. 2.5. in diesem Bericht.

⁹² Vgl. zu dieser regional variierenden Betroffenheit der Förderregionen der Partnerschaften: ISS 2020, 20-45.

⁹³ Vgl. zu den konkreten Zahlen Tabelle 14 und 15 im Anhang sowie zu einer Einschätzung der Zahlen die Berichte zu den kommunalen Bedrohungslagen in den Förderregionen der Partnerschaften 2020 und 2021: ISS 2021, 42ff. sowie ISS 2020, 9ff.

⁹⁴ Vgl. dazu ISS 2021, 35ff. sowie ISS 2020, 5ff.

⁹⁵ Dabei werden auch die Partnerschaften selbst zum Ziel von Übergriffen und sehen sich Phänomenen der Einschränkungen ihrer Handlungsspielräume („Shrinking Spaces“) ausgesetzt, die mit dem verstärkten Auftreten rechtspopulistischer Gruppierungen in demokratischen Institutionen auch neuartige Formen annimmt. Vgl. dazu die vertiefenden Ausführungen in Kapitel 7 in diesem Bericht. Dazu lassen sich verstärkt auch Versuche der rechten Einflussnahme in die Strukturen demokratischer Zivilgesellschaft feststellen, die sich als weitere Formen der Beeinträchtigung zivilgesellschaftlicher beschreiben lassen. Vgl. dazu ISS 2021 und nochmals Schroeder et al. 2021.

Gefragt nach dem Problemdruck entlang einzelner Phänomen- und Arbeitsbereiche in den jeweiligen Förderregionen melden eine Mehr- oder Vielzahl von Vertreter*innen der Partnerschaften folgerichtig zurück, nicht nur in Bezug auf demokratiegefährdende Phänomene einen (sehr) hohen Problemdruck wahrzunehmen, besonders etwa in den Bereichen „Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus“ (53%, 159), Rassismus (50%, 150) oder Rechtsextremismus (41%, 123). Vielmehr wird ein (sehr) hoher Problemdruck auch hinsichtlich einer notwendigen, ressourcenorientierten Stärkung der Grundlagen einer vielfältigen, demokratischen Gesellschaft wahrgenommen und damit ein Bedarf im Bereich der übergreifenden Förderung von Demokratie (33%, 99) und Vielfalt (36%, 108) gesehen.⁹⁶

Arbeitsschwerpunkte der Partnerschaften für Demokratie

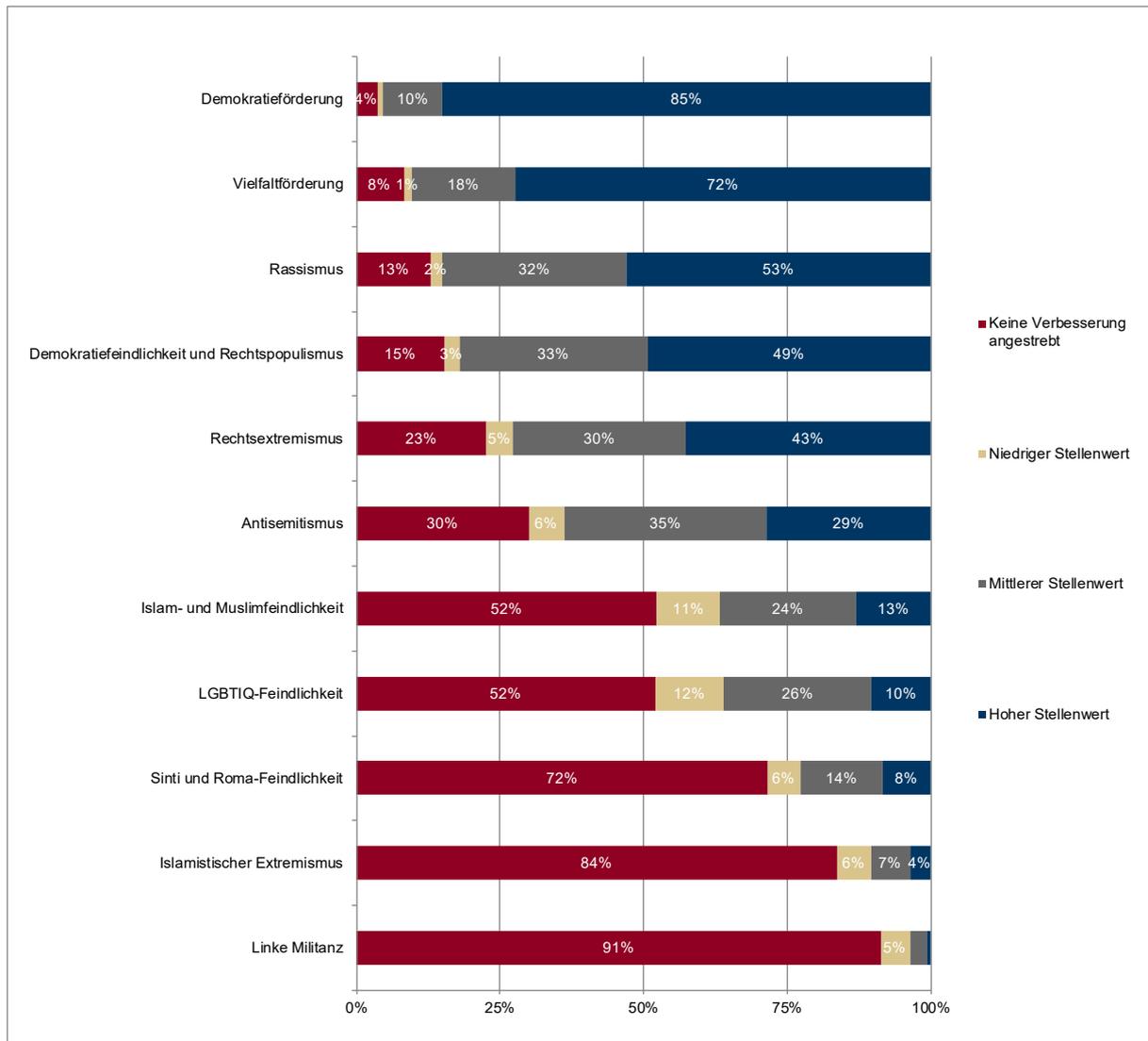
Der übergreifenden Darstellung des wahrgenommenen Problemdrucks folgend, in der sowohl die manifeste Demokratiegefährdung aus dem rechtsorientierten Spektrum (Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Rassismus) als auch die Notwendigkeit einer ressourcenorientierten Bearbeitung von Demokratie und Vielfalt akzentuiert wurde,⁹⁷ verorten die Partnerschaften auch die Schwerpunkte ihrer Arbeit in die entsprechenden Handlungs- und Phänomenbereiche. Neben dem hohen Stellenwert, den die Partnerschaften gemäß der Rückmeldung ihrer Vertreter*innen den Handlungsbereichen Rassismus (53%, 159), Rechtspopulismus (49%, 147) oder Rechtsextremismus (43%, 129) in ihrer Arbeit einräumen, sticht in besonderer Weise der Fokus auf die Handlungsbereiche Demokratie- (85%, 255) und Vielfaltförderung (72%, 216) heraus (s. Abb. 3).⁹⁸

⁹⁶ Vgl. Tabelle 1 im Anhang.

⁹⁷ Eine Problemwahrnehmung der Partnerschaften, die sich weitestgehend auch mit den Ergebnissen von Studien deckt, die auf die von der breiten Bevölkerung wahrgenommenen, zentralen, gesellschaftspolitischen Herausforderungen demokratischer Gesellschaften abheben. Vgl. dazu exemplarisch: Zick 2021.

⁹⁸ Gerade in den partizipativen Workshops mit den Partnerschaften wurde deutlich, dass Demokratie- und Vielfaltförderung als Arbeitsbereiche entweder als Bereich einer vordringlich ressourcenorientierten Förderung der Aneignung einer vielfältigen Demokratie als Lebens- und Regierungsform oder – das gilt für den Begriff der Demokratieförderung – auch als übergreifender Dachbegriff für das gesamte Feld kommunaler Demokratieförderung begriffen wurde, dass neben der Förderung von demokratischen Aneignungsprozessen auch die Abwehr von Gefährdungen der Demokratie umfasst. Vgl. zu dieser konzeptuellen Herausforderung nochmals das vorausgegangene Kapitel 3 in diesem Bericht.

Abbildung 3: Stellenwert von Handlungsbereichen in der Arbeit der Partnerschaften⁹⁹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (N = 300).

Die Partnerschaften fokussieren damit auf der einen Seite vor allem auf die Abwehr rechter Gefährdungen, indem sie aktiv zum Entgegentreten ermuntern, Zeichen setzen, Gegenmobilisierung antreiben und Strategien im Umgang mit Akteur*innen und Positionen des rechten Spektrums vermitteln, um grundsätzlich die Werte und Strukturen der offenen, demokratischen Gesellschaft gegenüber demokratie- und menschenfeindlichen Einstellungen, Positionen und Gruppierungen zu verteidigen. Auf der anderen Seite setzen sie zugleich an den Grundlagen der Demokratie an, indem sie auf die Aneignung der Demokratie als Lebens- und Regierungsform durch das Erlebarmachen demokratischer Grundwerte, durch die Förderung der Anerkennung demokratischer Verfahren oder durch das Sichtbarmachen der Vorzüge des gesellschaftlichen Pluralismus abzielen. Dabei geht es letztlich nicht nur um die Stärkung der individuellen, kulturellen und auch strukturellen Ressourcen der Demokratie, sondern mit dieser

⁹⁹ Vgl. Tabelle 2 im Anhang.

Stärkung zugleich um die Förderung der gesellschaftlichen Resilienz gegenüber den Krisen der Demokratie und ihren demokratiegefährdenden Auswirkungen.

3.3 Handlungsrepertoire der kommunalen Demokratieförderung bei den Partnerschaften für Demokratie

Die Stärke der Partnerschaften für Demokratie liegt nun darin, sich entlang der skizzierten Herausforderungen auszurichten und über allgemeine Relevanzsetzungen in Form der Festlegung konkreter Arbeitsschwerpunkte (s. Abb. 3) hinaus regionalspezifische Konkretisierungen in Form integrierter Handlungsstrategien vorzunehmen. Vor diesem Hintergrund fassen die Partnerschaften unterschiedliche Handlungsziele ins Auge, die sich auf die Umsetzung der kommunalen Demokratieförderung vor Ort beziehen und in ihrer Gesamtheit das Handlungsrepertoire der Partnerschaften für Demokratie abbilden. Es sind diese Handlungsziele, die einen tiefergehenden Einblick möglich machen, nicht nur wie die Partnerschaften kommunale Demokratieförderung konkret umsetzen, sondern auch, welche dieser Handlungsziele sich zu empiriegestützten Dimensionen der kommunalen Demokratieförderung verdichten lassen.

Abbildung 4: Methodik zur Herleitung der Handlungselemente



Quelle: Eigene Darstellung

Der nachfolgend vorgestellte Katalog von Handlungszielen der kommunalen Demokratieförderung ist dabei Produkt eines mehrstufigen Erhebungsprozesses, das auf einem multimethodischen Untersuchungsdesign der Wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für De-

mokratie durch das ISS e.V. aufbaut und insbesondere die Perspektiven der Fachpraxis einbindet (s. Abb. 4).¹⁰⁰ Im Ergebnis steht ein 30 Handlungsziele umfassende Zusammenstellung der fachlichen Praxis kommunaler Demokratieförderung (s. Abb. 5).

Abbildung 5: Handlungsrepertoire der kommunalen Demokratieförderung bei den Partnerschaften für Demokratie

Handlungsrepertoire kommunaler Demokratieförderung	
▪ aktiv das demokratische System und seine Vorzüge thematisieren	▪ die Beteiligungschancen von benachteiligten Akteur*innen am gesellschaftlichen Leben erhöhen
▪ die gesellschaftliche Akzeptanz von Menschen- und Grundrechten fördern	▪ das Wissen zu historischen und aktuellen (sozial-)politischen Zusammenhängen verbreiten
▪ Informationen bereitstellen, die zur Ausübung bürgerschaftlichen Engagements benötigt werden	▪ Kompetenzen im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Akteur*innen vermitteln
▪ das Wissen über strukturelle Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten fördern	▪ das Vertrauen in demokratische Institutionen, Verfahren und Akteur*innen stärken
▪ Selbstorganisationen von benachteiligten Gruppierungen vor Ort aktivieren und unterstützen	▪ sichtbare Zeichen des gesellschaftlichen Einspruchs im öffentlichen Raum setzen
▪ einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensumstände von benachteiligten Akteur*innen leisten	▪ Partizipationsansinnen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen erkennen und zum Entgegenreten ermuntern
▪ den Wert politischer Mitbestimmung erleb- und erkennbar machen	▪ zur Aneignung von (alternativen) Möglichkeitsräumen des demokratischen Engagements ermuntern
▪ digitale Formate der politischen Mitbestimmung schaffen bzw. bekannt machen	▪ über das Jugendforum hinaus demokratische Teiligungsstrukturen aufbauen bzw. erweitern
▪ Gründung und Weiterentwicklung demokratischer Bürger*innenbündnisse vor Ort unterstützen	▪ Zivilcourage einüben und fördern
▪ den konstruktiven Dialog als Grundlage eines friedlichen Zusammenlebens erlebbar machen und über Verstöße aufklären	▪ die Gelegenheiten zur Präsenz von demokratie- und menschenfeindlichen Gruppierungen in der Öffentlichkeit reduzieren
▪ die Kompetenzen zur demokratischen Konfliktführung und dialogischen Artikulation eigener Interessen und Positionen fördern	▪ konkrete Fälle und das Ausmaß der Betroffenheit von menschenfeindlichen Übergriffen und Gewalt öffentlich machen und problematisieren
▪ die kritische Reflexionskompetenz und politische Mündigkeit durch die Unterstützung demokratischer Sozialisationsprozesse stärken	▪ Unterstützungsangebote für von Diskriminierung und Herabwürdigung betroffener Akteur*innen und Gruppierungen bereitstellen
▪ lokal bestehende demokratie- und menschenfeindliche Erscheinungsformen identifizieren und öffentlich problematisieren	▪ für die Vielfalt zivilgesellschaftlicher Organisationen und die Einbindung neuer zivilgesellschaftlicher Akteur*innen Sorge tragen
▪ neue und/oder verdeckte Erscheinungsformen demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene und Positionen aufdecken und problematisieren	▪ für die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Lebensentwürfe einstehen und den gesellschaftlichen Mehrwert von Pluralismus verdeutlichen
▪ Räume und Initiativen der interkulturellen und intergenerationellen Begegnung und des dem. Dialogs zwischen untersch. Akteur*innen und Lebensformen schaffen und unterstützen	▪ die Normalisierung demokratie- und menschenfeindlicher Aktivitäten und Positionen kritisch sichtbar machen und damit verbundene Bestrebungen abwehren

Quelle: Eigene Darstellung

Die Handlungsziele sind darin als Statements formuliert, die die Vertreter*innen der Partnerschaften hinsichtlich der Passung zu ihrer eigenen integrierten Handlungsstrategie in einem sechsstufigen Raster bewerten können. Nach einer Vollerhebung der Handlungselemente mittels einer Online-Befragung im 1. Quartal 2021 und nachfolgender Bereinigung (s. Abb. 6)

¹⁰⁰ Ausgehend von den Einsichten der vergangenen Förderperioden, einer vertieften Dokumentenanalyse und drei digitalen Workshops mit Vertreter*innen der Koordinierungs- und Fachstellen zu Begriff und Praxis der Demokratieförderung im Jahre 2020 wurde ein standardisierter Fragebogen entwickelt, der 30 zentrale Handlungsziele der kommunalen Demokratieförderung bei den Partnerschaften für Demokratie umfasst. Vgl. für eine vertiefende Darstellung der methodischen Grundlagen und Herangehensweise Abschnitt 9 im Anhang dieses Berichts.

wurden diese nicht nur weiteren statischer Verfahren unterzogen, auf deren Ergebnissen sowohl eine Dimensionierung der kommunalen Demokratieförderung¹⁰¹ als auch eine Typisierung von unterschiedlichen Strategien der Demokratieförderung¹⁰² vollzogen wurde, sondern in einem dritten digitalen Workshop im 3. Quartal 2021 abermalig validiert und mittels Einsichten zur praktischen Umsetzung konkretisiert.

Dabei zeigen die Ergebnisse der Wissenschaftlichen Begleitung, dass Partnerschaften für Demokratie nicht nur in ihrer Gesamtheit grundsätzlich über ein breites Handlungsrepertoire bei der Umsetzung kommunaler Demokratieförderung verfügen, sondern auch im Einzelnen auf ein vielgestaltiges Spektrum von Maßnahmen zurückgreifen. Denn bis auf eine Ausnahme werden alle 30 angegebenen Handlungselemente von einer Mehrheit der Partnerschaften als Teil ihrer strategischen Ausrichtung begriffen und damit ein Passungsverhältnis zwischen den genannten Handlungsmotiven und den Feinzielen ihrer strategischen Ausrichtung bestätigt. Die Partnerschaften legen ihre Arbeit somit auch im Sinne der Grundsätze der Förderung generell breit aus. Dennoch machen die Ergebnisse der Befragung zugleich deutlich, dass Partnerschaften in ihrer Gesamtheit Gewichtungen bei der Umsetzung kommunaler Demokratieförderung vornehmen und dabei den Fokus auf bestimmte Handlungsziele setzen (Siehe Abbildung 7).¹⁰³

Abbildung 6: Empirische Erfassung der Handlungselemente



Quelle: Eigene Darstellung

Entsprechend der Schwerpunktsetzung, die Partnerschaften inhaltlich auf den Bereich der Demokratie- und Vielfaltförderung vornehmen, offenbart der Blick auf die konkreten Handlungsziele zugleich, dass ein Fokus auf vor allem solche Motive gelegt wird, die sich auf die indivi-

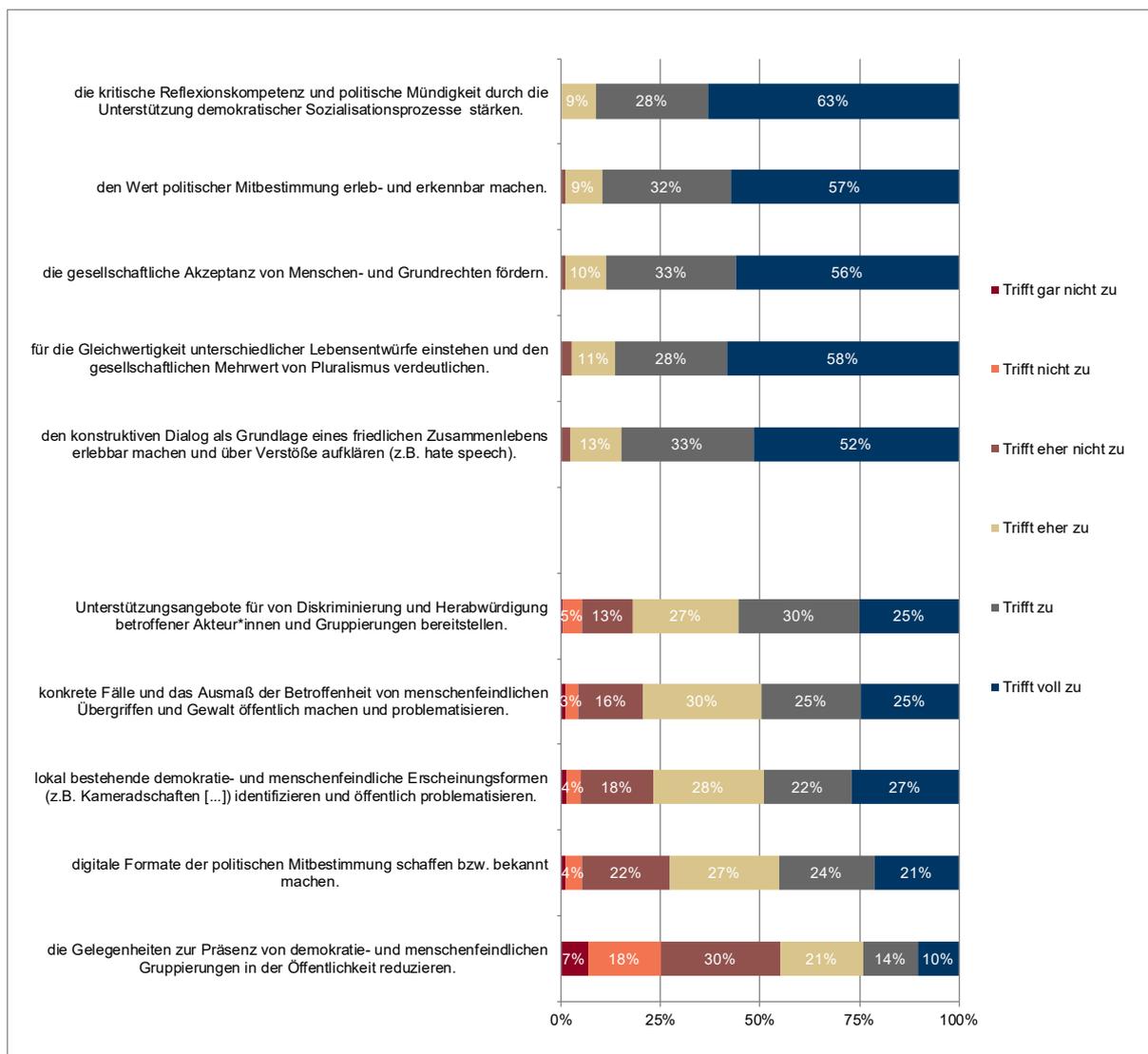
¹⁰¹ Vgl. dazu das nachfolgende Kapitel 5 in diesem Bericht und die dortigen Verweise auf die methodischen Grundlagen.

¹⁰² Vgl. dazu das übernächste Kapitel 6 zu den idealtypischen Strategien der kommunalen Demokratieförderung bei den Partnerschaften für Demokratie in diesem Bericht.

¹⁰³ Diese Differenzierung ergibt sich vor allem aus der Feingliederung, wie stark die Partnerschaften den jeweiligen Statements zustimmen. Ist die Zustimmung zu den 30 Handlungselementen also insgesamt stark ausgeprägt, variiert demnach vor allem die Intensität, mit der die jeweiligen Feinziele bearbeitet werden. Vgl. zur Verdeutlichung Tabelle 63 im Anhang.

duell und soziokulturelle Aneignung der vielfältigen Demokratie als Lebens- und Regierungsform konzentrieren. Unter den fünf Handlungszielen, die übergreifend die höchste Zustimmung erfahren, wird zum einen die Förderung der demokratischen Sozialisation von Individuen, die auf ihrem Weg zu informierten, kompetenten und aufgeschlossenen Mitgliedern der demokratischen Gesellschaft unterstützt werden sollen, besonders häufig stark akzentuiert.¹⁰⁴

Abbildung 7: Verteilung der Zustimmung zu den Handlungszielen der kommunalen Demokratieförderung¹⁰⁵



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (N = 300).

Zum anderen fokussieren die Partnerschaften zugleich auf die Unterstützung der demokratischen Kultur durch die Förderung einer soziokulturellen Aneignung der gesellschaftlichen

¹⁰⁴ So stimmen 91% (273) aller Partnerschaften der Aussage zu (jeweils „trifft zu/trifft voll zu“), die „kritische Reflexionskompetenz und politische Mündigkeit durch die Unterstützung demokratischer Sozialisationsprozesse“ fördern zu wollen und damit so viele, wie bei keinem anderen Statement.

¹⁰⁵ Vgl. Tabelle 3 und 4 im Anhang.

Grundwerte und Verfahren einer vielfältigen Demokratie.¹⁰⁶ Neben dieser großen Zustimmung für konkrete Handlungsziele der kommunalen Demokratieförderung, die vor allem auf die ressourcenorientierte Aneignung einer vielfältigen Demokratie abheben, richtet sich der Fokus der Partnerschaften zugleich auf die stressorientierte Abwehr von demokratiegefährdenden Disruptionen der demokratischen Kultur und die Stärkung von demokratischen Ressourcen zur Abwehr demokratiegefährdender Bestrebungen.¹⁰⁷ Demgegenüber zeigt sich, dass Partnerschaften in ihrer Gesamtheit weniger häufig einen strategischen Fokus auf die sozialräumliche und öffentliche Auseinandersetzung zu Vorfällen und Erscheinungsformen sowie auf die strukturelle Einengung von Aktivitäten demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen legen.¹⁰⁸ Ebenso wird auch die Förderung von solidarischen Unterstützungsangeboten von Betroffenen demokratie- und menschenfeindlicher Übergriffe sowie die Schaffung neuer Partizipationsformate im digitalen Raum im Portfolio der Partnerschaften eher nachrangig behandelt.

Haben die vorangegangenen Abschnitte nun expliziert, auf welche konkreten Handlungsziele der kommunalen Demokratieförderung sich die Partnerschaften in ihrer Gesamtheit ausrichten, so hat das folgende Kapitel die Aufgabe, aus den empirischen Erkenntnissen heraus zu erschließen, wie sich diese unterschiedlichen Einzelmotive zu zentralen Dimensionen der kommunalen Demokratieförderung verbinden und verdichten lassen.

¹⁰⁶ In Anbetracht dessen soll der „Wert politischer Mitbestimmung erleb- und erkennbar“ (89%, 267) gemacht, die „gesellschaftliche Akzeptanz von Menschen- und Grundrechten“ (89%, 267) gefördert, für die „Gleichwertigkeit unterschiedlicher Lebensentwürfe“ eingestanden und der Wert pluraler Gesellschaft (86%, 258) verdeutlicht werden

¹⁰⁷ In diesem Sinne wird sowohl der Vermittlung des „konstruktiven Dialogs als Grundlage eines friedlichen Zusammenlebens“ und dem Aufzeigen von „Verstößen“ (85%, 265) als auch der Förderung von „Kompetenzen im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Akteur*innen“ (84%, 262) ein zentraler Wert im gesamten Handlungsrepertoire der Partnerschaften zuerkannt.

¹⁰⁸ So wird etwa die Reduzierung von Möglichkeiten zur öffentlichen „Präsenz von demokratie- und menschenfeindlichen Gruppierungen“ im Vergleich am wenigsten häufig (24%, 72) adressiert und auch die öffentliche Problematisierung von „lokal bestehender „demokratie- und menschenfeindliche Erscheinungsformen (z.B. Kameradschaften)“ (49%, 147) und von konkreten „Fällen“ bzw. dem „Ausmaß der Betroffenheit von menschenfeindlichen Übergriffen“ (50%, 150) spielt innerhalb der Handlungsstrategien aller Partnerschaften eine untergeordnete Rolle (Siehe Abb. 7).

4 Dimensionen der kommunalen Demokratieförderung

In aller Kürze

Ausgehend von einem multimethodischen Verfahren wird die Praxis der Partnerschaften in fünf zentrale Zielbereiche der kommunalen Demokratieförderung eingeteilt, die grundlegend auf die Vermittlung von Demokratie als Gesellschaft- und Regierungsform (4.1), die Förderung gesellschaftlicher Mitbestimmung (4.2.), die Stärkung gemeinwohlorientierten Handelns (4.3.), die Stärkung demokratischer Dialog- und Konfliktfähigkeiten (4.4.) sowie die Setzung demokratischer Grenzen (4.5.) ausgerichtet sind. Diese fünf Dimensionen bilden nicht nur die Grundlage einer Systematisierung des umfassenden Handlungsrepertoires der Partnerschaften für Demokratie, sondern bilden den empirisch rekonstruierten Ausgangspunkt eines mehrstufigen Modells kommunaler Demokratieförderung.

Die vorangehenden Abschnitte konnten zeigen, dass Partnerschaften für Demokratie als Instrumente kommunaler Demokratieförderung über ein enorm breites Handlungsrepertoire verfügen, welches sich in einem Katalog von 30 Handlungszielen bündeln lässt. Mit Blick auf die weitere konzeptuelle Rahmung des Handlungsfeldes und dessen theoretische Fundierung in Form eines übergreifenden Modells stellt sich nun die Frage nach einer stringenten Systematisierung dieses Katalogs. Somit geht es an dieser Stelle zunächst darum, die einzelnen Handlungselemente nach ihren *inhaltlichen Sinnzusammenhängen* zu gruppieren und aus der fachlichen Praxis in all ihrer Vielfalt übergreifende Dimensionen der kommunalen Demokratieförderung herauszuarbeiten.

Abbildung 8: Methodik zur Dimensionalisierung



Quelle: Eigene Darstellung

Mit dem Ziel der Dimensionierung und späteren Zusammenführung in ein übergeordnetes Modell kommunaler Demokratieförderung, wurde ein mehrstufiges Verfahren gewählt, das quantitative und qualitative Methoden kombiniert, welche die Handlungselemente zu Sinneinheiten statistisch gruppiert (Siehe Abbildung 8) und ihre inneren Logiken expliziert. Ausgangspunkt

war dafür die Berechnung einer Faktorenanalyse auf Grundlage der standardisierten Erhebung der vorbezeichneten Handlungsziele. Derart wurden fünf Faktoren ausgeführt, welche Schnittpunkte im Antwortverhalten der Partnerschaften markieren. Die Faktoren wurden sodann einer theoriegeleiteten Analyse zugeführt, die konzeptuelle Anschlusspunkte zwischen den Faktoren und übergreifenden sozial- und demokratietheoretischen Einsichten hergestellt hat. Daraus erfolgte die Konzeptualisierung einer faktor- und theoriebasierten, fünfstufigen Dimensionierung der kommunalen Demokratieförderung, die im Zuge eines digitalen Workshops mit Vertreter*innen der Partnerschaften qualitativ validiert und entlang der jeweils herausgearbeiteten Zielbereiche konkretisiert wurde.

Aus den Ergebnissen dieser Vorarbeiten konnten letztlich fünf zentrale Zielbereiche der kommunalen Demokratieförderung bei den Partnerschaften für Demokratie identifiziert werden (s. Abb. 8). Kommunale Demokratieförderung ist demnach ausgerichtet auf erstens die **Vermittlung von Grundlagen der Demokratie als Lebens- und Regierungsform**, zweitens die **Förderung gesellschaftlicher Mitbestimmung**, drittens die **Stärkung des gemeinwohlorientierten Handelns**, viertens die **Förderung demokratischer Dialog- und Konfliktkompetenzen** und fünftens auf das **Setzen von demokratischen Grenzen** gegenüber antidemokratischen Bestrebungen, Akteur*innen und Positionen. Ausgehend von diesen fünf Dimensionen kann nun das Handlungsrepertoire der Partnerschaften für Demokratie inhaltlich systematisiert und in eine erste Übersicht überführt werden, die die konkreten Handlungsziele zu unterschiedlichen Sinneinheiten zusammenfasst (s. Abb. 9).

In den folgenden Abschnitten werden diese hier nur cursorisch eingeführten Sinneinheiten vertiefend erläutert und als zentrale Zielbereiche der kommunalen Demokratieförderung vorgestellt. Dabei werden schon auf dieser Ebene jeweils Anschlusspunkte an das oben theoretische rekonstruierte Analyseraster der Demokratieförderung hergestellt, um eine nachfolgende Verortung der empirisch erschlossenen Dimensionen der kommunalen Demokratieförderung vorzubereiten. Eine solche Zusammenführung der empirischen Herleitung und theoretischen Rekonstruktion in ein übergreifendes Modell der kommunalen Demokratieförderung erfolgt sodann in Kapitel 5.

Abbildung 9: Systematisiertes Handlungsrepertoire der kommunalen Demokratieförderung bei den Partnerschaften für Demokratie

Wir gehen bei unserem lokalen Handlungskonzept gezielt davon aus, dass es für die Stärkung der lokalen Demokratie wichtig ist,die Grundlagen der Demokratie als Lebens- und Regierungsform zu vermitteln. Daher wollen wir...	die gesellschaftliche Anerkennung der Demokratie stärken, indem wir...	das Vertrauen in demokratische Institutionen, Verfahren und Akteur*innen stärken. aktiv das demokratische System und seine Vorzüge thematisieren. die gesellschaftliche Akzeptanz von Menschen- und Grundrechten fördern.	Aneignung der Demokratie	
		das Wissen über demokratische Strukturen erweitern, indem wir ...	Informationen bereitstellen, die zur Ausübung bürgerschaftlichen Engagements benötigt werden. das Wissen über strukturelle Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten fördern.		
		...gesellschaftliche Mitbestimmung zu fördern. Daher wollen wir...	die individuellen Voraussetzungen politischer Partizipation stärken und bewahren, indem wir...		die kritische Reflexionskompetenz und politische Mündigkeit durch die Unterstützung demokratischer Sozialisationsprozesse stärken. den Wert politischer Mitbestimmung erleb- und erkennbar machen.
	die Strukturen demokratischer Beteiligung erneuern und erweitern , indem wir...		digitale Formate der politischen Mitbestimmung schaffen bzw. bekannt machen. Gründung und Weiterentwicklung demokratischer Bürger*innenbündnisse vor Ort unterstützen. für die Vielfalt zivilgesellschaftlicher Organisationen und die Einbindung neuer zivilgesellschaftlicher Akteur*innen Sorge tragen. über das Jugendforum hinaus demokratische Beteiligungsstrukturen aufbauen bzw. erweitern.		
	...das gemeinwohlorientierte Handeln zu stärken. Daher wollen wir...		ein breites Spektrum zivilgesellschaftlicher Aktivitäten fördern, indem wir...		zur Aneignung von (alternativen) Möglichkeitsräumen des demokratischen Engagements ermuntern. Räume und Initiativen der interkulturellen und intergenerationellen Begegnung und des demokratischen Dialogs zwischen unterschiedlichen Akteur*innen und Lebensformen schaffen und unterstützen.
		gesellschaftliche Chancengleichheit fördern, indem wir...	Selbstorganisationen von benachteiligten Gruppierungen vor Ort aktivieren und unterstützen. einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensumstände von benachteiligten Akteur*innen leisten. die Beteiligungschancen von benachteiligten Akteur*innen am gesellschaftlichen Leben erhöhen.		
		... demokratische Dialog- und Konfliktfähigkeiten zu stärken. Daher wollen wir...	zur Akzeptanz einer demokratischen Diskussionskultur beitragen, indem wir...		den konstruktiven Dialog als Grundlage eines friedlichen Zusammenlebens erlebbar machen und über Verstöße aufklären. die Kompetenzen zur demokratischen Konfliktführung und dialogischen Artikulation eigener Interessen und Positionen fördern.
	den demokratischen Meinungspluralismus fördern und verteidigen, indem wir...		Kompetenzen im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Akteur*innen vermitteln. für die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Lebensentwürfe eintreten und den gesellschaftlichen Mehrwert von Pluralismus verdeutlichen		
	... demokratische Grenzen zu setzen. Daher wollen wir...		die Sensibilität gegenüber antidemokratischen Phänomenen erhöhen, indem wir...		lokal bestehende demokratie- und menschenfeindliche Erscheinungsformen identifizieren und öffentlich problematisieren. neue und/oder verdeckte Erscheinungsformen demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene und Positionen aufdecken und problematisieren. die Normalisierung demokratie- und menschenfeindlicher Aktivitäten und Positionen kritisch sichtbar machen und damit verbundene Bestrebungen abwehren. konkrete Fälle und das Ausmaß der Betroffenheit von menschenfeindlichen Übergriffen und Gewalt öffentlich machen und problematisieren. das Wissen zu historischen und aktuellen (sozial-)politischen Zusammenhängen verbreiten.
		zur Marginalisierung antidemokratischer Bestrebungen beitragen, indem wir...	die Gelegenheiten zur Präsenz von demokratie- und menschenfeindlichen Gruppierungen in der Öffentlichkeit reduzieren. sichtbare Zeichen des gesellschaftlichen Einspruchs im öffentlichen Raum setzen. Partizipationsansinnen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen erkennen und zum Entgegenreten ermuntern.		
		öffentlich Solidarität bekunden , indem wir...	Unterstützungsangebote für von Diskriminierung und Herabwürdigung betroffener Akteur*innen und Gruppierungen bereitstellen. Zivilcourage einüben und fördern.		
	
	
		

4.1 Vermittlung der Demokratie als Lebens- und Regierungsform

Die Demokratie kann als politisches Institutionengeflecht aber auch als Lebensform nur dann überdauern, wenn die Idee der Demokratie in den individuell und kollektiv geteilten Werten und Handlungen der Bevölkerung eingeschrieben ist.¹⁰⁹ Nicht nur sichern akzeptierte und geteilte Grundwerte bzw. Grundnormen die Stabilität von (demokratischen) Gesellschaften,¹¹⁰ sie machen auch eine grundsätzliche Legitimitätserwartung und gesellschaftliche Anerkennung des demokratischen Systems möglich, die notwendig sind für das funktionale Bestehen demokratischer Verfahren und Institutionen.¹¹¹ Diese Form der Anerkennung der Demokratie auf individueller und kollektiv-kultureller Ebene basiert dabei zum einen auf dem kognitiven Wissen über die Strukturen und Verfahren demokratischer Gesellschaft als auch auf einer emotional-affektiven bzw. evaluativ-wertgebundenen Beziehung zu diesen Strukturen und damit verbundenen Normen. Beides ist letztlich Teil einer vor allem in Sozialisationsprozessen verlaufenden Aneignung der Demokratie, die über die Stärkung individueller Beziehungen zur Demokratie auch zur Stärkung und Reproduktion der demokratischen Kultur beiträgt.¹¹²

Ausgehend von diesen Grundannahmen räumen auch die Partnerschaften der Demokratie der Vermittlung und dem Erlebbarmachen der Grundlagen der Demokratie als Lebens- und Regierungsform einen zentralen Stellenwert ein. Dabei setzen sie zwei zentrale Schwerpunkte: zum einen nehmen sie die Förderung der gesellschaftlichen **Anerkennung von Demokratie** in den Blick und setzen Maßnahmen um, die vor allem auf die emotional-affektive und wertgebundene Verankerung demokratischer Grundwerte abzielen. In Feinziele übersetzt sollen konkret die „Akzeptanz von Menschen- und Grundrechten“, das „Vertrauen in demokratische Institutionen, Verfahren und Akteur*innen“ gefördert sowie die „Vorzüge des demokratischen Systems“ verdeutlicht werden. Demokratische Grundwerte werden hier in Form einer Grundlagenarbeit an den Fundamenten der Demokratie als Ankerpunkte demokratischer Gesellschaften kenntlich gemacht und als unhintergehbare Voraussetzungen des demokratischen Zusammenlebens eingeführt.

Der Fokus der von den Partnerschaften konkret umgesetzten Maßnahmen der kommunalen Demokratieförderung liegt hier auf demokratischen Sozialisationsprozessen, die auf die emotional-affektiven Internalisierung und zugleich wertgebundene Zustimmung zu demokratischen

¹⁰⁹ Vgl. zu den Erosionstendenzen des Zusammenhalts und der Gefahr einer populistischen Verwässerung demokratischer Grundwerte Kapitel 2.1 bis 2.3 in diesem Bericht.

¹¹⁰ Diese Stabilitätsfunktion von kulturell verankerten Normen und normorientierten Handlungen ist besonders von Talcott Parsons in die Sozialtheorie eingebracht worden (vgl. zu einer vertiefenden Darstellung: Schneider 2008, 83-144) und stellt als stabilitätstheoretisches Grundparadigma zugleich eine zentrale Referenz für Konzepte der Politischen Kultur dar, die gerade in ihren Anfängen ein besonderes Augenmerk auf die systemstabilisierende Funktion von Kultur gelegt haben. Vgl. Pickel/Pickel 2017, 542f.; ausführlicher: Dies. 2006, 51-54; vgl. zum Konzept der politischen Kultur die Ausführungen in Kap. 3.1 im vorliegenden Bericht.

¹¹¹ Vgl. dazu die an Durkheim anschließenden Ausführungen von Habermas zur kulturellen Einbettung von legitimitätssichernden Normen innerhalb demokratischer Gesellschaften: Habermas 1984, 75ff. Die sich hier anschließende Theorie gesellschaftlicher Anomie, die aus dem Verlust geteilter Normen bzw. deren fundamentaler Infragestellung resultiert, erlangt besonders im Kontext der populistischen Gefährdung demokratischer Gesellschaften eine neue Virulenz. Vgl. dazu die Ausführungen in Kap. 2.2. in diesem Bericht.

¹¹² Vgl. dazu die Ausführungen zum Verhältnis von demokratischer Sozialisation und demokratischer Kultur in Abschnitt 3.1 in diesem Bericht.

Grundwerten ausgerichtet sind. Besonders über teilhabe- und erfahrungsorientierte Formate, die Bezüge zu Alltagsfragen und Erlebnissen im Nahraum der adressierten Individuen schaffen,¹¹³ wird die Aneignung der Demokratie angeschoben und Menschen grundsätzlich zur Unterstützung und Teilhabe am demokratischen System ermuntert. Dieser Fokus auf die emotional-affektive und zugleich evaluativ-wertgebundene Aneignung der Demokratie als normatives Ideal einer offenen und selbstgesetzgebenden Lebens- und Regierungsform hat dabei nicht nur den Sinn, die Demokratie in den persönlichen Einstellungen von Individuen zu verankern, sondern in ihrer Gesamtheit einen Beitrag zur Förderung der gesellschaftlich-kulturellen Akzeptanz der Demokratie als Lebens- und Regierungsform zu leisten.¹¹⁴

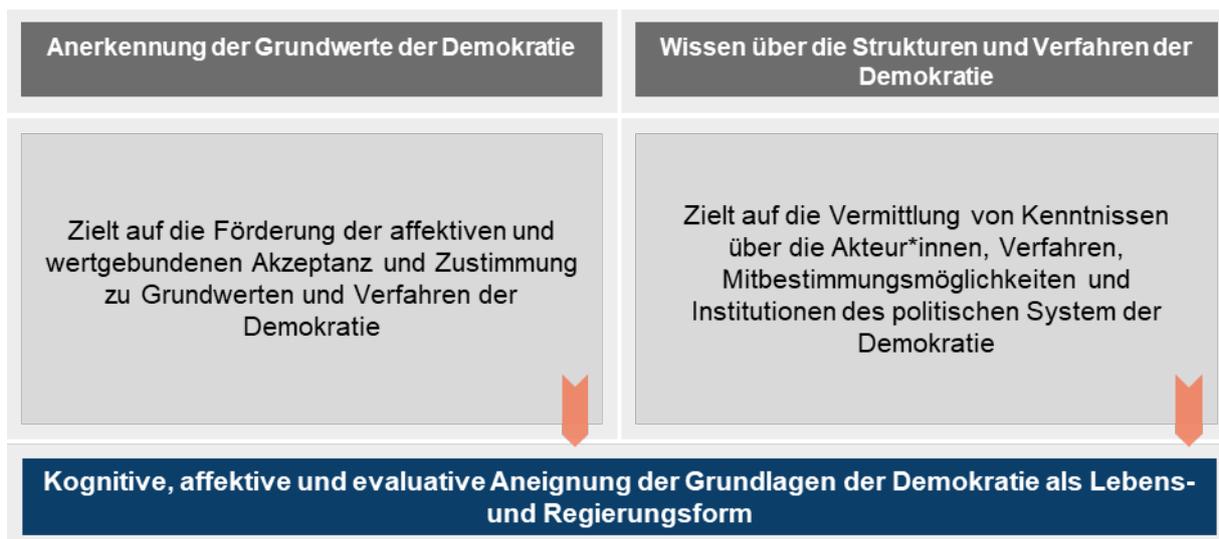
Zum anderen sind politische Systeme jedoch nicht nur auf die emotionale und wertbezogene Anerkennung ihrer Mitglieder angewiesen, ihr Bestehen hängt auch vom faktischen **Wissen der Bevölkerung über ihre Strukturen** ab. Geht es dabei in erster Linie um die Stabilität politischer Systeme, die sich kognitiv im individuellen und kollektiv-kulturellen Wissen ihrer Mitglieder spiegeln müssen, sind gerade Demokratien funktional und legitimatorisch darauf angewiesen, dass Menschen überdies Kenntnisse von den Einflussflussmöglichkeiten innerhalb des demokratischen Systems haben.¹¹⁵

¹¹³ Konkret werden etwa Maßnahmen der Partnerschaften umgesetzt, in denen etwa in Form historisch-politischer Bildung, wie Bildungsreisen, Demokratiespaziergänge oder raumbezogenes Lernen, die Bedeutung demokratischer Grundrechte oder die Errungenschaften demokratischer Gesellschaftsformen vermittelt oder über erfahrungsbezogenes Lernen in niedrigschwelligen Formaten (teils ohne den Begriff der Demokratie selbst zu nutzen), etwa im schulischen Kontext, in offenen Diskursräumen oder durch die Umsetzung mikropolitische Partizipationsgelegenheiten, demokratische Verfahren erlebbar gemacht werden, um zu einem Vertrauensaufbau gegenüber diesen beizutragen und ihren individuellen und gesellschaftlichen Mehrwert zu offenbaren. Einsichten bezüglich der konkreten Maßnahmen, die Partnerschaften bezüglich der einzelnen Handlungselemente umsetzen, konnten durch die qualitativen Interviews, vor allem aber durch den genannten Workshop im Okt. 2021 generiert werden, in dem die Partnerschaften mithilfe eines digitalen Tools und in moderierten Gruppendiskussionen gemeinsam die genannten Handlungselemente systematisiert und in Bezug auf ihre Praxis konkretisiert bzw. auf konkrete Maßnahmen ihrer Arbeit bezogen haben.

¹¹⁴ Erst wenn individuell verankerte Einstellungen zur Demokratie auch kulturell geteilt werden, existiert ein Einstellungs- und Wertefundament, das demokratische Institutionensysteme trägt und zugleich in einem universalpräventiven Sinne etwaigen demokratiegefährdenden Erosionstendenzen Einhalt gebieten kann. Wie oben gesehen stellt sich gerade vor diesem Hintergrund etwa die populistische Besetzung von zentralen Begriffen bzw. die Neudeutung von Ankerpunkten demokratischer Gesellschaften als fundamentale Herausforderung dar, gerät mit jenen in Teilen doch der sozial akzeptierte Geltungs- und Orientierungssinn demokratischer Grundwerte verloren vgl. zur (rechts)populistischen Neudeutung des Demokratiebegriffs nochmals: Manow 2020.

¹¹⁵ Nur wer weiß, wie demokratische Partizipation funktioniert, welche Möglichkeiten der Einflussnahme, auch des demokratischen Engagements bestehen, kann letztlich aktiv an der Demokratie teilnehmen und sichert zugleich die gesellschaftliche Legitimation der Demokratie als politisches System, die wesentlich davon abhängt, ob und wie Menschen an ihr partizipieren. Vgl. dazu auch die Abschnitte 2.3 und 2.4 in diesem Bericht.

Abbildung 10: Zielbereich der Vermittlung von Grundlagen der Demokratie als Lebens- und Regierungsform



Quelle: Eigene Darstellung

Vor diesem Hintergrund legen auch die Partnerschaften für Demokratie ein Fokus ihrer Bemühungen kommunaler Demokratieförderung auf die Verbreitung und Vertiefung von demokratischem Handlungswissen. Besonders Jugendliche und die breite Bevölkerung sind Adressaten von Maßnahmen, die Kenntnisse zu bestehenden Möglichkeitsstrukturen aktiver politischer Teilhabe vermitteln sollen. In diesem Sinne übersetzt sich die Aufgabe der kognitiven Wissensvermittlung in konkrete Feinziele der kommunalen Demokratieförderung, die einerseits die „Förderung von Wissen über strukturelle Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten“, andererseits die „Bereitstellung von Informationen zur Ermöglichung demokratischen Engagements“ umfassen. In Informationsveranstaltungen, Broschüren, mittels konkreter Beratung oder durch öffentliche Bekanntmachung versuchen Partnerschaften, über vorhandene Strukturen der demokratischen Mitbestimmung zu informieren, kommunale Einflussmöglichkeiten aufzuzeigen und Möglichkeitsräume des demokratischen Engagements zu eröffnen, indem sie deren (rechtliche, politische, etc.) Voraussetzungen kenntlich machen und Wege der demokratischen Selbstorganisation (z.B. durch Vereinsgründungen oder auch Demonstrationsanmeldungen, etc.) aufzeigen.

Im Ganzen fokussiert Demokratieförderung in diesem Zielbereich damit auf die **ressourcenorientierte** Aneignung von demokratischem Wissen und Werten der Demokratie und adressiert dabei vor allem individuelle Lernprozesse, die in ihrer Gesamtheit zugleich auf die kollektive Verankerung von demokratischen Grundwerten und Grundwissen in der – hier kommunalen – politischen Kultur ausgerichtet sind (s. Abb. 10).¹¹⁶

¹¹⁶ Letztlich hängt maßgeblich davon ab, wie sich die Strukturen der lokalen politischen Kultur darstellen, welche konkreten Maßnahmen Partnerschaften vor Ort ergreifen. Gerade in Kontexten, die von einer durchgreifenden Demokratiemüdigkeit und Skepsis gegenüber demokratischen Verfahren gekennzeichnet sind, kann schon die niedrighschwellige Erfahrbarmachung demokratischer Grundwerte mit Hürden und Hindernissen verbunden sein und zeigt zugleich, dass die Vermittlung demokratischer Grundlagen letztlich auch als ressourcenorientierte Grundlagenarbeit verstanden werden kann, die universalpräventiven Motiven folgt. Vgl. zu einer solchen Verbindung herausfordernder Kontextfaktoren und eines niedrighschwellig ressourcenorientierten Handlungsansatzes exemplarisch den Strategietyp 4 (Kap. 6.4.) in diesem Bericht.

4.2 Förderung gesellschaftlicher Mitbestimmung

Standen im ersten Zielbereich der kommunalen Demokratieförderung somit vor allem das kognitive Wissen sowie das affektive und wertgebundene Wollen der Demokratie im Zentrum, so geht es im zweiten Zielbereich um die tatsächliche Teilhabe an Prozessen der demokratischen Mitbestimmung. Wie gesehen sind Demokratien auf ein kulturelles Unterfutter von Wissen und Werten angewiesen, doch erst die tatsächliche Teilhabe an den Verfahren der Demokratie und ihrem zivilgesellschaftlichen Umfeld können sicherstellen, dass die Strukturen der Demokratie lebendig bleiben und zugleich Legitimität gegenüber der Bevölkerung beanspruchen können.¹¹⁷

Vor dem Hintergrund der eingangs skizzierten Repräsentations- und Partizipationskrisen demokratischer Gesellschaften und ihrer politischen Folgeeffekte¹¹⁸ müssen Demokratien gerade aktuell einen besonderen Blick auf die Förderung der demokratischen Teilhabe ihrer Mitglieder werfen. Damit gerät vor allem die individuelle Befähigung zur demokratischen Partizipation in den Blick.¹¹⁹ Auch politische Partizipation basiert letztlich auf individuellen Lernprozessen, in denen Fähigkeiten und Kompetenzen erworben werden, die Individuen idealerweise in die Lage versetzen, gleichberechtigt am demokratischen Prozess zu partizipieren und sich die Demokratie auch praktisch anzueignen. Jedoch beruht das Gelingen demokratischer Partizipation nicht nur auf individuellem Können, sondern zugleich auf den real existierenden Möglichkeiten zur Partizipation. Die Legitimation demokratischer Systeme hängt letztlich maßgeblich davon ab, inwiefern gleiche Partizipationschancen, Teilhabefähigkeiten bestehen und reale Einflussnahme möglich ist.¹²⁰ Damit wird deutlich, dass Demokratieförderung als Stärkung demokratischer Mitbestimmung sowohl auf die Förderung individuellen Partizipations-, Artikulations- und Reflexionskompetenzen als auch auf Entwicklung von strukturellen Möglichkeiten der Mitbestimmung und zivilgesellschaftlichem Engagement ausgerichtet sein muss.

Diese beiden Dimensionen der Förderung gesellschaftlicher Mitbestimmung spiegeln sich auch in der praktischen Umsetzung kommunaler Demokratieförderung bei den Partnerschaften für Demokratie wider. Dabei steht für sie zum einen an zentraler Stelle, **Individuen als politisch aufgeklärte Subjekte zu befähigen** und dafür in besonderer Weise Maßnahmen umzusetzen, die die „kritische Reflexionskompetenz und politische Mündigkeit durch die Unterstützung demokratischer Sozialisationsprozesse“ fördern sollen. Dafür setzen Partnerschaften auf Konzepte, die vor allem im Feld der Politischen Bildung verankert sind und grundsätzlich die individuelle Befähigung zum politischen Denken adressieren.¹²¹ Dies wird unterstützt

¹¹⁷ Vgl. zum Zusammenhang von Legitimation und Partizipation grundsätzlich: Habermas 1992; Maus 2011. Zu unterschiedlichen Konzepten demokratischer Legitimationsproduktion: Forst 2001.

¹¹⁸ Vgl. dazu die Ausführungen in Abschnitt 2.3. in diesem Bericht.

¹¹⁹ Vgl. exemplarisch: Archour 2021, 321-325.

¹²⁰ Wie gesehen ist die große und wachsende Anzahl von Nichtwählern, der Nicht-Repräsentation bestimmter Themen und Bevölkerungsgruppen nicht nur Ausdruck eines kulturell geteilten Desinteresses an Demokratie oder Produkt individueller Kompetenzdefizite, sondern Ausdruck auch von strukturellen Lücken demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten. Vgl. nochmals Abschnitt 2.2.4. in diesem Bericht.

¹²¹ In Form von Sensibilisierungsworkshops, Zukunftswerkstätten, Rollen- und Planspielen oder Jugendkulturtagen wird politisches Denken erprobt, werden demokratische Artikulationsfähigkeiten aufgebaut. Individuen sollen damit auf einer grundlegenden Ebene zur reflektierten Teilnahme am demokratischen Prozess befähigt werden.

von Maßnahmen, die auf das „Erleb- und Erfahrbarmachen des Werts politischer Mitbestimmung“ abheben. In Diskurs- und Partizipationsformaten, die – wenn möglich – reale Mitbestimmung und demokratische Entscheidungsprozesse (z.B. in Nachbarschafts- oder Stadtteilprojekten) inkludieren, steht im Fokus, sich Demokratie als Form kollektiver Selbstbestimmung praktisch anzueignen und entsprechende, individuelle Kompetenzen der Beteiligung auszubilden. Damit wird nicht nur der Mehrwert demokratischer Mitbestimmung praktisch erlebt, sondern zugleich im Spektrum individueller Kompetenzen verankert.¹²²

Abbildung 11: Zielbereich der Förderung gesellschaftlicher Mitbestimmung



Quelle: Eigene Darstellung

Neben diesen Feinzielen, die beide zu den von den Partnerschaften am häufigsten adressierten Handlungselementen der kommunalen Demokratieförderung gehören,¹²³ richtet sich deren Arbeit auch auf die **strukturelle Ermöglichung demokratischer Mitbestimmung** aus, indem sie die Schaffung neuer Beteiligungsformate und die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen des demokratischen Engagements in den Blick nehmen. Konkret setzt sich dies in Handlungsziele um, die die strukturelle Entfaltung demokratischer Aneignungsprozesse durch die Förderung zivilgesellschaftlicher Beziehungen und vielfältiger, demokratischer Assoziationen adressieren. Dafür soll auf kommunaler Ebene sowohl Sorge getragen werden für „die Vielfalt

¹²² Einsichten zur konkreten Umsetzung und einzelnen Projekten, die die Partnerschaften entlang der adressierten Handlungselemente bearbeiten, wurden auch hier auf der Grundlage der qualitativen Interviews zu den Strategietypen, aber vor allem im Rahmen eines gemeinsamen Workshops mit Vertreter*innen der Partnerschaften im Oktober 2021 gewonnen.

¹²³ Wie oben in Kapitel 3.3 dieses Berichts gesehen, stellen die Feinziele der Förderung kritischer Reflexionskompetenz und des Erlebarmachens demokratischer Mitbestimmung die beiden am häufigsten genannten Handlungselemente kommunaler Demokratieförderung bei den Partnerschaften dar.

zivilgesellschaftlicher Organisationen und die Einbindung neuer zivilgesellschaftlicher Akteur*innen“ als auch die „Gründung und Weiterentwicklung demokratischer Bürger*innenbündnisse vor Ort“ unterstützt werden.¹²⁴

Diese Orientierung auf die strukturelle Ermöglichung von Teilhabe ist prägend auch für den von den Partnerschaften adressierten Aufbau von „über das Jugendforum hinausgehende Beteiligungsformaten“ und „digitalen Formaten der politischen Mitbestimmung“. Stehen Partnerschaft bei der Umsetzung digitaler Formate grundsätzlich vor (z.B. finanziellen oder organisatorischen) Herausforderungen und liegt der Fokus der Digitalisierung pandemiebedingt vor allem auf der operativen Ebene ihrer Arbeit,¹²⁵ so wird auch die eigenständige Entwicklung digitaler Partizipationsmöglichkeiten von den Partnerschaften im Vergleich zu anderen Feinzielen der kommunalen Demokratieförderung nachrangig behandelt und digitale Formate vor allem für die Abfrage von Stimmungsbildern, Social Media-Kampagnen oder für die Projektentwicklung genutzt.¹²⁶ Dennoch setzen Partnerschaft gerade im Bereich junger Menschen auf die Schaffung neuer Formate der Mitbestimmung und auf die gezielte Förderung von Projekten, die reale demokratische Entscheidungsprozesse umfassen.¹²⁷

Kommunale Demokratieförderung heißt in diesem Sinne folglich die Förderung sowohl von persönlichen Kompetenzen der demokratischen und gesellschaftlichen Mitbestimmung als auch die Stärkung und Erweiterung von demokratischen Teilhabestrukturen, um die praktische Aneignung von Demokratie durch individuelle Befähigung und strukturelle Ermöglichung anzuschieben (s. Abb. 11).¹²⁸

¹²⁴ Mittels Vorhaben und Formaten, wie der Stärkung von Öffentlichkeitsarbeit für unterrepräsentierter Gruppen, der Unterstützung bei Vereinsgründungen, dem Mitaufbau neuer demokratischer Initiativen oder durch die Schaffung von Begegnungs- und Vernetzungsräumen, zielt die Arbeit der Partnerschaften in diesem Bereich darauf ab, nicht nur die gesellschaftliche Vielfalt im demokratischen Engagement abzubilden, um damit auch zur politischen Sichtbarkeit benachteiligter Gruppierungen beizutragen, sondern zugleich die kommunalen Strukturen demokratischer Zivilgesellschaft als Orte demokratischer Mitbestimmung zu stärken, um damit Möglichkeitsräume des demokratischen Lernens aufzumachen und die praktische Aneignung der Demokratie durch zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern.

¹²⁵ Vgl. dazu: ISS 2020b sowie ISS 2021b.

¹²⁶ Vgl. dazu die Darstellung der Priorisierung der Handlungselemente im vorangegangenen Kapitel 3.3.

¹²⁷ Über die tatsächliche Beteiligung in Projekten, politischen Aktionen und Planungsprozessen, die Stärkung von Entscheidungskompetenzen in den Begleitausschüssen, Ratssitzungen oder anderen Gremien sowie durch die Schaffung von Mitbestimmungsmöglichkeiten im kommunalen Nahraum (z.B. zur Gestaltung öffentlicher Orte) sollen Strukturen der Mitbestimmung geschaffen werden, die sowohl den Wert demokratischer Mitbestimmung erlebbar als auch die demokratische Aneignung kommunaler Strukturen durch reale Teilhabe möglich machen.

¹²⁸ Die konkrete Umsetzung der jeweils adressierten Feinziele kommunaler Demokratieförderung hängt wie auch um vorangegangenen Zielbereich stark von den sozialen und politischen Kontextbedingungen der Förderregionen und auch vom zivilgesellschaftlichen Umfeld der Partnerschaften ab. Nicht nur sind jeweils unterschiedliche Formate der Mitbestimmung möglich, auch unterscheiden sich lokale Bevölkerung hinsichtlich des eingebrachten Engagements. Auch hier wird das nachfolgende sechste Kapitel zu den idealtypischen Handlungsstrategien Aufschlüsse bieten, welche grundlegenden Unterscheide sich in der Adressierung gesellschaftlicher Mitbestimmung bei den Partnerschaften hervorheben lassen.

4.3 Stärkung des gemeinwohlorientierten Handelns

Nun erschöpfen sich demokratische Gesellschaften jedoch weder in den demokratischen Institutionen und Verfahren noch in den individuellen Fähigkeiten, Werten und Wissen zur politischen Teilhabe. Schon Tocqueville und spätestens John Dewey haben herausgearbeitet, wie Demokratien vom gemeinschaftlichen Handeln ihrer Mitglieder abhängen und die Demokratie als Lebensform erlernt und in den sozialen Beziehungen verankert werden muss.¹²⁹ Dieser Gedanke ist in Konzepten, wie dem des Sozialkapitals bei Putnam,¹³⁰ oder in kommunitaristischen bzw. republikanischen Demokratiemodellen wieder ausgegriffen worden, die sich besonders mit der Frage nach dem solidarischen Fundament und der kulturellen Einbettung demokratischer Systeme auseinandersetzen haben.¹³¹ Dabei wird deutlich, dass gerade vorpolitischen oder vorinstitutionellen Formen des gemeinschaftlichen Handelns, der ehrenamtlichen Praxis und dem zivilgesellschaftlichen Engagement eine überragende Bedeutung zukommt. Diese fördern nicht nur Formen der sozialen Kooperation und gemeinschaftlichen Solidarität, sondern können als praktische Lernorte einer gelebten Demokratie im Alltag begriffen werden, in denen sich eine offene, demokratische Kultur aufbauen und reproduzieren kann.

Gelebte Solidarität und soziale Kooperation als Formen des demokratischen Zusammenhalts von Gesellschaft sind jedoch zugleich abhängig von sozialen Strukturen, die ein gewisses Maß an gesellschaftspolitischer Chancengleichheit auszeichnet. Auch Konzepte des Sozialkapitals oder der sozialen Kohäsion zeigen auf, dass die Benachteiligung bestimmter Gruppen und damit verbundene Ausschluss- oder Ohnmachts- bzw. fehlende Responsivitätserfahrungen einen zersetzenden Charakter auf gemeinschaftliche geteilte soziale Strukturen haben.¹³² Damit wachsen letztlich nicht nur Entfremdungsgefühle gegenüber diesen Strukturen, sondern es sinkt auch die Bereitschaft an diesen zu partizipieren.¹³³

Damit ist ein dritter Zielbereich der kommunalen Demokratieförderung umrissen, der grundsätzlich auf die kollektiv-kulturelle Aneignung der Demokratie als Lebensform durch die ressourcenorientierte Stärkung gemeinwohlorientierten Handelns abzielt und dabei sowohl die **Stärkung des gemeinschaftlichen Engagements** als auch die strukturelle Überwindung von gesellschaftspolitischer Benachteiligung fokussiert. Diese Schwerpunkte finden sich auch in den konkreten Handlungszielen der Partnerschaften wieder. So fokussieren diese auf der einen Seite konkrete Maßnahmen, die sowohl das gesellschaftliche Engagement in zivilgesellschaftlichen und ehrenamtlichen Strukturen und Initiativen fördern als auch Möglichkeiten gemeinschaftlichen Handelns und der sozialen Interaktion zwischen verschiedenen sozialen Gruppen stärken sollen. Dies soll gelingen, indem Partnerschaften sowohl „zur Nutzung von (alternativen) Möglichkeitsräumen des demokratischen Engagements ermuntern“ als auch

¹²⁹ Vgl. als Ausgangspunkt einer ganzen Debatte: Dewey 2001.

¹³⁰ Vgl. einschlägig: Putnam 1995, sowie 2000.

¹³¹ Vgl. für eine umfassende, auch an Dewey anschließende Demokratiekonzeption, die diese Punkte zusammenführt: Honneth 2011, 470-624, hier insb. 497ff. und 612ff.

¹³² Vgl. dazu: Braun 2002; auch: Seubert 2009.

¹³³ Vgl. zu diesem Zusammenhang von Benachteiligung, Entfremdung und Nicht-Partizipation auch: Shelby 2016.

„Räume und Initiativen der interkulturellen und intergenerationellen Begegnung und des demokratischen Dialogs zwischen unterschiedlichen Akteur*innen und Lebensformen schaffen und unterstützen“. ¹³⁴ Dabei geht es letztlich in beiden Fällen um den ressourcenorientierten Aufbau einer demokratischen Gemeinschaft im kommunalen Raum und die kollektiv-kulturelle Aneignung der Demokratie als vielfältiger Lebensform.

Abbildung 12: Zielbereich der Förderung gemeinwohlorientierten Handelns



Quelle: Eigene Darstellung

Die Arbeit der Partnerschaften umfasst den obigen Ausführungen folgend hier zum anderen Handlungselemente, die die **Überwindung sozialer Benachteiligung** im Sinn haben. Dabei nehmen sie sowohl die Stärkung sozialer Teilhabe, das gesellschaftspolitische Empowerment von benachteiligten Gruppierungen als auch die Förderung sozialer Chancengleichheit in den Blick, um damit grundsätzlich zu einer Steigerung sozialer Gerechtigkeit vor Ort beizutragen und damit die Voraussetzungen einer lokalen Solidarität zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen aufzubauen. Konkret übersetzen sich diese Vorhaben in Maßnahmen, die „die Beteiligungschancen von benachteiligten Akteur*innen am gesellschaftlichen Leben erhöhen“,

¹³⁴ Während in konkreten Formaten wie Ehrenamtsbörsen, gemeinsamen Aktionen im Stadtraum (z.B. der Legung von Stolpersteinen) oder in offenen Kultur- und Projekträumen damit einerseits das gesellschaftliche Engagement der lokalen Bevölkerung auch über die gängigen Orte der Mitbestimmung hinaus aktiviert werden soll, versuchen Partnerschaften mittels Formaten, wie der interkulturellen Woche, Sport-, Kunst- oder Kochaktionen sowie Diskurs- oder Erzählräumen (wie z.B. der Living Library) soziale Begegnungen zu ermöglichen, um soziale Bande zu knüpfen und gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer pluralen Gesellschaft aufzubauen

„einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensumstände von benachteiligten Akteur*innen leisten“ und „Selbstorganisationen von benachteiligten Gruppierungen vor Ort aktivieren und unterstützen“ sollen.¹³⁵

Kommunale Demokratieförderung umfasst in diesem Zielbereich folglich sowohl die Förderung von sozialem Zusammenhalt durch die Stärkung sozialer Begegnung und demokratischer Zivilgesellschaft als auch den Abbau von gesellschaftlicher Benachteiligung. Damit ist sie grundsätzlich auf die kollektiv-kulturelle Aneignung und die strukturelle Ermöglichung der Aneignung der Demokratie als vielfältiger Lebensform ausgerichtet, die sich gleichberechtigt in der Lebenspraxis der lokalen Bevölkerung widerspiegeln soll. Damit zielt kommunale Demokratieförderung in diesem Bereich letztlich auf die Förderung der soziokulturellen Grundlagen, auf denen die Demokratie als politisches System aufbaut und in denen sie zugleich verankert ist (s. Abb. 12).¹³⁶

4.4 Stärkung demokratischer Dialog- und Konfliktkompetenzen

So sehr es in den vorangegangenen Zielbereichen um die Förderung von sozialem Zusammenhalt, geteilten Werten, gemeinsamen Wissen und kollektiver Partizipation ging, so ist die praktische Umsetzung der Demokratie doch zugleich ein konfliktreicher Prozess. Der Kampf um Meinungen, das Ringen um Positionen, um Ämter und Wahlen zeichnet gerade die parlamentarische Demokratie in besonderer Weise aus. Gerade radikaldemokratische und konflikttheoretische Demokratiemodelle haben den demokratischen Konflikt als Wesensprinzip der Demokratie hervorgehoben, der ihre Lebendigkeit erhält und ihre permanente Erneuerung möglich macht.¹³⁷ Die Rede von der Demokratie als stets „unvollendetes Projekt“ (Habermas) basiert letztlich auf der Idee eines nie stillzustellenden Streits darüber, was Demokratie eigentlich ist und wie die demokratische Gesellschaften eingerichtet sein sollen. Damit ist der demokratische Konflikt auch ein Freiheitsversprechen, der zugleich den Kern des vierten Zielbereichs kommunaler Demokratieförderung bei den Partnerschaften für Demokratie ausmacht.

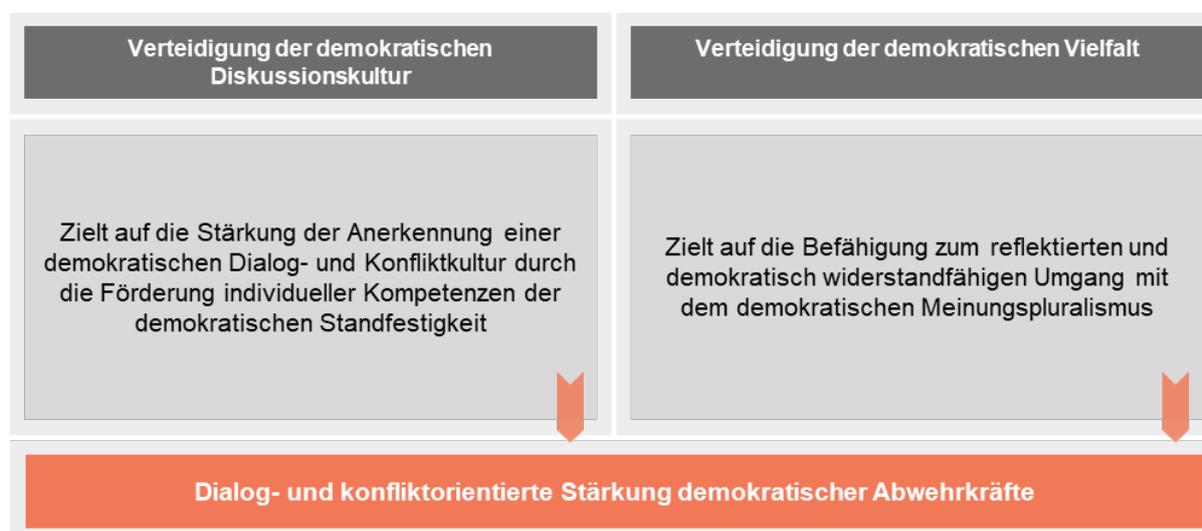
¹³⁵ Dahinter verbergen sich Formate und Projekte, die erstens sich etwa für die Abbildung gesellschaftlicher Vielfalt in Institutionen und den öffentlichen Zugang von benachteiligten Gruppierungen (z.B. durch kostenlose Tickets, etc.) einsetzen oder die öffentliche Sichtbarkeit dieser Gruppierungen im öffentlichen Leben durch inklusive Handlungskonzepte oder Projekte (z.B. Näh- und Erzählcafés, Gartenprojekte, Nachbarschaftsgaragen) fördern wollen. Zweitens soll die soziale Chancengleichheit vor Ort etwa durch kommunale Unterstützungsangebote, Soforthilfen sowie Besuchs-, Beratungs- und Serviceangebote (z.B. bei der Wohnungs- und Arbeitssuche) gefördert und benachteiligte Personen auch durch Patenmodelle bzw. Schul- und Kindergartenprojekte unterstützt werden. Neben diesen Formen der solidarischen Unterstützung fokussieren die Partnerschaft zugleich das politische Empowerment nicht-privilegierter Akteur*innen durch die Förderung von Selbstorganisationen, die als Begegnungs- und Politisierungsräume dienen. Dafür bieten sie Schulungen und Projektberatungen an, schaffen „save spaces“ sowie Vernetzungsangebote und unterstützen die Öffentlichkeitsarbeit (etwa durch Aktionstage).

¹³⁶ Auch hier zeigen sowohl die obigen Ausführungen zur kommunalen Heterogenität der Effekte gesellschaftspolitischer Krisen als auch die herangezogenen, kommunalspezifischen Strukturdaten und die eigenen Erhebungen zu den lokalen Ressourcen zivilgesellschaftlicher Beteiligung bzw. Sozialkapitals vor welch unterschiedlichen soziokulturellen Hintergründen Partnerschaften in ihren Förderregionen handeln. Ländliche oder städtische, aufstrebende oder abgeschlagene Regionen könnten als Kontexte der Förderung des gemeinschaftlichen Handelns diesbezüglich kaum unterschiedlicher sein und machen vor Ort auch teils disparate Strategien der kommunalen Demokratieförderung notwendig. Vgl. für eine Vertiefung dazu abermals das folgende Kapitel 6 zur Konkretisierung unterschiedlicher Handlungsstrategien sowie zur Darstellung der dafür genutzten Strukturdaten.

¹³⁷ Vgl. dazu grundlegend: Lefort 1990, Marchart 2010, auch Maus 2011; für einen Überblick: Comtesse et al. 2019

In Anbetracht dessen steht neben dem Wissen um die Strukturen und den Kompetenzen der politischen Teilhabe im Zentrum, sich als Individuum in diesen konfliktreichen Prozessen, im widerstreitenden Dialog der Demokratie behaupten zu können. Das umfasst einerseits die **dialogischen Fähigkeiten, eigene Positionen artikulieren, in die Öffentlichkeit bringen und notfalls auch verteidigen zu können**, es umfasst aber auch Kompetenzen, mit anderen Meinungen auf demokratische Weise umgehen und zugleich die Pluralität und Ambiguität von Meinungen aushalten zu können.¹³⁸ Nun ist es aber nicht nur der dialogische Umgang mit eigenen und anderen demokratischen Meinungen, der hier wichtig ist, gerade vor dem Hintergrund der Polarisierung von Gesellschaft, des Aufstiegs rechtspopulistischer und offen antidemokratischer Gruppierungen und damit verbundener Vorfälle ist es vielmehr auch der Umgang mit antidemokratischen Positionen, der die demokratischen Dialog- und Konfliktkompetenzen in besonderer Weise herausfordert. Demokratische Konfliktführung meint sodann das **Verteidigen des demokratischen Meinungspluralismus**, das Erlernen von demokratischen Abwehrkräften im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Akteur*innen und ihren Positionen.

Abbildung 13: Zielbereich der Stärkung demokratischer Dialog- und Konfliktkompetenzen



Quelle: Eigene Darstellung

Waren die vorangegangenen Zielbereiche auf die Förderung und Ermöglichung von demokratischen Aneignungsprozessen, auf die Aneignung von Wissen und Werten, von Fähigkeiten und Strukturen sowie der Demokratie als gelebte Alltagspraxis bezogen, so fokussiert der vierte Zielbereich der kommunalen Demokratieförderung grundlegend auf die Stärkung von individuellen Ressourcen zur stressorientierten Abwehr antidemokratischer Gefährdungen innerhalb konfliktärer Meinungsbildungsprozesse. Partnerschaften für Demokratie geht es darum, Individuen demokratisch stand- und sattelfest zu machen und ihre demokratischen Widerstandskräfte zu fördern. Dies soll gelingen, indem zum einen die individuelle Akzeptanz

¹³⁸ Vgl. exemplarisch Besand 2021, weitergehend nochmals: Ritzi 2019.

demokratischer Diskussionsprozesse und zugleich der Umgang mit dem demokratischen Meinungspluralismus vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Gefährdung durch Positionen und Einflüsse antidemokratischer Gruppierungen gestärkt werden sollen.

Partnerschaften für Demokratie transferieren diese grundlegenden Perspektiven auch hier in konkrete Feinziele, die sich entlang der beiden genannten Schwerpunkte gruppieren lassen. Zum einen setzen sie dafür auf das Erlebbarmachen des „konstruktiven Dialogs als Grundlage eines friedlichen Zusammenlebens“, das auch die „Aufklärung über mögliche Verstöße“ beinhaltet, die sich gegen die Grundnormen demokratischer Diskurse richten (z.B. hate speech, Bedrohungen oder manifeste Gewalt). Dies verbindet sich mit der „Förderung von Kompetenzen zur demokratischen Konfliktführung und dialogischen Artikulation eigener Interessen und Positionen“, also der individuellen Befähigung zur rationalen Teilnahme an vielfältigen, demokratischen Aushandlungsprozessen. In einem präventiven Sinne sollen hier die Grundlagen gelegt werden, um Menschen einerseits in ihren Dialogfähigkeiten zu stärken, aber auch für die Grenzen demokratischer Konflikte zu sensibilisieren und auf dem Umgang etwaiger Überschreitung dieser Grenzen vorzubereiten.¹³⁹

Wird hier vor allem die individuelle Akzeptanz und Befähigung zur stressresistenten Teilnahme an demokratischen Aushandlungsprozessen adressiert, lenken Partnerschaften ihre Arbeit zum anderen auf Handlungsmotive, die auf die Verteidigung des demokratischen Meinungspluralismus abheben. Neben dem „Eintreten für die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Lebensentwürfe“, mit dem der „gesellschaftliche Mehrwert von Pluralismus“ verdeutlicht wird, steht an zentraler Stelle die „Vermittlung von Kompetenzen im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Akteur*innen“. Über die stressorientierte Förderung von Dialog- und Konfliktkompetenzen hinaus geht es hierbei um die individuelle Befähigung zur direkten Auseinandersetzung mit demokratie- und menschenfeindlichen Akteur*innen und deren Positionen. Nicht nur sollen auch hier stressorientierte Diskurskompetenzen geschult werden, etwa durch die Vermittlung argumentativer Gegenstrategien im Angesicht demokratieferner Akteur*innen, vielmehr zugleich die klare und mutige Positionierung und das kompetente, auch informierte Entgegenreten eingeübt werden.

Kommunale Demokratieförderung richtet sich in diesem Zielbereich somit zusammenfassend auf die dialog- und konfliktorientierte Stärkung vor allem individueller Abwehrkräfte aus, mit denen sowohl die demokratische Diskussions- und Konfliktkultur als auch der demokratische Meinungspluralismus gesichert und verteidigt werden soll (s. Abb. 13).¹⁴⁰

¹³⁹ Partnerschaften für Demokratie setzen dafür auf Formate wie Argumentations- oder Gegenredetrainings, moderierte Bürger*innendialoge, auf die Vermittlung von Gesprächstechniken, wie der Gewaltfreien Kommunikation, oder bewusst niedrigschwellige und inklusive Austauschformate, wie etwa Blind Dates zu politischen Themen oder alltag- bzw. kontextbezogene Projekte

¹⁴⁰ Das kann nun je nach Kontext unterschiedliches bedeuten, sind doch auch die Förderregionen der Partnerschaften sowohl bezüglich der Intensität und Qualität als auch hinsichtlich der Phänomenbereiche von verschiedenen Problemlagen betroffen. Sind in bestimmten, oft großstädtischen Kontexten etwa Kompetenzen im Umgang mit Diskriminierung oder gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gefordert, sehen sich andere Regionen besonders durch rechte Gruppierungen bedroht, die nicht selten gewalttätig agieren und dementsprechend andere Kompetenzen der demokratischen Abwehr erfordern. Auch hier ergeben sich letztlich aus den jeweiligen Kontexten und der spezifischen Kombination von einzelnen Feinzielen Unterschiede in der strategischen Ausrichtung und damit auch Differenzen in der konkreten Umsetzung der einzelnen Handlungselemente.

4.5 Setzen demokratischer Grenzen

Demokratische Gesellschaften stehen vor gewaltigen Herausforderungen, die vom neuen Aufkeimen des Nationalismus und Autoritarismus über rechtsextreme bzw. populistische Bewegungen bis hin zur Erosion der demokratischen Standfestigkeit in der Mitte der Gesellschaft reicht. Daraus resultiert sowohl eine neue Präsenz rechtspopulistischer bis rechtsextremer Gruppierungen als auch ein Zuwachs insbesondere demokratiefeindlicher Übergriffe, die auch durch die Corona-Pandemie einen weiteren Auftrieb erhalten haben.¹⁴¹ Gerade die Angriffe und Einflussnahmeversuche auf demokratische Institutionen und Engagierte machen deutlich, dass Demokratieförderung auch die Bewahrung und Verteidigung der Demokratie, die Abwehr demokratiefeindlicher Gefährdungen umfassen muss. Nur wenn es Demokratien gelingt, auch wirksam gegen hintergründige Gefährdungen und offen demokratiefeindliche Akteur*innen und Positionen vorzugehen, kann die Demokratie als offene und vielfältige Lebensform und egalitäre und inklusive Regierungsform überdauern.

Der fünfte Zielbereich kommunaler Demokratieförderung vertieft diese Ausrichtung auf die Auseinandersetzung mit antidemokratischen Bestrebungen, jedoch wird dabei nicht die Stärkung v.a. individueller Abwehrkräfte adressiert, sondern die direkte und sozialräumliche Auseinandersetzung mit Phänomenen, Personen und Positionen und der Umgang mit konkreten Vorfällen und Übergriffen des antidemokratischen und menschenfeindlichen Spektrums in den Blick genommen. Die direkte Abwehr antidemokratischer Bestrebungen umfasst hierbei, Menschen nicht nur über antidemokratische Tendenzen und Vorkommnisse aufzuklären, sondern auch zur Eingrenzung bereits manifester, antidemokratischer Phänomene und Vorfälle beizutragen sowie Betroffene von Übergriffen öffentlich zu unterstützen.

Vor diesem Hintergrund legen auch die Partnerschaften für Demokratie drei zentrale Schwerpunkte: erstens richten sie ihre Arbeit auf **die Sensibilisierung der (lokalen) Bevölkerung, Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltungen** aus und setzen dafür Maßnahmen um, die zum einen auf die „Verbreitung von Wissen zu historischen und aktuellen (sozial-)politischen Zusammenhängen“ setzen, um Menschen mittels etwa Formaten der historisch-politischen Bildung über Hintergründe aktueller politischer Positionen aufzuklären und Orientierung zu geben. Neben dieser vor allem informativ-reflexiv ansetzenden Grundlagenarbeit fokussieren die Partnerschaften zum anderen die Steigerung der Sensibilität gegenüber antidemokratischen Gefährdungen der Demokratie durch das Aufdecken und öffentliche Problematisieren lokaler Problemlagen (v.a. kommunal agierender Gruppierungen, Phänomene und Vorfälle). Vor diesem Hintergrund sollen etwa „lokal bestehende demokratie- und menschenfeindliche Erscheinungsformen“, also lokale Akteur*innen und Bewegungen des antidemokratischen Spektrums identifiziert und ihr Bestehen problematisiert werden, „neue und/oder verdeckte Erscheinungsformen demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene und Positionen“, wie sie etwa in populistischen (Verschwörungs-)Narrativen verankert sind, aufgedeckt und „konkrete Fälle und das Ausmaß der Betroffenheit von menschenfeindlichen Übergriffen und Gewalt“ öffent-

¹⁴¹ Vgl. dazu ausführlich Kapitel 2.5.

lich gemacht werden, um mit Informationsveranstaltungen, Demonstrationen, Bekanntmachungen oder Workshops zu sensibilisieren und zur Gegenrede zu ermuntern. Vor allem in problembehafteten Kontexten geht es dabei auch darum, die Ausbreitung und unhinterfragte Reproduktion demokratiefernere Einstellungen und Äußerungen abzuwehren und dafür die „Normalisierung demokratie- und menschenfeindlicher Aktivitäten und Positionen kritisch sichtbar zu machen“.

Neben diese Sensibilisierung von lokaler Bevölkerung, Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltungen tritt bei den Partnerschaften für Demokratie zweitens **die sozialräumliche Auseinandersetzung** mit manifesten Vorkommnissen des demokratie- und menschenfeindlichen Spektrums. Diese fokussiert sich konkret auf das „gesellschaftliche Setzen sichtbarer Zeichen im Öffentlichen Raum“, mit dem erkennbar antidemokratischen Gruppierungen entgegengetreten und zugleich eine klare demokratische Grenze gesetzt werden soll, die auch zur Selbstversicherung des demokratisch-weltoffenen Spektrums dient. Das öffentliche Entgegenreten wird dabei begleitet von Handlungsmotiven, die besonders auf die Verringerung des sozialräumlichen Handelns antidemokratischer Bewegungen abzielen und dafür sowohl auf die „Reduzierung von Gelegenheiten zur Präsenz von demokratie- und menschenfeindlichen Gruppierungen in der Öffentlichkeit“ als auch auf die Abwehr von „Partizipationsansinnen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen (z.B. an den Partnerschaften, Projekten, zivilgesellschaftlichen Organisationen)“ abheben. Partnerschaften verfolgen mittels Demonstrationen, Mahnwachen, Kampagnen, sozialräumlichen Projekten (z.B. dem Legen von Stolpersteinen) und dem anlassbezogenen Wissenstransfer (z.B. zur Abwehr antidemokratischer Einflussversuche oder zu Mustermietverträgen als Form raumbezogener Abwehrstrategien) hierbei das übergreifende Ziel, den öffentlichen Raum von antidemokratischen Bestrebungen freizuhalten bzw. – je nach Kontext – zurückzugewinnen und entsprechenden Gruppierungen die materiellen, organisatorischen oder öffentlichen Handlungsgrundlagen zu entziehen.

Abbildung 14: Zielbereich des Setzens demokratischer Grenzen



Quelle: Eigene Darstellung

Die Abwehr antidemokratischer Bestrebungen umfasst für die Partnerschaften jedoch nicht nur Sensibilisierung und das direkte Entgegenreten, sondern drittens auch **das öffentliche**

Eintreten für Betroffene demokratie- und menschenfeindlicher Bedrohungen und Übergriffe. Auch im Sinne des Markierens demokratischer Grenzen steht hier die Förderung öffentlicher Solidarität im Fokus, indem Menschen dazu befähigt werden sollen, für andere einzutreten, und zugleich Strukturen der Hilfeleistung aufgebaut werden. Dies verbindet sich für die Partnerschaften konkret mit der Umsetzung von Maßnahmen, die einerseits auf die „Förderung und dem Einüben von Zivilcourage“, etwa durch Workshops oder Rollenspiele, und andererseits auf die „Bereitstellung von Unterstützungsangeboten für von Diskriminierung und Herabwürdigung betroffener Akteur*innen und Gruppierungen“ abzielen, z.B. durch eigene Beratungsangebote, die Vermittlung bestehender Hilfen oder weiterer Formate, die das Empowerment von betroffenen Akteur*innen adressieren. Kommunale Demokratieförderung richtet sich im fünften Zielbereich damit zusammenfassend auf die störungsorientierte Abwehr demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen aus, die durch das sensibilisierende Aufdecken und sozialräumliche Zurückdrängen antidemokratischer Kräfte sowie durch die öffentlich sichtbare Unterstützung von Betroffenen gelingen soll, um demokratische Gesellschaften besonders in gefährdeten Regionen zu verteidigen und in ihren Grundfesten zu bewahren (s. Abb. 14).

Zusammengenommen adressieren die Partnerschaften für Demokratie somit fünf zentrale Zielbereiche, unter denen sich jeweils konkrete Handlungsziele der Umsetzung kommunaler Demokratieförderung gruppieren lassen (Siehe oben Abbildung 9). Dabei fokussieren sie zum einen die ressourcenorientierte Aneignung von Demokratie auf der Ebene von Wissen und Grundwerten, auf der Ebene vielfältiger, demokratischer Lebens- und Interaktionsformen sowie auf der Ebene der Strukturen gesellschaftlicher und politischer Partizipation. Zum anderen adressieren sie demgegenüber die Abwehr antidemokratischer Gefährdungen sowohl durch die Stärkung demokratischer Widerstandskräfte als auch durch die sozialräumliche Auseinandersetzung mit manifesten antidemokratischen Bestrebungen. In den Blick der Förderung kommunaler Demokratie gerät hierbei sowohl das einzelne Individuum und dessen Wissen, Werte und Kompetenzen als auch die demokratische Qualität gemeinsamer und kulturell geteilter Handlungs- und Einstellungsmuster sowie die Sicherung und Weiterentwicklung demokratischer Strukturen.

Letztlich adressieren die Partnerschaften in den vorgestellten Zielbereichen jedoch nicht nur diese jeweiligen Ebenen allein, sondern setzen, besonders indem sie in ihrer jeweiligen Handlungspraxis mehrere Zielbereiche gemeinsam angehen, bewusst an den Wechselbeziehungen an, die sich zwischen diesen Ebenen ergeben und auf die oben skizzierte Interdependenz von Individuum, Kultur und Struktur verweisen. Diese jeweils unterschiedliche Verknüpfung und auch Deutung der benannten Zielbereiche wird vor allem in der Darstellung der idealtypischen Handlungsstrategien der kommunalen Demokratieförderung im übernächsten Kapitel 6 virulent.

Das folgende Kapitel widmet sich nun zunächst dem Übertrag der vorgestellten Zielbereiche in ein mehrstufiges Modell kommunaler Demokratieförderung, das die theoretischen und empirischen Einsichten der vorangegangenen Kapitel verdichtet und zusammenfasst.

5 Ein mehrstufiges Modell kommunaler Demokratieförderung

In aller Kürze

In der Zusammenführung der theoretischen und empirischen Einsichten wird im Folgenden ein mehrstufiges Modell der Demokratieförderung vorgestellt, das von der wechselseitigen Verknüpfung der empirisch erschlossenen Zielbereiche der kommunalen Demokratieförderung mit dem eingangs konzeptualisierten Analyseraster der Demokratieförderung über die empirische Praxis der Partnerschaften hinaus Gültigkeit beanspruchen kann. Damit wird letztlich ein theoretisch und empirisch abgesichertes Modell der kommunalen Demokratieförderung definiert, das in dieser Form bislang noch aussteht.

Ausgehend von dem in Kapitel 3 theoretisch erschlossenen Analyseraster und den in Kapitel 4 empirisch rekonstruierten Dimensionen der fachlichen Praxis werden nachfolgend nun beide Elemente in ein mehrstufiges Modell der kommunalen Demokratieförderung überführt. Wie das bereits angeführte Zitat von Wolfgang Merkel deutlich macht, ist es jedoch nicht möglich, aber vielleicht auch gar nicht nötig, eine umfassende Theorie der (kommunalen) Demokratieförderung vorzulegen. Angesichts der Heterogenität kommunaler Kontexte, lokaler Ansätze und sich wandelnder gesellschaftspolitischer Rahmenbedingungen muss es folglich auch hier um ein Modell mittlerer Reichweite gehen. So sind diesem Konzept zwar durch die Perspektive der Partnerschaften empirische Grenzen gesetzt, doch verbindet sich mit Verschränkung theoretischer und empirischer Einsichten damit zugleich der Vorschlag eines mehrstufigen Modells der kommunalen Demokratieförderung, das auch über die Partnerschaften hinaus Geltung behaupten kann.¹⁴²

Dieses basiert auf einem „stabilen Theoriekern“ (Merkel), der aus der empirischen Praxis der Partnerschaften und im Anschluss an ein erweitertes Konzept der Politischen Kultur entwickelt wurde und dabei zugleich anschlussfähig bzw. „hinreichend offen“ bleibt, „um kontextspezifische Variablen an diesen Kern anzuschließen“.¹⁴³ Dies gilt nicht nur, weil es in Bezug gesetzt wird zur empirischen Umsetzung der kommunalen Förderung von Demokratie, sondern auch, weil damit zugleich ein Rahmen geschaffen wird, von dem ausgehend sich zugleich unterschiedliche Strategien der kommunalen Demokratieförderung (bei den Partnerschaften für Demokratie) abbilden und explizieren lassen.¹⁴⁴

¹⁴² Das gilt nicht nur, weil sich die Partnerschaften an mittlerweile 330 Standorten auf höchst unterschiedliche Weise mit kommunaler Demokratieförderung auseinandersetzen und damit einen bundesweiten Blick zulassen, der auch aus wissenschaftlicher Perspektive alleinstehend ist. Vielmehr lässt sich im weiteren Verlauf zeigen, dass sich die Zielbereiche der kommunalen Demokratieförderung bei den Partnerschaften für Demokratie auch in das eingangs theoretisch rekonstruierte Analyseraster der Demokratieförderung übertragen lassen und damit eine Verschränkung der empirischen und theoretischen Einsichten zur (kommunalen) Demokratieförderung gelingt.

¹⁴³ Vgl. zu diesem Zitat nochmals Merkel 2010 und die Ausführungen zu Beginn des Kapitel 3.1.

¹⁴⁴ Dies wird Gegenstand des folgenden Kapitels 6 in diesem Bericht sein.

Ein mehrdimensionales Modell der kommunalen Demokratieförderung

Im Ausgang von den vorangegangenen Abschnitten lässt sich nun zusammenfassend ein *mehrstufiges Modell der kommunalen Demokratieförderung* vorstellen, das fünf zentrale Dimensionen umfasst, die als Zielbereiche aus der Handlungspraxis der Partnerschaften für Demokratie rekonstruiert worden sind und sich entlang dieser Einteilung verorten lassen. Demzufolge zielt kommunale Demokratieförderung ab auf

- erstens die **Vermittlung von Grundlagen der Demokratie als Lebens- und Regierungsform** durch die individuelle und kulturelle *Anerkennung* demokratischer Grundwerte und Institutionen sowie die Vermittlung von *Wissen* über die Strukturen und Verfahren der Demokratie und leistet damit einen grundlegenden Beitrag zur kognitiven, emotions- und wertgebundenen **Aneignung der fundamentalen Prinzipien des politischen Systems der Demokratie**.
- zweitens die **Förderung gesellschaftlicher Mitbestimmung**. Mit der Stärkung sowohl der individuellen *Fähigkeiten* und Voraussetzungen zur politischen Partizipation als auch die Erneuerung und Erweiterung demokratischer *Beteiligungsstrukturen* wird grundlegend das Ziel einer praktisch vollzogenen und strukturell ermöglichten **Aneignung demokratischer Beteiligung** verfolgt.
- drittens die **Stärkung des gemeinwohlorientierten Handelns**, die sich nicht nur in die Förderung eines vielfältigen demokratischen Engagements übersetzt, das in einem *breiten Spektrum zivilgesellschaftlicher Aktivitäten* mündet. Vielmehr wird dabei zugleich auf die Überwindung gesellschaftspolitischer Benachteiligung und damit auf die Förderung *gesellschaftlicher Chancengleichheit* abgehoben und damit grundsätzlich die kulturelle und strukturell ermöglichte **Aneignung der Demokratie als vielfältige Lebensform** in den Blick genommen.
- viertens die **Stärkung demokratischer Dialog- und Konfliktkompetenzen** und damit sowohl auf die konfliktorientierte Förderung der Akzeptanz der *demokratischen Diskussionskultur* als auch auf die *Verteidigung des demokratischen Meinungspluralismus* und ist grundlegend auf die dialog- und konfliktorientierte **Stärkung demokratischer Abwehrkräfte** besonders auf der individuellen Ebene ausgerichtet.
- fünftens das **Setzen demokratischer Grenzen**, worin sowohl die *Sensibilisierung* für antidemokratische Erscheinungsformen als auch das sozialräumliche Entgegenreten bzw. *Marginalisieren* entsprechender Gruppierungen sowie die Unterstützung bzw. *öffentliche Solidarität* mit Betroffenen demokratie- und menschenfeindlicher Übergriffe miteingeschlossen ist und grundlegend die **Abwehr antidemokratischer Bestrebungen** adressiert wird.

Diese zentralen Dimensionen können nun abschließend in ein empiriegestütztes und zugleich theoretisch gerahmtes Modell der kommunalen Demokratieförderung überführt werden, das die rekonstruierten Zielbereiche entlang der Achsen Aneignung von Demokratie bzw. der Abwehr antidemokratischer Gefährdungen differenziert. Damit wird letztlich nicht nur das praktische Handlungsrepertoire der Partnerschaften für Demokratie systematisiert und ihre inhaltlich-praktische Arbeit entlang von fünf zentralen Zielbereichen dimensioniert, sondern zugleich

ein übergreifendes Modell der kommunalen Demokratieförderung vorgestellt, das in dieser Form bislang noch aussteht (s. Abb. 15).

Dieses Modell kann sodann im zweiten Schritt mit dem theoretischen Analyseraster aus Kapitel 3 verknüpft werden, um die empirisch rekonstruierten Zielbereiche zugleich einer weiteren, konzeptuellen Rahmung und Verortung zuzuführen und damit abzusichern.

Abbildung 15: Mehrdimensionales Modell der kommunalen Demokratieförderung



Quelle: Eigene Darstellung

Verknüpfung der empirischen Zielbereiche mit dem theoretischen Analyseraster

Aus der Rekonstruktion der fachlichen Praxis und der vertiefenden Darstellung der Zielbereiche kann abgeleitet werden, dass kommunale Demokratieförderung somit grundlegend auf der *individuellen, kollektiv-kulturellen oder strukturellen Ebene* ansetzt und sich entweder auf die ressourcenorientierte *Aneignung* der Demokratie als Lebens- und Regierungsform und/oder auf die *Abwehr* antidemokratischer Gefährdungen ausrichtet. Sie konzentriert sich auf die demokratische Bildung und Befähigung von Individuen, sie stärkt das soziale und politische Miteinander in Vielfalt und richtet sich auf die gleichen Chancen und Möglichkeiten zur politischen und gesellschaftlichen Teilhabe aus und adressiert zugleich den Schutz zentraler demokratischer Werte und Strukturen. Damit stehen zum einen die Unterstützung demokratischer Sozialisationsprozesse von Individuen, die Förderung einer vielfältigen, demokratischen Kultur und die strukturelle Ausweitung und Vertiefung demokratischer Mitbestimmung im Fokus einer auf ressourcenorientierte Aneignungsprozesse konzentrierten kommunalen Demokratieförderung. Zum anderen gerät für eine auf stress- oder störungsorientierte Abwehrprozesse ausgerichtete lokale Förderung von Demokratie die Stärkung von individuellen Kompetenzen im Umgang mit antidemokratischen Akteur*innen und Positionen, die soziokulturelle Verteidigung der Demokratie gegenüber demokratiefernen Einstellungsmustern und Handlungen sowie die strukturell-sozialräumliche Auseinandersetzung mit antidemokratischen Bestrebungen in den Blick. Insgesamt zielen auch die Partnerschaften für Demokratie als empirischer Prüfstein des vorgelegten Modells somit auf die theoretisch erschlossenen Kerndimensionen der Demokratieförderung ab. Dazu richten sie ihre Arbeit auf folgende Ebenen aus:

- auf der die individuelle Ebene
- die Förderung der individuellen Aneignung von demokratischen Grundwerten, Wissen, Kompetenzen als Teil der **Unterstützung demokratischer Sozialisationsprozesse**
- die Stärkung **demokratischer Abwehrkräfte** durch die Förderung der individuellen Dialog- und Konfliktkompetenzen und der demokratischen Standfestigkeit im Umgang mit antidemokratischen Akteur*innen und Positionen
- auf die kollektiv-kulturelle Ebene
- die praktische Aneignung der Demokratie als vielfältige Lebensform als Beitrag zur **Stärkung der demokratischen Kultur**
- durch Sensibilisierung und Aufklärung die Abwehr demokratie- und menschenfeindlicher Einstellungs-, Werte- und Handlungsmuster fokussieren
- auf die strukturelle Ebene
- die **Förderung demokratischer Mitbestimmungsstrukturen** durch die Vertiefung, Ausweitung und Erneuerung der strukturellen Ermöglichung der Aneignung von Demokratie durch Beteiligung
- über die direkte, strukturell-sozialräumliche Abwehr die Eingrenzung und Vermeidung antidemokratischer Bestrebungen und Einflussnahmen ins Auge fassen

Vor diesem Hintergrund lassen sich nun auch die aus der Praxis der Partnerschaften für Demokratie rekonstruierten Zielbereiche der kommunalen Demokratieförderung in das theoretische erschlossene, übergreifende Analyseraster einfügen und damit zu einer Verknüpfung der theoretischen und empirischen Einsichten gelangen (s. Abb. 16).

So lässt sich der erste Zielbereich der Vermittlung der Grundlagen der Demokratie als Lebens- und Regierungsform im Sinne der Unterstützung demokratischer Sozialisationsprozesse verstehen, geht es dabei doch vor allem um die Förderung der individuellen Aneignung von Wissen und Werten einer vielfältigen Demokratie. Demgegenüber kann der zweite Zielbereich der Förderung gesellschaftlicher Mitbestimmung als Beitrag zur Vertiefung und Ausweitung demokratischer Mitbestimmungsstrukturen verstanden werden, wird hier vor allem die strukturelle Ermöglichung von gesellschaftspolitischer Teilhabe ins Auge gefasst, die der praktischen und strukturell ermöglichten Aneignung demokratischer Strukturen dienen soll.

Darüber hinaus lassen sich Deckungsgleichheiten des dritten Zielbereichs zur Stärkung des gemeinwohlorientierten Handelns mit der Förderung demokratischer Kultur hervorheben, richten die Partnerschaften für Demokratie ihre Arbeit an dieser Stelle doch in besonderer Weise auf die Förderung des kollektiv-kulturellen Unterfutters der Demokratie in sozialen Beziehungen und Verhältnissen aus, die auf die Aneignung der Demokratie als vielfältiger Lebensform abheben. Im Ganzen adressieren die Partnerschaften in diesen drei Zielbereichen letztlich ressourcenorientierte Aneignungsprozesse bzw. deren strukturelle Ermöglichung.

Demgegenüber lässt sich der Zielbereich der Stärkung demokratischer Dialog- und Konfliktkompetenzen mit der Stärkung individueller Abwehrkräfte zusammenfügen, die grundsätzlich auf die Befähigung von Individuen ausgerichtet ist, in den konfliktreichen Prozessen des demokratischen Meinungspluralismus zu bestehen und im diskursiven Umgang mit antidemokratischen Akteur*innen und Positionen geschult zu sein. Nun zeigt sich jedoch, dass gerade auf der kommunalen Ebene der Übertrag des fünften Zielbereichs des Setzens demokratischer Grenzen in das theoretische Modell der Demokratieförderung einer Anpassung bedarf. Partnerschaften fokussierten im Bereich der Abwehr letztlich zugleich die Verhinderung antidemokratischer Werte- und Einstellungsmuster sowie die strukturelle Beschränkung bzw. sozial-räumliche Vermeidung demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen. Vor diesem Hintergrund lässt sich der fünfte Zielbereich sowohl der kulturellen als auch strukturellen Ebene zuordnen.

Damit lässt sich resümierend zu einem übergreifenden, theorie- und empiriebasierten Analyseraster der kommunalen Demokratieförderung gelangen, das die Zielbereiche der kommunalen Demokratieförderung bei den Partnerschaften mit der übergreifenden Dimensionierung der Demokratieförderung zusammenfügt und damit zugleich die Gültigkeit des oben vorgestellten Modells der kommunalen Demokratieförderung auch über die empirische Praxis der Partnerschaften hinaus bestätigt (s. Abb. 16).

Abbildung 16: Theorie- und empiriebasiertes Analyseraster der kommunalen Demokratieförderung

	Individuelle Dimension	Kollektiv-kulturelle Dimension	Institutionell-strukturelle Dimension
Aneignung	Demokratie als Lebens- und Regierungsform vermitteln	Gemeinwohlorientiertes Handeln stärken	Gesellschaftliche Mitbestimmung fördern
Abwehr	Dialog- und Konfliktkompetenz fördern	Demokratische Grenzen setzen	

Quelle: Eigene Darstellung

Aus dem Dreischritt (1) der Entwicklung eines theoriebasierten Analyserasters, (2) der empiriebasierten Modellierung der fachlichen Praxis sowie (3) der Zusammenführung kann nun ein empirisch und theoretisch abgesichertes Modell der kommunalen Demokratieförderung definiert werden:

Definition „Kommunale Demokratieförderung“	<p>(Kommunale) Demokratieförderung als Ansatz zielt auf die (Fort-)Entwicklung und Bewahrung von Demokratie als Lebens- und Regierungsform. Sie richtet sich zugleich auf die Aneignung von Demokratie (A) und Abwehr antidemokratischer Gefährdungen (B) aus und setzt dabei mehrdimensional auf der (1) individuellen, (2) kulturell-kollektiven und (3) strukturellen Ebene an. Mit dem Fokus auf die ressourcenorientierte Förderung der Aneignung von Demokratie wird zum einen die Unterstützung von demokratischen Sozialisationsprozessen (A.1), die Stärkung demokratischer Kultur (A.2) als auch die Ausweitung demokratischer Beteiligungsstrukturen (A.3) in den Blick genommen. Zum anderen richtet sich kommunale Demokratieförderung mit der Abwehr antidemokratischer Gefährdungen auf die Eingrenzung demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen (B.2/3) sowie auf die Stärkung individueller Abwehrkräfte (B.1) im Umgang mit antidemokratischen Gruppierungen und Positionen aus. Vor diesem Rahmen lassen sich mit der Vermittlung von Grundlagen der Demokratie als Lebens- und Regierungsform (I), der Förderung gesellschaftlicher Mitbestimmung (II), der Stärkung des gemeinwohlorientierten Handelns (III), der Stärkung demokratischer Dialog- und Konfliktkompetenzen (IV) und dem Setzen demokratischer Grenzen (V) fünf zentrale Kernelemente der kommunalen Demokratieförderung verorten.</p>
---	--

Als Beitrag der Wissenschaftlichen Begleitung ordnet das Konzept die Praxis der Partnerschaften für Demokratie ein und macht zugleich auch für die fachliche und fachpolitische Debatte einen fundierten Vorschlag zur Dimensionierung und Konzeptualisierung des bislang noch eingeschränkt erforschten Handlungsfeldes der kommunalen Demokratieförderung.

TEIL II
TYPOLOGISIERUNG DER INTEGRIERTEN
HANDLUNGSSTRATEGIEN
LOKALER PARTNERSCHAFTEN FÜR DEMOKRATIE

6 Idealtypische Handlungsstrategien (kommunaler) Demokratieförderung

In aller Kürze

Das vielgestaltige Handlungsrepertoire der Partnerschaften für Demokratie wird in Form von fünf Idealtypen kommunaler Demokratieförderung verdichtet und diese jeweils entlang ihrer inneren Sinnzusammenhänge (u.a. zwischen sozialräumlichen Kontexten und übergeordneten Zielen) veranschaulicht (Kapitel 6.1 bis 6.5). Die Verortung der fünf Typen im mehrstufigen Modell der kommunalen Demokratieförderung (Abschnitt 6.6) schließt das Kapitel und spannt zugleich den Bogen zum vorangehenden Berichtsteil (s. Kapitel 5). Sie ermöglicht einerseits einen zusammenfassenden Überblick und gibt zugleich Hinweise zu möglichen Einflussfaktoren auf die aneignungsorientierte bzw. abwehrorientierte Ausrichtung der Strategien. Dabei finden sich empirisch fundierte Hinweise, dass neben der Resilienz im Bereich „Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus“ insbesondere der Anteil zivilgesellschaftlicher Akteur*innen im Begleitausschuss einer abwehrorientierten Ausrichtung zuträglich ist.

Demokratisch verfasste Gesellschaften stehen angesichts weltweiter und weitreichender Umwälzungen unter Spannung. Globalisierung, Finanz- und Wirtschaftskrisen der frühen 10er Jahre, die gestiegene Wanderungsbewegungen, Auseinandersetzungen rund um die Folgen des Klimawandels und jüngst die globale Gesundheitskrise befördern Unsicherheiten¹⁴⁵ und Abstiegsängste. Sie lassen Fragen nach der Steuerungsfähigkeit des Staates, nach Gerechtigkeit und (Un-)Gleichwertigkeit in der Betroffenheit von Krisen aufkommen, verschärfen Prozesse des sozialen Vergleichens¹⁴⁶ und des Denkens in „In- and Outgroups“. Auf- und Abwertung, Vorurteile und Rassismus gedeihen in einem solchen Klima und bieten einschlägigen Akteursgruppen vielversprechende Anknüpfungspunkte um die „wankende Mitte“ für ihre Positionen zu gewinnen (s. Kapitel 2 des Prologs für eine ausführliche Darstellung aktueller Konfliktlinien).

Partnerschaften für Demokratie als kontextsensible Netzwerke, als Zusammenschlüsse von Engagierten aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung nehmen diese Entwicklungen frühzeitig und sehr unmittelbar wahr. Im Rahmen von Situationsanalysen tragen sie Erkenntnisse zu Problemen und Ressourcen vor Ort zusammen, generieren Wissen und disseminieren es gezielt auch über ihre Kernnetzwerke hinaus. Sie klären auf und sensibilisieren, befördern so die kommunale Auseinandersetzung mit Demokratie- und Menschenfeindlichkeit und unterlegen sie mit aktuellem Know-How.

In ihrer Gesamtheit fungieren sie als Netzwerk von Seismographen gesellschaftlicher Veränderungen und geben Aufschluss über Problemlagen und den sich im Zuge globaler Trends aber auch in Folge tradierter, lokaler Konstellationen entfaltenden Handlungsdruck. Gemeinsam zeichnen sie ein Bild vielgestaltiger kommunaler Verfasstheiten. Eher unterschwellig

¹⁴⁵ Vgl. Zick 2021, S. 21

¹⁴⁶ Vgl. Zick 2021, S. 22.

schleichende Auswaschungen des demokratischen Fundaments (z.B. Politikverdrossenheit, Normalisierungstendenzen) werden ebenso umrissen, wie konkrete Manifestationen antidemokratischer Realitäten (z.B. Diskriminierung, Übergriffe, No-Go-Areas).

Heterogene Kontexte erfordern situationsangemessene Lösungen

Diese spezifischen Auswüchse der aktuellen Konflikte und Zerreißproben um Kernthemen der Demokratie sind bundesweit ebenso ungleich verteilt, wie die für ihre Bearbeitung zur Verfügung stehenden Ressourcen.¹⁴⁷ So setzen sich die Partnerschaften in urbanen Räumen mit hoher Bevölkerungsdichte, in segregierten Flächenlandkreisen, in Räumen mit vielfältigen Kristallisationspunkten zivilgesellschaftlichen Engagements und solchen mit erodierender Infrastruktur des sozialen Miteinanders, in Gebieten mit divergenten regionalen Identitäten und in Regionen mit einer gewachsenen Gemeinschaft für eine demokratische politische Kultur ein.¹⁴⁸ Angesichts dieser Heterogenitäten können sie dabei kaum auf vermeintlich universell einsetzbare bzw. stets adäquate Handlungsansätze zurückgreifen. Welche Politikfelder im Einzelfall adressiert und mit welchem Stellenwert diese bearbeitet werden, bleibt im Rahmen des Bundesprogramms folgerichtig der lokalen Ebene überlassen.

Aus dieser Flexibilität resultiert eine ausgesprochene Vielgestaltigkeit auch auf der fachlich-inhaltlichen Ebene, zumal die Partnerschaften Prozesse und operative Verfahren befördern, die einer direkten Einwirkung auf konkrete Probleme vorgelagert sind. U.a. über die Stärkung und Anerkennung zivilgesellschaftlichen Engagements an sich, die Verstetigung sektorübergreifender Zusammenarbeit in stabilen Netzwerken oder die Aktivierung deutungsmächtiger Akteur*innen erhöhen sie ihre eigene Wirksamkeit und leisten zugleich substantielle Beiträge zur Gestaltung von Räumen des demokratischen Miteinanders.

Als komplexe Instrumente kommunaler Demokratieförderung suchen Partnerschaften darüber hinaus die Problemlagen vor Ort über eine Vielzahl und im Sinne einer Gesamtstrategie aufeinander abgestimmter Einzelmaßnahmen zu adressieren. Hierzu wählen sie unterschiedliche Arbeitsschwerpunkte, entwickeln spezifische Konzepte und übersetzen diese anhand konkreter Interventionen mit variierenden Zielstellungen und Zielgruppen in die Praxis. Dabei ergibt sich eine derart enorme Bandbreite, dass die empirische Analyse der Ansätze zunächst einer weiterführenden Systematisierung des Handlungsrepertoires bedarf (s. Kapitel 3.3).

Zur Systematisierung der Integrierten Handlungsstrategien

Vor diesem Hintergrund wurden zentrale Wirkannahmen durch den ISS e.V. theoriegebunden systematisiert, operationalisiert und in kurze Statements übersetzt. Sie bilden die Ziel-Mittel-Relationen der Partnerschaften in handhabbarer Form ab und umfassen 30 Elemente, welche sich treffend entlang von fünf übergeordneten Zielstellungen zusammenfassen lassen (s. Abbildung 9 für eine detaillierte Darstellung der Ziel-Mittel-Relationen). Die Ziele ergänzen sich wechselseitig und umspannen in ihrer Gesamtheit positiv-fördernde Elemente wie auch die

¹⁴⁷ Vgl. ISS e.V. 2021, Rees/Rees/Zick 2021, S. 120f.

¹⁴⁸ Voigtländer und Voth (2012) etwa untersuchen Zusammenhänge u.a. zwischen ausgewählten sozialräumlichen Merkmalen und der politischen Kultur mit Fokus auf Antisemitismus.

präventive Abwehr von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit. Partnerschaften für Demokratie vermitteln demnach wie gesehen die Grundlagen der Demokratie als Lebens- und Regierungsform (1), sie fördern gesellschaftliche Mitbestimmung (2), stärken gemeinwohlorientiertes Handeln (3) sowie Dialog- und Konfliktfähigkeiten (4) und sie wachen über die Einhaltung demokratischer Grenzen bzw. ziehen diese im Falle ihrer Verletzung nach und verleihen ihnen derart neue Gültigkeit (5) (s. Abbildung 9 für eine übersichtliche Systematisierung des Handlungsrepertoires).

Im Zuge der systematischen Bearbeitung dieser Zielstellungen werden die Partnerschaften von Beobachterinnen zu Handelnden, von einem Netzwerk aus Seismographen (s.o.) zu Gestaltenden der kommunalen Situationen. Dabei decken sie in der Regel eine größere Spanne von Zielen und Handlungsdimensionen ab. Sie kombinieren mehrere Elemente und setzen mitunter auf ihre Verkettung im Sinne komplexerer Wirkstränge (z.B. Begegnung – Dialog – Vertrauen oder Sensibilisierung – Aktivierung – Mobilisierung). Die tatsächliche Praxis kommunaler Demokratieförderung lässt sich somit kaum anhand einzelner Aspekte des Repertoires bzw. der Akzentuierung einzelner Facetten desselben, sondern vielmehr in der Analyse ihres Zusammenspiels beschreiben.

Abbildung 17: Methodisches Vorgehen zur Bildung der Idealtypen



Quelle: Eigene Darstellung

Vor diesem Hintergrund hat der ISS e.V. wiederkehrende Kombinationen in den Verknüpfungen von strategischen Zielen und Handlungselementen konturiert und mittels multivariater statistischer Verfahren (Clusterzentrenanalyse) charakteristische Muster identifiziert. Diese Muster sind als Systematisierung der handlungsleitenden Wirkannahmen lokaler Partnerschaften für Demokratie zu verstehen und dienen als empirisches Fundament der Typologisierung ihrer

Strategien. Dies ermöglicht es, die Ansätze der 300 Förderstandorte komprimiert entlang von fünf *Ideal*¹⁴⁹typen zu skizzieren.

Sie lassen sich bezeichnen als (1) Strategie der Förderung individueller Demokratiefestigkeit, als (2) Strategie der umfassenden Stärkung demokratischer Abwehrkräfte, als (3) Strategie der demokratischen Abwehr von Diskriminierung, als (4) Strategie der Erfahrbarmachung von Demokratie und als (5) Strategie der teilhabeorientierten Gestaltung pluraler Gemeinschaften. Die Strategien werden nachfolgend kursorisch entlang der übergeordneten Zielbereiche eingeführt und im Anschluss detailliert beschrieben (s. Kapitel 6.1 bis 6.6).

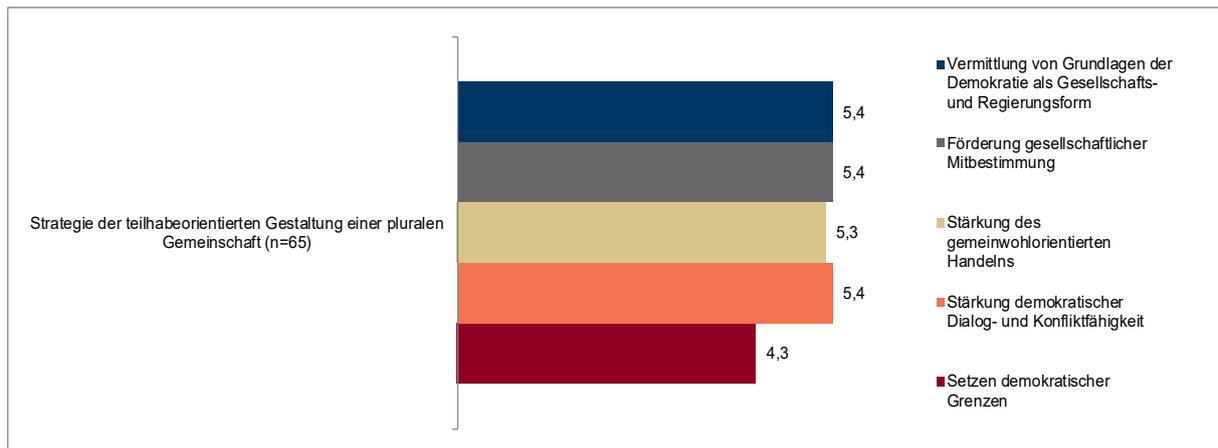
Kurzeinführung: Die übergeordneten Ziele der fünf Idealtypen

Die Abbildungen 18, 19, 20, 21, 22 zeigen zunächst, dass die fünf idealtypischen Strategien der Partnerschaften für Demokratie kaum auf einzelne Ziele fokussiert bleiben (s.o.). Stattdessen finden häufig gleich mehrere Bereiche mit ähnlicher Gewichtung Eingang in die Konzeptionen der Co-Governance-Arrangements.¹⁵⁰ Die Charakteristika der fünf Gruppen liegen demnach weniger in der Exklusivität, bzw. der besonderen Pointierung einzelner handlungsleitender Maßgaben begründet, als vielmehr in ihrem Zusammenspiel, in ihren Rangordnungen und spezifischen Mischungsverhältnissen. Dennoch birgt dieser zusammenfassende Blick bereits einige Hinweise zu den dominanten Stoßrichtungen der fünf Typen und bietet somit einen geeigneten Einstiegspunkt, um diese prägnant voneinander abzugrenzen.

¹⁴⁹ Zwar sind die durch die Wissenschaftliche Begleitung entwickelten Typen integrierter Handlungsstrategien empirisch fundiert und tragen in der weiteren Beschreibung durch die Orientierung etwa an Mittelwerten bzw. statistischen Kennzahlen durchaus auch Züge von Realtypen, das übergeordnete Ziel indes bestand nicht in der möglichst exakten Abbildung der empirischen Realität im Maßstab 1:1. Ein solches Vorgehen erscheint u.a. mit Blick auf die bewusste konzeptionelle Flexibilität des Förderinstruments und die hieraus resultierende Vielfalt kaum praktikabel. Vielmehr sollte durch die idealtypische Konstruktion und die bei solchen Vorgehensweisen genutzten Überzeichnungen bzw. Verkürzungen (1) ein möglichst plastisches Bild davon gezeichnet werden, wie sich die wiederkehrenden Muster in den strategischen Ausrichtungen darstellen und begründen lassen und überdies (2) das Fundament für eine auch „verstehende“ Analyse der durch die Bemühungen der Partnerschaften angestoßenen Situationsveränderungen bzw. –stabilisierungen gelegt werden. So werden die modellhaften Strategietypen künftig auch analytisch in die Wirkungsanalysen der Wissenschaftlichen Begleitung, eingehen und bilden so einen wesentlichen Baustein des multimethodischen sowie multiperspektivischen Ansatzes ISS e.V.

¹⁵⁰ Der Governance-Ansatz fokussiert das Zusammenwirken von nicht-staatlichen und staatlichen Akteur*innen bei der Regelung von kollektiven Sachverhalten. „Bezogen auf die lokale Ebene, die das Handlungsfeld [der Partnerschaften für Demokratie, Anm. d. Verf.] darstellt, können unter Governance Formen der Selbststeuerung unter Einbezug von kommunalstaatlichen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren verstanden werden, die ein ‚gemeinschaftliches Interesse‘ (Mayntz 2004, S. 69) verbindet“ (Behn/Bohn/Karliczek/Lüter/Sträter 2013, S. 24). Der kooperative Charakter wird durch die Bezeichnung „Co-Governance“ akzentuiert und lehnt im Kern an Kooiman (2006, S. 158f) an.

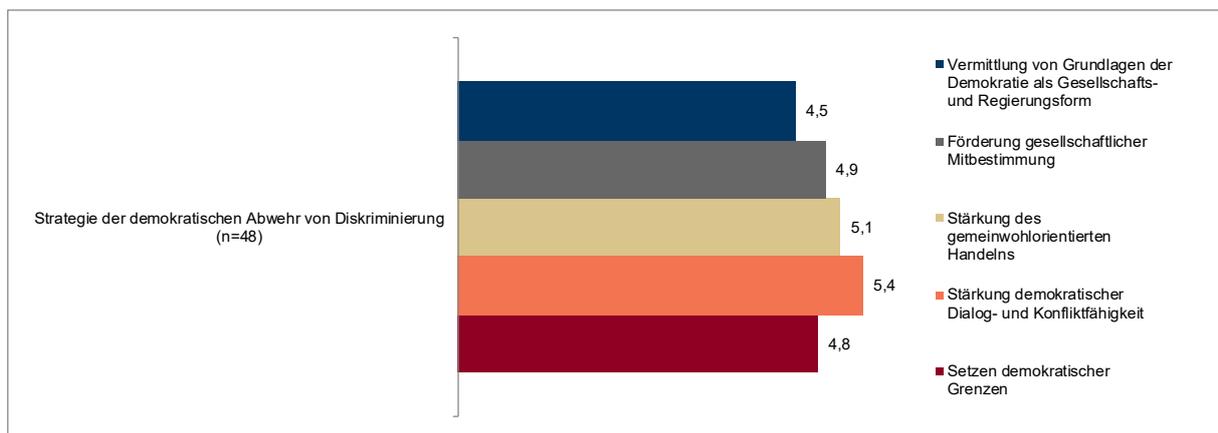
Abbildung 18: Übergeordnete Ziele der Strategie der teilhabeorientierten Gestaltung pluraler Gemeinschaften¹⁵¹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 65). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Trifft gar nicht zu“) bis 6 („Trifft voll zu“) berechnet.

Bundesweit setzen 65 Partnerschaften für Demokratie eine „**Strategie der teilhabeorientierten Gestaltung pluraler Gemeinschaften**“ um und streben danach, gesellschaftliche Mitbestimmung (M = 5,4) und gemeinwohlorientiertes Handeln (M = 5,3) zu fördern. Diese beiden eher aktivierenden Elemente werden ergänzt um die Vermittlung von Grundlagen der Demokratie (M = 5,4) sowie um die Stärkung von Dialog- und Konfliktfähigkeiten (M = 5,4). Somit zeichnet sich eine recht breit gestreute Aufmerksamkeit und die in etwa gleichrangige Berücksichtigung von vier der fünf Zielstellungen ab. Die relative Distanz zur Setzung demokratischer Grenzen (M = 4,3) betont dabei die insgesamt sehr positiv-fördernde Ausrichtung dieses Typs.

Abbildung 19: Übergeordnete Ziele der Strategie der demokratischen Abwehr von Diskriminierung¹⁵²



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 48). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Trifft gar nicht zu“) bis 6 („Trifft voll zu“) berechnet.

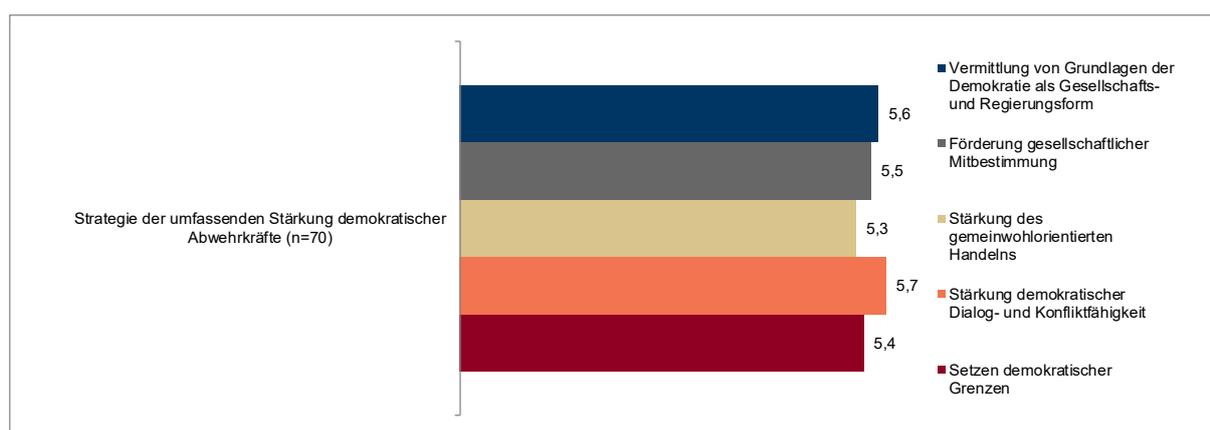
Die „**Strategie der demokratischen Abwehr von Diskriminierung**“ stellt ebenfalls die Auseinandersetzung mit Vielfalt in den Vordergrund (n = 48). Zugleich weist dieses Profil eine

¹⁵¹ Vgl. Tabelle 5 im Anhang.

¹⁵² Vgl. Tabelle 5 im Anhang.

etwas höhere Schärfe auf. Insbesondere aufgrund des Stellenwertes der Förderung und der Verteidigung des Meinungspluralismus nehmen demokratische Dialog- und Konfliktfähigkeiten hier eine gewichtige Rolle ein ($M = 5,4$) (s. Abschnitt 6.4). Partnerschaften mit dieser Strategie setzen sich für die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Lebensentwürfe ein, verdeutlichen den gesellschaftlichen Mehrwert von Pluralismus und vermitteln Kompetenzen im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Akteur*innen. Darüber hinaus soll das gemeinwohlorienterte Handeln ($M = 5,1$) gestärkt und gesellschaftliche Mitbestimmung fortentwickelt ($M = 4,9$) werden. Auch im Vergleich mit der Strategie der Teilhabe orientierten Gestaltung kommt dem Setzen demokratischer Grenzen ein etwas größeres Gewicht zu, so dass hier die Auseinandersetzung mit Vielfalt als Leitmotiv einen eher streitbaren Charakter bekommt.

Abbildung 20: Übergeordnete Ziele der Strategie der umfassenden Stärkung demokratischer Abwehrkräfte auf ¹⁵³

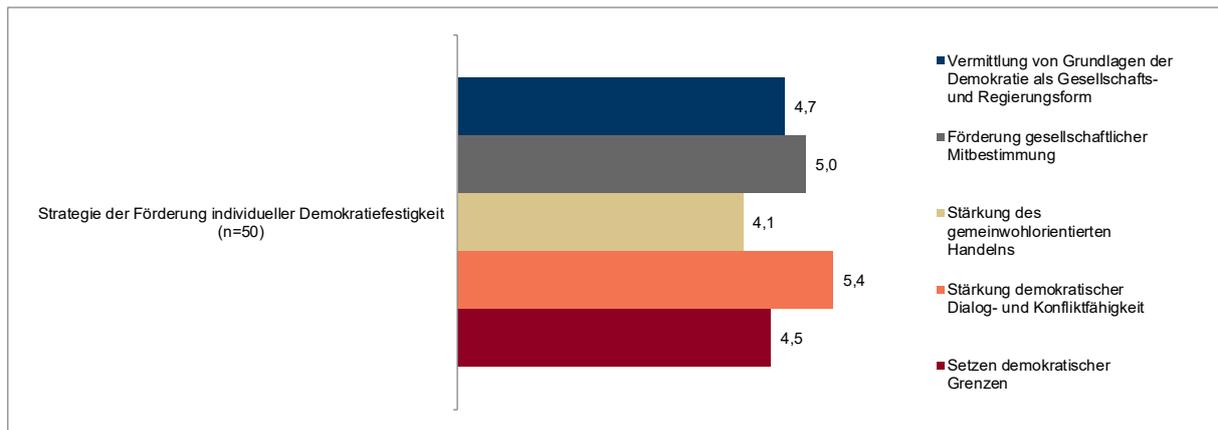


Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 ($n = 70$). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Trifft gar nicht zu“) bis 6 („Trifft voll zu“) berechnet.

Einen streitbaren Charakter weist auch die „**Strategie der umfassenden Stärkung demokratischer Abwehrkräfte auf**“ ($n = 70$). Die Entwicklung demokratischer Dialog- und Konfliktfähigkeiten ($M = 5,7$) wird hier ebenfalls besonders intensiv verfolgt und auch das Setzen demokratischer Grenzen ($M = 5,4$) rückt nochmals stärker in den Vordergrund als in den weiteren Typen. Somit gewinnt die Auseinandersetzung mit Demokratie- und Menschenfeindlichkeit neben einer eher individuenzentrierten Perspektive eine sehr deutliche, sozialräumliche Komponente. Es wird aufgeklärt, sensibilisiert, mobilisiert und bisweilen marginalisiert. Allerdings lassen sich die Partnerschaften dieses Typs keineswegs auf eine eher abwehrende Haltung reduzieren. Stattdessen werden darüber hinaus auch Grundlagen der Demokratie als Lebens- und Regierungsform vermittelt ($M = 5,6$) sowie Mitbestimmung ($M = 5,5$) und gemeinwohlorientertes Handeln ($M = 5,3$) gestärkt, so dass sich eine in der Gesamtschau sehr breite Ausrichtung erkennen lässt.

¹⁵³ Vgl. Tabelle 5 im Anhang.

Abbildung 21: Übergeordnete Ziele der Strategie der Förderung individueller Demokratiefestigkeit¹⁵⁴

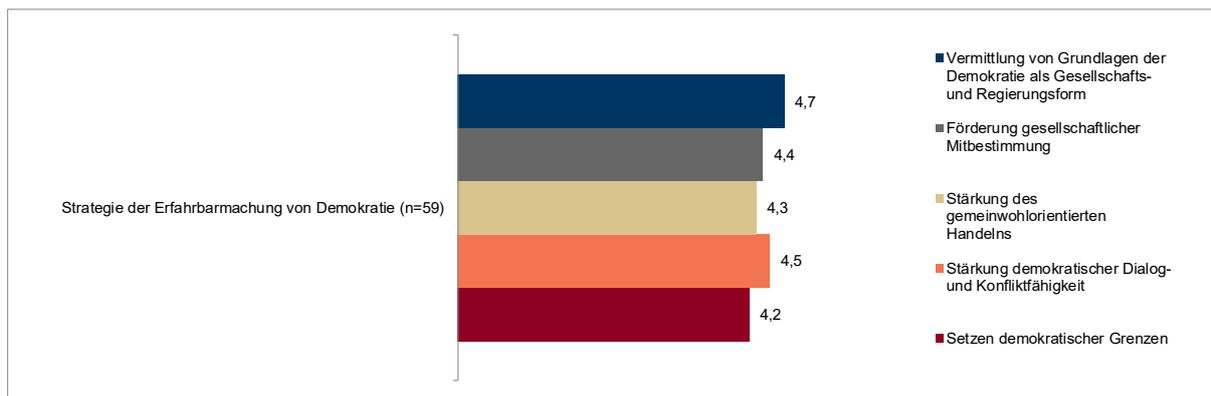


Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 50). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Trifft gar nicht zu“) bis 6 („Trifft voll zu“) berechnet.

Die „Strategie der Förderung individueller Demokratiefestigkeit“ wird von 50 Partnerschaften umgesetzt. Sie weist ein recht klares Profil auf und hebt wie auch die vier anderen Strategien auf die Entwicklung demokratischer Dialog- und Konfliktfähigkeiten (M = 5,4) ab. Diese bilden den programmatischen Kern eines Ansatzes, der darüber hinaus von einem deutlich individuenzentrierten Fokus gekennzeichnet ist. Im Bereich gesellschaftlicher Mitbestimmung (M = 5,0) werden mit den individuellen Voraussetzungen politischer Partizipation vorrangig personengebundene Kompetenzen adressiert und auch die eher flankierende Vermittlung von Grundlagen der Demokratie als Lebens- und Regierungsform (M = 4,7) lässt sich gut auf dieser Ebene verorten. Hinsichtlich des Setzens demokratischer Grenzen findet sich ebenfalls ein solcher Zuschnitt. Der Bereich als Ganzes besitzt zwar keinen übergeordneten Stellenwert (M = 4,5), dennoch wird auf Ebene der Handlungsdimensionen durchaus sensibilisiert. Sozialräumliche Aspekte insbesondere auch der offenen Konfliktführung bis hin zur Verdrängung spielen aus dieser übergeordneten Perspektive zunächst nur eine geringe Rolle.

¹⁵⁴ Vgl. Tabelle 5 im Anhang.

Abbildung 22: Übergeordnete Ziele der Strategie der Erfahrbarmachung von Demokratie¹⁵⁵



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 59). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Trifft gar nicht zu“) bis 6 („Trifft voll zu“) berechnet.

Im Gegensatz zu den beschriebenen Typen zeichnet sich die **„Strategie der Erfahrbarmachung von Demokratie“** (n = 59) nicht dadurch aus, dass sie ein einzelnes bzw. eine Kombination von Zielen umfassend adressiert. Stattdessen verfolgen die dieser Gruppe zugehörigen Partnerschaften mehrere Zielstellungen mit eher mäßiger Intensität. Die Vermittlung von individuellen Kompetenzen der Demokratie und zugleich die gesellschaftliche Anerkennung und Akzeptanz ihrer Grundwerte bilden dabei den Kern dieser Strategie, welche zuvorderst Vertrauen in demokratische Institutionen, Verfahren und Personen aufzubauen sucht. Entsprechend wird die Vermittlung von Grundlagen der Demokratie (M = 4,7) zu einem handlungsleitenden Aspekt der Arbeit vor Ort. Sie umfasst zudem auch aktivierende Elemente. Der Aufbau der Zivilgesellschaft etwa im Sinne der Förderung gesellschaftlicher Mitbestimmung bildet ebenso einen Bestandteil der Konzeptionen (M = 4,4), wie das Zusammenbringen heterogener Bevölkerungsgruppen und die Anregung dialogischer Prozesse mit Blick auf den Abbau von Ressentiments (M = 4,5).

Diese fünf Gruppen konturieren die strategischen Ausrichtungen der Partnerschaften für Demokratie in ihrer Gesamtheit und verdichten sie zu kompakten Idealtypen. Sie sind wie auch die Ansätze der einzelnen Co-Governance Arrangements durch eine breite Anlage gekennzeichnet. Dabei lassen sich zwar spezifische Akzentuierungen der übergeordneten Zielbereiche erkennen, zugleich zeichnen sich jedoch auch deutliche Schnittmengen ab. Entsprechend werden die Idealtypen nachfolgend weiter ausdifferenziert, voneinander abgegrenzt und in Form von Kurzprofilen dargestellt. In ihnen werden die Erkenntnisse quantitativer Analysen mit den Einsichten der qualitativen Begleitforschung zusammengeführt sowie innere Sinnzusammenhänge fokussiert und veranschaulicht. Im Einzelnen beinhalten die idealtypischen Profile Zuspitzungen der (1) sozialräumlichen Kontexten (2), der wahrgenommenen Problemlagen und (3) vorhandenen Ressourcen als auch eine (4) Darstellung der mit den übergeordneten Zielstellungen verbundenen Mittel und Formate. Abbildung 23 fasst relevante charakteristische Merkmale (Kontext: Herausforderungen und Ressourcen, Ziele, Mittel) entlang der beschriebenen Kategorien zusammen und ermöglicht vorab einen ersten Überblick.

¹⁵⁵ Vgl. Tabelle 5 im Anhang.

Abbildung 23: Die Idealtypen im Überblick (Kontext – Ziele – Mittel)

<p>Strategie der Förderung individueller Demokratiefestigkeit</p>	<p>Vor dem Hintergrund passiver Beteiligungskulturen in Auspendlerregionen mittlerer Wirtschaftsstärke entfalten Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus eine Virulenz, die in der Sorge mündet, dass auch die „Mitte“ der Gesellschaft für einschlägige Verlockungen empfänglich wird.</p>	<p>Partnerschaften fokussieren neben jungen Menschen auch die breite Bevölkerung. Sie soll für Demokratie und Vielfalt vereinbart und gegen unterschiedliche Facetten von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit immunisiert werden.</p>	<p>Informieren, Aufklären und Befähigen bilden die Basis eines Gegengifts, welches im Rahmen dieses individuenzentrierten Ansatzes vor allem in Erlebnis und Begegnung verabreicht wird.</p>
<p>Strategie der umfassenden Stärkung demokratischer Abwehrkräfte</p>	<p>Rechtsextremismus wird entweder als aktuell und lokal verankert, als bereits eingehegte oder nahende Herausforderung beschrieben und bildet neben Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus sowie Rassismus ein prägendes Element der Situationswahrnehmung.</p>	<p>Partnerschaften wählen einen vergleichsweise breiten Ansatz. So werden die Herausforderungen vor Ort nahezu in Gänze angenommen und sowohl verhältnis- wie auch verhaltensorientierte Demokratieförderung mit gleichermaßen aneignungs- wie stress- und störungszentrierten Zugängen betrieben.</p>	<p>Sensibilisierung, Grenzziehung, Kompetenzentwicklung bis hin zu Integration und Beratungsleistungen bilden nur einen Ausschnitt des Repertoires welches auf die Stärkung des kommunalen Immunsystems ausgerichtet ist und neben vielfältigen Einzelmaßnahmen vor allem durch erfahrene Koordinator*innen realisiert wird.</p>
<p>Strategie der demokratischen Abwehr von Diskriminierung</p>	<p>Vor allem dicht besiedelte Großstädte mit aktiver Zivilgesellschaft bilden die Kulisse vor deren Hintergrund soziökonomische Ungleichheit und Segregation bzw. Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in den Fokus rücken.</p>	<p>Partnerschaften treten aktiv für Vielfalt ein und verhandeln diese sowohl positiv gerichtet im Sinne der Gestaltung des Zusammenlebens wie auch im abwehrenden Sinne durch den Abbau von und dem Umgang mit Diskriminierung und Rassismus.</p>	<p>Vielfalt als Wert wird kommuniziert, die Lebensumstände Benachteiligter etwa im Rahmen von Freizeitangeboten adressiert, Selbstorganisationsprozesse begleitet und strukturelle Beteiligungshürden adressiert. Solidarität und Sensibilisierung, Kompetenzentwicklung (Zivilcourage etc.) bzw. die öffentlich wahrnehmbare Positionierung wiederum sind Mittel in der Auseinandersetzung mit vielfaltablehnenden Phänomenen.</p>
<p>Strategie der Erprobung von Demokratie</p>	<p>Schwierige Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung und eine eher passive politische Kultur kennzeichnen Situationen vor Ort, welche sich durch die Pandemie weiter verschärfen.</p>	<p>Die örtliche Passivität soll überwinden, Zivilgesellschaft aufgebaut und hinter den Themen der Partnerschaft versammelt werden. Überdies liegt ein klarer Fokus auf der Arbeit mit jungen Menschen und der Hoffnung, Demokratie auch langfristig im Denken und Handeln der Generationen von Morgen zu verankern.</p>	<p>Erlebnisorientierte Beteiligungsmöglichkeiten sollen positive Erfahrungen mit Engagement vermitteln und junge Menschen auf dem Weg zu politisch mündigen Individuen unterstützen. Die Bevölkerung wird zum Engagement angestiftet, Mitwirkungsspielräume eröffnet und derart Wege aus der (politischen) Handlungslosigkeit aufgezeigt. Netzwerkarbeit bildet schließlich einen wesentlichen Bestandteil der Arbeit am eigenen Fundament.</p>
<p>Strategie der teilhabeorientierten Gestaltung pluraler Gemeinschaften</p>	<p>Klein- bis mittelstädtische Förderregionen mit eingeschränkten Berührungspunkten der Bevölkerung und bedingt virulenten Herausforderungen im pluralen Zusammenleben bilden den sozialräumlichen Rahmen des fünften Typs.</p>	<p>Vor diesem Hintergrund wählen Partnerschaften eher weiche Ansätze, die sich ob ihrer positiven Ausrichtung an Werten wie Vielfalt und Toleranz dazu eignen eine Vielzahl an Akteur*innen hinter den Partnerschaften zu vereinen und die Gestaltung des gesellschaftlichen Miteinanders zu fördern.</p>	<p>Teilhabechancen wie –fähigkeiten werden als doppeltes Fundament gesellschaftlichen Zusammenhalts gestärkt und hierzu Kompetenzen auch in Kooperation mit Schulen vermittelt bzw. Strukturen der Beteiligung erneuert und zu Begegnungsstätten des demokratischen Austauschs fortentwickelt. Problemlagen wie Rassismus werden eher indirekt in Form von Begegnungsprojekten und der Schaffung neuer Netze adressiert.</p>

Quelle: Eigene Darstellung

6.1 Strategie der Förderung individueller Demokratiefestigkeit (Idealtyp 1)

Partnerschaften, die mit ihren Strategien insbesondere auf die Förderung individueller Demokratiefestigkeit abheben (n = 50), finden sich mehrheitlich (64 %, 32)¹⁵⁶ in den westlicheren Bundesländern und leicht überproportional in Landkreisen (42 %, 21).¹⁵⁷ Sie sind vergleichsweise häufig in ländlichen Räumen mit bis zu 250.000 Einwohner*innen (36 %, 18) sowie in Klein- bzw. Mittelstädten (38 %, 19)¹⁵⁸ und somit in Förderregionen aktiv, die in der Fläche eher dünn besiedelt sind (Einwohnerdichte, Landkreisebene = 6,9).¹⁵⁹

Passive Beteiligungskulturen in „Auspendlerregionen mittlerer Wirtschaftsstärke“¹⁶⁰

Dabei handelt es sich in der Gesamtheit kaum um strukturschwache Regionen. Der ökonomische Wohlstand stützt sich zwar etwas stärker als andernorts auf Beschäftigte im zweiten Sektor, also der industriellen Produktion (31,4 %), so dass der Anteil der Hochqualifizierten am Arbeitsort auf etwas geringerem Niveau verbleibt (14,0 %) und auch der Pendlersaldo (-4,2) deutet auf gewisse Anstrengungen räumlicher Mobilität hin. Dennoch fallen Kaufkraft (47.530 €), Beschäftigungs- (62 %) und SGB II Quote (8,5 %) sowie der Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtbevölkerung (4,6 %) vergleichsweise positiv aus.¹⁶¹ Auch wenn sich durchaus Regionen finden, in denen etwa die Umbrüche der Nachwendezeit bis heute prägend sind und deutliche Narben in der kommunalen Selbstwahrnehmung hinterlassen haben, zeichnet der zusammenfassende Blick ein Bild wirtschaftlich recht gut situierter Kontexte mit ggf. fragilem regionalem Fundament.¹⁶²

„Und ansonsten historisch natürlich eine ostdeutsche Region, eine Umbruchsregion. Also es war gerade auch in der Vorwendezeit Industrieregion, ist jetzt immer noch Industrieregion, aber hat natürlich diese Umbrüche mit der Massenarbeitslosigkeit, haben sich jetzt hier schon massiv ausgewirkt. Ist auch in den Biografien der meisten Menschen sehr präsent.“ (KD_98_37)

¹⁵⁶ Vgl. Tabelle 6 im Anhang.

¹⁵⁷ Vgl. Tabelle 7 im Anhang.

¹⁵⁸ Vgl. Tabelle 8 im Anhang.

¹⁵⁹ Vgl. Tabelle 9 im Anhang. Für Ausführungen zu Bedeutung, Berechnung, Datenbasis und Reichweite u.a. der statistischen Kennzahlen zu Einwohnerdichte, Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort je im primären, sekundären und tertiären Wirtschaftssektor, Anteile der Hochqualifizierten am Arbeitsort, Pendlersaldo, Kaufkraft, Beschäftigungsquote, SGB II-Quote, Anteil der Arbeitslosen etc. (s. Kapitel 9.2).

¹⁶⁰ Diese Bezeichnung wurde sowohl aufgrund ihrer Prägnanz, als auch aufgrund inhaltlicher Ähnlichkeiten der wirtschaftsräumlichen Typologisierung von Koschatzky und Kroll (2019) entnommen.

¹⁶¹ Vgl. Tabelle 9 im Anhang.

¹⁶² Charakteristisch für die Sozialräume dieses ersten Strategietyps sind überdies die sozio-demografischen Kennwerte. Die Bevölkerungsentwicklung zwischen den Jahren 2014 und 2019 fällt mit einer durchschnittlichen Zunahme von 1,2 % gerade noch positiv aus und ist gekennzeichnet von einem negativen natürlichen Saldo (-3,4) sowie einem leicht überdurchschnittlich hohem Medianalter (47,8). Entsprechend kommt den Wanderungsbewegungen (Wanderungssaldo: 4,4) sowie der Integration zugezogener Menschen (Anteil Ausländer*innen: 10,6 %) für den Erhalt der Bevölkerung aber auch der vorhandenen Infrastruktur größere Bedeutung zu (vgl. Tabelle 9 im Anhang). Diese wird hinsichtlich der Bereiche Verkehr (Angebote des ÖPNV, Straßen etc.), Digitales (z.B. Schnelle Internetverbindungen, Mobilfunkempfang) sowie Nahversorgung (Einkaufsmöglichkeiten, Gaststätten, Ärzte etc.) Bildung (Schulen, Universitäten, Bibliotheken etc.) und Kultur bzw. Freizeit (Kinos, Theater, Museen, Schwimmbäder, Sportstätten etc.) zwar bisweilen skeptisch aber in der Gesamtschau nicht unterdurchschnittlich beurteilt (vgl. Tabelle 10 im Anhang).

Auch die üblichen Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung in Form von Vereinen (M = 4,0) oder Angeboten der Jugendarbeit, Jugendbildung oder Jugendsozialarbeit (M = 3,7) seien grundsätzlich vorhanden, weisen jedoch eine etwas geringere Vielfalt auf, als z.B. im sehr urbanen Typ 4. Dies trifft insbesondere zu auf Angebote explizit demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten sowohl für junge (M = 3,0) als auch für erwachsene Menschen (M = 3,2). Hiermit einher geht eine als eher passiv beschriebene Beteiligungskultur. Der Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteur*innen (M = 3,2)¹⁶³ fällt leicht unterdurchschnittlich aus, das Sozialleben erscheint etwas weniger lebendig (M = 3,4) und auch der Austausch zu politischen Themen (z.B. bei öffentlichen Diskussionsveranstaltungen) prägt sich der Wahrnehmung der Koordinator*innen folgend weniger rege aus als andernorts (M = 2,7).¹⁶⁴ In Summe will sich kaum die Vorstellung einer vitalen Bürgergesellschaft einstellen, welche sich gesellschaftlichen Transformationsprozessen offen zuwendet und ihr Zusammenleben in Vielfalt aktiv gestaltet. Stattdessen werden in den qualitativen Interviews heterogene regionale Identitäten und Förderregionen skizziert, die etwa im Zuge von Gebietsreformen erst noch zusammenwachsen müssten.

„Also ich sage mal, bei allen möglichen Diskussionen bricht das immer mal wieder auf. Der nördliche [Teil, Anm. d. Verf.] fühlt sich da völlig vernachlässigt vom Landkreis [...] oder anderen Akteuren. Keiner bindet die ein, spricht die an. So, und auf der anderen Seite: Bewirkt man was, kommt da trotzdem keiner. [...]. Also diese Trennung, [...] die prägt es halt. Oder da hält sich das Gemüt auch dran fest.“ (KD_1_23)

Die Pandemie als Treiber: Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus

Diese bisweilen von Spaltungen gezeichneten Kulturen tragen gemeinsam mit der oftmals hybriden Struktur klein- und mittelstädtischer Regionen zu einer herausfordernden und „uneindeutigen“ Förderkulisse bei.¹⁶⁵ Neben der Unverbundenheit im Miteinander und der Passivität vor Ort gibt es weitere, schwer abgrenzbare bzw. unterschwellige Problemlagen, die einen hohen Handlungsdruck insbesondere in den Bereichen Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus (M = 3,8)¹⁶⁶ entfalten. So zeigen sich die (für sich genommen) wenig präsenten Akteur*innen des rechtsoffenen bis -extremen Spektrums mancherorts agil und organisieren sich im Kontext der Corona-Krise neu. Vormalig getrennt agierende Gruppen treten in 52 % (26 von 50)¹⁶⁷ der Förderregionen wiederholt gemeinsam auf und werden z.B. in Form von Hygiene-

¹⁶³ Vgl. Tabelle 11 im Anhang.

¹⁶⁴ Vgl. Tabelle 12 im Anhang.

¹⁶⁵ Vgl. Mölders/Othengrafen/Stock/Zibell 2016, S. 37.

¹⁶⁶ Vgl. Tabelle 13 im Anhang. Die in diesem Bericht präsentierten Daten insbesondere zur wahrgenommenen Präsenz demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen vor Ort, zu Beleidigungen/Bedrohungen und Übergriffen und weiteren Aktionen aus diesem Spektrum sind nicht im Duktus einer Kriminalitätsstatistik zu lesen. Sie geben keine „objektiven“ Daten wider, sondern spiegeln die Einschätzungen der Koordinator*innen als Expert*innen für ihr jeweiliges Fördergebiet. Dies bezieht sich ebenfalls auf die Einschätzungen unter anderem zu den offensiv im öffentlichen Diskurs vertretenen Positionen, zu Reaktionen des demokratischen Spektrums und den Konsequenzen dieses Handelns für die Situation vor Ort. Sie dokumentieren ferner nicht die Einschätzung des aktuellen Standes der Vorkommnisse des laufenden Jahres 2021, sondern wurden überjährig für den Zeitraum vom 01. Juni 2020 bis 31. Mai 2021 erhoben, um die Vergleichbarkeit mit den Erhebungen der Vorjahre zu gewährleisten.

¹⁶⁷ Vgl. Tabelle 15 im Anhang.

Demos oder Corona-Spaziergängen aktiv (88 %, 44 von 50)¹⁶⁸. Dabei nutzen sie die vorhandenen Unzufriedenheiten geschickt als Anknüpfungspunkte und werben in einem gesamtgesellschaftlichen Klima zunehmender Polarisierung für ihre Themen und Ziele.¹⁶⁹

„[...] aber im Grunde genommen gibt es halt dann gerade bei uns, weil die XXX [rechtspopulistische Partei, Anm. d. Verf.] dann halt auch rechtsoffen ist, Veranstaltungen von Mahnwachen bis jetzt auch zu Corona und ähnlichen Geschichten, die dann halt auch diese Leute wieder einfangen und die natürlich dann eher dorthin gehen, weil nichts ist so sexy, wie Erfolg, um es mal so zu sagen.“ (KD_16_81)

Auch die vermeintliche „Mitte“ gibt sich aus Perspektive der Befragten bisweilen demokratieskeptisch und zumindest in Teilen für die einschlägigen Verlockungen empfänglich. So stellen mit populistischen Positionen Sympathisierende (Besorgte und Wutbürger*innen) ihre Affinitäten wiederholt (48 %, 24) oder vereinzelt (34 %, 17)¹⁷⁰ in der Öffentlichkeit zur Schau. Verschwörungserzählungen (68%, 34) sowie Politiker- und Parteienverdrossenheit (50%, 25)¹⁷¹ sind darüber hinaus wiederkehrende und *offensiv* vertretene Bestandteile des kommunalen Diskurses und erleichtern es, den vorhandenen Unzufriedenheiten einen rechtspopulistischen Dreh zu verleihen.¹⁷² Zumal sich diese bereits in deutlich polarisierend geführten Auseinandersetzungen über die Einschränkungen von Bürgerrechten im Kontext der Corona-Krise („trifft zu“ oder „trifft eher zu“: 86 %, 43)¹⁷³ niederschlagen.

„Also im Grunde genommen, wir haben halt einen stark ausgeprägten Rechtspopulismus hier vor Ort und eine starke Politikverdrossenheit. Also gerade bei den Leuten, die das dann halt erlebt haben also erstens eine große Apolitisches leben für viele Menschen und bei vielen dann halt auch so eine grundsätzliche, ich will das jetzt vielleicht nicht Ablehnung nennen, aber sozusagen, sagen wir mal, Missmut oder ja, Missmutigkeit.“ (KD_83_45)

¹⁶⁸ Vgl. Tabelle 16 im Anhang.

¹⁶⁹ Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen) waren nach Auffassung der befragten Koordinator*innen in 18 % (9) der Förderregionen wiederholt sowie in weiteren 26 % (13) in Einzelfällen, öffentlich wahrnehmbar aktiv. Diese Angaben entsprechen im Gegensatz zu den einschlägigen Aktionen weitgehend der Gesamtverteilung (wiederholtes Auftreten: 19 %, 56; vereinzelt Auftreten: 29 %, 84) und stehen insbesondere hinter den Förderregionen mit Strategien der umfassenden Stärkung demokratischer Abwehrkräfte sowie mit Strategien der demokratischen Abwehr von Diskriminierung zurück. In Verbindung mit dem vermehrten Auftreten neuer Kooperationen sowie den deutlich überproportional auftretenden Aktionen im Kontext der Corona-Krise mit aktiver Beteiligung rechtspopulistischer und/oder rechtsextremer Akteur*innen steht die These im Raum, wonach es sich bei den einschlägigen Vorhaben eher um anschlussorientiertes Befeuern vorhandener Stimmungen, denn um offensives Streben etwa nach sozialräumlicher Hegemonie handelt (vgl. Tabelle 14 im Anhang). So gibt es zwar auch hier Raumorientiertes Dominanz- und Provokationsverhalten (z.B. Kleben von Spuckis, Graffiti/Schmierereien, Aneignung öffentlicher Räume) (wiederholtes Auftreten: 34 %, 17; vereinzelt Auftreten: 44 %, 22), es wird in der Gesamtheit allerdings als weniger problematisch wahrgenommen oder zumindest nicht im Rahmen der qualitativen Begleitforschung herausgestellt (vgl. Tabelle 16 im Anhang). Eine solche Deutung würde auch einen erklärenden Beitrag dazu leisten, weshalb sich die Bemühungen der Partnerschaften stärker auf die umworbene Mitte richten, denn auf die direkte Auseinandersetzung mit dem demokratiefernen Spektrum. Letzteres bietet zunächst wenig unmittelbare Anknüpfungspunkte oder wird von den Zielgruppen weniger als zu bearbeitendes Problem gesehen. Eine weitere Deutung bietet die raumgreifende Etablierung demokratiefernere Akteur*innen auch in demokratischen Institutionen und das damit verbundene Phänomen der „Shrinking Spaces“.

¹⁷⁰ Vgl. Tabelle 14 im Anhang.

¹⁷¹ Vgl. Tabelle 18 im Anhang.

¹⁷² Vgl. Küpper/Berghan/Zick/Rump 2021, S. 70.

¹⁷³ Vgl. Tabelle 19 im Anhang.

Beleidigungen, Bedrohungen und/oder Übergriffe auf engagierte Personengruppen werden zwar durchaus auch in diesen Regionen verübt, sie entsprechen in ihrem Auftreten jedoch weitgehend der Gesamtverteilung. Menschenfeindliche Aktionen finden aus Perspektive der Befragten somit zwar grundsätzlich statt, werden indessen aber eher als punktuelle oder Ereignisse der Vergangenheit beschrieben.¹⁷⁴

„Wir hatten in den vergangenen Jahren [...] Angriffe auf XXX [Einrichtung, Anm. d. Verf.]. Und hier ging es sozusagen um XXX [Beschreibung von Straftaten, Anm. d. Verf.] großflächig Graffiti XXX [Beschreibung der Graffiti, Anm. d. Verf.] aufgemalt [...]. Und vor etwas längerer Zeit gab es mal [...] einen Brandanschlag, wo glücklicherweise niemand zu Schaden gekommen ist, was auch aufgeklärt werden konnte.“ (KD_65_73)

Vielmehr scheinen in der realräumlichen Öffentlichkeit Bemühungen um Normalisierung, die Verschiebung von Grenzen des „Sagbaren“ und das Streben nach Akzeptanz aktuell. Einschlägige Gruppen werden demgemäß als wenig sichtbar beschrieben. In den digitalen Halböffentlichkeiten finden sich entsprechende Einschüchterungsversuche hingegen in Form von Hate-Speech mit lokalen Bezügen bzw. Hasskommentaren, Abwertungen und Aufrufen zur Gewalt häufig auch wiederholt (52 %, 26).¹⁷⁵

Erlebnisorientierte Förderung individueller Standhaftigkeit

Aus dieser Gemengelage erweist sich für die qualitativ befragten Koordinator*innen neben der allgemeinen Passivität und den „Unverbundenheiten“ im Miteinander zunächst die Sorge als handlungsleitend, dass demokratie- und menschenfeindliche Einstellungen nicht nur durch einschlägige Akteursgruppen transportiert, sondern bei der breiten Bevölkerung auch auf Resonanz stoßen könnten. In der Hoffnung, die demokratische Resilienz der vermeintlichen Mitte zu stärken und ihr Abrutschen zu verhindern, richtet sich das Engagement der Partnerschaften zuvorderst und mit längerfristiger Perspektive an Junge Menschen, an Multiplikator*innen und an die breite Bevölkerung.

„Also ich sage mal, wir sind wahrscheinlich eher auf einem [...] längerfristig präventiven Weg [...]: Die Pfd als Angebot mit seinen Zielstellungen muss breite Akzeptanz kriegen. Und es muss halt sehr präventiv, langfristig die Generation von morgen demokratiefähig gemacht werden.“ (KD_71_55)

¹⁷⁴ Dies bedeutet keineswegs, dass Akteur*innen des extrem rechten Spektrums in diesen Regionen wesentlich seltener auftreten als andernorts. So waren Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „NPD“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“) in 42 % (21) der Regionen vereinzelt und in 22 % (11) wiederholt öffentlich wahrnehmbar aktiv. Diese Anteile entsprechen entweder der Gesamtverteilung (vereinzelt auftreten: 41 %, 121) oder liegen etwas darunter (wiederholtes Auftreten: 28 %, 82) (vgl. Tabelle 14 im Anhang). Auf den ersten Blick bleibt das Bild bezüglich des Bereichs Rechtsextremismus somit eher diffus. Einerseits deuten die Angaben zu einschlägigen Vorkommnissen und aktiven Gruppierungen auf manifeste Problemlagen hin, diese sind andererseits weder im Rahmen der qualitativen Begleitforschung noch im Rahmen der strategischen Ausrichtungen als konsequent handlungsleitende Maßgabe erkennbar und werden als eher mit singulären Ereignissen verknüpft, denn als lokal verortet und permanent beschrieben. Gravierende Manifestationen wie Aufmärsche, Anschläge oder Übergriffe induzieren demgemäß im Zuge des ansteigenden Problemdrucks durchaus Aktivitäten der Partnerschaften, weniger jedoch das alltägliche Hintergrundrauschen. In statistischer Hinsicht bildet sich dieser Zusammenhang in einem positiven Betrag ($\cdot 309$) des Rangkorrelationskoeffizienten nach Spearman ab und weist einerseits auf die Kontextsensibilität dieses Ansatzes hin, wonach hoher Problemdruck in (strategisches) Handeln übersetzt wird, andererseits jedoch auch darauf, dass der Phänomenbereich Rechtsextremismus weniger Gegenstand kontinuierlicher Bemühungen seitens der Partnerschaften ist (s.u.) (vgl. Tabelle 21 im Anhang).

¹⁷⁵ Vgl. Tabelle 17 im Anhang.

Konkret werden die individuellen Abwehrkräfte bzw. die Widerstandsfähigkeit gerade auch künftiger Generationen gegenüber antidemokratischen Verheißungen kultiviert. So wird präventiv und langfristig orientiert in der Hoffnung gearbeitet, noch formbare Zielgruppen als demokratischen Gegenpol zu etablieren. Auch angesichts der vermehrt durch populistischen Rhetoriken geprägten gesellschaftlichen Debatten sollen demnach der konstruktive Dialog als Grundlage eines friedlichen Zusammenlebens erlebbar gemacht und über Verstöße aufgeklärt (M = 5,6)¹⁷⁶ sowie Kompetenzen der demokratischen Konfliktführung und dialogischen Artikulation eigener Interessen und Positionen¹⁷⁷ geschult werden (M = 5,0)¹⁷⁸. Informieren, Aufklären und Befähigen bilden dergestalt die Basis eines „Antidot[s] „gegen die Anschlussfähigkeit des Rechtspopulismus“¹⁷⁹ und somit die (vordergründigen) Fokuspunkte der Handlungsebene. Es wird Wissen vermittelt und ein reflexiver Umgang mit aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen und dem eigenen Selbst gestärkt (**Stärkung demokratischer Dialog- und Konfliktfähigkeit**). Dieses sensibilisierende bis befähigende Element ist über das Kognitive hinaus auch auf die Überführung von Haltungen in Handlungen gerichtet – etwa dann, wenn Zivilcourage (M = 5,0)¹⁸⁰ und das Eintreten für demokratische Überzeugungen im Alltag – gegen soziale Widerstände wie etwa in familiären oder beruflichen Kontexten – erlernt wird (vgl. Abb. 24).

*„Zunächst muss man aber das verinnerlichen. Also das kritische Denken. Wie man reflexiv handelt. Also während [...] man über bestimmte Probleme in einem bestimmten Bereich redet. Zunächst muss man das verinnerlichen. Und unsere Aufgabe muss hier in diesem Sinne das zu sein, Menschen zu helfen, also, dass sie dieses kritische Denken als eine Kompetenz verinnerlicht haben.“
(KD_58_244)*

Dabei stellt die Herstellung von zielgruppenadäquaten Zugängen eine zentrale Herausforderung der Aktiven vor Ort dar. In der Konsequenz werden trotz der mitunter manifesten antidemokratischen Erscheinungsformen zunächst eher positiv konnotierte Arbeitsschwerpunkte gewählt und häufig Demokratie- (98 %, 49; davon mit hohem Stellenwert: 96 %, 47) sowie Vielfaltförderung (92 %, 46; davon mit hohem Stellenwert: 78 %, 36)¹⁸¹ mit hohem Stellenwert betrieben.¹⁸² Auch stehen die Stärkung der Abwehrkräfte und die Aneignung demokratischer Werte und Kompetenzen insbesondere im Erleben und im Ereignis, weniger im klassisch schulendem Sinne im Vordergrund. Niedrigschwellige, beteiligungsorientierte Projekte bisweilen auch aufsuchend im Sozialraum konzipiert, dienen dazu, mit den Adressat*innen in Kontakt zu kommen, zu bleiben und je nach Format Vertrauen aufzubauen. Erst im zweiten Schritt

¹⁷⁶ Vgl. Tabelle 23 im Anhang.

¹⁷⁷ Zum Beispiel in Form der Einübung von Diskussionen und Debatten als Facetten des demokratischen Diskurses oder im digitalen Raum mittels medienpädagogisch unterlegten Formaten.

¹⁷⁸ Vgl. Tabelle 23 im Anhang.

¹⁷⁹ Anhour 2021, S. 317.

¹⁸⁰ Vgl. Tabelle 22 im Anhang.

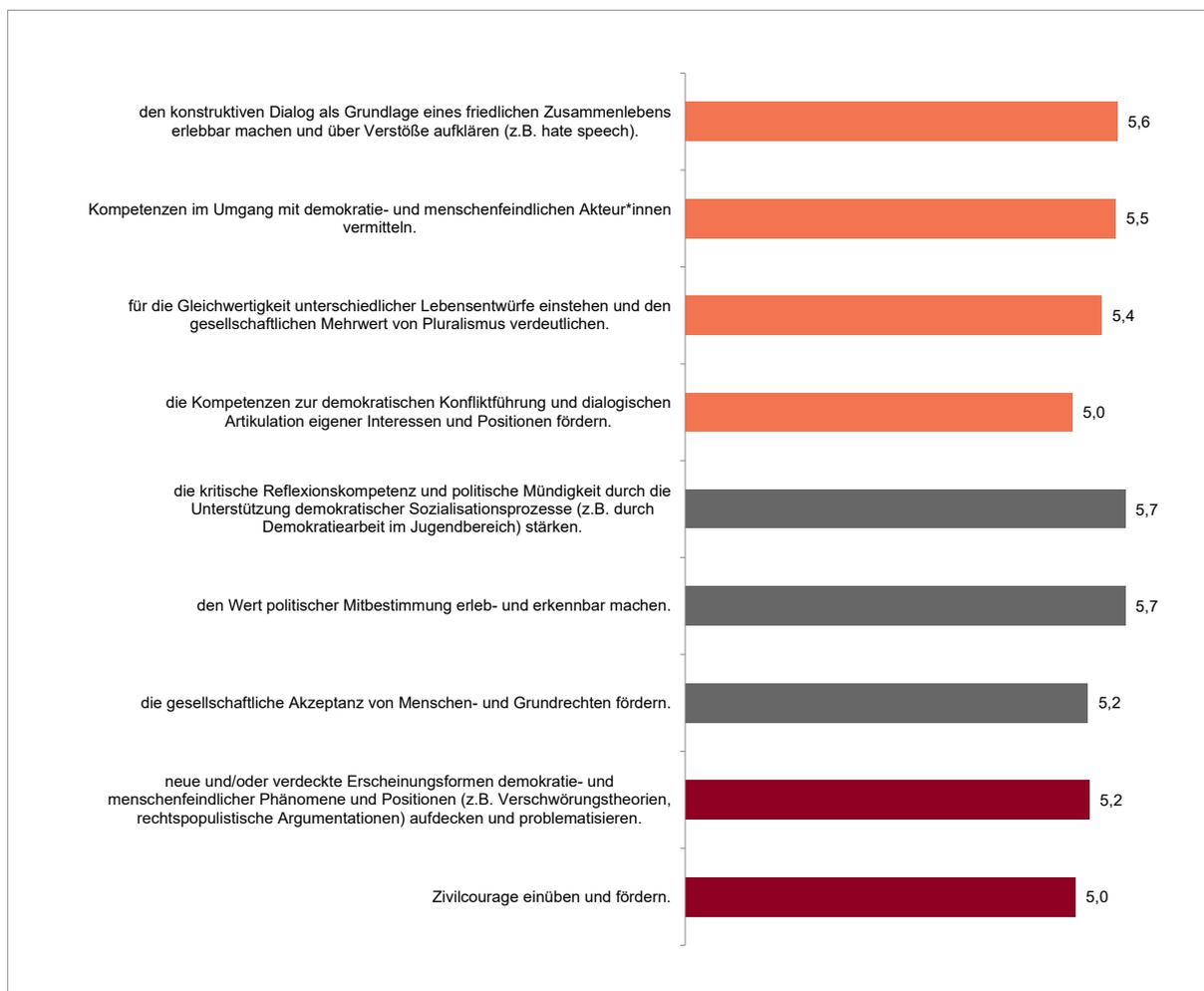
¹⁸¹ Vgl. Tabellen 25 und 26 im Anhang.

¹⁸² Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus (86%, 43), Rassismus (86 %, 43) und Rechtsextremismus (70 %, 35) gehören zwar ebenfalls zu den häufigen adressierten Phänomenen (vgl. Tabelle 25 im Anhang), ihre Bearbeitung nimmt indes seltener einen hohen Stellenwert ein (Demokratiefeindlichkeit: 58 %, 25; Rassismus: 53 %, 23; Rechtsextremismus: 54 %, 19) (vgl. Tabelle 26 im Anhang).

werden dann begleitete Lernanlässe gestaltet bzw. die jungen Menschen für relevante Inhalte sensibilisiert, informiert und für demokratische Perspektiven gewonnen.¹⁸³

„Also das muss nicht immer ein großes Projekt sein. Etwas Kleineres. Also – was weiß ich – eine Mitmachaktion. Indem wir gleichzeitig auch bisschen über die Themen wir Rassismus oder Diskriminierung reden können.“ (KD_39_51)

Abbildung 24: Ausgewählte Handlungselemente der Strategie der Förderung individueller Demokratiefestigkeit¹⁸⁴



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 50). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Trifft gar nicht zu“) bis 6 („Trifft voll zu“) berechnet. Die Farben der Balken stellen die Systematik zwischen übergeordneten Zielbereichen und den zugehörigen Handlungselementen dar (**Blau** = Vermittlung von Grundlagen der Demokratie; **Grau** = Förderung gesellschaftlicher Mitbestimmung, **Sand** = Stärkung gemeinwohlorientierten Handelns, **Orange** = Stärkung demokratischer Dialog und Konfliktfähigkeit, **Rot** = Setzen demokratischer Grenzen).

Im Engagement und der Auseinandersetzung mit dem Erlebten bzw. den adressierten Themen werden letztlich Reflexionskompetenzen und auch politische Mündigkeit durch die Unterstützung demokratischer Sozialisationsprozesse fortentwickelt (M = 5,7).¹⁸⁵ Begleitet wird dieses

¹⁸³ So verbergen sich die kritischeren und ggf. auch auf den ersten Blick abschreckenden Inhalte wie Antirassismusbildung hinter Mitmachprojekten oder Filmvorführungen mit anschließender Diskussionsrunde.

¹⁸⁴ Vgl. Tabellen 22, 23 und 24 im Anhang.

¹⁸⁵ Vgl. Tabelle 24 im Anhang.

niedrigschwellig aufklärende Element von einer Förderung individueller Voraussetzungen politischer Partizipation. Ihr Wert an sich wird betont (M = 5,7)¹⁸⁶, demokratische Praxis im Erleben eingeübt und die Zielgruppen auch über Momente der Selbstwirksamkeit gegenüber autoritären bzw. antidemokratischen Angeboten gestärkt (**Förderung gesellschaftlicher Mitbestimmung**).¹⁸⁷

„Wir haben so eine kleine Teilbaustelle, die nennt sich XXX [Bezeichnung, Anm. d. Verf.]. Die ist nicht nur ein Fahrzeug, wie man da heraushört. Sondern auch ein Angebot, ich sage mal, eher spielhafte Angebote für niedrigschwelliges Demokratie erfahren oder Beteiligung erfahren.“ (KD_14_141)

Überbrückung der Unverbundenheit im Dialog

Dieses insgesamt reflexiv-diskursive Element in Verbindung mit einer niedrigschwellig-beteiligungorientierten Zugangssicherung und dem Lernen im Erleben kennzeichnet über die Arbeit mit jungen Menschen hinaus auch die Auseinandersetzung mit der breiten Bevölkerung – wengleich in leicht anderem Gewand. So wird der örtlichen Starre bzw. der Demokratieskepsis z.B. in Form vieler kleinerer Projekte begegnet und auf diesem Wege versucht möglichst breit in die Gesellschaft zu Wirken. Bürger*innen werden informiert,¹⁸⁸ zur Auseinandersetzung mit der Situation in der Förderregion und zu Engagement animiert, z.B. die gemeinsame Gestaltung bzw. Aneignung des Sozialraums vorangetrieben und so die potentiell distanzierenden Effekte regionaler Identitäten im kooperativen Engagement anvisiert.¹⁸⁹

„Und dass wir im Grunde genommen auch bei der Förderung von Projekten klar den Schwerpunkt setzen auf möglichst viele kleine Projekte, dass es im Grunde genommen der kleine Heimatverein ist, der mit uns ein Projekt macht. Also jetzt weniger große, institutionelle Träger, wo man jetzt sagt, hier vielleicht weniger und große Projekte, sondern eher viele kleine. Und das sind auch so niederschwellige Angebote wie ein Bürgerfrühstück oder wir gestalten zusammen eine Bushaltestelle mit Graffitis oder ähnliche Geschichten. Also solche Sachen, um da halt auch da möglichst breit in die Gesellschaft die Leute zu erreichen.“ (KD_80_101)

Die unverbundene Passivität soll derart zumindest teilweise aufgelöst und zugleich vorhandene Ressentiments abgebaut, in dem heterogenen Gruppen Gelegenheiten unterbreitet werden, in Dialog und Austausch Verständnis füreinander zu entwickeln, Vorurteile zu lösen und

¹⁸⁶ Vgl. Tabelle 24 im Anhang.

¹⁸⁷ Vgl. Tabelle 24 im Anhang Dabei kann dieser Bestandteil des Ansatzes, in Verbindung mit dem Aufbau und der Erweiterung von Beteiligungsoptionen (M = 5,2) auch als Reaktion auf die sozialräumlichen Voraussetzungen gedeutet werden. Zwar fallen die Einschätzungen zu Infrastruktur und den quantitativ erhobenen Aspekten der Lebensqualität keineswegs auffallend negativ aus, allerdings werden die Vielfalt der explizit demokratischen Beteiligungsstrukturen für junge Menschen (M = 3,0) (vgl. Tabelle 11 im Anhang) eher zurückhaltend eingeschätzt (s.o), so dass die Partnerschaften hier durchaus auch räumlich gesehen in Beteiligungslücken stoßen.

¹⁸⁸ Gezielte Information und Aufklärung von Bürger*innen (z.B. Veranstaltungen, Vorträge, Informationsbroschüren) sind an jedem zweiten Standort wiederholt (54%, 27) oder etwas seltener auch in Einzelfällen (42%, 21) Bestandteil des Repertoires demokratisch aktiver Personengruppen (vgl. Tabelle 29 im Anhang).

¹⁸⁹ Diese zunächst auf die Anregung von Bürgerbeteiligung bezogene Vorgehensweise wird mancherorts auch flankiert durch die Gründung und Weiterentwicklung von Bürgerbündnissen sowie durch Versuche, Politik und Verwaltung zum Abbau von Engagementhürden zu animieren u.a. indem partizipative Prozesse bürgernäher gestaltet werden.

den Auftakt in das Zusammenwachsen in eine verbundene Gesellschaft zu machen. Der diskursive Austausch im direkten Kontakt dient somit als Grundlage der Öffnung und der Akzeptanz unterschiedlicher regionaler Kulturen bzw. von Vielfalt im Allgemeinen sowie Menschen- und Grundrechten im Speziellen (M = 5,2)¹⁹⁰. Gerade der Auftakt wird hier sehr ähnlich auch zur Arbeit mit jungen Menschen als zentrale Herausforderung beschrieben. So sollen Zugänge über kreative und bisweilen provozierende Gesprächsanlässe geschaffen, auch bislang nicht erreichte Gruppen adressiert und in Begegnung die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Lebensentwürfe sowie der Mehrwert von Pluralismus verdeutlicht werden (M = 5,4).¹⁹¹

„Also, wenn man diesen konstruktiven Dialog als die Grundlage für ein erfolgreiches Zusammenleben von verschiedenen Kulturen oder Gruppen sieht, dann wird das für alle einfacher. Also die Gleichwertigkeit all dieser Lebensstile zu akzeptieren. Und Pluralismus in Fokus zu stellen zum Beispiel.“ (KD_97_209)

Sensibilisieren, Befähigen und Sichtbarmachen – Die direkte Auseinandersetzung mit antidemokratischen Phänomenen als reaktives Element der Strategie

In der Gesamtschau zeichnet die Strategie der individuellen Demokratiefestigkeit somit eine recht konsequente Orientierung an den Herausforderungen des Sozialraums aus. Passivität, Unverbundenheiten wie auch Anfälligkeiten einer demokratieskeptischen Mitte werden sämtlich zum Gegenstand. Zentrale Charakteristika sind der vorrangig indirekte, auf die Stärkung individueller Abwehrkräfte ausgerichtete Ansatz und das Bestreben, die demokratische Resilienz der Adressat*innen mittels Aufklärung, Sensibilisierung und Kompetenzentwicklung zu stärken. Auch die Auseinandersetzung mit Vielfalt vollzieht sich unter einer solche abwehrenden Prämisse mit Blick auf den Abbau von Ressentiments. Die unmittelbare Adressierung von Herausforderungen und die explizite Benennung von „Schmuddelthemen“ (z.B. Rechtsextremismus, Rassismus) tritt zunächst hinter die Sicherung von Zugängen zurück und verbirgt sich bisweilen hinter positiven Wendungen. Direktere Zugänge wählen Partnerschaften mit dieser Strategie im „Normalbetrieb“ eher in der Arbeit mit Multiplikator*innen bzw. mit Personen an gesellschaftlichen Schlüsselpositionen (z.B. Mitarbeiter*innen der Verwaltung, Politiker*innen, Lehrer*innen). Auch hier geht es vorrangig darum, die Zielgruppen zu informieren, aufzuklären und im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Akteur*innen (M = 5,5)¹⁹² und Positionen zu stärken.¹⁹³

„Wir versuchen den Spagat. Wir versuchen, mit – ich sage mal – sehr offenen Demokratieangeboten, also quasi Wertschätzung von Demokratie zu entdecken etc. Einfach auf jeden Fall also so einen Bereich anzubieten, wo viel Anschlussfähigkeit möglich ist, möglich sein sollte. Und dann versuchen wir natürlich [...] auch Angebote zu schaffen, A, dass es eine kompetente Zivilgesellschaft gibt, die Bescheid weiß, was im Landkreis läuft. Und im weiteren Schritt auch in der Lage ist, da argumentativ dagegen vorgehen zu können. Also ich

¹⁹⁰ Vgl. Tabelle 24 im Anhang.

¹⁹¹ Vgl. Tabelle 23 im Anhang.

¹⁹² Vgl. Tabelle 23 im Anhang.

¹⁹³ Mit diesen Handlungselementen richten sich die Partnerschaften zudem nicht nur an junge Menschen, sondern ebenfalls an Multiplikator*innen oder zivilgesellschaftlich Engagierte.

sage mal: Argumentationstraining, Stammtischparolen oder schlicht und einfach Kenntnisse über lokale Strukturen zu haben beziehungsweise auch über Zusammenhänge. Wenn eine rechte Partei [...] eine Selbstverharmlosungsstrategie verfolgt, dann bemühen wir uns darum, Leuten das Know-How an die Hand zu geben, benennen zu können, [...] dass die halt schlicht und einfach mit bis hin zu Neonaziakteuren verbunden sind oder eben über die Jahre Kontakte gepflegt haben etc.“ (KD_100_69)

Bei steigendem Problemdruck oder an Standorten, in denen entsprechende Phänomene auch lokal verortet sind, werden indes auch im Rahmen von Strategien individueller Demokratiefestigkeit konkrete antidemokratische Entwicklungen zum Gegenstand abwehrender Auseinandersetzungen und mit hohem Stellenwert bearbeitet (**Setzen demokratischer Grenzen**)¹⁹⁴. Allerdings fokussieren diese eher die kritische Sichtbarmachung des Unerwünschten.¹⁹⁵ Die Auseinandersetzung erfolgt weniger mit dominant-repressiven Zugang oder rechtlich-juristischem Zuschnitt, sondern mit aufklärend-mahnender oder mobilisierender Perspektive – etwa wenn demokratisch kollektive Identitäten bestärkt, als positiv-Beispiele herausgestellt und der Normalisierung unter proaktivem Bezug auf demokratische Werte entgegengetreten wird.¹⁹⁶ Die Reaktion auf antidemokratische Bestrebungen und die Akzentuierung des übergeordneten Ziels der Grenzsetzung im intervenierenden Sinne wird also nicht in Gänze ausgeklammert und findet sich mancherorts im Repertoire verankert, bildet indessen weniger den beständigen Kern des Idealtyps insgesamt.

„Weil [...] das im Grunde genommen für uns immer [...] anlassbezogene Sachen sind. Das eine sehen wir sozusagen als Alltagsgeschäft und wenn jetzt etwas in diesem Bereich passiert, [...] dann muss ja kurzfristig gehandelt werden, damit das auch sichtbar ist und damit dort die Leute sehen: Okay, hier passiert etwas. Das steht jetzt nicht unkommentiert da. Und das ist dann so ein bisschen etwas, wo man dann sagt: Okay, dann [wird, Anm. d. Verf.] das laufende Geschäft ein bisschen zur Seite geschoben, [...] dann organisiert man natürlich ein Zeichen, spricht mit den Leuten, organisiert das. Und deswegen sehe ich das halt so ein bisschen getrennt zwischen dieser langfristigen, eher grundlegenden Arbeit und dieser Sache, die dann situationsbezogen dann natürlich erst mal aufpoppt und dann sofort angegangen werden muss.“ (KD_26_147)

¹⁹⁴ Vgl. Tabelle 5 im Anhang.

¹⁹⁵ So werden neue und/oder verdeckte Erscheinungsformen demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene und Positionen (z.B. Verschwörungstheorien, rechtspopulistische Argumentationen) aufgedeckt und problematisiert, die Normalisierung demokratie- und menschenfeindlicher Aktivitäten und Positionen (z.B. im politischen Diskurs) kritisch sichtbargemacht oder Zeichen des gesellschaftlichen Einspruchs (z.B. Stolpersteine, Demonstrationen etc.) im öffentlichen Raum gesetzt (vgl. Tabelle 22 im Anhang).

¹⁹⁶ Konkret beurteilen 76 % (38) die Aussage „Auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle wird öffentlich reagiert (z.B. durch zeitnahe Verurteilung, Gegendemonstrationen bzw. zivilgesellschaftliche Gegenwehr)“ als eher oder voll zutreffend (vgl. Tabelle 30 im Anhang).

6.2 Strategie der umfassenden Stärkung demokratischer Abwehrkräfte (Idealtyp 2)

Strategien der umfassenden Stärkung demokratischer Abwehrkräfte (n = 70) werden weitgehend proportional zur Gesamtverteilung in den alten (64 %, 45) bzw. neuen Bundesländern (29 %, 20)¹⁹⁷ sowie zu gleichen Teilen in hybriden Verwaltungseinheiten (Landkreise: 27 %, 19; Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften: 20 %; 14) und Kommunen umgesetzt (53 %, 37).¹⁹⁸ Die zugehörigen Sozialräume sind geprägt von einer heterogenen, bisweilen fraktalen Strukturierung und umfassen gleichfalls weitläufige Gebiete mit dünner Besiedlung wie auch städtische Ballungsräume.

„Also unser Sozialraum, das ist das platte Land, sage ich mal. Sinnigerweise habe ich mal in irgendeiner Konferenz gehört, Wolfserwartungsland, obwohl der Wolf schon da ist. (lacht). [...] XXX [Name der Förderregion, Anm. d. Verf.] ist sehr weitläufig. Also es gibt eigentlich drei größere Städte. [...] Und dann gibt es noch ein kleines Städtchen, XXX [Name des kleinen Städtchens, Anm. d. Verf.]. Und das war es schon. Also ansonsten nur ganz kleine Dörfchen und Dörfleinchen und ja.“ (KD_93_17)

In ihrer Vielfalt eint die Förderregionen auf dieser zusammenfassenden Ebene der gerade im Vergleich zu den urbaneren Gebieten des vierten Typs leicht unterdurchschnittliche Zugang zu zentralen Ressourcen des guten Lebens. Die Ausstattung mit Verkehrs- sowie digitalen Infrastrukturen, Einkaufsmöglichkeiten, Gaststätten, Banken oder Postfilialen wird eher skeptisch bewertet¹⁹⁹, Kaufkraft und Beschäftigungsquoten deuten zudem auf mögliche Herausforderungen in sozioökonomischer Hinsicht hin.²⁰⁰ Ferner werden die Förderregionen als divers und heterogen beschrieben, gekennzeichnet durch vielschichtige soziale Lagen und eher weniger Räumen des allgemeinen Zusammenkommens.²⁰¹

„Also es gibt in diesem Stadtteil beides. Es gibt Hochhaussiedlungen, es gibt große Einfamilienhaussiedlungen, es gibt dörfliche Strukturen am Stadtrand und die sind alle sehr unterschiedlich und [...] funktionieren für sich sehr unterschiedlich. Die Lage am Stadtrand bewirkt auch, dass [...] es eben einen starken Wandel gab von einer eher als privilegiert wahrgenommenen Wohnlage zu benachteiligten Wohnlage [...] mit wenig Räumen oder also Möglichkeiten des Austauschs und Räume zum Zusammenkommen [...].“ (KD_45_21)

Schwankende Mitte, rechte Herausforderung

Zugleich scheint die Angebotslandschaft im kulturellen Bereich zumindest nicht unterdurchschnittlich ausgeprägt, ein Vereinsleben möglich und die demokratischen Beteiligungsoptionen sowohl für Erwachsene wie auch für junge Menschen im Bundesvergleich gar recht vielfältig. So sind in der Gesamtschau durchaus strukturelle Voraussetzungen gesellschaftlicher

¹⁹⁷ Vgl. Tabelle 6 im Anhang.

¹⁹⁸ Vgl. Tabelle 7 im Anhang.

¹⁹⁹ Vgl. Tabelle 10 im Anhang.

²⁰⁰ Vgl. Tabelle 9 im Anhang.

²⁰¹ Vgl. Tabelle 12 im Anhang.

Beteiligung gegeben.²⁰² Eine umfassend partizipative politische Kultur will sich in der breiten Bevölkerung – den qualitativ Befragten folgend – dennoch nicht so recht entwickeln.

„Also was ich noch nicht erwähnt habe, [...] aber insgesamt ist es ja tatsächlich ein armer Stadtteil. Und sowas wie die Folgen von so einer Corona-Pandemie, wirken sich [...] auf die Ressourcen von Menschen in diesem Stadtteil noch mal viel stärker aus als woanders. [...]. Auch so Fragen von Beteiligung hängen natürlich daran ab, ob ich irgendwie insgesamt zufrieden bin mit meiner Situation oder ob ich denke, jetzt [...] polemisch gesprochen: Ich darf hier über Parkbänke mitbestimmen, aber an meiner grundsätzlichen prekären Lage ändert sich nichts. Das bleibt, dieser Widerspruch.“ (KD_79_47)

„Politikverdrossenheit eher nicht, aber Demokratieskepsis. Skepsis im Sinne von: Die da oben machen doch sowieso was sie wollen. Schauen wir mal, was da wieder rauskommt. Es wird sowieso alles schlimmer, immer schlechter und so weiter und so fort.“ (KD_57_61)

Stattdessen entspinnen sich vor den skizzierten Hintergrundkulissen Herausforderungen, die jenen der Förderregionen des Typs 1 ähneln. Unter anderem mit den sich im Zuge der Corona-Pandemie verfestigenden sozioökonomischen Härten und den hiermit einhergehenden Abstiegsängsten verbinden sich Formen der politischen Entfremdung, von Demokratieskepsis, Politikermisstrauen oder schlichter Beteiligungsmüdigkeit. Diese Abwendungen manifestieren sich häufiger als andernorts im öffentlichen Diskurs, welcher auch mit Blick auf „Einschränkungen von Bürgerrechten im Kontext der Corona-Krise“ sowie im Themenfeld Zuwanderung polarisierend geführt wird.²⁰³ Verschwörungserzählungen als sinnstiftende Versuche die Welt zu verstehen und zu ordnen oder den Selbstwert zu erhöhen sind angesichts der Pandemie zudem kein Randphänomen, sondern werden von 66 % (46)²⁰⁴ der Befragten als wiederkehrendes und offensiv vertretenes Element der öffentlichen Auseinandersetzungen beschrieben. Gemeinsam mit Ressentiments rund um das Leben in Vielfalt bildet sich in Teilen der Förderregionen ein fruchtbarer Nährboden für zunächst unterschwellig gärende Problemlagen, die sich nicht nur in der Offenheit für rechtspopulistischen Positionen, sondern auch im Wahlverhalten und der Entscheidung für „wutgetränkte politische Angebote“ ausprägen können.²⁰⁵

„Ja, das politische Klima. Das politische Klima vor Ort, wie gesagt, unterschwellig: Es werden Familien auseinandergerissen. Impfgegner gibt es auch vor Ort und solche hört man immer wieder, wo man nur noch mit dem Kopf schütteln kann und sagen kann: Habt ihr noch den normalen Menschenverstand? Könnt ihr noch nachdenken? Aber ich denke, dass die Menschen einfach Angst haben. Angst haben, ihren, wie soll ich sagen, ihren Lebensstandard zu verlieren.“

²⁰² Vgl. Tabelle 11 im Anhang.

²⁰³ 79% (55) stimmten dem Statement „Öffentliche Auseinandersetzungen über Einschränkungen der Bürgerrechte im Kontext der Corona-Krise werden polarisierend geführt“ eher (46 %, 33) oder voll zu (33 %, 23). Darüber hinaus stimmten 46 % (32) dem Statement „Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt“ eher, sowie 6 % (4) voll zu. Diese Einschätzungen ähneln jenen der ebenfalls konfliktbehafteten Regionen der Typen 1 und 4 (vgl. Tabelle 17 im Anhang).

²⁰⁴ Vgl. Tabelle 18 im Anhang.

²⁰⁵ Vgl. Heitmeyer 2018 (S. 189 und insbesondere 200) für eine auch empirisch-quantitative Unterlegung des skizzierten Zusammenhangs.

[...] Ich war Wahlhelfer [...] in einer Region [...], wo wirklich gut situierte Menschen, die überhaupt keine Angst haben müssen, die in einem Gebiet wohnen, wo alles saniert ist [...]. Denen geht es richtig, richtig gut und die wählen XXX [Name einer rechtspopulistischen Partei]. Eigentlich unverständlich, aber wenn man mal hinter diese Decke schaut, dann merkt man schon: Ja, die haben einfach Ängste. Und den Ängsten müssen wir entgegenwirken. Und da sind wir dabei oder haben wir Strategien entwickelt, da entgegenzutreten.“ (KD_64_35)

Aus dieser als schwankend beschriebenen Mitte der Gesellschaft rekrutieren sich besorgte oder Wutbürger*innen die ähnlich häufig (49 %, 34) wie in den Typen 1 (48 %, 24) und 4 (54 %, 26) wiederholt öffentlich in Erscheinung treten.²⁰⁶ Auch darüber hinaus ist das demokratiefeerne Spektrum gegenwärtig. Rechtspopulistische („PEGIDA“, „Pro-Bewegungen“) bis rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen („Der III. Weg“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“) sind nicht nur in Form neuer Kooperationen sondern etwas häufiger auch für sich stehend wahrnehmbar präsent.²⁰⁷ Neben öffentlichkeitswirksamen Aktionen – etwa in Form von Demonstrationen und Protestkundgebungen²⁰⁸ – setzen sie zudem vermehrt auf raumorientiertes Dominanz- und Provokationsverhalten. Öffentliche Räume werden mittels Aufklebern, Graffiti und Schmierereien markiert oder anderweitig besetzt.²⁰⁹ Diese mitunter klar umrissenen, demokratiefeindlichen Ausformungen bilden ein prägendes Element des partnerschaftlichen Blicks auf die Förderregionen. So wird Rechtsextremismus in den qualitativen Interviews entweder (1) als aktuell, lokal verankert und sich wahrnehmbar im öffentlichen Raum manifestierend, als (2) bereits eingeehter Bestandteil der lokalen Historie erfolgreichen demokratischen Engagements oder als (3) nahende Herausforderung beschrieben.

„Weil wir in dem angrenzenden Gebiet sind. Ich denke mal, dass da durchaus Bestrebungen sind, auch von der rechtsextremen Seite, sich weiter auszubreiten. Oder dass die ja auch dann durchaus weiter rekrutieren ihre Gefolgschaft. Und dann natürlich auf die Nachbarlandkreise auch sich ausweiten. Ich denke, da muss man [...] die Augen offenhalten und einfach vorsichtig sein. Uns ist natürlich auch wichtig, einfach auch die Nachbarregion auch zu unterstützen irgendwie. Weil wir können nicht eine Grenze ziehen und sagen: Ihr habt das Problem da drüben, schön, dass es bei uns nicht so ist oder nicht ganz so schlimm.“ (KD_8_57)

²⁰⁶ Vgl. Tabelle 14 im Anhang.

²⁰⁷ Vgl. Tabelle 14 im Anhang. Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „NPD“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“) traten in 41 % der zugehörigen Förderregionen vereinzelt (29), in 34 % wiederholt öffentlich wahrnehmbar auf (24), Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen) in 27 % wiederholt (19) bzw. in 29 % vereinzelt auf (20) auf.

²⁰⁸ So demonstrierten in 31 % (22) der Förderregionen einschlägige Akteur*innen in Einzelfällen, in 44 % (31) wiederholt (Demonstrationen und Protestkundgebungen) (vgl. Tabelle 16 im Anhang).

²⁰⁹ 43 % (30) der Koordinator*innen aus Partnerschaften mit Strategien dieses Idealtyps berichteten von vereinzelt Vorfällen, weitere 43 % (30) von wiederholtem raumorientiertem Dominanz- und Provokationsverhalten (z.B. Kleben von Spuckis, Graffiti/Schmierereien, Aneignung öffentlicher Räume). Entspricht der Wert für die vereinzelt Vorkommnisse noch der Gesamtverteilung (44 %, 128), fällt der Anteil der Förderregionen mit wiederholten Vorfällen überproportional aus (33%, 96) (vgl. Tabelle 16 im Anhang).

Erfahren, Etabliert, Selbstbewusst!

Ihnen entgegen tritt bisweilen ein kleiner, dennoch starker, weil informierter und vernetzter Kern zivilgesellschaftlich Engagierter, welcher bei Vorfällen mobilisieren und darüber hinaus auf eine (in unterschiedlichen Abstufungen) gute Zusammenarbeit mit Politik und (mit Abstrichen) auch der Verwaltung bauen kann.²¹⁰ Ob in eher außenstehend-begleitender Rolle oder aktivierend-anregender Funktion, Teil dieser Keimzellen sind oftmals Koordinierungs- und Fachstellen mit erfahrenen Mitarbeiter*innen.²¹¹ Sie blicken selbstbewusst auf ihre eigenen Kompetenzen²¹² und engagieren sich häufig in Kontexten, in denen die Auseinandersetzung mit den Kernthemen der Partnerschaft bereits vor ihrer erstmaligen Implementierung etabliert war (71 %, 50).²¹³ Diese weitreichende Geschichte des Einsatzes für Demokratie und Vielfalt fördert nicht nur ein gewisses Selbstbewusstsein der Handelnden, sondern ermöglicht es auch, stärker als Netzwerk aus Netzwerken bzw. als kollektives Handlungssystem aus Engagierten aufzutreten.²¹⁴

„Also gelungen ist es, würde ich sagen, aus der Kombination entschlossene Zivilgesellschaft und entschlossene Verwaltung und Politik. Da wurde eine sehr gute Basis von Zusammenarbeit gelegt. Genau, das wäre sonst nicht so möglich gewesen. Und zu der Frage, wovon heute gezehrt werden kann: Es sind weniger festgewachsene Strukturen, die funktionieren nicht so gut, sondern eher so ein Selbstverständnis, das sich daraus entwickelt hat und langjährige Erfahrung. Also es gibt Menschen in der Jugendarbeit, das halte ich nicht für selbstverständlich, die im Nullkommanichts bereit sind, mal eine Kundgebung anzumelden oder einen Protest zu organisieren oder sowas. Das basiert einfach auf einem Erfahrungsschatz, den man hat, aber auch mit diesem Wissen: Es war schon mal alles viel schlimmer, sage ich einfach (lacht). Also oder es war schon mal sehr viel schwieriger.“ (KD_54_33)

²¹⁰ 67 % (47) der befragten Koordinator*innen von Partnerschaften mit dieser Strategie beurteilten die Einbindung lokalpolitischer Spitzen als (eher) ausreichend (vgl. Tabelle 31 im Anhang). Das Engagement politischer Spitzen wird ebenfalls häufiger als andernorts – wenngleich nicht flächendeckend – als (eher) (39 %, 27) hoch (20 %, 14) bewertet. (vgl. Tabelle 32 im Anhang).

²¹¹ Die dienstältesten Koordinator*innen sind in 57 % (40) Standorten seit mehr als fünf Jahren für die Partnerschaft aktiv (vgl. Tabelle 33 im Anhang).

²¹² Koordinator*innen dieses Typs schätzen ihrem Dienstalalter entsprechend die Kenntnisse bzw. ihren Erfahrungsschatz jeweils zu den für die Partnerschaft relevanten Themenbereichen, hinsichtlich der administrativ-technischen Beratung von Projektträgern, der Netzwerkarbeit sowie bezüglich regionaler Ressourcen überproportional häufig als ausreichend ein (vgl. Tabelle 34 im Anhang).

²¹³ Vgl. Tabelle 35 im Anhang.

²¹⁴ Dem Statement „Es gibt ausreichende Routine in der Netzwerkarbeit unserer Kooperationspartner*innen“ stimmten 41% (29) voll und 36 % (25) eher zu (vgl. Tabelle 36 im Anhang) und auch der Begleitausschuss agiert etwas stärker vernetzend, als die Steuerungsgremien der weiteren Partnerschaften (vgl. Tabelle 37 im Anhang). Dabei soll die Bildung von Parallelstrukturen verhindert und bestehende Engagementstrukturen unterstützt werden, so dass die Co-Governance-Arrangements mithin vor der Herausforderung stehen, sich in bestehende Zusammenhänge einzufinden bzw. diese in die Partnerschaft einzubinden. Die operative Umsetzung der Partnerschaften scheint demnach bis in die Fundamente der Entwicklung der Handlungsstrategien hinein partizipativer ausgerichtet bzw. zivilgesellschaftlicher verankert als andernorts. So wurde etwa die Zieldefinition der Integrierten Handlungsstrategien vergleichsweise häufig im Rahmen partizipativer Aushandlungsprozesse und unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure*innen (70 %, 49) vorgenommen (vgl. Tabelle 38 im Anhang) und die Maßnahmen unter Berücksichtigung der lokalen Angebotsstruktur bewilligt (73 %, 51) (vgl. Tabelle 39 im Anhang). Auch die Einbindung lokal relevanter zivilgesellschaftlicher Akteur*innen wird vergleichsweise häufig als ausreichend (40 %, 28) oder eher ausreichend (44 %, 31) beurteilt (vgl. Tabelle 31 im Anhang).

Grenzen setzen – der Sozialraum als Handlungsort

Aus dieser insgesamt robusten Position setzen die Co-Governance-Arrangements mit den Strategien der umfassenden Stärkung demokratischer Abwehrkräfte klare Akzente auf die direkte Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus.²¹⁵ Je nach Virulenz der Problemlage geht es zunächst darum, zu sensibilisieren und wachzurütteln. So sollen Situationskenntnisse generiert, lokale Erscheinungsformen identifiziert und schließlich auch in Kontakt mit den Zielgruppen problematisiert werden. Im Austausch mit den Netzwerkmitgliedern bzw. Kooperationspartner*innen werden hierzu Wissensbestände verknüpft und Seismographen ähnelnd als Netz von Antennen gemeinsam auf die Entwicklungen vor Ort reagiert.²¹⁶ So zeichnet sich zumindest im qualitativen Sample bei den Mitgliedern des Kernnetzwerkes auch bei eingetragenen oder (noch) nicht akuten Problemlagen eine grundlegende Sensibilität bzw. eine gewisse Hab-Acht-Stellung ab.

„Nun sind wir nicht das FBI oder sonst wer [...]. Wir arbeiten sehr stark mit XXX [der mobilen Beratung, Anm. d. Verf.] zusammen [...] und haben XXX [Jahreszahl, Anm. d. Verf.] ein XXX [Netzwerk, Anm. d. Verf.] gegründet, das nennt sich XXX [Name des Netzwerks, Anm. d. Verf.]. Und alle paar Wochen tritt dieses XXX [Name des Netzwerks, Anm. d. Verf.] zusammen. Da sind Leute drin, die sich im Prinzip für den sozialen Frieden einsetzen. Und da wird dann beraten da drüber. Das ist ein ganz loses XXX [Netzwerk, Anm. d. Verf.]. Da kann jeder mitmachen. Wird beraten darüber: Wie sieht die Situation aus? Was machen wir, wenn irgendwas passiert?“ (KD_68_35)

Dabei nimmt die Stärkung der Situationskenntnis²¹⁷ gerade auch bei staatlichen Akteur*innen insofern eine Rolle ein, als das auf Grundlage einer gemeinsamen Problemsicht bestenfalls die Akzeptanz der Partnerschaft und ihren Themenstellungen befördert, Kooperationen z.B. mit relevanten Ämtern (Ordnungsamt etc.) (fort-)entwickelt und der Umgang mit Erscheinungsformen und Strategien des Rechtsextremismus mit aktuellem Know-How unterlegt wird.²¹⁸

„Ja, da muss man auch wieder Unterschiede machen. Ich sage mal so, natürlich, der Bürgermeister, stellvertretende Bürgermeisterin sind ganz klar immer dabei und ganz klar auch für dieses Programm. Aber jetzt die Verwaltungsangestellten, da merkt man schon latent, naja, wie es überall ist. In der Polizei gibt es auch Leute, die nicht gerade, wie soll man sagen, demokratisch unterwegs sind. Also es ist im Prinzip ein Spiegel der Bevölkerung.“ (KD_20_77)

²¹⁵ 91 % (64) der Partnerschaften mit einer Strategie der umfassenden Stärkung demokratischer Abwehrkräfte streben mit ihrer Arbeit Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich Rechtsextremismus an (vgl. Tabelle 25 im Anhang). 69 % (44) von diesen 64 Partnerschaften weisen der Bearbeitung von Rechtsextremismus überdies einen hohen Stellenwert zu (vgl. Tabelle 27 im Anhang). Beide Werte sind im Vergleich zur Gesamtverteilung überproportional hoch.

²¹⁶ 70 % der Partnerschaften dieses Typs gaben an, dass ein Wissensaustausch mit den Netzwerkmitgliedern (eher) häufig stattfindet (49) (vgl. Tabelle 40 im Anhang).

²¹⁷ So werden lokal bestehende demokratie- und menschenfeindliche Erscheinungsformen (z.B. Kameradschaften [...]) identifiziert und öffentlich problematisiert (M = 5,5), die Normalisierung demokratie- und menschenfeindlicher Aktivitäten und Positionen (z.B. im politischen Diskurs) kritisch sichtbar gemacht (M = 5,7) und neue und/oder verdeckte Erscheinungsformen demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene und Positionen (z.B. Verschwörungstheorien, rechtspopulistische Argumentationen) aufgedeckt und problematisiert (M = 5,8) (vgl. Tabelle 22 im Anhang).

²¹⁸ Mit diesen Handlungsdimensionen richten sich Partnerschaften über die staatliche Seite hinaus durchaus auch an das zivilgesellschaftlich engagierte Spektrum. Multiplikator*innen werden z.B. niedrigschwellig zu aktuellen Entwicklungen bzw. Themen und Zusammenhängen aufgeklärt oder Engagierte bei der Anmeldung von Demonstrationen unterstützt.

Aufklärung und Kompetenzentwicklung bilden dergestalt das Fundament eines Ansatzes, der überdies die unmittelbare sozialräumliche Auseinandersetzung mit Demokratie- und Menschenfeindlichkeit umfasst und somit deutliche intervenierende bzw. störungszentrierte Züge aufweist (**Setzen demokratischer Grenzen**). So reagieren die Partnerschaften bei akutem Problemdruck z.B. aufgrund einschlägiger Mobilisierungen zeitnah in Form öffentlichkeitswirksamer Aktionen, ziehen normative Grenzen durch sichtbaren gesellschaftlichen Widerspruch nach²¹⁹ und verleihen ihnen im Falle ihrer Überschreitung neue Gültigkeit. In Gestalt von Gegenrede bzw. Counter-Speech erfolgt der gesellschaftliche Widerspruch an 63 % (44) der Standorte (45)²²⁰ zudem digital und somit in Räumen, die von den Co-Governance-Arrangements bislang eher weniger systematisch bespielt werden. Auch die Zurückdrängung aus dem öffentlichen Raum bzw. die Einschränkung der Präsenz vor Ort kann Bestandteil des Ansatzes sein. Hier wird die abwehrende Auseinandersetzung teilweise mit rechtlich-juristischem Zugschnitt geführt – etwa dann, wenn Mustermietverträge erarbeitet oder Demonstrationsverbote erwirkt bzw. Veranstalter*innen mit Blick auf Hausrecht etc. aufgeklärt werden.²²¹

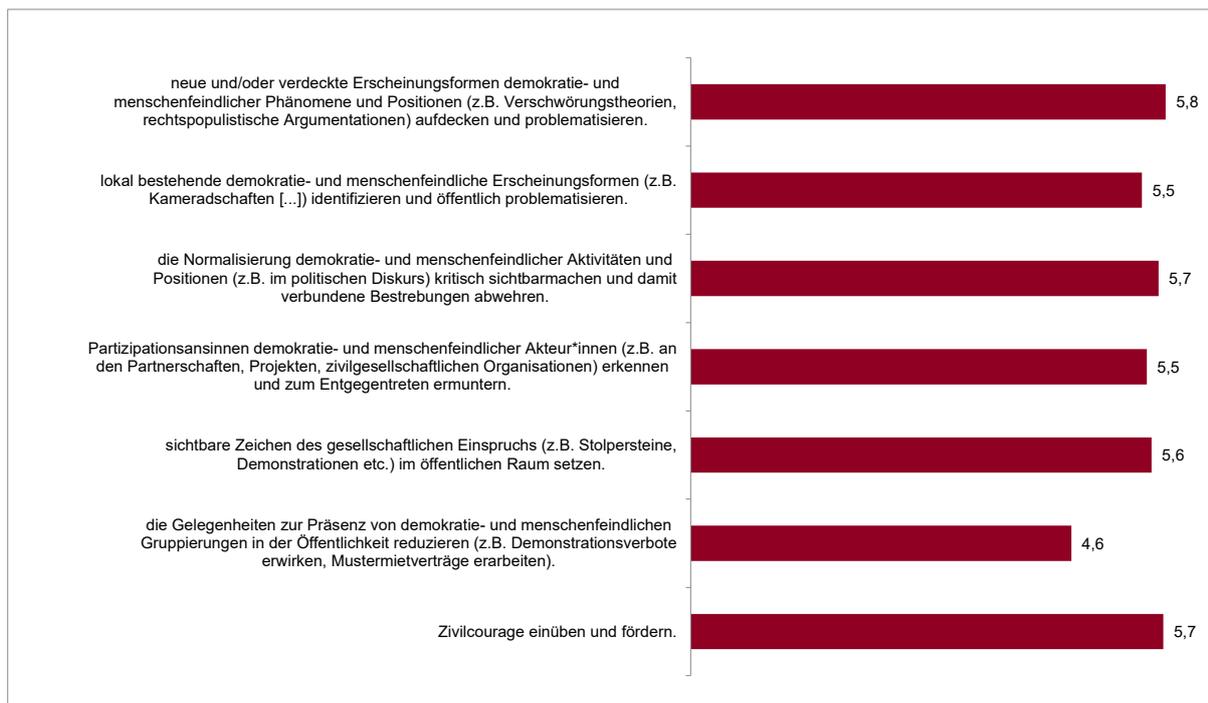
*„Reaktionsfähig. Wir haben auch von jedem die Privat-Handynummer. Es kann sofort eine Telefonkette gebildet werden. Also da gibt es gar keine Probleme.“
(KD_7_75)*

²¹⁹ Vgl. Tabelle 22 im Anhang.

²²⁰ Vgl. Tabelle 29 im Anhang.

²²¹ Zwar sind solche sehr streitbaren Elemente durchaus Bestandteil des zugehörigen Handlungsrepertoires und wesentlich präsenter als etwa in jenen der anderen Strategien, sie bilden indes auch hier weniger den charakteristischen Kern (die Gelegenheiten zur Präsenz von demokratie- und menschenfeindlichen Gruppierungen in der Öffentlichkeit reduzieren (z.B. Demonstrationsverbote erwirken, Mustermietverträge erarbeiten) (M = 4,6) (vgl. Tabelle 22 im Anhang).

Abbildung 25: Ausgewählte Handlungselemente der Strategie der umfassenden Stärkung demokratischer Abwehrkräfte 1²²²



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 70). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Trifft gar nicht zu“) bis 6 („Trifft voll zu“) berechnet. Die Farben der Balken stellen die Systematik zwischen übergeordneten Zielbereichen und den zugehörigen Handlungselementen dar (**Blau** = Vermittlung von Grundlagen der Demokratie, **Grau** = Förderung gesellschaftlicher Mitbestimmung, **Sand** = Stärkung gemeinwohlorientierten Handelns, **Orange** = Stärkung demokratischer Dialog und Konfliktfähigkeit, **Rot** = Setzen demokratischer Grenzen).

In stärker präventiv-aufklärendem oder in sozialräumlich-intervenierendem Gewand, die Erhöhung der kommunalen Widerstandsfähigkeit bzw. die Einhegung rechtsextremer Erscheinungsformen wird nicht nur häufiger direkt, zugleich mit hohem Stellenwert und somit als eine Kernaufgabe bearbeitet, sondern überdies als Daueraufgabe verstanden, die auch in Wellentälern der Virulenz mit dem Ziel verbunden bleibt, den zivilgesellschaftlichen Muskel zu stärken und die Auseinandersetzung mit den Programmenthemen anzustoßen bzw. aufrecht zu erhalten.²²³

*„Wobei das tatsächlich der einzige Aspekt bei uns ist, dass wir da relativ präventiv tätig sind und eben halt immer wieder Projekte auch machen oder tatsächlich irgendwie eine Ausstellung zum Thema, um da vor den Gefahren des Rechtsextremismus einfach versuchen zu warnen und Aufmerksamkeit dafür zu generieren. Ich sagte ja so etwas, dass wir irgendwelche Gegendemonstrationen machen und irgendwie öffentlichkeitswirksam uns da positionieren, das eher weniger, weil es halt auch nicht so den Anlass irgendwie gibt.“
(KD_82_101)*

²²² Vgl. Tabelle 22 im Anhang.

²²³ In statistischer Hinsicht wird diese Annahme gestützt durch den kaum nennenswert ausgeprägten Zusammenhang zwischen dem wahrgenommenen Problemdruck und dem Stellenwert der Bearbeitung des Bereichs Rechtsextremismus. So wird der Phänomenbereich auch in Wellentälern der Virulenz zum Gegenstand der Bemühungen vor Ort gemacht (vgl. Tabelle 21 im Anhang).

Netzwerke, Bündnisse und Organisationen sollen demnach (re-)aktiviert, begleitet und (fachlich) unterstützt werden, entweder um zunächst eine kritische Masse für das weitere Vorgehen aufzubauen, neue Akteur*innen für die eigene Sache zu gewinnen und um bestehendes Engagement zu bewahren oder aber um eine schleichende Erosion zivilgesellschaftlicher Standfestigkeit zu vermeiden. Als Brückenphänomen in den Rechtsextremismus richtet sich der partnerschaftliche Blick dabei durchaus auch auf rechtspopulistische Bestrebungen. So soll die Zivilgesellschaft bestenfalls nicht nur nicht zum rechtspopulistischen Einfallstor, sondern als wesentliche Verfechterin des demokratischen Basiskonsenses²²⁴ gestärkt werden.

Das Individuum im Fokus: Stärkung des Immunsystems und Stabilisierung des demokratischen Fundaments als Kern des Ansatzes

Spätestens, wenn das demokratische Spektrum mittels Zivilcouragetrainings empowert und u.a. in die Lage versetzt wird, auch in dialogischer Hinsicht Grenzen zu setzen (M = 5,7)²²⁵, nehmen diese Ansätze schließlich deutlich individuenzentrierte Züge (indirekt-)verhaltensorientierter Präventionsarbeit an und richten sich mit dieser Perspektive zudem auch über die bereitwilligen Streiter*innen für Demokratie (Engagierte, Multiplikator*innen) hinaus an die vermeintliche Mitte. Sie soll ganz ähnlich zu Strategie 1 in ihrer Abwehrkraft gegenüber antidemokratischen Verlockungen gestützt und etwa im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Akteur*innen und Positionen (M = 5,8)²²⁶ geschult werden.

„Demokratieförderung, Prävention ist da absolut ganz wichtig, weil gerade bei Jugendlichen merkt man ja schon, dass sie sich auch mal so Leuten entgegenstellen, die ganz anders argumentieren und gestärkt sind, jetzt zum Beispiel im Jugendforum. [...] Und das ist ein tolles Erlebnis, wenn man diese [...] Jugendlichen dann so erlebt und das haben wir geschafft mit unseren präventiven Ansätzen.“ (KD_72_129)

Dabei richtet sich der Blick nicht nur auf die argumentative Abwehr, sondern auch auf den Ausdruck der eigenen Meinungen und Haltungen. In diesem Sinne werden Kompetenzen zur demokratischen Konfliktführung und dialogischen Artikulation individueller Interessen und Standpunkte (M = 5,5)²²⁷ gefördert. Von der Annahme ausgehend, dass rechtspopulistische Interventionen und Erfolge ganz wesentlich auf bestehenden bzw. geschürten Konflikten basieren, machen die Partnerschaften dabei aktuelle gesellschaftliche Themen, Unzufriedenheiten und Kritik an sozialen und politischen Verhältnissen zum Gegenstand.²²⁸ Sie rücken dergestalt mit diesem zweiten charakteristischen Baustein der Strategie (**Stärkung demokratischer Dialog- und Konfliktfähigkeit**) den Widerstreit als lebenserhaltendes Wesensprinzip der Demokratie, als Ringen gegenläufiger Interessen aber auch als Mittel der Verteidigung des

²²⁴ Vgl. Schroeder/Greef/Ten Elsen/Heller 2020: S. 157.

²²⁵ Vgl. Tabelle 5 im Anhang.

²²⁶ Vgl. Tabelle 23 im Anhang.

²²⁷ Vgl. Tabelle 23 im Anhang.

²²⁸ 81 % (57) der Koordinator*innen aus Partnerschaften mit dieser Strategie stimmten dem Item „Bei der Umsetzung unserer Partnerschaft für Demokratie wird sichergestellt, dass aktuelle gesellschaftliche Themen, Unzufriedenheiten und Kritik an sozialen und politischen Verhältnissen (Text gekürzt) öffentlich thematisiert werden“ zu bzw. wählten eine Antwort oberhalb der Skalenmitte (vgl. Tabelle 57 im Anhang).

demokratischen Meinungspluralismus in den Vordergrund und schaffen Räume in denen Konfliktpotentiale sichtbar und somit bearbeitbar werden. So soll der konstruktive Dialog als Ausdruck eines positiven Konfliktverständnisses und Grundlage eines friedlichen Zusammenlebens etwa über offene bzw. moderierte Bürgeraustausche erlebbar gemacht werden (M = 5,8). Dieser Widerstreit umfasst auch sehr eng verwandt mit der Förderung von Zivilcourage das Einstehen für die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Lebensentwürfe und den gesellschaftlichen Mehrwert von Pluralismus (M = 5,8) als unverhandelbare Bestandteile demokratischer Gesellschaften.

„Da haben wir zum Beispiel auch Projektträger, die gerne irgendwie so Schulungen in gewaltfreie Kommunikation zum Beispiel auch machen, das sehe ich auch unter dem Aspekt, dass man einfach respektvoll miteinander umgeht. Das ist schon ein Thema. Was dann auch wieder quasi auf die Vielfaltgestaltung mit übergeht, dass man sagt, man begegnet sich generell respektvoll und auch wenn der andere vielleicht anders denkt oder anders aussieht, dann geht man erst einmal ordentlich miteinander um irgendwo.“ (KD_15_129)

Abbildung 26: Ausgewählte Handlungselemente der Strategie der umfassenden Stärkung demokratischer Abwehrkräfte 2²²⁹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 70). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Trifft gar nicht zu“) bis 6 („Trifft voll zu“) berechnet. Die Farben der Balken stellen die Systematik zwischen übergeordneten Zielbereichen und den zugehörigen Handlungselementen dar (**Blau** = Vermittlung von Grundlagen der Demokratie, **Grau** = Förderung gesellschaftlicher Mitbestimmung, **Sand** = Stärkung gemeinwohlorientierten Handelns, **Orange** = Stärkung demokratischer Dialog und Konfliktfähigkeit, **Rot** = Setzen demokratischer Grenzen).

²²⁹ Vgl. Tabelle 23 und 24 im Anhang.

In Ergänzung zu diesem konstruktiven Streit als Facette aktiver Konfliktbearbeitung und Klebstoff heterogener Gesellschaften²³⁰ suchen Partnerschaften die demokratische Fundierung vor Ort auch über die **Vermittlung von Grundlagen der Demokratie als Lebens- und Regierungsform** zu festigen. Sie flankiert die vorangehenden Bausteine nicht nur, sondern bildet ein weiteres zentrales Standbein dieses insgesamt sehr breiten Ansatzes. Mit der Thematisierung des demokratischen Systems und seinen Vorzügen (M = 5,7), ihrer Institutionen, Verfahren und Akteur*innen (M = 5,6) oder der Förderung der Akzeptanz von Menschen und Grundrechten (etwa auch im Kontext der Förderung einer Willkommenskultur bzw. im Umgang mit Vielfalt) (M = 5,8)²³¹ tragen die Partnerschaften der unbequemen Tatsache Rechnung, dass „der Mensch nicht als politisches Wesen geboren ist,“ und Demokratie „immer wieder, tagtäglich, ein Leben lang“²³² gelernt werden will. Hier geht es auch darum – etwa in Kooperation mit Schulen -, Wissen über demokratische Verfahren und Teilhabemöglichkeiten zu vermitteln (M = 5,7)²³³ um die Voraussetzungen für die aktive Partizipation zu befördern.

„Es gibt zum einen tatsächlich so ganz klassische Workshop-Angebote oder Schulungsangebote, die sich auch oft gerade an junge Leute richten, wo es zum Teil wirklich darum geht, einfach Wissen um demokratische Strukturen oder auch so etwas wie Menschenrechte zu vermitteln. [...] Zum Beispiel ein typisches Projekt [...] ist die Beteiligung an der U18-Wahl zum Beispiel, um da auch einfach Bewusstsein zu schaffen für die Bedeutung an politischen Entscheidungsmöglichkeiten.“ (KD_40_81)

Dabei wird diese Vermittlung von Grundlagen teilweise auch verknüpft mit einer stärker aktivierenden Logik (**Förderung gesellschaftlicher Beteiligung**). Hierzu werden sowohl individuelle Kompetenzen, also kritische Reflexionskompetenz und politische Mündigkeit (M = 5,9) vermittelt und der Wert politischer Beteiligung an sich akzentuiert (M = 5,9), als auch konkrete Beteiligungsstrukturen (z.B. Beteiligungsprojekte) aufgebaut (M = 5,6)²³⁴. So soll Demokratie erlebbar gemacht, Menschen aus ihrer verdrossen-passiven Haltung (s.o.) gelockt und z.B. die Ermöglichung von Selbstwirksamkeitserfahrungen fokussiert und die Aneignung von Demokratie durch Teilhabe unterstützt werden. Diese für sich stehend eher fördernden Elemente werden in der qualitativen Begleitforschung zudem auch als Anknüpfungspunkte für die weiteren präventiven Elemente der Strategie gedeutet und in einen Wirkungszusammenhang mit der reduzierten Anfälligkeit für demokratiefeerne Verlockungen gebracht.

„Ich sehe das eng verknüpft. Weil gerade mit den jungen Leuten wäre der Versuch damit verbunden, dass die nicht abrutschen und sich abwenden, sondern da vielleicht ein Interesse entwickeln oder auch erkennen, ich habe etwas zu sagen und kann mich beteiligen. Und kann auch was bewirken.“ (KD_32_83)

Mit der **Stärkung gemeinwohlorientierten Handelns** wird schließlich auch der fünfte Zielbereich zum Gegenstand des kommunalen Engagements. So setzen Partnerschaften mit dieser

²³⁰ Vgl. Weller 2021.

²³¹ Vgl. Tabelle 24 im Anhang.

²³² Negt 2010, zitiert nach Achour 2021, S. 311.

²³³ Vgl. Tabelle 24 im Anhang.

²³⁴ Vgl. Tabelle 24 im Anhang

Strategie insofern auch auf interkulturelle Themen, als dass sie die auf die Beförderung von Integration gerichteten Handlungselemente verfolgen und zugleich Vielfalt auch im Sinne des Abbaus von Vorurteilen und Rassismen etwa in Begegnung und Austausch verhandeln. Kulturveranstaltungen, Festivals, Jugendkonferenzen sind Formate um Zivilgesellschaft zu aktivieren, „Jugend zusammenzubringen“ und das friedlich verbundene Zusammenleben zu stärken. Der positive Umgang mit Pluralität und der Umgang mit Diskriminierung, die Adressierung von Rassismen und die Unterstützung angekommener Menschen bilden wie auch in den vorangehend beschriebenen Bausteinen die ganzheitlich anmutende Dualität der Strategie mit ihrer zugleich ressourcen- wie auch stress- bzw. störungszentrierter Perspektive ab.

„Wir haben natürlich unsere Kontakte zur Opferberatung und so weiter, aber wir beraten in erster Linie Zuwanderer bei auch Alltagssachen wie zum Beispiel arbeiten wir mit der Insolvenzhilfe zusammen. Wir schicken die zur Insolvenzhilfe. Da gibt es ja auch ganz viele Probleme unter den Zuwanderern, die gar nicht verstehen, dass man auf einmal Handys kriegt ganz kostenlos und dann sich wundern, dass doch eine Rechnung kommt und solche Sachen alles. Und, wie gesagt, Arbeitsmarkintegration, da wird Unterstützung bei der Bewerbung gegeben. Dann wird Unterstützung bei der Zeugnisanerkennung und, und, und, und. Also das steckt da alles mit drin.“ (KD_53_189)

Für jedes Problem die passende Lösung?

Zusammenfassend ist dieser Idealtyp gekennzeichnet durch seine äußerst breite und weite Teile des Handlungsrepertoires lokaler Partnerschaften für Demokratie umspannende Ausrichtung. Aneignung und Abwehr, Verhältnis und Verhalten, direkt und indirekt, proaktiv und intervenierend – die Strategie der umfassenden Stärkung demokratischer Abwehrkräfte berücksichtigt nahezu²³⁵ sämtliche Ebenen der Entwicklung eines demokratischen Gemeinwesens.

Dabei ergibt sich diese Breite erstens aus den herausfordernden Kontexten und der selbstbewussten Entscheidung, diese in Gänze anzunehmen. Anders als etwa bei Strategie 1 werden vielerorts auch die *ismen kontinuierlich, direkt und unmittelbar im Sozialraum, adressiert.²³⁶ Zweitens werden die übergeordneten Ziele im Rahmen der qualitativen Begleitforschung untereinander in Bezug gesetzt, so dass sie nicht als gänzlich nebeneinanderstehende Bestandteile allein aus dem Kontext diktiert werden, sondern sich die Breite bestenfalls aus strategischen Überlegungen zu komplexeren und zielbereichsübergreifenden Wirksträngen heraus

²³⁵ „Nahezu“, da die direkt-individuenzentrierte Arbeit etwa im Sinne von Tertiärprävention (z.B. Distanzierungsarbeit) kein Kernmerkmal der Partnerschaften für Demokratie insgesamt und somit auch nicht dieses Idealtyps darstellt.

²³⁶ Dabei scheint eine solch unmittelbare Auseinandersetzung begünstigt durch die lokale Historie, die zivilgesellschaftliche Stärke und die Vernetzung der Partnerschaften bei gleichzeitiger Unterstützung seitens staatlicher Akteur*innen, sowie durch das Vertrauen in die eigenen Kompetenzen. Siehe auch Kapitel 6.6 für eine empirische Fundierung dieser These.

ergibt.²³⁷ Und drittens wird diese Breite auch durch eine bewusste inhaltliche Offenheit der Handlungsstrategie verargumentiert. Es wird ein eher weiter Korridor abgesteckt, um das bestehende Spektrum demokratisch Interessierter einzubinden, den Raum für neue Akteur*innen zu öffnen und diese etwa über das Instrument der Projektförderung für die Themen der Partnerschaften zu gewinnen. Derart soll die konzeptionell angelegte Variabilität zur Förderung des Engagements beitragen und erlaubt aus Perspektive der qualitativ Befragten in Verbindung mit den Bemühungen um Situationskenntnisse eine gewisse Flexibilität, die sich in der Fähigkeit ausdrückt, zeitnah auf neue Entwicklungen vor Ort reagieren zu können. Ist die Breite des Ansatzes also idealerweise situationsangemessen, sich wechselseitig stärkend und zugleich aktivierend, kann allerdings auch der Eindruck von Beliebigkeit entstehen.

„Was vielleicht schon eine Stärke ist, ist [...] dass Akteure zusammenarbeiten, die vorher nicht so den Kontakt zueinander hatten. Und dass man das hoffentlich langfristig wirklich erhalten kann [...] weil wir mit dem breiten Ansatz natürlich auch viele Akteure ansprechen können und nicht nur so ganz Spezialisierte, die sich jetzt in einem Themenkreis bewegen. Und man damit wieder die Möglichkeit hat, auch ganz unterschiedliche Leute zusammenzubringen. [...]. Ich glaube, ein Problem kann aber auch wieder sein, dass manche auch nicht wissen, für was wir eigentlich stehen konkret. Dass das zu offen ist. [...]. Wir sind gegen Rechtsextremismus und haben ganz speziell dieses Thema. Und so wollen wir halt vieles abdecken. Dadurch wird es auch wieder schwammig an einer gewissen Stelle.“ (KD_29_191-195)

6.3 Strategie der Erfahrbarmachung von Demokratie (Idealtyp 3)

59 Partnerschaften setzen die Strategien der Erfahrbarmachung von Demokratie um und reagieren derart mit niedrigschwellig-aktivierenden Ansätzen auf die spezifischen Herausforderungen ihrer sozialräumlichen Kontexte. Diese sind von stärker ostdeutscher Prägung (Alte Bundesländer: 42 %, 25; Neue Bundesländer: 53 %, 31)²³⁸ und umfassen vorrangig Landkreise bzw. Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften mit bis zu 150.000 Einwohner*innen (31 %, 18) sowie klein- (19 %, 11) und mittel- (25 %, 15), selten hingegen großstädtische Ballungsräume (12 %, 7).²³⁹

²³⁷ Um etwa demokratische Grenzen setzen zu können, müssten demnach jene Werte definiert und vermittelt werden (Vermittlung der Grundlagen von Demokratie), für deren Erhalt gekämpft werden soll und ferner Wege aufgezeigt werden, wie dies in demokratischer Art und Weise geschehen kann (Dialog- und Konfliktfähigkeit). Eine zweites „Modell“ bezieht sich auf einen weiten Demokratiebegriff (Vermittlung der Grundlagen von Demokratie) und stellt die Frage, wer eigentlich Bestandteil des demokratischen Zusammenlebens ist. Ausgeschlossene Gruppen sollen empowert (Stärkung gemeinwohlorientierten Handelns) und zum Bestandteil auch des demokratisch engagierten Spektrums (Stärkung von Mitbestimmung) werden. Dabei hat Demokratie durchaus etwas „Streitbares“. Demokratie muss um sich selbst kämpfen, etwa indem sie in den Köpfen gefestigt (Dialog- und Konfliktfähigkeit) und so bestenfalls auch das Potential Mobilisierbarer erhöht wird, sollte die demokratische Wehrhaftigkeit im öffentlichen Raum gefragt sein (Grenzen setzen).

²³⁸ Vgl. Tabelle 6 im Anhang.

²³⁹ Vgl. Tabelle 8 im Anhang.

Wenig prosperierende Regionen mit nach innen gerichtetem Zusammenhalt

Mit diesen eher ländlich bis hybriden Regionen verbinden sich Gemeindegestaltungen, die als herausfordernd beschrieben werden. So liegen auch innerhalb der einzelnen Förderregionen unterschiedliche sozialräumliche Strukturen vor, die in ihrer Heterogenität und Abgeschlossenheit nicht nur schwer zugänglich, sondern insbesondere auch schwer zu überblicken und einem Aufbau umfassender Situationskenntnisse wenig zuträglich sind.

„Die [zivilgesellschaftlichen Ressourcen vor Ort, Anm. d. Verf.] kann ich tatsächlich nur für wenige Orte irgendwie grob umreißen und für mich auch greifbar machen. Und das sind dann einfach auch die etwas größeren Orte und Städte. Und alles, was darum ist, ist wie so ein schwarzes Loch. Es ist überhaupt nicht erreichbar, es ist nicht greifbar. Ich habe überhaupt keine Ahnung, was da vor Ort passiert und wer ansprechbar sein könnte.“ (KD_3_45)

Ähneln diese bisweilen fraktale Strukturierung, bzw. die Verortung in hybriden Gebieten mit zugleich ländlichen wie auch städtischen Merkmalen noch stark jener der Typen 1 und 2, legen die auch im Vergleich nur äußerst dünne Besiedlung ($M = 5,3$), die leicht überdurchschnittlich alte (Medianalter = 49), stagnierende und perspektivisch abnehmende Bevölkerung und schließlich der negative natürliche Saldo ($M = -4,5$) bei vergleichsweise geringen Wanderungsüberschüssen ($M = 3,9$) ein sozialstrukturell wenig prosperierendes Gesamtgefüge als idealtypisches Merkmal nahe, zumal auch der Wohlstand deutlich an Anforderungen räumlicher Mobilität geknüpft und somit nur sehr eingeschränkt als regionales Bindemittel geeignet scheint (Pendlersaldo = $-4,2$).²⁴⁰ Zwar werden überdies die Anbindungen an die Infrastrukturen des Verkehrs, der digitalen Vernetzung und der Nahversorgung, der lokale Zugang zu Bildungseinrichtungen und auch das kulturelle Angebot weitgehend durchschnittlich bis leicht unterdurchschnittlich bewertet,²⁴¹ dennoch erhärtet sich unter Berücksichtigung externer Klassifizierungen etwa des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie²⁴² der Eindruck strukturschwacher Kontexte.

„Es gibt relativ wenig Städte, keine Großstädte. Sehr viele sehr kleine Dörfer, die mitunter nicht gut miteinander vernetzt sind, also kaum Infrastrukturen vorhanden sind.“ (KD_25_15)

Im Zuge der qualitativen Begleitforschung prägt sich dieser Eindruck in Form räumlich-infrastruktureller Nicht-Einbindung aus und umschließt überdies die politische Kultur vor Ort. So setzt sich die Desintegration im Binnenzusammenhang der Förderregionen auf Ebene sozialer Beziehungen insofern fort, als dass im Rahmen der Interviews ein wenig vernetztes Nebeneinander von unterschiedlichen Siedlungsräumen, von Alteingesessenen und „neu“ Hinzuge-

²⁴⁰ Vgl. Tabelle 9 im Anhang.

²⁴¹ Vgl. Tabelle 10 im Anhang.

²⁴² Im Rahmen der „GRW“ (Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur") als zentrales Instrument der regionalen Wirtschaftspolitik werden bundesweit Regionen, mit dem Ziel klassifiziert, strukturschwache Standorte zu stärken und Anreize für Einkommen und Beschäftigungssteigerung zu setzen. Große Teile der Partnerschaften dieses Idealtyps befinden sich demnach in strukturschwachen Regionen.

kommenen sowie von zivilgesellschaftlichen Selbstorganisationen beschrieben wird. Stattdessen deutet sich ein punktuell starker, wenngleich nach innen gerichteter Zusammenhalt mit Zügen geschlossener Systeme bzw. kulturell eher homogener Räume an.²⁴³

„Sozusagen die einzelnen Dörfer, die interagieren nicht miteinander. Also es gibt sozusagen auch sowas zwischen Alteingesessenen und neu zugezogen. Die halt auch schon 30 Jahre da wohnen, aber immer noch Zugezogene sind. Es gibt da sozusagen auch verfestigte Strukturen.“ (KD_51_59)

„Okay, wenn es nicht möglich ist, dass ihr euch an einem anderen Ort trefft, die Feuerwehr sitzt nur bei sich auf dem Hof und der Kulturverein nur bei sich und der Sportverein nur dort, dann lasst uns doch mal überlegen, damit die Konflikte zwischen diesen Vereinen und diesen Ansprüchen, die jeder Verein gegenüber der Gemeinde oder den anderen Menschen hat, lasst uns das doch einfach mal bei so einem Flohmarkt machen, wo alle dabei sein können, alle auf Augenhöhe, alle, was weiß ich, jeder einen Stand. Und auf einmal kennen die sich alle wieder und der Feuerwehrmann weiß, dass er früher mal Fußball gespielt hat und eigentlich die Hälfte der Mannschaft kennt und die gar nicht so blöd sind, wie er eigentlich woanders verkündet. Und solche Situationen versuchen wir immer wieder aufzurufen.“ (KD_38_69)

Diese unterschiedlichen Spielarten gemeinschaftlicher Desintegration, bzw. von Abkapselung auf der einen und Zurücklassen (Stichwort Rückzug des Staates) auf der anderen Seite befördern Desinteresse bis hin zu Ohnmachtsgefühlen und finden ihre gesellschaftspolitische Entsprechung in Form einer auffälligen Passivität, die mancherorts Züge „wutgetränkter Apathie“ aufweist.

„Also [...] das ist, glaube ich, das, was das eigentliche Problem ist. Dass sozusagen so ein Ohnmachtsgefühl und Handlungslosigkeit sozusagen immer wieder erfahren wird. Und dass die Entscheidungen, die sozusagen politisch gefällt werden, für viele auch nicht mehr nachzuvollziehen sind.“ (KD_48_183)

Ein bedingt fruchtbarer Nährboden demokratischen Engagements unter dem Brennglas der Pandemie

Dabei ist diese Passivität insofern vor allem „politischer Natur“, als dass sich die Bevölkerung vor Ort durchaus gemeinwohlorientiert engagiert und z.B. in Vereine oder Stadt-Teilprojekte einbringt (M = 3,6).²⁴⁴ Aktive Initiativen, Bündnisse oder Netzwerke mit *dezidiert* programmrelevanter Ausrichtung (z.B. Demokratie- und Vielfaltförderung) sind indes seltener als andernorts in der Öffentlichkeit aktiv²⁴⁵ und nur bedingt Bestandteil einer Engagementlandschaft (M = 3,3)²⁴⁶, die sich vor allem auf weniger politische Themen zu beschränken scheint (z.B. für den Erhalt der Vereinslandschaft rund um Sport, Kultur, Katastrophenschutz etc.).

²⁴³ Die Annahme wird zudem gestützt durch den im Vergleich zu den Förderregionen der weiteren Idealtypen eher geringen „Ausländer*innenanteil“ von 8,2 % (vgl. Tabelle 9 im Anhang).

²⁴⁴ Vgl. Tabelle 12 im Anhang.

²⁴⁵ Für Demokratie und Vielfalt engagierte Bürgerbündnisse waren in 37 % (22) der Förderregionen von Partnerschaften dieses Idealtyps wiederholt öffentlich wahrnehmbar aktiv. Über die gesamte Verteilung hinweg liegt dieser Wert bei 58 % (170), bei Typ 4 hingegen bei 69 % (33) (vgl. Tabelle 41 im Anhang).

²⁴⁶ Vgl. Tabelle 11 im Anhang.

„Es ist eher so eine Art nicht vorhandene Motivation, Desinteresse, sich auch nicht wirklich aktivieren lassen. [...]. Also das ist so die Problematik, die wir derzeit erleben. [...]. Und immer, wenn ich Mitglieder versuche zu kontaktieren, das geht bei uns von halt ganz klassisch ländlicher Raum, Feuerwehr, irgendwelche Spielmannszüge und so. Die haben überhaupt kein Interesse, gerade irgendwas in Richtung Demokratie zu tun. Die wollen halt ihre Projekte machen, die der Verein anbietet, und mehr nicht.“ (KD_52_39-41)

Die finanziellen Ressourcen strukturschwächerer Regionen und mit Blick auf die Zusammensetzung der Bevölkerung ggf. auch Nachwuchssorgen in Verbindung mit der Distanz zum Politischen bilden gemeinsam mit dem eingeschränkten Angebot an explizit demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten gerade auch für junge Menschen (M = 3,0)²⁴⁷ einen wenig fruchtbaren Nährboden des demokratischen Engagements. Im Verbund prägen sich diese Voraussetzungen in einer als passiv, fragmentiert und kaum aktivierbar beschriebenen demokratischen Zivilgesellschaft aus. So gebe es in den Förderregionen des qualitativen Samples zwar einen Kern aus mehr oder weniger gut vernetzten – bisweilen überlasteten – Einzelpersonen und Trägern, es gelinge jedoch kaum, selbigen zu erweitern. Vielmehr fehle es an einem stabilen Fundament, welches sich als Kristallisationskern gelebter Demokratie und somit als Anknüpfungsoption für die Bündelung bzw. Aktivierung weiterer zivilgesellschaftlicher Potentiale eignen würden. Vielmehr erweise sich schon die Pflege des bestehenden Netzwerks bzw. die Bewältigung vorhandener Zentrifugalkräfte als aufwändig, zumal sich Partnerschaften in Landkreisen u.a. auch mit Herausforderungen ihrer bisweilen eingeschränkten Reichweite bzw. Bekanntheit konfrontiert sehen.

„Es gibt nicht wirklich viele zivilgesellschaftliche Organisationen und auch keine Vielfalt dieser (lacht) Organisationen. Es gibt halt die, die da vor Ort sind sozusagen. Und da kann man halt nur versuchen, mit denen zu arbeiten und [...] man kann eher dann einzelne Personen, die dann halt neu auftauchen oder so, versuchen irgendwie gut einzubinden.“ (KD_74_251)

„Die sind in ihrem Alltag Oberkante-Unterlippe und ich bin heilfroh, dass die überhaupt noch kommen.“ (KD_73_49)

„Und ich höre ganz häufig, gerade aus den ländlichen Regionen so: Ja, Partnerschaft für Demokratie haben wir halt noch nie gehört, dass es das gibt. [...]. Das ist [...] undenkbar, dass da irgendjemand freiwillig kommt und mitmachen will.“ (KD_37_45)

Diese im demokratisch-partizipativen Sinne wenig vital anmutende Zivilgesellschaft droht aus Perspektive der Koordinator*innen im Zuge der Corona-Pandemie weiteren Schaden zu nehmen. Neben dem im Vergleich auffälligen Rückgang kommunaler Zuwendungen für Vorhaben der lokalen Demokratiestärkung (M = 2,8) wird vor allem eine nachhaltige Schwächung zivilgesellschaftlicher Organisationen (M = 3,7) und eine langfristige Erosion des demokratischen Engagements (M = 2,8), aber auch der Gemeinwohlarbeit (M = 2,7; Gesamt M = 2,3)²⁴⁸ an sich vermutet. So ziehen sich Vereine im Umgang mit den Folgen der Pandemie auf ihre

²⁴⁷ Vgl. Tabelle 11 im Anhang.

²⁴⁸ Vgl. Tabelle 42 im Anhang.

Kernthemen und ursprünglichen Vereinszwecke zurück und könnten nur schwerlich in die fragmentierten und somit wenig Strahlkraft entfaltenden Netze der Partnerschaften eingebunden werden.

„Wir bemerken auf jeden Fall, seitdem alles wieder ein bisschen offener ist und Vereine wieder ihr eigenes Angebot setzen können, sind die Leute halt auch nur daran interessiert [...]. Wenn sie bei der DLRG sind, wollen sie halt nur schwimmen und nicht irgendwie Demokratieförderung machen.“ (KD_41_47)

Trügt die Ruhe?

Sind die soziostrukturellen und sozioökonomischen Bedingungen (auf aggregierter Ebene) prädestiniert für gesellschaftspolitische Spannungen, stellt sich die Situation in Bezug auf öffentliche Konfliktphänomene – scheinbar kontraintuitiv – als auffällig ruhig dar. So werden Spannungen kaum in offener Gegnerschaft ausgetragen,²⁴⁹ demokratie- und menschenfeindliche Akteur*innen sind anteilig in weniger Standorten wiederholt öffentlich wahrnehmbar aktiv²⁵⁰ und auch Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffe werden seltener und eher als vereinzelte Ereignisse zurückgemeldet.²⁵¹

„Und ich weiß auch, dass in XXX [Name der Förderregion, Anm. d. Verf.] durchaus auch rechte Tendenzen waren. Mir ist es, seitdem ich hier bin, nicht weiter aufgefallen. Das ist auch nicht weiter thematisiert. Ich würde nicht davon ausgehen, dass es irgendwie behoben wurde, sondern dass es halt irgendwie gerade nicht präsent ist.“ (KD_46_27)

Zugleich werden die eingangs angedeuteten Schwierigkeiten der bisweilen unübersichtlichen Förderkulissen augenscheinlich. So fällt der Anteil der „Kann ich nicht beurteilen“ Nennungen bezüglich der Situationseinschätzungen in der Regel höher aus als in den weiteren Typen²⁵² und auch im Rahmen der qualitativen Interviews wird ein Mangel an „Antennen“ zurückgemeldet, der bisweilen mit den herausfordernden Sozialräumen oder den defizitären Netzwerken zusammenhängen mag. Überdies werden vereinzelt Versuche der Entpolitisierung als auch Hemmungen beschrieben, ob der räumlichen Enge und der persönlichen Beziehungen die durchaus bestehenden Spannungen zu adressieren, womit die Ruhe in den Förderregionen dieses Typs ggf. auch trügerische Züge gewinnt.

„Also man behält alles unter der Decke. Also vielleicht auch Probleme oder so. Also es gibt ganz große Drogenprobleme in allen XXX [Anzahl, Anm. d. Verf.] Kommunen. Unter Jugendlichen. Aber das wird alles halt irgendwie so gedeckelt. Und das ist genau das, was ich auch immer das Gefühl habe, was eigentlich auch bei den Erwachsenen der Fall ist. Also man kennt sich halt schon immer. [...]. Man weiß, was die politische Gesinnung des anderen ist. Und dann wird da aber nicht mehr drüber gesprochen, weil es bringt halt nichts, weil man sich ja eh schon 20 Jahre [kennt, Anm. d. Verf.]. Und dadurch wird viel nicht mehr so sagbar oder möglich.“ (KD_63_47)

²⁴⁹ Vgl. Tabelle 43 im Anhang.

²⁵⁰ Vgl. Tabelle 14 und 15 im Anhang.

²⁵¹ Vgl. Tabelle 44 und 45 im Anhang.

²⁵² Vgl. z.B. Tabellen 16, 17 und 18 im Anhang.

So habe es etwa in der Vergangenheit gerade auch rechtsextreme Manifestationen etwa in Form von Gruppierungen gegeben, welche sich nun allerdings stärker aus dem öffentlichen Raum zurückgezogen hätten. Entsprechend seien demokratieskeptische bis –feindliche Positionen „weniger laut und aufklatschend“ wahrnehmbar, jedoch keinesfalls gänzlich verschwunden.

„Also es gab in den letzten Jahren [...] halt auch eine Familie, die massiv bedroht wurde. [...] Die dann wegziehen musste. Und auch alle Menschen mit Migrationshintergrund. Es gibt die wenigsten, die freiwillig dortbleiben.“ (KD_2_103)

„Ich sage mal, im Moment ist es tatsächlich so, dass keine Übergriffe oder nur wenig Übergriffe bekannt werden, die ja immer so Anlass dafür sind, gezielt in dieser Ortschaft oder in diesem Kontext zu wirken. Selbst die seinerzeit in XXX [Name einer Kommune, Anm. d. Verf.] sehr, wie soll man sagen, sehr schwierige Situation, wo rechte Gruppen auf linke Gruppen wirklich radikal getroffen sind und ihre Kämpfe ausgelebt haben, diese Zeiten sind seit sehr langer Zeit vorbei. Man sieht sich, man beschimpft sich und man geht auseinander. Aber die tatsächliche Auseinandersetzung mit einem Gewaltpotenzial, was über das Verbale hinausgeht, ist in der Förderregion mir zumindest mal nicht bekannt. Es gibt immer mal wieder Übergriffe, mitunter auch mal Nachbarschaftskonflikte, die politisch begründet sind, das passiert alles. Aber es ist nicht in diesem Kontext, dass sich ein Ortsbürgermeister an die Pfd wendet und sagt: „Wir brauchen da mal Hilfe.“ (KD_22_57)

Besser früh als nie! Erfahrungsorientiertes Lernen von Demokratie mit jungen Menschen

Ogleich also manifeste Ausformungen demokratiefernere Phänomene in den Förderregionen beschrieben werden, suchen Partnerschaften dieser Gruppe zunächst die politische Kultur zu beleben, die Bevölkerung zu Engagement anzustiften, hierzu Mitwirkungsspielräume zu eröffnen und derart eine kritische Masse für die weitere Auseinandersetzung mit programmrelevanten Herausforderungen aufzubauen. So soll die örtliche Starre überwunden werden, indem die fragmentierte Zivilgesellschaft vernetzt, jene, die bereits Bereitschaft zu gesellschaftspolitischen Verantwortungsübernahme zeigen, zusammengebracht bzw. zusammengehalten und dieser Kreis um neue Akteur*innen erweitert werden ($M = 4,8$)²⁵³ (s. Abb. 27). Ein solches Schmieden von Bündnisse Interessierter als Arbeit am eigenen Fundament bildet die Basis, für eine auch im räumlichen Sinne weitere Demokratieförderung.

*„Wir versuchen schon sehr stark, neue Akteur*innen zu finden. Das liegt einerseits daran, dass wir versuchen, sie erstmal in unseren Begleitausschuss mit einzupflegen quasi. Aber auch, dass wir wirklich händierend danach suchen, neue Leute, neue Vereine zu finden, die die Partnerschaft mitgestalten wollen. Um halt einfach auch erstmal flächendeckender agieren zu können und [das, Anm. d. Verf.] ist aber etwas, was sehr schwierig ist.“ (KD_96_169)*

Angesichts des wenig fruchtbaren Nährbodens zur Aktivierung etwaiger Potentiale nehmen die Partnerschaften mit ihren Konzepten durchaus eine mittel- bis langfristige Perspektive ein und setzen stark darauf, junge Menschen über niedrigschwellige Beteiligungsangebote etwa zur Gestaltung des eigenen Sozialraums zu motivieren. Dabei steht die Vermittlung konkreter Inhalte nicht immer im Vordergrund. Vielmehr wird versucht, grundsätzlich positive Erfahrungen bzw. das Erleben von Demokratie über den klassischen politischen Prozess hinaus zu ermöglichen (zur Aneignung von (alternativen) Möglichkeitsräumen des demokratischen Engagements ermuntern: $M = 4,6$)²⁵⁴. Diese Anregungen zur Gestaltung sind indes nicht nur Selbstzweck, sondern zielen darauf ab, zentrale Kompetenzen bzw. die Fähigkeit und Bereitschaft sich zu engagieren als Voraussetzungen der Entwicklung zu mitverantwortlichen und handlungskompetenten Bürger*innen zu fördern. Im Engagement sollen der Wert der Partizipation an sich ($M = 4,9$), die Fähigkeit zur Reflexion in der Auseinandersetzung mit den eigenen Erfahrungen und die politische Mündigkeit durch die Unterstützung demokratischer Sozialisationsprozesse gestärkt ($M = 4,8$)²⁵⁵ werden, um somit junge Menschen auf dem Weg in eine aktive Bürgerrolle zu begleiten. Keineswegs ausgeklammert, sondern zum Bestandteil des erfahrungsorientierten Lernens wird dabei die Vermittlung konkreter Wissensbestände. So werden Zielgruppen aufgeklärt u.a. über Möglichkeiten der Mitbestimmung und zur Selbstorganisation (z.B. Schüler*innenvertretung bis hin zur Vereinsgründung) befähigt bzw. in den dazugehörigen Prozessen begleitet.

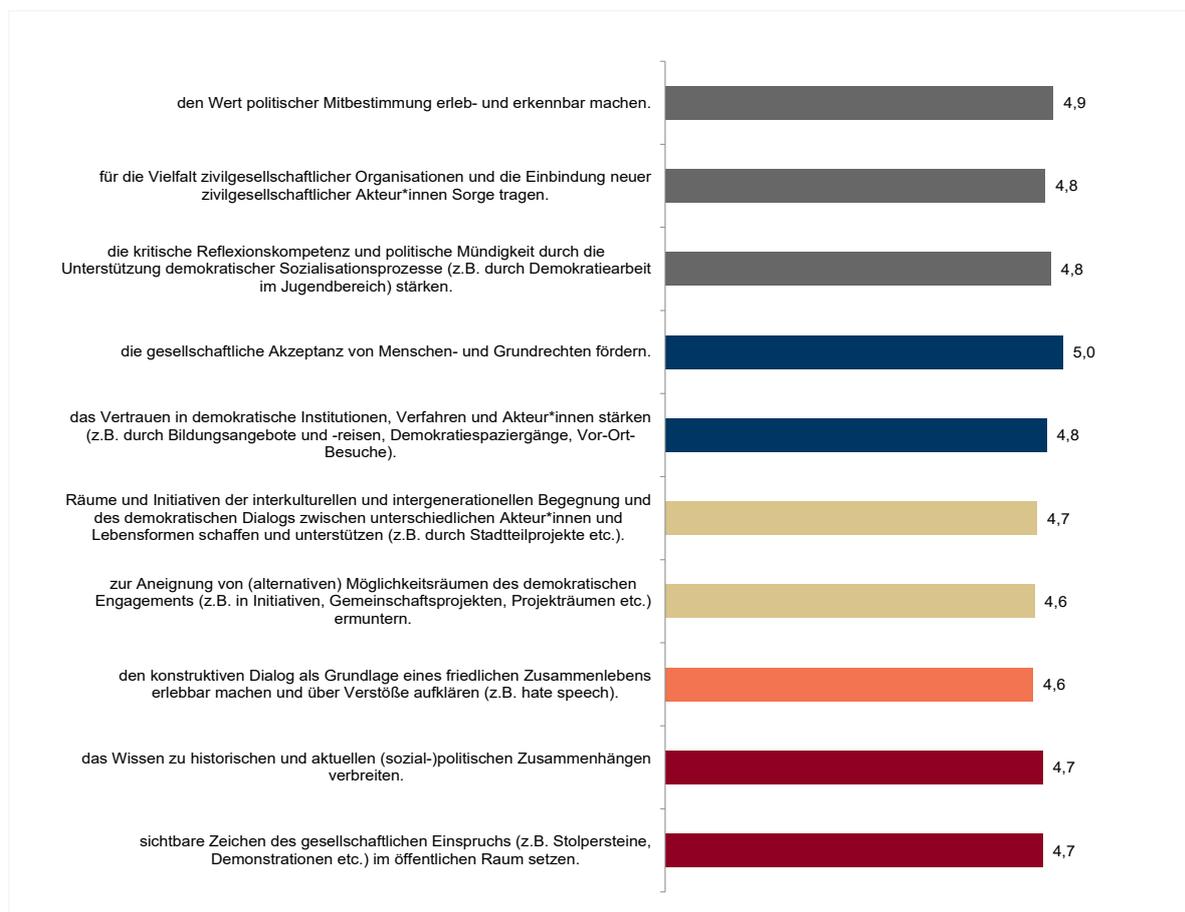
²⁵³ Vgl. Tabelle 24 im Anhang.

²⁵⁴ Vgl. Tabelle 23 im Anhang.

²⁵⁵ Vgl. Tabelle 24 im Anhang.

„Also der Fokus unserer Partnerschaft liegt auf der Partizipation und auf der Teilhabe von jungen Menschen [...], dass junge Menschen halt wirklich erkennen durch das Erleben: Was sind ihre Möglichkeiten, was sind ihre Fähigkeiten, was sind ihre Positionen in der Gesellschaft und wo können sie Einfluss nehmen. Und darüber hinaus wird Bezug genommen auf: Wo leben wir, wie leben wir, in welcher Art von Gesellschaft leben wir und wie sieht diese Teilhabe dann überhaupt de facto aus. Und wo können wir ansetzen und wo können wir das nicht. Das ist zum Beispiel jetzt gerade das große Thema bei der Bundestagswahl. Die meisten Leute, mit denen wir arbeiten, können halt nicht partizipieren. Und was macht das mit den Menschen. Und warum ist das überhaupt so. Warum leben wir in einer Gesellschaft, wo so ein großer Teil ausgeschlossen wird, der aber irgendwie halt einen Großteil ihres Lebens in der gewählten Regierung dann leben muss. [...]. Über solche Wege kommen wir dann eher auf diese Art von Wissensvermittlung.“ (KD_99_113)

Abbildung 27: Ausgewählte Handlungselemente der Strategie der Erfahrbarmachung von Demokratie²⁵⁶



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 59). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Trifft gar nicht zu“) bis 6 („Trifft voll zu“) berechnet. Die Farben der Balken stellen die Systematik zwischen übergeordneten Zielbereichen und den zugehörigen Handlungselementen dar (**Blau** = Vermittlung von Grundlagen der Demokratie, **Grau** = Förderung gesellschaftlicher Mitbestimmung, **Sand** = Stärkung gemeinwohlorientierten Handelns, **Orange** = Stärkung demokratischer Dialog und Konfliktfähigkeit, **Rot** = Setzen demokratischer Grenzen).

²⁵⁶ Vgl. Tabelle 22 – 24 im Anhang.

Verbindet sich mit dieser schon fast als Nachwuchsarbeit zu deutenden Fokussierung auf die Staatsbürgerwerdung junger Menschen, die Hoffnung, Demokratie langfristig im Denken und Handeln der Generationen von Morgen zu verankern, richten sich die Partnerschaften mit ihren Versuchen der zivilgesellschaftlichen Ermunterung zudem an die breite Bevölkerung (bzw. nicht zuletzt an Erwachsene in ihrer Rolle als Multiplikator*innen und Sozialisationsinstanzen).²⁵⁷ Auch hier sollen über niedrigschwellige Möglichkeiten der Beteiligung Wege aus der eigenen Handlungslosigkeit in Richtung einer aktiven Teilhabe an der Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens aufgezeigt werden. Mit der Erfahrung gehört zu werden und Einfluss nehmen zu können, verbinden sich hier bestenfalls das Erleben von Momenten der eigenen Wirksamkeit und letztlich Verschiebungen der Perspektive weg von den Defiziten des politischen Systems, seinen Prozessen und Entscheider*innen hinzu zur persönlichen Rolle und der gemeinsamen Schaffenskraft im zivilgesellschaftlichen Engagement. Alltagspraktisch und lebensnah soll zudem auch die Akzeptanz von Vielfalt (die gesellschaftliche Akzeptanz von Menschen und Grundrechten fördern: M = 5,0)²⁵⁸ über die Schaffung von Räumen und Initiativen der interkulturellen bzw. intergenerationellen Begegnung sowie des demokratischen Dialogs unterschiedlicher Akteur*innen und Lebensformen gestärkt werden (M = 4,7)²⁵⁹, so dass sich die Erfahrungsorientierung in der Grundlagenarbeit des demokratischen Miteinanders erneut sehr deutlich ausprägt (Ermöglichung von Aneignung durch Teilhabe bzw. Erfahrung).

„Also es gibt dann diese Formate der Bürgerdialoge und sowas. Ja, das ist auch was, was wir eigentlich angedacht hatten. [...]. Ich habe eigentlich das Gefühl, dass diese Formate auch nur also nicht wirklich dazu führen, dass die Verdrossenheit aufhört, sondern dass die das eigentlich noch verstärken. [...]. Also ich würde dann immer eher denken: Okay, es geht mehr darum, um irgendwie eine gewisse Haltung irgendwie zu erlangen, eine Haltung zeigen zu können, sich argumentativ sozusagen damit beschäftigen zu können. Und so den Nahraum oder auch also den Raum um sich irgendwie so zu gestalten, dass es für alle, die da irgendwie beteiligt sind, so in Ordnung ist und dass da niemand ausgeschlossen wird so. [...]. Es geht für mich dann viel mehr darum, dass man da sagt: Okay, man versucht denen Kompetenzen zu vermitteln, man versucht einen Austausch herzustellen, man versucht vielleicht auch Politik da gerade außen vor zu lassen und eher mal wieder daran zu kommen, dass die Leute einfach auch im Alltag das Gefühl haben, sie können halt irgendwas bewegen und Sachen sind möglich. [...]. Und ich glaube dann, wenn man im Nahraum ab und zu eine andere Erfahrung hat oder auch von einem Gemeinwesen an sich die Erfahrung macht: Meine Probleme, meine Bedürfnisse werden gehört. Ich kann hier mich beteiligen und ich kann hier was bewegen. Dann auch sozusagen vielleicht die Politikverdrossenheit auf den höheren Ebenen [...], dass die dann vielleicht ein bisschen zurückgeht.“ (KD_91_183)

²⁵⁷ Vgl. Tabelle 46 im Anhang.

²⁵⁸ Vgl. Tabelle 24 im Anhang.

²⁵⁹ Vgl. Tabelle 23 im Anhang.

Grenzsetzungen als perspektivisches Ziel

Fokussieren die beschriebenen Ansätze sehr stark auf die Hinwendung zu und die Ausgestaltung von Demokratie nicht nur als Regierungs- sondern auch als Lebensform adressieren Partnerschaften mit dieser Strategie bisweilen auch die Auseinandersetzung mit dem Unerwünschten (sichtbare Zeichen des gesellschaftlichen Einspruchs im öffentlichen Raum setzen: $M = 4,7$)²⁶⁰. Allerdings stellt die konkrete Adressierung von Problemlagen im Sinne der sozialräumlichen Grenzsetzung nicht nur mit Blick auf die geringe Öffentlichkeit demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene, sondern insbesondere hinsichtlich des eingeschränkten Mobilisierungspotentials eher ein perspektivisches Ziel, als ein gegenwärtiges und weit verbreitetes Merkmal dieses Idealtyps dar. Somit bildet auch hier der Aufbau einer demokratischen Zivilgesellschaft eine Vorbedingung des weiterführenden Engagements – sowohl im Hinblick darauf, welche Herausforderungen vor Ort überhaupt erkannt und adressiert werden, als auch im Hinblick auf ein breites Netzwerk von Akteur*innen, die etwaigen antidemokratischen Kräften und Positionen wirksam entgegentreten könnten.

„Also dieses aktive Grenzen setzen, da hätte ich (lacht) zum Beispiel momentan auch noch überhaupt keinen. Also würde ich einfach nicht machen. Weil ich habe das Gefühl, okay, da stehe ich alleine da sozusagen. Also man hat halt noch nicht den Raum, in dem man das gewährleisten könnte, dass man [...] da nicht sozusagen alleine dasteht.“ (KD_35_243)

Im Gesamtspektrum der fünf Idealtypen zeichnet sich die Strategie der Erfahrbarmachung von Demokratie durch ihre breite und weniger auf einzelne übergeordnete Zielstellungen ausgerichtete Bezugnahme einzelner Handlungselemente aus (vgl. Abb. 27). Stattdessen reagieren die Partnerschaften mit der eher langfristig orientierten und pointierten Verknüpfung einzelner Elemente sowohl der Förderung gesellschaftlicher Beteiligung, der Vermittlung von Grundlagen der Demokratie oder auch der Stärkung des Gemeinwohlorientierten auf ihre durchaus herausfordernden Kontexte.

Ausgehend von ländlichen, strukturschwachen und sozialräumlich problematischen Regionen steht die Stärkung einer fragmentierten demokratischen Zivilgesellschaft im Vordergrund. Über Aktivierung und Netzwerkarbeit aber insbesondere über die erfahrungsorientierte Vermittlung zentraler Kompetenzen und Werte sollen (junge) Menschen zusammengebracht und für die Übernahme gesellschaftspolitischer Verantwortung im Engagement für Demokratie gewonnen werden. Angesichts von Apathie, Verdrossenheit und Skepsis soll Demokratie erfahrbar und damit anschlussfähig an die Lebensrealität der lokalen Bevölkerung gemacht werden. In diesem weniger auf Strukturen und stärker auf Individuen fokussierten Ansatz geht es somit weniger um Beteiligung an sich, sondern um Beteiligung als Vehikel, um Demokratie erfahrbar zu machen und so zur Förderung individueller Grundwerte und Kompetenzen sowie ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz beizutragen. Begegnungs-, Austausch- und Mitmachräume stehen dergestalt im Kontext von gesellschaftlichem Vertrauens- und Kompetenzaufbau und wirken der Idee nach einer Erosion geteilter demokratischer Werte in der vermeintlichen Mitte der Gesellschaft entgegen.

²⁶⁰ Vgl. Tabelle 22 im Anhang.

6.4 Strategie der demokratischen Abwehr von Diskriminierung (Idealtyp 4)

Dicht besiedelte Großstädte²⁶¹ bilden die Kulissen, vor deren Hintergrund Partnerschaften des vierten Typs (n = 48) die Akzeptanz von Vielfalt zu erstreiten suchen. Vorrangig im Westen der Republik (77 %, 37)²⁶² angesiedelt agieren sie in urbanen Kontexten²⁶³ mit starken Infrastrukturen und ausgeprägten Ressourcen des gesellschaftlichen Lebens. Die Förderregionen halten vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten und kulturelle Angebote bereit²⁶⁴ und auch wirtschaftlich scheint die Lage vergleichsweise gut. In der Konsequenz ziehen sie viele Pendler*innen sowie hochqualifizierte Arbeitnehmer*innen an und zeigen sich überdies für junge Menschen attraktiv.²⁶⁵

Sozioökonomische Ungleichheit und räumliche Segregation in urbaner Kulisse

Während es sich auf dieser übergeordneten Ebene um überdurchschnittlich stark wachsende Regionen²⁶⁶ mit vermeintlich guter Zukunftsperspektive handelt, treffen indes auch in den Großstädten des Typs 4 die Folgen des sozialen und ökonomischen Wandels in Gestalt ungleicher Lebensbedingungen, von Reichtum und Armut, von Inklusion und Exklusion aufeinander. So stellen urbane, stark verdichtete Räume mit hoher Kaufkraft oftmals Kristallisationspunkte sozioökonomischer Ungleichheiten dar,²⁶⁷ in denen sich spezifische gesellschaftliche Gruppen mit herausfordernden Lebensumständen konfrontiert sehen. Für Dritte werden diese Härten z.B. durch den vergleichsweise hohen (durchschnittlichen) Anteil an Leistungsberechtigten nach Sozialgesetzbuch II (M = 10 %),²⁶⁸ aber auch in Konsequenzen der Wahl bzw. Zuweisung von Wohnstandort und Wohnraum sichtbar. Derart entstehen bisweilen Polarisie-

²⁶¹ Die Einwohnendichte ist (13,4) bei gleichzeitig positiver Bevölkerungsentwicklung (2,9) vergleichsweise hoch, das Medianalter etwas niedriger als in den anderen Typen (44,5) und der Pendlersaldo liegt über dem Durchschnitt (8,2) (vgl. Tabelle 9 im Anhang).

²⁶² Vgl. Tabelle 6 im Anhang.

²⁶³ 50 % (24) der Förderregionen finden sich in Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohner*innen (oder Stadtteilen innerhalb solcher Kommunen), insgesamt 23 % (11) in Kommunen mit mehr als 400.000 Einwohner*innen (oder Stadtteilen innerhalb solcher Kommunen) (vgl. Tabelle 8 im Anhang).

²⁶⁴ Die Verkehrsinfrastruktur wird überdurchschnittlich bewertet (M = 3,8) und auch Einrichtungen der Nahversorgung (M = 4,3), Bildungseinrichtungen (M = 4,2), kulturelle Angebote (M = 3,6) und digitale Infrastruktur (M = 3,7) (vgl. Tabelle 10 im Anhang). Neben einem vielfältigen Vereinsleben (M = 4,2) und abwechslungsreichen kulturellen Angeboten (M = 3,6) sind besonders auch Angebote demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten für Erwachsene (M = 3,5) und Bildungseinrichtungen (M = 4,2) gut zugänglich (vgl. Tabelle 11 im Anhang).

²⁶⁵ Die Kaufkraft ist überdurchschnittlich ausgeprägt (M = 46.973,6 Euro pro Haushalt), ebenso wie der Anteil Hochqualifizierter am Wohnort (M = 20,9) und am Arbeitsort (M = 18,6) (vgl. Tabelle 9 im Anhang).

²⁶⁶ Die Bevölkerungsentwicklung der letzten fünf Jahre fällt mit einem Wert von 2,9 überdurchschnittlich aus (vgl. Tabelle 9 im Anhang).

²⁶⁷ Ursächlich hierfür ist u.a. die Ausweitung des Dienstleistungssektors – eine Entwicklung, die sich besonders stark in städtischen Räumen vollzieht. Sie treibt die Verfestigung ungleicher Verhältnisse weiter voran und generiert zunehmend Gewinner*innen und Verlierer*innen. Das wird besonders deutlich durch das häufige Auftreten von Armut und Obdachlosigkeit in Großstädten (vgl. Hamedinger 2002, S. 122).

²⁶⁸ Vgl. Tabelle 9 im Anhang.

rungen, die soziale Ungleichheiten auch räumlich konzentrieren und Quartiere schaffen, welche in ihrer baulichen Anordnung, der infrastrukturellen Anbindung sowie in ihrem Image benachteiligt sind.²⁶⁹ Im Zuge dieser räumlichen Segregation erfahren betroffene Gruppen neben der wirtschaftlichen auch soziale Exklusion, die sich mitunter in der Abkopplung vom gesellschaftlichen und politischen Leben vollzieht. Segregierte Strukturen wirken dann sozial entfremdend und bedingen Vorurteilsbildung und Diskriminierung.

„Fast XXX [Zahl, Anm. d. Verf.] Prozent der Menschen sind dort arbeitslos, also eine der höchsten Arbeitslosenquoten, glaube ich, fast deutschlandweit. XXX [Zahl, Anm. d. Verf.] Prozent der Menschen sind in einigen Teilen von XXX [Name der Förderregion, Anm. d. Verf.] von SGB III abhängig, also nicht nur Arbeitslosigkeit, sondern geringfügig Beschäftigte, die nicht ausreichend verdienen. Und dann gibt es eben auch wenig Wahlbeteiligung. Also wenn man sich die Wahlen anguckt in XXX [Name der Förderregion, Anm. d. Verf.], Wahlbeteiligung, dann liegt die ungefähr bei 50-60 Prozent, also 40 Prozent der Menschen wählen dort nicht.“ (KD_61_13)

„Es gibt Segregation, ja, in gewisser Weise gibt es das. Es gab eine große XXX [Studie, Anm. d. Verf.], die vor drei, vier Jahren durchgeführt wurde, wo auf alle Fälle das Thema Klassismus noch mal deutlich zum Thema wurde, gerade für die Kinder und Jugendlichen, die in den Stadtteilen/ denen die Armut zugeschrieben wird oder die, weil Hochhäuser dort stehen, auch eine soziale Abwertung begegnet.“ (KD_90_15)

In diesen gegensätzlichen Verhältnissen begegnen sich Mitglieder einer diversen Gesellschaft und prägen die Stadtbilder mit ihren vielfältigen Weltanschauungen, Lebensstilen und Kulturen.²⁷⁰ Mit der Heterogenität wiederum verbunden sind unterschiedliche Perspektiven und Bedarfe, die in den Förderregionen des vierten Typs mit Spannungen, Abgrenzungen und der Notwendigkeit einer aktiven Konfliktbearbeitung einhergehen.²⁷¹ Denn die eingangs beschriebenen Formen²⁷² sozioökonomischer bzw. sozialer wie auch sozialräumlicher Ungleichheit

²⁶⁹ Vgl. Hamedinger (2002), S. 123.

²⁷⁰ Der „Ausländer*innenanteil“ fällt mit 14,7 % überproportional hoch aus (vgl. Tabelle 9 im an Anhang), Integrationsfördernde Migrant*innencommunities und/oder -netzwerke (z.B. Nachbarschafts- und Unterstützungsgruppen, Vereine) waren in 54 % (26) der Förderregionen wiederholt und in weiteren 33 % (16) vereinzelt öffentlich wahrnehmbar aktiv. Auch Für Demokratie und Vielfalt engagierte Bürgerbündnisse sowie für Demokratie und Vielfalt engagierte Migrant*innen(selbst)organisationen sind in überproportional vielen Förderregionen dieses Typs wiederholt in der Öffentlichkeit aktiv (vgl. Tabelle 41 im Anhang).

²⁷¹ Bleibt eine sachgemäße Thematisierung etwaiger Differenzen indes aus, steigt das Konfliktpotential und entlang der Verschiedenheiten vollziehen sich zunehmende Abgrenzungen, die gesellschaftliche Spaltung begünstigen (vgl. Weller 2021).

²⁷² Diese entstehen besonders im Zuge gesellschaftspolitischer Entwicklungen wie Ungleichheit und zunehmender Politikverdrossenheit und kristallisieren sich in der Suche nach Verantwortlichen sowie der Ethnisierung sozialer Problemlagen, die angesichts der hohen Diversität auf eine Projektionsfläche treffen (vgl. Schmitz 2016, S. 85). So werden etwa soziale Segregationsprozesse und ethnische Segregation oftmals gleichgesetzt, was vor allem dem Umstand geschuldet ist, dass viele Zugewanderte über geringe formale Bildungsabschlüsse verfügen und schwierigere Grundvoraussetzungen zur Erwirtschaftung eines Einkommens haben, wodurch sich die Konzentration migrantischer und sozioökonomisch schlechter gestellten Gruppierungen überlagert. Die daraus häufig resultierende einseitige Reduktion sozialer Problemlagen auf ethnische Gruppen oder auch Fehlschlüsse auf mangelnde Integrationsbereitschaft produzieren Vorurteile und befördern zusätzlich soziale Separation (vgl. Alisch 2018, S. 507).

kristallisieren sich bisweilen in Suchbewegungen nach Verantwortlichen sowie der Ethnisierung sozialer Problemlagen, die angesichts der hohen Diversität auf „geeignete“ Projektionsflächen treffen.²⁷³

*„Auch ich sage mal Fachkräfte, die als Schulsozialarbeiter/-innen oder im Hilfesystem unterwegs sind, [...] haben ja immer mit Problemen zu tun, aber die Einordnung ist halt auch nur die. Also die würden Menschen, die einen Roma oder Sinti Hintergrund haben, nie als Wissenschaftler*innen oder erfolgreiche Menschen sehen, sondern das sind für die immer Familien, die Probleme bereiten, die viele Kinder haben, die arbeitslos sind, die Kinder auf die Straße schicken zum Betteln.“ (KD_11_33)*

„Hohe Zuwanderung und durch die Industrie auch früh viele Gastarbeiter da. Und die Communities leben hier nebeneinander her, haben wenig Berührungspunkte. Es wird aber immer bedauert. Es wird vor allem immer von der weißen Mittelschicht bedauert, dass die Migranten ja nicht mitmachen und nicht beteiligt sind und sich ja gar nicht beteiligen lassen wollen und überhaupt und nie sind sie dabei. Und gleichzeitig wird überhaupt nicht überlegt: Wie sind eigentlich die Formate? Schaffen die eigentlich die Möglichkeit überhaupt, dass Menschen sich angesprochen fühlen und auch Lust haben, sich zu beteiligen?“ (KD_59_43)

Rassismus und Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als Herausforderungen

An dieser Gemengelage entzünden sich aus Perspektive der Partnerschaften Konflikte rund um das Zusammenwachsen einer pluralen Gesellschaft. Einstellungen gegenüber Vielfalt sowie einzelnen Gruppen bündeln sich etwa in der Verbreitung rassistischer Denk- und Argumentationsmuster, die in 71 % (34) der Förderregionen im Alltag unreflektiert und zudem gut wahrnehmbar verwendet werden (trifft voll zu: 31 %, 15; trifft eher zu: 40 %, 19)²⁷⁴. In den öffentlichen Debatten tritt derlei Gedankengut ebenfalls zu Tage. So werden rassistische Positionen nach dem Dafürhalten der quantitativ Befragten an 40 % (19)²⁷⁵ der Förderstandorte wiederholt *offensiv* im Diskurs vertreten. In der Konsequenz schreiben die Koordinator*innen Rassismus auch im Vergleich mit den weiteren Typen den höchsten Problemdruck zu (M = 3,7)²⁷⁶. Überdies sind die Regionen mit weiteren Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit konfrontiert. Egalitätsnegierende Phänomene wie Antisemitismus, Sinti- und/oder Roma- sowie Islam- und Muslimfeindlichkeit sind aus Wahrnehmung der Befragten von ähnlich

²⁷³ Solche Probleme entstehen zum Beispiel dann, wenn etwa soziale Segregationsprozesse und ethnische Segregation gleichgesetzt werden, was vor allem dem Umstand geschuldet ist, dass viele Zugewanderte über geringe formale Bildungsabschlüsse verfügen und schwierigere Grundvoraussetzungen zur Erwirtschaftung eines Einkommens haben, wodurch sich die Konzentration migrantischer und sozioökonomisch schlechter gestellten Gruppierungen überlagert. Die daraus häufig resultierende einseitige Reduktion sozialer Problemlagen auf ethnische Gruppen oder auch Fehlschlüsse auf mangelnde Integrationsbereitschaft produzieren Vorurteile und befördern zusätzlich soziale Separation.

²⁷⁴ Vgl. Tabelle 19 im Anhang.

²⁷⁵ Vgl. Tabelle 18 im Anhang.

²⁷⁶ Vgl. Tabelle 13 im Anhang

hoher Virulenz und verdichten den Eindruck einer aufgeladenen und in Teilen vielfaltablehnenden Atmosphäre,²⁷⁷ welche demokratieferne Akteur*innen zu nutzen suchen und die vermeintlichen „Sollbruchstellen“ pluraler Demokratie mit populistischen bis hin zu justiziablen Werkzeugen bearbeiten.²⁷⁸

„Wie gesagt, weil Vielfalt ja das ist, was allgemein am meisten angegriffen wird. [...] „Multikulti am Ende“, also dass [...] eine Gesellschaft der Vielfalt, die ja da ist, die ist ja gar nicht mehr wegzureden, auf einmal gesagt wird, das ist gescheitert und wo das nicht infrage gestellt wird öffentlich und auch nicht verteidigt wird.“ (KD_23_47)

Als Ziel dieser Agitationen wird u.a. das Erlangen von Deutungsmacht über die Auswirkungen von Diversität und den Ursprung sozialer Problemlagen beschrieben. So werden die gesellschaftlichen Spannungen und Konfliktlinien, geprägt vor allem durch ungleiche Lebensverhältnisse, instrumentalisiert, um einen horizontalen Antagonismus innerhalb der Gesellschaft zu stilisieren. Einzelne Gruppen werden von einem homogen verstandenen „Wir“ abgegrenzt und als „fremd“ und „andersartig“ präsentiert sowie darüber hinaus als Verantwortliche unterschiedlicher bestehender Missstände benannt.²⁷⁹

„Ja, in Bezug auf Antisemitismus kann man natürlich auch, also geht es hier ganz viel in XXX [Name der Förderregion, Anm. d. Verf.] auch um Taten im öffentlichen Raum, wo Stolpersteine verschmutzt werden oder beschädigt werden. Also von rechten Organisationen werden Hakenkreuze gesprüht. Wir reden hier [...] vor allen Dingen vermuten wir, von der identitären Bewegung, die eben in kleinen Grüppchen dort auftritt und auch Flugblätter verteilt, um gegen geflüchtete Menschen mit Migrationshintergrund Stimmung zu machen.“ (KD_66_31)

Die breite Bevölkerung wird damit, in Abgrenzung zu den Typen 1 und 2, besonders bezogen auf ihre Einstellung gegenüber Vielfalt und einer pluralen Gesellschaft umworben. Solche Annäherungsversuche auf Grundlage der mit den angerissenen Kontextmerkmalen einhergehenden Verunsicherungen werden durch die im Zuge der Corona-Pandemie auftretenden Friktionen erleichtert und die Großstädte auch von ortsfremden Gruppierungen als Bühne genutzt.²⁸⁰ So adressieren demokratieferne Akteur*innen das große Publikum dieser urbanen Kontexte öffentlichkeitswirksam mittels Demonstrationen und Protestkundgebungen und schaffen einen Resonanzraum für die eigenen Positionen. Auf eine solch öffentliche Präsenz – indes verbunden mit anderer Zielstellung – zielt überdies in 35 % (17)²⁸¹ der Förderregionen räumliches

²⁷⁷ Darunter fallen etwa Antisemitismus (M = 3,6), Sinti und Roma-Feindlichkeit (MW = 3,4), Islam- und Muslimfeindlichkeit (M = 3,4,) sowie LGBTIQ-Feindlichkeit (M = 3,0) (vgl. Tabelle 13 im Anhang).

²⁷⁸ Rechtspopulistische Gruppierungen wie beispielsweise „PEGIDA“ oder die „Pro“-Bewegung treten in 54 % (26) mindestens vereinzelt auf, jedoch nur in 15 % (7) wiederholt (vgl. Tabelle 14 im Anhang).

²⁷⁹ Vgl. Küpper et al. (2021), S. 45.

²⁸⁰ Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen treten in 54 % (26) der Partnerschaften wiederholt öffentlich auf (vgl. Tabelle 14 im Anhang). Im Zuge von Corona konnten in 50 % (24) neue Kooperationen von bisher getrennt auftretenden Gruppen des populistischen, rechtsaffinen, rechtspopulistischen und rechtsextremen Spektrums beobachtet werden (vgl. Tabelle 15 im Anhang) und Verschwörungserzählungen wurden in 58 % (28) der Partnerschaften wiederholt öffentlich vertreten (vgl. Tabelle 18 im Anhang).

²⁸¹ Vgl. Tabelle 16 im Anhang.

Dominanz- und Provokationsverhalten ab, etwa in Form von Spuckis, Graffiti oder Schmiere-reien bis hin zur Aneignung kommunaler Räume.²⁸²

*„Irgendwie werden hier Räume enger, wie auch immer. Und ich glaube, dass auch die Themen dadurch [...] auch noch mal schärfer [...] hervortreten werden. [...] Dann habe ich jetzt gesehen, haben irgendwelche auf den einen Weg, den ich immer entlangfahre, ein Hitlerkreuz und "Fuck Antifa" und "Fuck Schwule" geschrieben. Auf einer anderen Wand steht irgendwie "kein Impfwang". [...]. Da wird ja der öffentliche Raum genutzt, um Message loszuwerden.“
(KD_31_35)*

Auch rechtsextreme Gruppierungen sind in überdurchschnittlich vielen Regionen des Typs 4 präsent und zeigen sich in 73 % (35) mindestens in Einzelfällen, in 38 % (18)²⁸³ wiederholt öffentlich wahrnehmbar aktiv.²⁸⁴ Angriffe auf die Vielfalt vor Ort manifestieren sich dabei auch weniger anbietend bzw. sozialräumlich orientiert in Form wiederholter (58 %, 28)²⁸⁵ Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffe, begründet in der (vermeintlichen) Gruppenzugehörigkeit der Opfer.²⁸⁶

Standfeste Zivilgesellschaft: Unbeeindruckt von rechtem Provokationsverhalten

Innerhalb dieses pluralen, bisweilen polarisierten und spannungsgeladenen Feldes engagiert sich eine aktive und gut vernetzte Zivilgesellschaft, welche den ressourcenreichen Kontext positiv zu nutzen versteht und so neben einer vielfältigen Angebots- und Beteiligungsstruktur auch unterschiedliche Akteur*innen und Gruppierungen einbezieht.²⁸⁷

„Und auch so lebt XXX [Name der Förderregion, Anm. d. Verfassers] wirklich auch von großem und breitem Vereinsleben, auf alle Fälle. Und also es gibt eine starke Zivilgesellschaft, würde ich auch so sehen. Und die auch versucht, diese Stadt kulturell und sozial gut aufzustellen. Also es gibt viele Initiativen

²⁸² Auch Demonstrationen und Kundgebungen finden sich in 48 % (23) der Förderregionen wiederholt. (vgl. Tabelle 16 im Anhang).

²⁸³ Vgl. Tabelle 14 im Anhang.

²⁸⁴ Zugleich sind auch rechtsaffine subkulturelle Gruppen in 40 % (19) der Förderregionen mindestens vereinzelt und in 13 % (6) wiederholt vertreten (vgl. Tabelle 15 im Anhang).

²⁸⁵ Vgl. Tabelle 43 im Anhang.

²⁸⁶ Auch werden etwa in 25 % (12) der Partnerschaften des Typs zivilgesellschaftliche Akteur*innen aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen sowie in 15 % (7) der Partnerschaften Vertreter*innen der Medien und in 10 % (5) Bürgermeister*innen oder Landrät*innen (vgl. Tabelle 44 und 45 im Anhang). Trotz solch bisweilen deutlicher Ausformungen, wird der durch den Rechtsextremismus erzeugte Problemdruck von den Koordinator*innen zwar höher als in anderen Typen bewertet, in seiner Ausprägung jedoch eher mittelstark eingestuft (M = 3,4) und auch etwas niedriger als der Problemdruck im Bereich Rassismus (M = 3,7) (vgl. Tabelle 13 im Anhang). Eine mögliche Erklärung wäre hier, dass rechtsextreme Aktionen zwar ausgeprägt und wahrnehmbar sind, jedoch von unterschiedlichen Akteur*innen mit breitem Konsens als demokratiefeindlich und grenzüberschreitend bewertet werden: 75 % (36) der Partnerschaften in Typ 4 geben an, dass auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle öffentlich reagiert wird (z.B. durch zeitnahe Verurteilung, Gegendemonstrationen bzw. zivilgesellschaftliche Gegenwehr) (trifft voll zu: 19 %, 9; trifft eher zu: 56 %, 27) (vgl. Tabelle 30 im Anhang). In 65 % (31) der Förderregionen erfolgt der Umgang von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen kompetent (trifft voll zu: 10 %, 5; trifft eher zu: 54 %, 26) (vgl. Tabelle 19 im Anhang).

²⁸⁷ Sie zeichnet sich zum Beispiel durch ein vielfältiges Vereinsleben aus (M = 4,2) sowie durch eine vielfältige Angebotsstruktur in der Jugendarbeit, -sozialarbeit und -bildung (M = 3,9) (vgl. Tabelle 11 im Anhang). Zudem agieren wiederholt integrationsfördernde Migrant*innencommunities und/oder -netzwerke (54 %, 26) sowie für Demokratie und Vielfalt engagierte Migrant*innen(selbst)organisationen (46 %, 22) (vgl. Tabelle 41 im Anhang) in den Regionen.

auch für auch alternative Startups. Es gibt Initiativen, um die Innenstadt zu beleben. Es gibt Initiativen, soziale Initiativen, die versuchen, in ihren Stadtteilen irgendwie Bewegung, Kultur reinzubringen.“ (KD_56_19)

Die Engagierten zeigen sich sensibel gegenüber den bestehenden Problemen und versuchen, diese etwa mit antirassistischen und teilhabesichernden Maßnahmen zu begegnen.²⁸⁸ Dabei arbeiten sie selbstbewusst und treten auch innerhalb eines konfliktreichen Kontextes bestimmt für ihre Positionen ein. Ihre Standfestigkeit, Erfahrung und gute Vernetzung machen sowohl die Aktiven als auch die stark zivilgesellschaftlich verankerten Partnerschaften²⁸⁹ widerstandsfähig. Eine Fähigkeit, die durchaus von Nöten ist. Denn ihre gegenüber antidemokratischen Phänomenen sensibilisierende bzw. immunisierende Arbeit lassen sie stärker in den Fokus demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen rücken. Obwohl die zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume in 29 % (14)²⁹⁰ der Partnerschaften und damit häufiger als in anderen Typen angegriffen werden, werden diese durch Versuche der Einflussnahme und Einschränkung am wenigsten beeinträchtigt (M = 2,3)²⁹¹. Sie lassen sich wie auch die engagierte Zivilgesellschaft nicht einschüchtern, halten unter problematischen Gegebenheiten an ihrem Engagement fest²⁹² und erleben selbst unter Beschränkungen der Corona-Pandemie eine geringere strukturelle Schwächung als Organisationen in den Förderregionen der weiteren Typen (M = 3,2)²⁹³.

Zwischen Abwehr und Empowerment – Einsatz für Vielfalt an unterschiedlichen Fronten

Unter dergestalt erschwerten Bedingungen und in von Disparitäten geprägten Kontexten (Armut und Reichtum, Pluralität als Merkmal und als Konfliktthema, Öffentlich wahrnehmbare Rechte und engagierte Zivilgesellschaft etc.) treten die Partnerschaften mit ihrer Arbeit aktiv für Vielfalt ein. Dabei verhandeln 50 % (24)²⁹⁴ Vielfalt gleichermaßen im positiv-gerichtet fördernden Sinne, besonders durch das Empowerment benachteiligter Gruppen, wie im präventiven Sinne durch den Abbau von Diskriminierung.²⁹⁵

²⁸⁸ Beispielsweise werden in 44 % (21) der Förderregionen wiederholt antirassistische und teilhabesichernde Maßnahmen sowie in 33 % (16) Maßnahmen zur Erhöhung der Bekanntheit von professionellen Angeboten für Betroffene demokratie- und menschenfeindlicher Übergriffe angeboten (vgl. Tabelle 29 im Anhang).

²⁸⁹ Das zeigt sich etwa daran, dass etwa 70 % der Mitglieder in den Begleitausschüssen des Typ 4 Akteur*in zivilgesellschaftliche Akteur*innen sind (vgl. Tabelle 58 im Anhang).

²⁹⁰ Vgl. Tabelle 47 im Anhang.

²⁹¹ Vgl. Tabelle 48 im Anhang.

²⁹² Vgl. Tabelle 20 im Anhang.

²⁹³ Vgl. Tabelle 42 im Anhang.

²⁹⁴ Vgl. Tabelle 49 im Anhang.

²⁹⁵ Rassismus wird von 77 % (37) der Partnerschaften in Typ 4 mit hohem Stellenwert behandelt. Auch spezifischere Themen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit werden deutlich häufiger als in anderen Typen mit hohem Stellenwert bearbeitet, darunter etwa Antisemitismus (46 %, 22), Sinti und Roma-Feindlichkeit (21 %, 10), Islam- und Muslimfeindlichkeit (29 %, 14) und LGBTQ-Feindlichkeit (19 %, 9) (vgl. Tabellen 50-52 im Anhang). In Abgrenzung zu Typ 5 wird somit ein stärker problemzentrierter Umgang mit dem Thema Rassismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit offenbar, der ggf. aus dem hohen Handlungsdruck im Kontext resultiert. Die übergeordneten Zielstellungen indes bleiben eher positiv konnotiert. So soll etwa die vorhandene Vielfalt als wünschenswert verankert, gemeinsam gestaltet und Chancengleichheit gefördert werden.

„Ja, das gesellschaftliche Ziel wäre, positiv auf eine Gesellschaft der Vielfalt zu blicken, das als Stärke zu sehen und nicht als Schwäche. Mehr das hervorzuheben, auch die Leistungen einer, sage ich mal, Gesellschaft der viele, also die positiven Momente, die dort zu sehen sind, die aber leider nicht gesehen werden oft und auch über die nicht berichtet wird, die mehr in den Vordergrund zu bringen. Das heißt, es braucht eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und eine Sichtbarkeit. Weil wenn die Sichtbarkeit auf Vielfalt immer problematisch dargestellt wird, dann bleibt sie eben ein negativer Aspekt. Und wichtig ist, das Ziel ist, dass man stolz ist, dass man eine Gesellschaft für viele ist.“ (KD_10_49)

Um dies zu erreichen, werden (potentiell) diskriminierte Minderheiten wie (potentiell) diskriminierende Mehrheit gleichermaßen adressiert, wenn auch mit unterschiedlichen Zielen und Vorgehensweisen. So fokussiert die Förderung gesellschaftlicher Chancengleichheit (**Übergeordnetes Ziel: Stärkung gemeinwohlorientierten Handelns**) zunächst Menschen mit Diskriminierungserfahrungen bzw. potentiell von Diskriminierung betroffene Gruppen.²⁹⁶ Hier versuchen die Partnerschaften einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensumstände benachteiligter Akteur*innen zu leisten (M = 5,4),²⁹⁷ etwa indem sie niedrigschwellige Freizeitaktivitäten (z.B. Ferienworkshops) auch für Kinder aus Haushalten mit geringem Einkommen anbieten. Derart soll die Integration in das gesellschaftliche Leben erleichtert und durch Begegnungen im jungen Alter der Aufbau von Vorurteilen verhindert werden.

Mit eingeschränkten Zugängen zum gesellschaftlichen, bzw. insbesondere auch zum politischen Leben adressieren die Engagierten vor Ort zudem auch strukturelle Integrationshürden und suchen hier gezielt die Beteiligungschancen benachteiligter Akteur*innen zu erhöhen (M = 5,2).²⁹⁸ Um in vorhandene Lücken zu stoßen, werden Angebote etwa gezielt in Vierteln durchgeführt, die anderweitig nur wenig von Veranstaltungen oder Projekten profitieren. Hierfür relevante Informationen werden übersetzt, leicht zugänglich oder in einfacher Sprache aufbereitet bereitgestellt und etwa mittels Plakaten in Hausfluren von Wohnbaugesellschaften sichtbargemacht. Dabei sollen benachteiligte Gruppen weniger aus einer Opferperspektive in eine Mehrheitsgesellschaft integriert, sondern empower und bei der „Subjektwerdung“ zu politisch mündigen Akteur*innen begleitet werden.²⁹⁹ Neben der Unterstützung von Sozialisationsprozessen regen die Aktiven auch Prozesse der Selbstorganisation an und begleiten selbige (M = 5,3).³⁰⁰ Dies befördert nicht nur das Entstehen für eigene Interessen, sondern eröffnet den Partnerschaften ggf. neue Zugänge zu (potentiell) diskriminierten Personen und trägt

²⁹⁶ 77 % (37) der Partnerschaften wollen Menschen mit Migrationshintergrund schwerpunktmäßig erreichen. Zudem versuchen 46 % (22) auch Asylsuchende und Geflüchtete anzusprechen sowie 40 % (19) LGBTIQ-Personen.

²⁹⁷ Vgl. Tabelle 46 im Anhang.

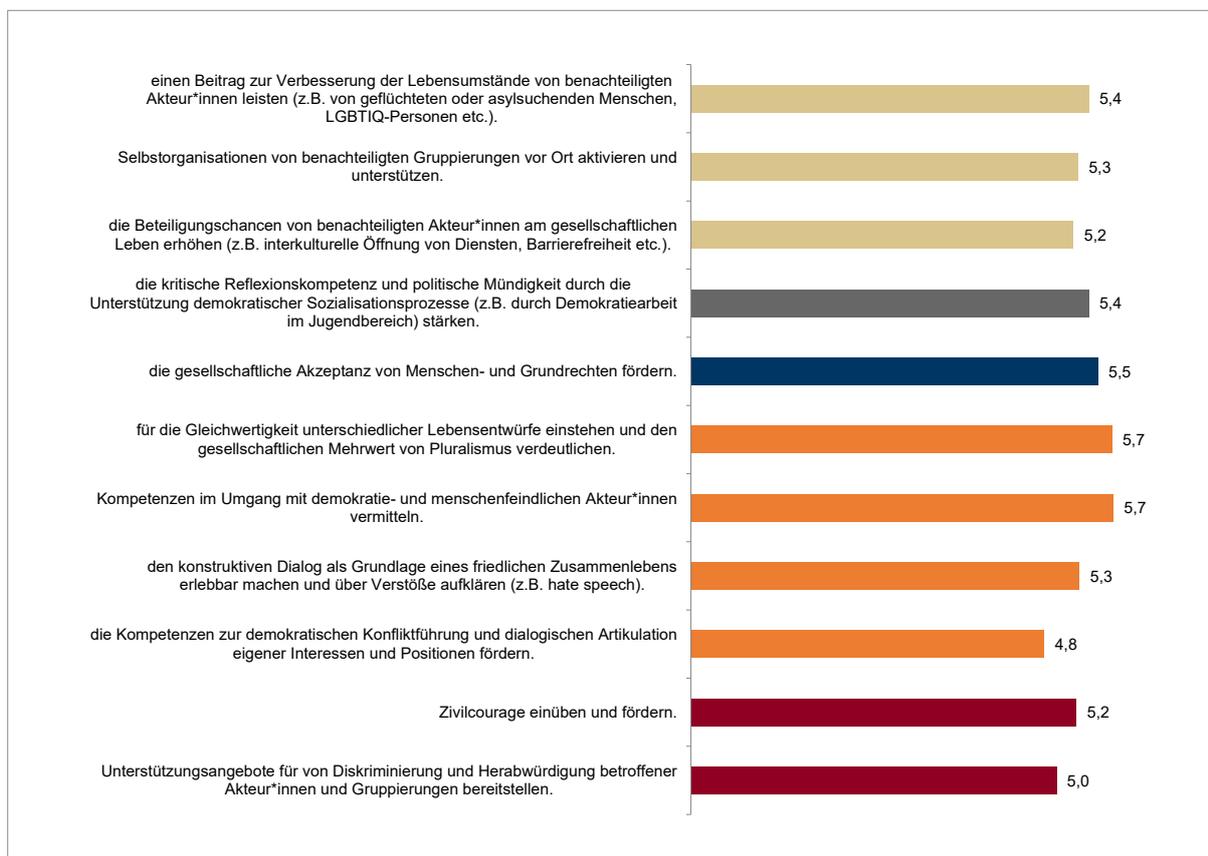
²⁹⁸ Dieses Vorgehen spiegelt insofern auch den politischen Diskurs um die Integration von Zugewanderten in Deutschland, als dass z.B. häufig kritisiert wird, dass gerade politische Beteiligungsrechte eine zu geringe Rolle spielen (vgl. Roth 2013: 18f).

²⁹⁹ Genauer bildet das Element „Die kritische Reflexionskompetenz und politische Mündigkeit durch die Unterstützung demokratischer Sozialisationsprozesse (z.B. durch Demokratietarbeit im Jugendbereich) stärken“ einen wesentlichen Bestandteil des Handlungsrepertoires von Typ 4 (M = 5,4) (vgl. Tabelle 24 im Anhang).

³⁰⁰ Vgl. Tabelle 23 im Anhang.

somit zur Knüpfung weiterer Knotenpunkte im bereits recht engmaschigen Akteur*innennetzwerk bei.³⁰¹

Abbildung 28: Ausgewählte Handlungselemente der Strategie Abwehr von Diskriminierung³⁰²



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 48). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Trifft gar nicht zu“) bis 6 („Trifft voll zu“) berechnet. Die Farben der Balken stellen die Systematik zwischen übergeordneten Zielbereichen und den zugehörigen Handlungselementen dar (**Blau** = Vermittlung von Grundlagen der Demokratie; **Grau** = Förderung gesellschaftlicher Mitbestimmung, **Sand** = Stärkung gemeinwohlorientierten Handelns, **Orange** = Stärkung demokratischer Dialog und Konfliktfähigkeit, **Rot** = Setzen demokratischer Grenzen).

Abwehr von Rassismus: Klare Positionierung und Grenzen im Diskurs

Der aufgeheizte Kontext legt neben teilhabermöglichenden Ansätzen bzw. Empowerment ferner die direkte Auseinandersetzung mit Diskriminierung bzw. rassistischen und menschenfeindlichen Positionen und Vorkommnissen nahe. Durch Widerspruch in Dialog und Diskurs

³⁰¹ Durch gute Kontakte zu selbstorganisierten Communities können verbindende „bridging-Netzwerke“ geschaffen werden. In Anlehnung an das bonding und bridging nach Robert Putnam werden „bonding-Netzwerke“, die verbindend und grenzerhaltend wirken und homogene Gruppen bilden, von „bridging-Netzwerken“ unterschieden, die dagegen überbrückend und grenzüberschreitend aufgestellt sind und eine heterogene Zusammensetzung ermöglichen. Um die Empowerment-Arbeit effektiv und zielgruppengerecht zu gestalten, beziehen die Partnerschaften des Typs 4 zudem auch explizit Multiplikator*innen und Fachkräfte mit ein. Das ist zum einen möglich durch die gute Ressourcenausstattung und Vernetzung innerhalb der Förderregion, spiegelt aber auch den Ansatz wieder, ein möglichst breites Konglomerat von Akteur*innen miteinzubinden. Die Vernetzung spielt auch eine zentrale Rolle bei der Wahl eines Trägers. 79% (38) der Koordinator*innen nennen die Themenkompetenz des Trägers als Grund für die Ansiedlung sowie 77% (37) die Sicherung des Zugangs zu zivilgesellschaftlichen Akteur*innen (vgl. Tabelle 53 im Anhang). Häufige Kooperationspartner*innen sind unter anderem auch mobile Berater*innen (56% 27) und Opferberater*innen (40%, 19) (vgl. Tabelle 54 im Anhang).

³⁰² Vgl. Tabelle 22, 23 und 24 im Anhang.

präsentieren sich die Partnerschaften auch öffentlich als Fürstreiterinnen von Vielfalt und Diversität und zeigen klare Haltung gegen Rassismus und Ausgrenzung. Der öffentliche Raum wird dabei explizit genutzt, um die Botschaften der Co-Governance-Arrangements zu transportieren. Angesichts aktiver demokratiefernere und vielfaltablehnender Akteur*innen umfassen diese nicht zuletzt den demokratischen Widerspruch gegenüber Normverletzungen und Grenzüberschreitungen. So offenbart sich vor allem am Thema Vielfalt das Ringen bzw. der Kampf um die vermeintliche Mitte und wird bisweilen mit Werbetafeln, Banner oder bedruckten Taschen geführt. Gemeinsam mit dem zivilgesellschaftlichen Netzwerk soll derart für die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Lebensentwürfe eingestanden und der gesellschaftliche Mehrwert von Pluralismus verdeutlicht werden (M = 5,7)³⁰³.

„Also wir haben Taschen entwickelt, wo draufsteht „XXX“ [Slogan, Anm. d. Verf.], um genau bei Angriffen gegen Vielfalt im öffentlichen Raum auch sichtbar zu machen: Es gibt Menschen, die dagegen eintreten.“ (KD_85_91)

Dieser Widerspruch soll jedoch nicht nur in der Öffentlichkeit formuliert, sondern gerade auch im direkten Umgang mit antidemokratischen Akteur*innen und im Austausch mit einer umwobenen Mitte kommuniziert werden. Hier setzen die Partnerschaften des Typ 4 explizit auf die **Stärkung demokratischer Dialog- und Konfliktfähigkeit**. Auch diese zweite Zielebene steht also im Zeichen von Vielfaltförderung und Rassismusabwehr. So soll der demokratische Meinungspluralismus gefördert bzw. verteidigt (M = 5,7)³⁰⁴ und Bürger*innen dazu befähigt werden, sich selbstbewusst zu positionieren. In diesem Sinne wird der direkte Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Akteur*innen mit entsprechendem Know-How unterfüttert (M = 5,7)³⁰⁵ und die Engagierten wie auch die Betroffenen mit Kompetenzen und Selbstbewusstsein ausgestattet, um im Öffentlichen wie im Privaten für Vielfalt und Pluralismus einzustehen. An diese Beförderung individueller Widerstandsfähigkeit knüpft auch die Förderung von Zivilcourage an (M = 5,2).³⁰⁶ Gemeinsam mit der Bereithaltung von Unterstützungsangeboten für von Diskriminierung und Herabwürdigung betroffenen Personen (M = 5,0)³⁰⁷ bildet sie zugleich den Übergang zum Zielbereich des **Setzens demokratischer Grenzen, welcher** den stärker befähigend-diskursorientierten Zugang um eine aufklärend-mahnenden Perspektive ergänzt.

„Aber da gibt es eben sehr viel, sage ich jetzt mal, rassistische Vorurteile oder Haltungen, die man dauernd auch wieder reproduziert auf die Gruppen. Und ich glaube, es braucht da relativ viel Reflexion, um sich damit mehr auseinanderzusetzen und besser mit dem Thema umzugehen und kompetenter vor allen Dingen darauf zu reagieren. [...]. Da sind ja auch Leute, die aus bestimmten Hilfsangeboten rausgehalten werden, die ihnen zustehen. [...]. Beispiel, dass die Sachbearbeiterin im Amt für soziale Dienste, die beraten soll über Hilfsangebote, aber dann eine gewisse Voreinstellung hat an einen bestimmten Menschen, der eigentlich da sitzt, weil sie auch den Anspruch hat zu helfen und trotzdem solche Vorurteile hat, dass ihr Hilfsangebot da vielleicht gar nicht so

³⁰³ Vgl. Tabelle 23 im Anhang.

³⁰⁴ Vgl. Tabelle 55 im Anhang.

³⁰⁵ Vgl. Tabelle 23 im Anhang.

³⁰⁶ Vgl. Tabelle 22 im Anhang.

³⁰⁷ Vgl. Tabelle 22 im Anhang.

wahrgenommen wird oder ankommt oder auch vorenthalten wird durchaus. [...] Das sind unterschiedliche Methoden. Das sind manchmal solche Methoden, wie eine Lesung. Also meine Kollegin hier im Amt, die hat auch schon innerhalb der Behörde eine Veranstaltung angeboten zum Thema Rassismus in der sozialen Arbeit. Da sind auch viele Mitarbeiter/-innen gekommen und haben daran teilgenommen. Das können Workshops sein, also ganz zielgerichtet, dass man Gruppen anspricht und sagt: Wollt ihr nicht an einem Workshop mal teilnehmen zu dem und dem Thema? Es sind aber auch kulturelle Veranstaltungen. Es können auch Musikveranstaltungen sein, Comedy. Also wir versuchen da, mit vielen Angeboten drauf zu reagieren.“ (KD_9_115-117)

Mit diesem eher aufklärend-mahnenden Zugang adressieren die Partnerschaften vor allem die breite Bevölkerung, deren Sensibilität gegenüber antidemokratischen Phänomenen erhöht werden soll (M = 5,0).³⁰⁸ Idealerweise verringert sich derart nicht nur die Anfälligkeit gegenüber menschenfeindlichen Inhalten, sondern aktiviert diese auch als Mitstreiter*innen, die kritische Inhalte selbstständig einordnen können. Dabei zeigt sich zugleich die starke diskursive Präsenz. So fungieren die Akteur*innen der Partnerschaften als Agenda-Setter*innen, welche die Aufmerksamkeit auf neue und/oder verdeckte Erscheinungsformen demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene und Positionen zu lenken (M = 5,2)³⁰⁹ oder Normalisierungsprozesse zum Beispiel im politischen Diskurs kritisch sichtbar machen und damit verbundene Bestrebungen abzuwehren (M = 5,2)³¹⁰ suchen. Als Wächterinnen über demokratische Normen treten sie konsequent gegen eine Verschiebung des Sagbaren und klären über neue Phänomene auf. Auch hier adressieren sie vor allem die bürgerliche Mitte, die sie auf rassistische und menschenfeindliche Phänomene aufmerksam machen und sie so gegen Versuche der Vereinnahmung aufklären wollen.

Da ihre Arbeit also vor allem die vermeintliche Mitte ansprechen soll, bleiben die Partnerschaften in ihrer Grenzsetzung vor allem auf die Sensibilisierung fokussiert und arbeiten wenig verdrängend im Sinne sozialräumlicher Abwehr. Entsprechend wird seltener zur direkten Marginalisierung antidemokratischer Bestrebungen beigetragen (M = 4,3).³¹¹ Dies bedeutet indes nicht, dass bestehende Missstände „lediglich“ mahnend aufgezeigt oder individuelle Kompetenzen zur Bewältigung derselben gefördert werden. So vollzieht sich die Abwehr von Rassismus nicht ausschließlich am Individuum, sondern spielt vielmehr darüber hinaus auch im Umgang mit und der Bekämpfung von strukturellem Rassismus eine Rolle. Um diesem zu begegnen, sollen Institutionen und Einrichtungen sensibilisiert und deren interkulturelle Öffnung forciert werden, um Schlechterstellung auch durch vorurteilsbehaftete Strukturen abzubauen.

Zusammenfassend verschreiben sich die Partnerschaften des Typ 4 einer umfassenden Vielfaltstärkung mit fördernder wie präventiver Perspektive, indem sie zum einen diskriminierte Gruppen empowern und zu deren Teilhabe beitragen. Zugleich setzen sie sich für die Abwehr rassistischer Denkweisen und die Veränderung rassistischer Strukturen ein, indem sie sich

³⁰⁸ Vgl. Tabelle 55 im Anhang.

³⁰⁹ Vgl. Tabelle 22 im Anhang.

³¹⁰ Vgl. Tabelle 22 im Anhang.

³¹¹ Vgl. Tabelle 55 im Anhang. Gleichzeitig geschieht dies auch vor dem Hintergrund der Einbettung in ein aktives zivilgesellschaftliches Netzwerk, welches sich bereits schlagkräftig und mobilisierungsfähig auf antidemokratische Präsenz reagiert.

öffentlich positionieren und individuelle Kompetenzen im direkten Umgang mit antidemokratischen Akteur*innen entwickeln, aber auch durch die Arbeit mit Multiplikator*innen in Strukturen hineinwirken, um Diskriminierung zu reduzieren.

6.5 Strategie der teilhabeorientierten Gestaltung pluraler Gemeinschaften (Idealtyp 5)

Partnerschaften, die mit ihrer Strategie die teilhabeorientierte Gestaltung pluraler Gemeinschaften verfolgen (n = 65), sind weitgehend proportional über neue und alte Bundesländer (alte Bundesländer: 60 %, 39)³¹² sowie über Landkreise und Kommunen (Kommunen: 60 %, 39)³¹³ verteilt. Sie finden sich vor allem in mittelgroßen Kommunen mit 25.000 bis zu 100.000 Einwohner*innen (28 %, 18)³¹⁴ sowie in dünner besiedelten Landkreisen oder Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften mit bis zu 150.000 Einwohner*innen (28 %, 18).³¹⁵

Klein- bis mittelstädtische Gebietskulisse mit solider wirtschaftlicher Situation

Insgesamt zeichnet sich bezüglich der Kontexte des fünften Idealtyps das Bild klein- bis mittelstädtischer Gebietskulissen mit beständiger Wirtschaft, die zu großen Teilen mit den grundlegenden Ressourcen guten Lebens ausgestattet ist. Der Raum erscheint somit weder sonderlich strukturstarke (Typ 4) noch –schwach, wenngleich stabiler und hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung ggf. auch prosperierender als die Regionen der Idealtypen 1, 2 und 3.³¹⁶ So legen die etwas jüngere (Medianalter: 46,9) und weiterhin anwachsende Bevölkerung (Zuwachs: 1,6 %) sowie der positive Pendlersaldo (0,7)³¹⁷ aus einer übergeordneten Perspektive zunächst keine gravierenden Probleme nahe und erlauben einen eher optimistischen Blick auf die zukünftige Entwicklung der Regionen. Dieser leicht positiv eingefärbte Eindruck, wird gestützt durch die vorhandene Ausstattung mit öffentlichen Ressourcen, welche zur Steigerung der Lebensqualität mit beitragen. So sind die Gebiete infrastrukturell und digital zumindest nicht abgehängt und verfügen über eine Auswahl kultureller Freizeitangebote, die in ihrer Fülle zwar nicht überbordend erscheint, jedoch die grundlegenden Möglichkeiten bietet. Gut zugänglich sind vor allem auch Bildungseinrichtungen³¹⁸, was die Gegenden besonders für junge Menschen und Familien attraktiv machen dürfte.

³¹² Vgl. Tabelle 6 im Anhang.

³¹³ Vgl. Tabelle 7 im Anhang.

³¹⁴ Vgl. Tabelle 8 im Anhang.

³¹⁵ Vgl. Tabelle 8 im Anhang. Im Mittel gleicht sich dieses Verhältnis in etwa aus, sodass die Einwohnendichte in diesen Gebieten durchschnittlich (7,8) ausfällt (vgl. Tabelle 9 im Anhang).

³¹⁶ Die wirtschaftliche Situation der Region scheint robust. Die Beschäftigungsquote entspricht dem Mittel (62 %) und verteilt sich entsprechend der Gesamtlage auf die verschiedenen Sektoren, sodass die Mehrheit der Bevölkerung im dritten Sektor beschäftigt ist (70 %). Auch die Kaufkraft (46.504,3 Euro pro Haushalt) liegt im Durchschnitt und etwa 8,7 % der Bevölkerung erhalten Leistungen nach SGB II. Der Pendlersaldo ist zwar niedrig, jedoch nach dem urbanen Typ 3 der einzig positiv ausgeprägte Wert (0,7), was Aufschluss darüber gibt, dass etwas mehr Beschäftigte in die Förderregion ein- als auspendeln (vgl. Tabelle 9 im Anhang).

³¹⁷ Vgl. Tabelle 9 im Anhang.

³¹⁸ Verkehrsinfrastruktur (M = 3,0), digitale Infrastruktur (M = 3,1) sowie kulturelle Angebote und Freizeiteinrichtungen (M = 3,2) werden durchschnittlich bewertet. Bildungseinrichtungen wie Schulen, Universitäten oder Bibliotheken sind dagegen etwas besser zugänglich (M = 3,8) (vgl. Tabelle 10 im Anhang).

Wenig virulente Herausforderungen im pluralen Zusammenleben

Trotz dieser ausgeglichenen Lage zeichnen sich vereinzelte Konfliktlinien ab, die indes kaum jene Virulenz entfalten, die für die Regionen der stärker störungszentrierten Partnerschaften (Typ 2 und 4) kennzeichnend ist. So entwickeln sich durch Segregation auch hier benachteiligte Räume, die einen sozialen Ausschluss einzelner Gruppen sowie deren Abkopplung vom Sozialleben fördern, wodurch diese eingeschränkt erreichbar sind³¹⁹ und Bevölkerungsteile eher unverbunden nebeneinander her als gemeinsam in Vielfalt zusammenleben.

„Also es gibt einfach Siedlungen, wo Menschen mit mehr Ressourcen leben, die sich eben auch sowas wie Eigenheim oder mindestens Miete von Häusern leisten können und dann einen Bereich, [...] wo viele Menschen, wie gesagt, mit wenig Geld auf engem Raum zusammenleben in den Hochhaussiedlungen. Da gibt es aber dann auch, sage ich mal, so ein bisschen aus der, früher hätte man vielleicht gesagt, untere Mittelschicht oder obere Unterschicht, also auch Menschen, die nicht so sehr viel Geld haben, [...] sich kein Eigenheim leisten können, aber vielleicht nicht in den Hochhaussiedlungen leben müssen. Das gibt es da auch. Also da ist schon eine sehr divers zusammengesetzte Nachbarschaft, was auch eine große Herausforderung ist für die Partnerschaft. Und dann eben auch noch alt eingesessen und neu zugezogen, also in Masse so, ne? Also das passiert ja in der Stadt immer, aber das ist schon erstaunlich, was da an Bewegung ist und damit auch an Herausforderungen.“ (KD_55_13)

Ein solches Fehlen von Berührungspunkten eignet sich nicht nur grundsätzlich dazu, zwischenmenschliche Barriere aus Vorurteilen und Fremdheitsgefühlen zu befördern,³²⁰ sondern erscheint grade auch in Verbindung mit dem im Vergleich zum ebenfalls stark auf Vielfaltförderung abhebenden Typ 4 (14,7 %) eher geringen „Ausländer*innenanteil“ (9,9 %)³²¹ als mögliche Erklärung für den durch die Koordinator*innen beschriebenen „Rassismus der Mitte“.³²² Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden demnach im Alltag mitunter unreflektiert verwendet und dadurch öffentlich wahrnehmbar (51 %, 33).³²³ In etwa einem Viertel der Partnerschaften dieses Typs wurden rassistische Positionen überdies wiederholt offensiv im öffentlichen Diskurs vertreten (28 %, 18).³²⁴

³¹⁹ So existieren teilweise stark belastete und sozial benachteiligte Räume und Gebiete (M = 3,4) und mancherorts sind Personen oder Gruppierungen sozial ausgeschlossen und koppeln sich vom Sozialleben ab, wodurch sie kaum zu erreichen sind (M = 3,3) (vgl. Tabelle 12 im Anhang).

³²⁰ Vgl. Roth (2013): 16. Konsequenzen dieser ausbleibenden Interaktionen können Formen des Otherings sein, die eine Konstruktion von Gruppen und deren Zugehörigkeiten stilisieren. Die Identifikation mit der eigenen Gruppe geht üblicherweise mit der direkten oder indirekten Abwertung der anderen Gruppe, der sogenannten Out-Group einher. Zugleich zementieren sie vermeintliche Unterschiede und Differenzen, sodass die Wahrnehmung der „Andersartigkeit“ des Gegenübers auf wenige Merkmale reduziert und auf deren Basis impliziert wird. Diese Mechanismen führen dazu, dass sich verschiedene Gruppierungen innerhalb einer Region fremd bleiben und an vorurteilsbehafteten Sichtweisen festhalten.

³²¹ Vgl. Tabelle 9 im Anhang.

³²² Durch das Ausbleiben unmittelbarer Kontakte mit Betroffenen wird die Reflexion rassistischer Vorurteile sowie die Entwicklung eines Verständnisses für rassistische Denkweisen und Strukturen sowie deren Konsequenzen gehemmt. Da als Mitglied der Mehrheitsgesellschaft keine eigenen Rassismuserfahrungen gemacht werden und keine Betroffenenberichte im eigenen Bekanntenkreis vermittelt werden, bleiben Denkanstöße häufig aus und mit ihnen das Hinterfragen gesellschaftlicher Konstruktionen.

³²³ Vgl. Tabelle 19 im Anhang.

³²⁴ Vgl. Tabelle 18 im Anhang.

*„Der Rassismus der Mitte oder wie man es irgendwie sagen muss oder so ein latenter Rassismus, den kann man immer wieder erkennen. Also, wenn wir Projekte in Schulen machen und mit Lehrerkolleg*innen arbeiten und zu bestimmten sprechen, da merkt man das schon immer wieder. Selbst in unseren Ausschüssen muss man mit einigen Amtsvertreter*innen (lacht) da häufiger auch mal zu ins Gespräch gehen. Ja, es ist auf jeden Fall sichtbar, dass es vorhanden ist. Aber, ja, es prägt sich jetzt nicht in krassen Übergriffen regelmäßig aus.“ (KD_28_29)*

Diese antidemokratischen Einstellungen manifestieren sich in einigen, wenn auch nicht in der Mehrheit der Partnerschaften, in Form von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen begründet in der (vermeintlichen) Gruppenzugehörigkeit der Opfer (wiederholt: 35 %, 23; in Einzelfällen: 40 %, 26)³²⁵. So berichten Koordinator*innen etwa von Auseinandersetzungen um Integrationsthematiken, die vor allem seit dem Zuzug Geflüchteter im Jahr 2015 relevant wurden und aus denen teils ablehnende Haltungen gegenüber Migrant*innen und Geflüchteten sowie ein in Teilen vielfaltskeptisches Klima entstanden sei.³²⁶ Während die Verbreitung rassistischer Einstellungen also teilweise zu problematischen Auswüchsen gegen bestimmte Gruppierungen führt, geschieht dies in einem Ausmaß, das zwar erhebliche Schwierigkeiten mit sich bringt, jedoch in seiner Gesamtsituation nicht häufiger als in anderen Regionen auftritt.³²⁷

„Das heißt, es werden Häuser gebaut oder es wurden Häuser gebaut, die erst mal als XXX [Unterkünfte, Anm. d. Verf.] gelten, aber umgebaut werden können zum dauerhaften Leben so. Und da gibt es in XXX [Name eines Stadtteils, Anm. d. Verf.] auch XXX [Anzahl, Anm. d. Verf.] von. Und es ist so, dass das auch eine Unruhe in den Stadtteil gebracht hat, vor allen Dingen weil am Anfang geplant war, dass dort die größte Unterkunft gebaut wird für ungefähr XXX [Anzahl, Anm. d. Verf.] Menschen. Das hat dann eine Initiative erfolgreich verhindert, für sie erfolgreich. (lacht) Und dann wurde die Unterkunft an einem anderen Ort in XXX [Name einer Stadt, Anm. d. Verf.] gebaut, die große.“ (KD_4_11)

Ogleich diese Problemlagen deutlich sind und auch benannt werden, resultieren sie aus Perspektive der qualitativ Befragten kaum in einer Stimmung, die zu kippen droht. Vielmehr lässt die gesellschaftliche Mitte trotz mitunter problematischer, vor allem latent rassistischer und menschenfeindlicher Einstellungen eine gewisse Resilienz gegenüber weiteren antidemokratischen Haltungen oder Politikferne vermuten. So sind beispielsweise Politik- und Parteienverdrossenheit seltener als in den anderen Typen als offensiv vertretener Bestandteil des öffentlichen Diskurses anzutreffen (wiederholt: 35 %, 23)³²⁸ und auch öffentliche Auseinandersetzungen

³²⁵ Vgl. Tabelle 44 im Anhang.

³²⁶ Das zeigt sich etwa daran, dass in 12 % (8) der Förderregionen und damit häufiger als in anderen Typen, insbesondere als in den Typen 3 und 4, wiederholt Zusammenschlüsse zuwanderungskritischer Akteur*innen auftreten (vgl. Tabelle 16 im Anhang).

³²⁷ Andere Akteur*innen, etwa aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik oder den Medien sind demgegenüber in anteilig weniger Förderregionen betroffen. So fanden Beleidigungen, Bedrohungen und Übergriffe auf andere Akteur*innen wie Zivilgesellschaft (wiederholt: 9 %, 6), Verwaltung und Politik (wiederholt: 5 %, 3) oder Medien (wiederholt: 2 %, 1) deutlich seltener statt als in Partnerschaften der anderen Typen (vgl. Tabelle 44 im Anhang).

³²⁸ Vgl. Tabelle 18 im Anhang.

zungen um Themenfelder wie die Einschränkungen in der Corona-Pandemie oder Zuwanderung, zu denen durchaus konträre Meinungen vorhanden sind, werden zumindest nicht an überproportional vielen Standorten polarisierend ausgetragen.³²⁹ Vor diesem Hintergrund schaffen es auch antidemokratische Akteur*innen kaum, Fuß zu fassen.³³⁰ Zwar sind in einem Viertel der Regionen rechtsextreme Gruppierungen wiederholt wahrnehmbar aktiv (wiederholt: 25 %, 16) und auch rechtspopulistische Gruppierungen versuchen in 22 % (14)³³¹ der Regionen öffentlich zu agitieren. Dennoch gelingt aus Perspektive der Koordinator*innen der Anschluss an die vermeintliche Mitte der Bevölkerung nur sehr eingeschränkt.³³²

„Immer mal wieder, aber nicht so viel, das muss man ehrlich gesagt sagen. Das ist jetzt nicht so häufig sichtbar, dass man da, keine Ahnung, Aufkleber oder sonst irgendwas zu findet. Wir haben auch jetzt nicht die große Anzahl von Menschen, die sich öffentlich gegen die Corona-Maßnahmen zeigen oder so. Das gibt Vermutungen hier und da, die schließen sich dann aber eher so einem XXX [Name einer Stadt, Anm. d. Verf.]-weiten Netzwerk an. Das kann man jetzt nicht sagen, dass das so einen Schwerpunkt in XXX [Name eines Stadtteils, Anm. d. Verf.] oder in XXX [Name eines Stadtteils, Anm. d. Verf.] hat. Es gibt, wie gesagt, sicherlich Menschen, die in die Richtung unterwegs sind, wo man das hier und da schon mal gehört hat, aber das ist nicht so organisiert. Und aus der klaren rechten Szene auch nicht, von dem, was wir mitbekommen, das muss man ganz ehrlich sagen.“ (KD_70_37)

Entsprechend erfahren die meisten Regionen selbst in den für sie kritischsten Bereichen Rassismus sowie Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus einen maximal mittleren Problemdruck, der zudem weniger drängend als in Förderregionen anderer Strategietypen erscheint.³³³ Die hauptsächlich latent entwickelten Problemlagen, die, wie etwa Rassismus, ohnehin kaum durch kurzfristige, reaktive Maßnahmen bearbeitet werden können, erzeugen dabei einen vergleichsweise niedrigen Handlungsdruck. Auch scheinen die grundlegenden demokratischen Normen bzw. die Zustimmung der „Mitte“ zu Demokratie zumindest nicht grundsätzlich zur Disposition zu stehen, so dass sich keine wesentlichen Erosionsprozesse abzeichnen und sich die zentralen Herausforderungen eher um den Themenbereich Vielfalt gruppieren. Die Atmosphäre in den Förderregionen erscheint demnach insgesamt positiv, wenn auch mitunter gestört durch wiederkehrende Migrations skepsis oder vorurteilsbehaftete Sichtweisen.

³²⁹ Eine polarisierende öffentliche Auseinandersetzung beschrieben 2 % (1) der Förderregion beim Themenfeld Zuwanderung und 18 % (12) beim Themenfeld Einschränkungen in der Corona-Pandemie mit „trifft voll zu“ (vgl. Tabelle 19 im Anhang).

³³⁰ So sind beispielsweise Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen selten erfolgreich (trifft voll zu: 0 %, 0; trifft eher zu: 14 %, 9) (vgl. Tabelle 20 im Anhang).

³³¹ Vgl. Tabelle 14 im Anhang.

³³² Nur ein gutes Drittel der Partnerschaften – deutlich weniger als in anderen Typen – berichtet von wiederholten öffentlichen Auftritten von mit populistischen Positionen sympathisierenden Personen (wiederholt: 35 %, 23) (vgl. Tabelle 14 im Anhang). Durch Versuche raumorientierten Dominanz- und Provokationsverhaltens (wiederholt: 26 %, 17) oder Demonstrationen und Protestkundgebungen (wiederholt: 32 %, 21) wird nur wenig Präsenz in der Öffentlichkeit geschaffen und diese findet nur vereinzelt Beachtung. (vgl. Tabelle 16 im Anhang).

³³³ Das gilt auch für verschiedene weitere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die zwar als herausfordernd beschrieben werden, jedoch in ihrer Ausprägung weniger deutlich als in anderen Typen ausfallen. So werden darüber hinaus Probleme in den Bereichen Demokratieförderung (M = 3,1), Vielfaltförderung (M = 3,1), Rechtsextremismus (M = 3,1) und Antisemitismus (M = 3,0) benannt (vgl. Tabelle 13 im Anhang).

In und an diesem größtenteils demokratieverträglichen Klima arbeitet eine engagierte Zivilgesellschaft³³⁴, die sensibel auf die bestehenden Problemlagen vor Ort reagiert und bewusst versucht, Konflikte um Integration und Rassismus aufzugreifen bzw. selbigen entgegenzusteuern.³³⁵ Dabei agiert sie innerhalb einer Gesellschaft, die ihre Arbeit wertschätzt und die sich, wenn auch mehrheitlich nicht selbst engagiert, zu einzelnen, punktuellen Aktionen mobilisieren lässt.

„Wir haben da ja wie gesagt [...] ab 2015, wo auch viele Menschen hier nach Deutschland kommen mussten erlebt, dass es ein wirklich großes Engagement gibt an Unterstützung. Das war sehr erstaunlich. Und auch in XXX [Name der Förderregion, Anm. d. Verf.] hat sich da eine ganz große Initiative aufgebaut, die bis heute besteht, die auch enge Partner sind von uns. Und das sind Akteure, die zum Teil schon sehr lange aktiv sind in unterschiedlichen Themenfeldern und sich dann eben auch der Unterstützung der Menschen, die flüchten mussten, sich da einfach auch aktiv gezeigt. Das war sehr beeindruckend und ist auch immer noch sehr beeindruckend. Und es gibt eine große Vereinskultur. Also da stoßen wir auf sehr viel organisierte Zivilgesellschaft, kann man sagen. Und das wirklich von Feuerwehr und Schützenvereinen bis hin zu Gedenkvereinen und Kulturvereine, Einrichtungen, Seniorennetzwerke. Da ist richtig viel organisierte Zivilgesellschaft. Und da gilt es dann auch, die Neuen mit einzubinden. Das ist dann eine Herausforderung auch.“ (KD_24_15)

Vielfaltförderung als Bestandteil der Gestaltung pluraler Gemeinschaften

In Reaktion auf die skizzierten Herausforderungen des sozialräumlichen Kontextes wird das Thema *Vielfaltförderung* von 94 % (61)³³⁶ der Partnerschaften schwerpunktmäßig bearbeitet, davon von 90 % (55)³³⁷ mit hohem Stellenwert. Auch der *Demokratieförderung* (89 %, 57)³³⁸ wird eine hohe Bedeutung beigemessen, so dass schon diese übergeordneten Relevanzsetzungen eher gestaltende und proaktive, weniger störungszentrierte Handlungslogiken nahelegen. Demnach erlaubt es der relativ niedrige Handlungsdruck in den Förderregionen des Typ 5 vergleichsweise weiche Ansätze zu wählen, welche durch eine positive Ausrichtung gekennzeichnet sind,³³⁹ derart eine Vielzahl unterschiedlicher Akteur*innen hinter den zugehörigen

³³⁴ Das Angebot an Vereinen ist vielfältig (M = 4,2), es gibt eine vielfältige Angebotsstruktur in Jugendarbeit, -sozialarbeit und -bildung (M = 3,9) und meist aktive Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder -initiativen (M = 3,8), die auch in der Lage sind, zivilgesellschaftliche Akteur*innen zu mobilisieren (M = 3,5) (vgl. Tabelle 11 im Anhang). Die Institutionen und Aktiven sind dabei gut untereinander vernetzt und bilden somit eine verlässliche Basis für die Arbeit der Partnerschaften. Auch möglichen Einschüchterungsversuchen wird widerstanden und weiterhin am Engagement für Demokratie und Vielfalt festgehalten (trifft voll zu: 55 %, 36) (vgl. Tabelle 20 im Anhang).

³³⁵ So sind sie etwa darum bemüht, den Austausch und die Begegnung unterschiedlicher sozialer Gruppen zu stärken und zum Abbau von Vorurteilen beitragen (M = 4,7), um sich so für die gesellschaftliche Anerkennung von Vielfalt als Grundlage des Zusammenlebens einzusetzen (M = 4,6) (vgl. Tabelle 56 im Anhang). Auch integrationsfördernde Migrant*innencommunities und/oder -netzwerke sind häufiger als in anderen Typen vertreten (wiederholt: 58 %, 38) (vgl. Tabelle 41 im Anhang).

³³⁶ Vgl. Tabelle 25 im Anhang.

³³⁷ Vgl. Tabelle 26 im Anhang.

³³⁸ Vgl. Tabelle 26 im Anhang.

³³⁹ Ihre Arbeit unterscheidet sich somit von der ebenfalls auf Vielfaltförderung ausgelegten Strategie des Typs 4 besonders darin, dass sie stärker präventiv ausgerichtet ist und sich deutlich weniger konfrontativ auf den Umgang mit Problemlagen fokussiert. Die unterschiedliche Ausgestaltung der Vielfaltförderung resultiert vermutlich besonders aus den sehr verschiedenen Ausgangssituationen, in denen zwar ähnliche Themen relevant sind, jedoch in ihrer Intensität und Ausprägung deutlich variieren. Dies ermöglicht Typ 5 eine Strategie der aktiven und präventiven Gestaltung des Zusammenlebens, in der die Partnerschaften vor allem agieren, statt zu reagieren.

Zielen vereinen können und so zu einer breiten Basis der Unterstützung beitragen. Ausgehend von diesem Rückhalt richten sich die Partnerschaften vorrangig an die breite Bevölkerung und suchen Toleranz und Offenheit gegenüber Vielfalt zu stärken. Zugleich werden häufig auch Jugendliche und junge Erwachsene adressiert, um diese bereits zu einem frühen Zeitpunkt demokratisch zu sozialisieren und der Entstehung u.a. von vielfaltskeptischen Einstellungen entgegenzuwirken.³⁴⁰

„Also normalerweise ist ja, in der Präventionslandschaft oder auch – ja, ich sage mal – erstmal in der Politik Fehler oder Probleme zu erkennen und dann Programme aufzusetzen, um dann wiederum diese Fehler zu beheben. Eher so das Prinzip: Ein Kind fällt in den Brunnen, ein zweites, ein drittes. Wir überlegen, wie könnte der Zaun aussehen, und den dann irgendwann mal zu bauen. Und wir haben dann eher den Ansatz gewählt: Okay, wir wollen das grundsätzlich frühzeitig verhindern, dass bestimmte Diskriminierungsformen sich manifestieren, dass sich Rassismus ausbreitet.“ (KD_67_117)

Teilhabe als Motor gesellschaftlichen Zusammenhalts in Vielfalt

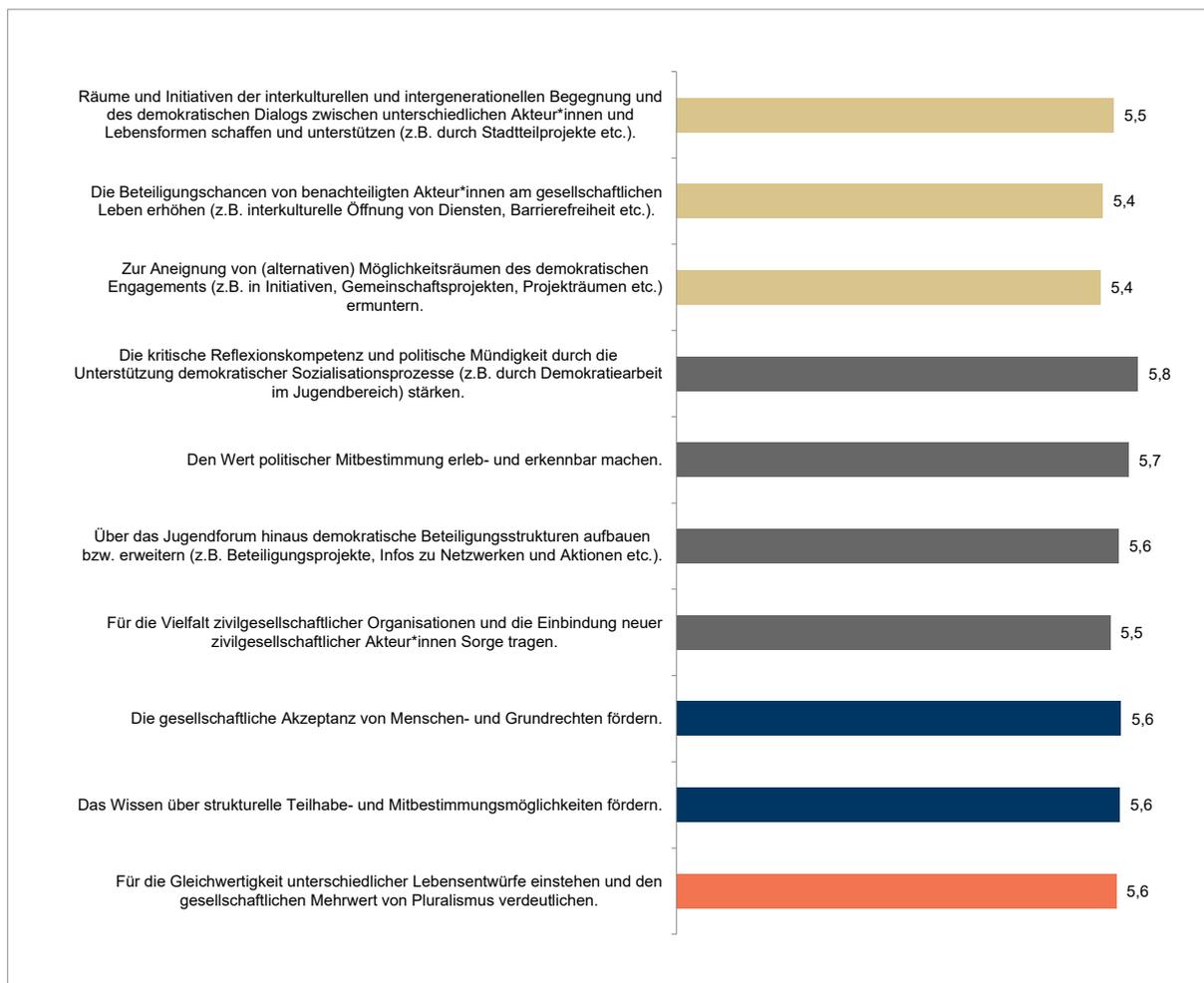
Konkret rücken Partnerschaften mit dieser Strategie die Gestaltung des gesellschaftlichen Miteinanders in Vielfalt und insbesondere des Zusammenhalts³⁴¹ durch die Förderung von Teilhabe in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Dabei werden Teilhabefähigkeiten und Teilhabechancen als doppeltes Fundament³⁴² fokussiert und aus dieser Perspektive neben Elementen des gemeinwohlorientierten Handelns auch die Ermöglichung gesellschaftlicher Mitbestimmung und die Vermittlung von Grundlagen der Demokratie adressiert.

³⁴⁰ Inhalte sollen besonders durch Erleben und Mitmachen vermittelt, indem niedrigschwellige und zielgruppengerechte Beteiligungsangebote geschaffen werden. Somit wird die Zusammenarbeit mit Schulen zentral, aber auch die Nutzung digitaler Formate und Inhalte über Social Media, um gerade Jugendliche dort zu erreichen, wo sie sich in ihrem Alltag bewegen. Daher schaffen Partnerschaften des Typ 5 auch stärker digitale Mitbestimmungsformate, als andere Typen dies tun (M = 5,0) (vgl. Tabelle 24 im Anhang).

³⁴¹ Vgl. Arant et al. 2017, S. 24.

³⁴² Vgl. Filsinger 2006, S. 15.

Abbildung 29: Ausgewählte Handlungselemente der Strategie der teilhabeorientierten Gestaltung pluraler Gemeinschaften³⁴³



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 65). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Trifft gar nicht zu“) bis 6 („Trifft voll zu“) berechnet. Die Farben der Balken stellen die Systematik zwischen übergeordneten Zielbereichen und den zugehörigen Handlungselementen dar (**Blau** = Vermittlung von Grundlagen der Demokratie; **Grau** = Förderung gesellschaftlicher Mitbestimmung, **Sand** = Stärkung gemeinwohlorientierten Handelns, **Orange** = Stärkung demokratischer Dialog und Konfliktfähigkeit, **Rot** = Setzen demokratischer Grenzen).

Teilhabe-fähigkeiten und ihre mentalen (kognitiv, affektiv) Voraussetzungen werden besonders durch die **Vermittlung der Grundlagen der Demokratie als Lebens- und Regierungsform** gefördert (M = 5,4)³⁴⁴. Hierzu wird zum einen die gesellschaftliche Anerkennung der Demokratie (M = 5,3) gestärkt, was als Grundvoraussetzung für die Bereitschaft zur Teilhabe und zur Entwicklung entsprechender Kompetenzen gesehen wird. Auf diesem Fundament aufbauend soll im Anschluss das Wissen über demokratische Strukturen erweitert werden (M = 5,4)³⁴⁵. Besonders im Fokus steht hier die Vermittlung von Wissen über strukturelle Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten (M = 5,6)³⁴⁶. Kinder und Jugendliche, aber auch die breite Bevölkerung, sollen eine konkrete Vorstellung erlangen, auf welchen Wegen sie sich mit ihren

³⁴³ Vgl. Tabelle 23 und 24 im Anhang.

³⁴⁴ Vgl. Tabelle 5 im Anhang.

³⁴⁵ Vgl. Tabelle 55 im Anhang.

³⁴⁶ Vgl. Tabelle 24 im Anhang.

individuellen Interessen und Stärken einbringen können und wie partizipative Prozesse ablaufen. Entsprechende Projekte werden im Rahmen des qualitativen Samples besonders häufig in Kooperation mit Schulen durchgeführt. Hier geschieht das Lernen im direkten Erleben: Grundlagenvermittlung und Beteiligung greifen ineinander und das Wissen über Prozesse wird in direkter Teilhabe vermittelt.

„Wir haben das Format, [...] wo wir an Schulen gehen. Das Projekt sieht so aus, dass wir den Schülerinnen und Schülern XXX [Betrag, Anm. d. Verf.] Euro, das kommt jetzt nicht über die Partnerschaft, aber meistens aus der Kommune werden XXX [Betrag, Anm. d. Verf.] Euro zur Verfügung gestellt. Und dann sollen sie im parteipolitischen Prozess Projekte entwickeln, die letztendlich umgesetzt werden sollen [...]. Also Ziel ist, dass die Schülerinnen und Schüler einen demokratischen Prozess von Anfang bis Ende erleben und dann auch ein Erfolgserlebnis dabeihaben.“ (KD_75_51)

Dabei geht die Wissensvermittlung über Teilhabestrukturen auch direkt in die Förderung individueller Voraussetzungen politischer Partizipation (M = 5,8)³⁴⁷ über (**Übergeordneter Zielbereich: Förderung gesellschaftlicher Mitbestimmung**). Das Einüben politischer Verfahren unterstützt demokratische Sozialisationsprozesse, während denen kritische Reflexionskompetenz erlernt und so die politische Mündigkeit gestärkt wird (M = 5,8)³⁴⁸ Das geschieht beispielsweise durch Veranstaltungen zum Umgang mit Medien, die besonders auch mit der jüngeren Generation eine kritische Auseinandersetzung mit Medien trainieren soll. So soll vermittelt werden, den eigenen Meinungsbildungsprozess auf die Rezeption unterschiedlicher, verlässlicher Quellen aufzubauen. Zugleich wird auch vermittelt, wie fundierte Meinungen und Interessen durch partizipative Möglichkeiten ausgedrückt und in einem geeigneten Rahmen eingebracht werden können. Durch das Erlernen von Prozessen und Möglichkeiten zur Einflussnahme wird der Wert politischer Mitbestimmung erleb- und erkennbar gemacht (M = 5,7).³⁴⁹ Werden durch die Förderung von Teilhabefähigkeiten die individuellen Voraussetzungen von Teilhabe gelegt, adressieren die Partnerschaften des Typ 5 zugleich auch die strukturellen Voraussetzungen, indem sie *Teilhabechancen* erhöhen. Strukturen demokratischer Beteiligung sollen erneuert und erweitert (M = 5,6) und zu Begegnungstätten des demokratischen Austauschs werden. Ferner wird besonders auch für die Vielfalt zivilgesellschaftlicher Organisationen und die Einbindung neuer Akteur*innen Sorge getragen (M = 5,5)³⁵⁰ und auf diesem Wege ein breites und stabiles Netzwerk entwickelt, welches offen bzw. zugänglich gestaltet und derart gute Voraussetzungen für die Abbildung der Vielfalt vor Ort in sich vereint (**Übergeordneter Zielbereich: Gemeinwohlorientiertes Handeln**).³⁵¹ Der Fokus der Vielfaltförde-

³⁴⁷ Vgl. Tabelle 55 im Anhang.

³⁴⁸ Vgl. Tabelle 24 im Anhang.

³⁴⁹ Vgl. Tabelle 24 im Anhang. Die Teilnehmer*innen erfahren der Idee nach Selbstwirksamkeit, die sich aus der Entwicklung von interner und externer political efficacy speist. Das neu entwickelte Verständnis für das Funktionieren der Strukturen sowie das Einüben mittels Simulationen stärken das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und die persönlichen Voraussetzungen zur Teilhabe an gesellschaftlichen und politischen Prozessen. Zugleich erhöht ein besseres Verständnis für Funktions- und Vorgehensweisen politischer Arbeit das Vertrauen in einen rechtmäßigen Ablauf.

³⁵⁰ Vgl. Tabelle 24 im Anhang.

³⁵¹ Vgl. Tabelle 5 im Anhang.

rung zeigt sich überdies besonders in der Erhöhung der Beteiligungschancen von benachteiligten Akteur*innen am gesellschaftlichen Leben (M = 5,4)³⁵². Soll Teilhabe zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen, müssen alle vertretenen Gruppen, besonders auch diejenigen, die von Diskriminierung betroffen sind, miteinbezogen werden und die Möglichkeit zur Mitbestimmung erhalten. Durch deren Inklusion kann die Arbeit der Partnerschaft als Raum der interkulturellen und intergenerationellen Begegnung dienen, in dem der Dialog zwischen unterschiedlichen Akteur*innen und Lebensformen ermöglicht wird (M = 5,5).³⁵³ Hier können die Partnerschaften gerade in Regionen, in denen einzelne Gruppen wenig Berührungspunkte untereinander besitzen, wichtige Impulse setzen und durch Begegnung zum Hinterfragen und Überdenken von Stereotypen und Vorurteilen anregen.

„Es ist tatsächlich so, jetzt geht es darum, das nachbarschaftliche Miteinander zu stärken und zu gucken: Wie können Alte und Neue eigentlich gut zusammenkommen, also das Thema Begegnung schaffen, was ja wahrscheinlich an vielen Orten ein Thema ist. Also Begegnungen zu schaffen, die auch gewollt sind, jetzt nicht auf Krampf alle möglichen Angebote zu machen, sondern zu gucken: Was ist eigentlich etwas, was hier in dieser neu aufgebauten Nachbarschaft funktioniert? Da so ein paar Sachen auszuprobieren. Wir unterstützen massiv den Aufbau eines Begegnungsraumes, den es jetzt auch gibt seit ein-einhalb Jahren. Natürlich in der Pandemiezeit ganz unglücklich, Begegnungsräume zu schaffen, aber so ist das nun mal. Jetzt gibt es wieder ein bisschen mehr Möglichkeiten, Sachen auszuprobieren und auch Nachbar/-innen zu motivieren, eigene Angebote zu schaffen, um zu gucken: Wie kann eigentlich dieses Miteinander da, was neu zusammengewürfelt wurde, gut gestaltet werden? Und das ist für uns alles unter diesem Begriff Vielfaltsgestaltung.“ (KD_18_33)

Durch positive Erfahrung mit gesellschaftlicher Vielfalt und kultureller Pluralität werden Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit vorgebeugt und, wenn vorhanden, entschärft. So werden die Problemlagen um Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Kontext adressiert, ohne sie direkt zu nennen und zu kritisieren. Neue Netze sozialer Beziehungen sollen innerhalb des Gemeinwesens entstehen, die einzelne Personen, aber auch Gruppen miteinander verbinden. Die Partnerschaften versuchen hier einen Raum zu schaffen, in dem demokratische, politische Kultur sozialisiert und gepflegt werden kann, der zugänglich, barrierearm und dadurch offen für alle Gruppen ist. Vielfalt kann dabei im direkten Miteinander erlebt werden.

„Also wir haben viele Projekte gefördert, die dann, ja, was Sie eben genannt haben, eigentlich darauf abzielen, dass die Teilnehmenden die Vielfalt und Diversität anerkennen und das auch aushalten zu lernen. Also wir versuchen mit all unseren Projekten, so die Ambiguitätstoleranz (lacht) zu stärken der Kinder und Jugendlichen schon, wo wir ansetzen.“ (KD_21_51)

³⁵² Vgl. Tabelle 23 im Anhang.

³⁵³ Vgl. Tabelle 23 im Anhang.

Konfrontativere Strategieelemente, wie etwa das aktive Setzen demokratischer Grenzen (M = 4,3)³⁵⁴, werden dabei eher in den Hintergrund gestellt. Der weiche Ansatz soll der gesellschaftlichen Mitte ein positives Bild von Vielfalt vermitteln und Akzeptanz schaffen, ohne sie durch harte Begriffe wie Rassismus oder Menschenfeindlichkeit abzuschrecken oder ein Gefühl der Abwehrhaltung zu provozieren. Gleichzeitig können hinter den positiv formulierten Zielen viele Akteur*innen vereint werden, sodass die Arbeit in ein starkes Netzwerk eingebunden ist und viel Unterstützung erhält. Gerade in Regionen mit vergleichsweise schwächer ausgeprägtem Sozialleben, kann dies wertvolle Zugänge zu Zielgruppen sichern.

Zusammenfassend verhandelt Typ 5 Vielfaltförderung und Demokratieförderung besonders im direkten Erleben durch Teilhabe. Hierzu werden Teilhabefähigkeiten und Teilhabechancen gestärkt, um möglichst alle Menschen mit einzubeziehen und einen Raum der Begegnung zu schaffen, in dem Vorurteilen schon bei Kindern präventiv vorgebeugt wird und bei der breiten Bevölkerung stereotypische Sichtweisen entschärft werden. Der Ansatz ist dabei ein positivistischer, der direkte Auseinandersetzungen vermeidet und den Aufbau von Vertrauen in Politik und Mitmenschen fokussiert. Damit wird sowohl auf die kulturelle Aneignung einer vielfältigen Demokratie als auch auf die strukturelle Ermöglichung aneignungszentrierter Teilhabe abgehoben.

6.6 Verortung der idealtypischen Handlungsstrategien im Bereich der kommunalen Demokratieförderung

Als kontextsensible Bündnisse aus Zivilgesellschaft und Staat entwickeln Partnerschaften für Demokratie individuelle Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt bzw. der Begegnung egalitätsnegierender Phänomene. In Anbetracht der jeweiligen Situation vor Ort, den vorhandenen Ressourcen und Problemlagen, nehmen sie im Rahmen partizipativer Prozesse unterschiedliche Relevanzsetzungen vor, wählen entsprechende Arbeitsschwerpunkte bzw. formulieren Zielstellungen und suchen diese u.a. mittels konkreter Maßnahmen zu erreichen. Zudem reagieren sie flexibel auf neue Herausforderungen, wie auch auf durch die örtliche Trägerlandschaft bzw. lokale Akteur*innen geäußerten Bedarfe und Projektideen, so dass die integrierten Handlungsstrategien nicht nur Ausdruck möglichst vielfältiger Perspektiven, sondern auch selbst von ausgesprochen hoher Vielfalt sind. Diese Heterogenität wurde in den vergangenen Abschnitten in Form von fünf Idealtypen integrierter Handlungsstrategien auf ein handhabbares Maß reduziert und innere Sinnzusammenhänge etwa zwischen Kontexten und Konzeptionen konturiert (interne Homogenität). Um darüber hinaus die Unterschiede zwischen den fünf Typen (externe Heterogenität) zu akzentuieren und weitere Hinweise zu

³⁵⁴ Vgl. Tabelle 5 im Anhang.

ihren Entwicklungsbedingungen zu generieren, bietet sich die Verortung der integrierten Handlungsstrategien entlang des in diesem Bericht vorgestellten Analyseraster kommunaler Demokratieförderung an (s. Kapitel 5).³⁵⁵ Es umfasst zwei Achsen.

- **Individuelle Dimension – Kollektiv-kulturelle Dimension – Institutionell-strukturelle Dimension:** Diese erste Achse nimmt zunächst die gesellschaftspolitischen Ebenen, auf denen die Idealtypen ansetzen, in den Blick. Sie stellt dar, inwiefern die Strategien demokratische Sozialisationsprozesse z.B. im Sinne der Einübung von Demokratie fokussieren (individuelle Ebene), sich auf die demokratische Kultur bzw. die kollektiv-kulturelle Ebene beziehen und/oder auf Strukturen und institutionell rahmende Verhältnisse einzuwirken (institutionell-strukturelle Ebene) suchen.
- **Aneignung – Abwehr:** Mit der Unterscheidung zwischen Aneignung und Abwehr beschreibt diese zweite Differenzierung schließlich die grundsätzliche Ausrichtung der Partnerschaften auf die Förderung des Wünschenswerten und/oder auf die Stärkung der Widerstandsfähigkeit bzw. die abwehrende Auseinandersetzung mit antidemokratischen Gefährdungen. Ist mit aneignungsorientierten Ansätzen stärker das Streben danach verbunden, Eigenmittel (Ressourcen) zu erhöhen, Positives (fort-)zu entwickeln (z.B. Reflexionskompetenz, kollektives Zu-Eigen-Machen demokratischer Strukturen, Schaffung von Räumen der Mitbestimmung) und somit die freiheitliche bzw. selbstbestimmte Internalisierung, Inbesitznahme oder teilnehmende Unterstützung von gesellschaftlichen Normen und Strukturen zu fördern, richtet sich die Abwehr deutlicher an antidemokratischen Phänomenen aus. Im Bereich der Abwehr lässt sich zudem zwischen störungs- und stresszentrierten Ansätzen unterscheiden. Störungszentrierte Ansätze fokussieren demnach stärker auf konkrete Erscheinungsformen des Unerwünschten (z.B. Institutionellen Rassismus, Übergriffe, Angstzonen als Formen der „Störung“ des demokratischen Miteinanders) und adressieren diese mit hierauf abgestimmten Maßnahmen (z.B. Aufklärungsworkshops für Verwaltungsangestellte, Skandalisierung und Opferschutz, Mobilisierung in Form von Gegendemonstrationen). Ansätze der zweiten Gruppe hingegen heben eher auf spezifische Stressoren im Sinne von Risikofaktoren der Entstehung oder weiteren Ausprägung demokratiefeindlicher Phänomene (z.B. soziale- bzw. politische Desintegration, vorhandene Konflikte) ab.³⁵⁶

Gemeinsam spannen die beiden Achsen einen zweidimensionalen Orientierungsrahmen, in dem sich die idealtypisch verdichteten Strategien einordnen und so auch grafisch voneinander abgrenzen lassen (s. Abbildung 30). Dergestalt wird deutlich, dass die Konzeptionen der Part-

³⁵⁵ Dieser Abschnitt basiert in Teilen auf konzeptionellen Vorarbeiten, die im Jahr 2017 im Rahmen des Dritten Zwischenberichts der Wissenschaftlichen Begleitung vorgestellt worden sind (ISS/Camino 2017, S. 70). Die damaligen Befunde zu den Ausgestaltungsoptionen bzw. möglichen Einflussgrößen lassen sich zumindest in Form von Hypothesen auch unter Berücksichtigung der aktuellen Erhebungen aufrechterhalten.

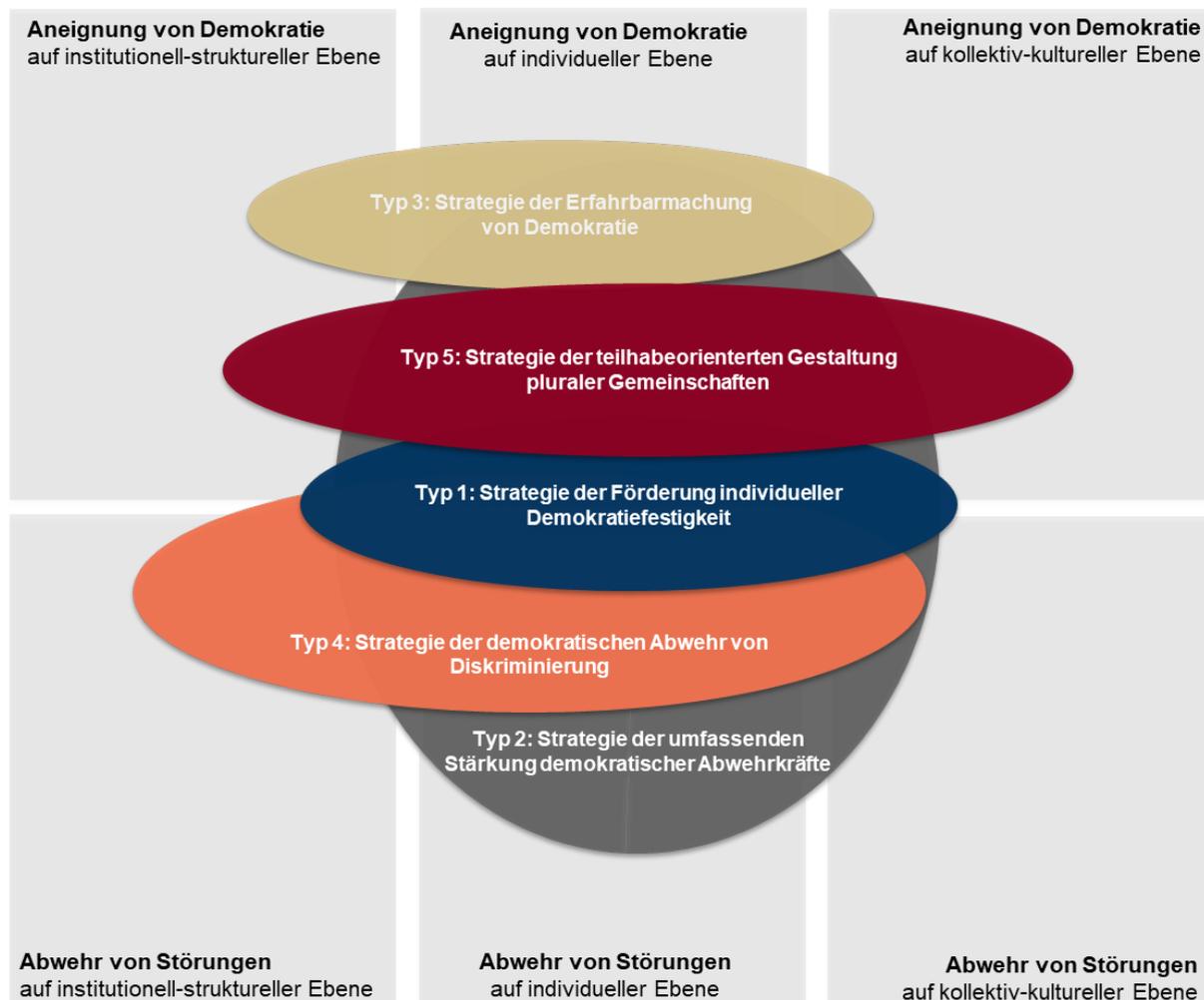
³⁵⁶ Diese Binnendifferenzierung des Bereichs „Abwehr“ entstammt der Gesundheitsforschung und basiert auf der Differenzierung von Perrez und Hilti (2005, S. 402). Sie trennen nach störungszentrierter, stressorientierter und ressourcenorientierter Ausrichtung. Diese Einteilung ähnelt jener nach Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention sowie ggf. auch der Intervention insofern weitgehend, als dass auch hier der Ausprägungsgrad des „Unerwünschten“ bzw. die Orientierung an den Zielen der Verhinderung, der Eindämmung oder der Milderung als zentrales Kriterium dient. Sie ist allerdings weniger eindeutig im Sinne der Radikalisierungsprävention etabliert bzw. vorbesetzt und weist somit Potentiale bzw. größere Spielräume für das Feld der (kommunalen) Demokratieförderung auf.

nerschaften zumindest in diesen zur Komplexitätsreduktion konstruierten Modellen eher individuell aneignungs- bis abwehrstärkend orientiert ausgerichtet sind und bisweilen auch Merkmale mehrerer Bereiche in sich vereinen.³⁵⁷ Beispielhaft hierfür steht die **Strategie der Förderung individueller Demokratiefestigkeit** (Abschnitt 6.1). Aus den zugehörigen Förderregionen wird der im Typenvergleich höchste Problemdruck in den Bereichen Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus ($M = 3,8$)³⁵⁸ zurückgemeldet und im Rahmen der qualitativen Begleitforschung bisweilen die Sorge geäußert, dass entsprechendes Gedankengut auch in der vermeintlichen Mitte auf Zustimmung stoßen könnte. Hierauf reagieren die Partnerschaften für Demokratie zum einen, indem sie Demokrat*innen von morgen bei ihrer Vergesellschaftung begleiten (Aneignung) und jungen Menschen zentrale Werte bzw. Kompetenzen zu vermitteln suchen (individuelle Dimension). Dieser individuenzentrierte Zuschnitt findet sich in Verbindung mit stärker sozialräumlich orientierten Angeboten des Miteinanders (institutionell-strukturelle, z.B. in Form von Begegnungsorten) auch in der Arbeit mit der vermeintlich bedrohten Mitte (Stärkung von Abwehrkräften bzw. Abwehr). Zwar wird auf konkrete (!) Störungen (z.B. in Form von Aufmärschen, Übergriffen oder Anschlägen) *reagiert*, allerdings bildet diese Reaktion kaum den programmatischen Kern des Idealtyps, so dass sich ein individuenzentrierter Zuschnitt mit sowohl aneignungs- als auch abwehrstärkend-orientierten Anteilen erkennen lässt.

³⁵⁷ Dieser Befund bestätigt insofern die Interpretation früherer Wissenschaftlicher Begleitungen, als dass auch in den Vorjahren ein „Schwerpunkt“ in Richtung der eher „störungsvorgelagerten“ Bereiche (Ressourcen- bzw. Stressorientierung) bzw. deren indirekten Bearbeitung (z.B. durch die Stärkung von [noch] nicht Betroffenen, Multiplikator*innen oder die Aktivierung der Zivilgesellschaft zum Engagement in relevanten Feldern) angenommen wurde.

³⁵⁸ Vgl. Tabelle 13 im Anhang.

Abbildung 30: Verortung der Idealtypen im Analyseraster der kommunalen Demokratieförderung



Quelle: Eigene Darstellung.

Auch die **Strategie der Erfahrbarmachung von Demokratie** (Abschnitt 6.3) weist weniger abwehr- denn eher aneignungsorientierte Elemente auf. Insbesondere junge Menschen sollen bei der Entwicklung zu mitverantwortlichen und handlungskompetenten Bürger*innen (Aneignung) begleitet und ihnen dabei zentrale Kompetenzen (individuelle Ebene) im Erleben vermittelt werden, so dass die einzelne Person im Zentrum der Bemühungen steht und erneut deutliche Züge der Aneignung von Demokratie auf individueller Ebene erkennbar sind. In Anbetracht des wenig fruchtbaren Nährbodens demokratischen Engagements vor Ort werden zudem Netzwerkarbeit und die Schaffung von niedrigschwelligen Beteiligungsoptionen fokussiert (institutionell-strukturelle Ebene), wodurch im Sinne der Arbeit an Kontextbedingungen auch die strukturelle Ebene in den Blick gerät. Die störungszentrierte Auseinandersetzung mit manifesten Problemlagen, die über (politische) Apathie hinaus auch egalitätsnegierende bzw. vielfalt- und/oder demokratieablehnenden Phänomenen umfasst, ist indes eher als perspektivischer Schritt im Anschluss an die „Erweckung“ einer politisch bislang bedingt aktiven Zivilgesellschaft zu sehen.

Strategien der teilhabeorientierten Gestaltung pluraler Gemeinschaften (Abschnitt 6.5) lassen sich ebenfalls an den Schnittpunkten der Arbeit am Individuum, seinen kulturellen wie auch strukturellen Kontexten verorten und weisen in ihrer konzeptionellen Anlage gleichsam sowohl vor allem aneignungs- vereinzelt auch stressorientierte Facetten auf. So wird Vielfaltförderung in Anbetracht eines vergleichsweise wenig konflikthaften Umfeldes auf Basis eines doppelten Fundaments aus Teilhabefähigkeiten (Individuelle Ebene) und Teilhabechancen (Institutionell-strukturelle Ebene) betrieben. Die Einstellungen der Mehrheitsgesellschaft stehen überdies im Fokus und sollen in Richtung Toleranz und Akzeptanz gestärkt, vielfaltablehnenden Haltungen mittels der Förderung neuer Netze sozialer Beziehungen vorgebeugt und Vielfalt so im direkten Miteinander erlebt werden (Kollektiv-kulturelle Ebene). Geht es dabei um den Abbau von bestehenden Vorurteilen, kann die Strategie somit auch stressorientierte bzw. abwehrende Züge aufweisen, wenngleich konfrontativere bzw. störungszentrierte Elemente hinter dem insgesamt sehr positiven Zugang zurückstehen.

Von deutlich streitbarerem Charakter als diese eher aneignungsorientierten Ansätze hingegen sind sowohl die Strategie der umfassenden Stärkung demokratischer Abwehrkräfte als auch die **Strategie der demokratischen Abwehr von Diskriminierung** (Abschnitt 6.4). Letztere wird verstärkt vor dem Hintergrund eines konfliktbehafteten Zusammenwachsens heterogener Gruppen in eine plurale Gesellschaft genutzt und zeichnet sich durch die Dualität aus (1) Empowerment (potentiell) von Diskriminierung betroffener Gruppen sowie (2) der Abwehr von Rassismus bzw. vielfaltablehnenden Phänomenen aus. Soll ersteres sowohl über die Verbesserung der Lebensumstände (Institutionell-strukturelle Ebene) als auch der Förderung individueller Kompetenzen (Individuelle Ebene) geschehen, wird die Abwehr von egalitätsnegierenden Herausforderungen des demokratischen Zusammenlebens einerseits durch eine klare Positionierung im öffentlichen Raum (Kollektiv-kulturelle Ebene), den Abbau von strukturellem Rassismus (Institutionell-strukturelle Ebene) sowie andererseits durch Sensibilisierung und die Vermittlung individueller Kompetenzen zum Umgang mit antidemokratischen Herausforderungen adressiert (individuelle Ebene). Somit sind beide Stränge (Empowerment bzw. Aneignung und Abwehr) von mehreren Merkmalen in jedem Fall aber individuell-strukturell gekennzeichnet. Die Auseinandersetzung mit Rassismus und (potentieller) Diskriminierung in bisweilen aufgeheizten Kontexten wiederum legt die Verortung zwischen im Bereich Abwehr nahe.

Über einen störungszentrierten Kern verfügt schließlich die **Strategie der umfassenden Stärkung demokratischer Abwehrkräfte** (Abschnitt 6.2).³⁵⁹ Rechtsextremismus als prägende Herausforderung entweder der Vergangenheit, der Gegenwart oder der Zukunft rückt mit der Sensibilisierung für und der Befähigung zum Umgang mit einschlägigen Phänomenen (Individuelle Ebene) die Auseinandersetzung mit dem Unerwünschten ins Zentrum der Bemühungen (Abwehr). Diese kann sich in Form von Netzwerkarbeit, Mobilisierung bis hin zur Stigmatisierung zudem auf die Kontextbedingungen demokratiefernere Phänomene erstrecken und derart manifest gewordene Störungen der kommunalen politischen Kultur im Sinne ihrer Eindämmung adressieren (Institutionell-strukturelle Ebene, Kollektiv-kulturelle Ebene). Überdies umfasst der in seiner Anlage bewusst sehr breit konzipierte Ansatz auch stärker stressorientierte

³⁵⁹ Diese Formulierung soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Strategie der umfassenden Stärkung demokratischer Abwehrkräfte mehrere Zugänge in sich vereint.

Elemente. So werden in den Förderregionen vorhandene Konflikte aufgegriffen und etwa im Rahmen von Bürgerdialogen zum Gegenstand gemacht oder u.a. auch Desintegrationserfahrungen thematisiert (Kollektiv-kulturelle Ebene). Die ressourcenorientierte Aneignung wiederum findet sich in der Vermittlung von Grundlagen der Demokratie als Lebens- und Regierungsform (Individuelle Ebene) speziell an junge Menschen.

Die Mischung macht's? Ein Wechselspiel aus Druck und Resilienz als mögliche Einflussgröße auf die Wahl des Zugangs

Insgesamt legt die Verortung der idealtypischen Handlungsstrategien nahe, dass die Partnerschaften für Demokratie kaum exklusiv auf einen einzelnen Zugang bzw. die Arbeit an Kontextbedingungen, Kultur oder an Subjekten fokussieren, sondern je nach kommunalen Situationen, nach Ressourcen, Problemen und etwaigen Mehrfachbelastungen sowie individuellen Präferenzen etc. Schwerpunkte setzen und Elemente der Aneignung mit stressorientierter sowie störungszentrierter Abwehr (z.B. Handlungselemente des Bereichs „Grenzen setzen“) verbinden. Dabei ergeben sich zwischen den Strategietypen teilweise deutliche Überschneidungen (s. Abb. 30), die im Rahmen der qualitativen Begleitforschung einerseits nicht untersuchungsleitend waren, jedoch andererseits insofern zum Gegenstand wurden, als dass die Verhältnisse ausgewählter Typen im Rahmen einer Expert*innenrunde mit Vertreter*innen der Koordinierungs- und Fachstellen diskutiert worden sind und sich überdies entsprechende Hinweise auch in den quantitativen Befunden herauskristallisieren. Derart lassen sich zwar keine empirisch gesättigten Aussagen, dennoch erste *Hypothesen* zu Einflussgrößen bezüglich der Wahl bzw. der Kombination unterschiedlicher Zugänge generieren (s. Abb. 31).³⁶⁰

So stellt sich ein Wechselspiel aus Erfordernissen (etwa durch lokalen Problemdruck) und Fähigkeit zur Reaktion (etwa in Form von Mobilisierungspotential) als mögliche Einflussgröße auf die Wahl der Zugänge heraus. In „friedvollen Zeiten“ bzw. in der (weitgehenden) Abwesenheit von Störungen der politischen Kultur wirkt eine ressourcenorientierte Ausrichtung im Sinne der Aneignung naheliegend. Mit steigendem Problemdruck indes wächst ggf. auch der Anreiz, darüber hinaus auch Aspekte stressorientierter oder störungszentrierter Abwehr in die Arbeit der Partnerschaft zu integrieren und so eine weitere Ausbreitung von „Unerwünschtem“ zu verhindern bzw. Folgeschäden zu vermeiden.³⁶¹ Da ein derart problembezogenes Handeln

³⁶⁰ So bräuchte es eine dezidierte Definition und Operationalisierung der Zugangsarten (Aneignung – Abwehr mit Fokus auf Stressoren – Abwehr mit Zentrierung auf Störungen) sowie der hier vorgeschlagenen erklärenden (s.u.) bzw. eine systematische Erarbeitung weiterer Größen. Die für die dargelegten Hypothesen genutzte Grundlage ist überdies u.a. insofern „unzureichend“, als dass die fünf Idealtypen jeweils exemplarisch einen einzelnen Zugang darstellen und entsprechende Schlüsse aus den vorliegenden Informationen gezogen wurden, obgleich die fünf Gruppen – wie beschrieben – i.d.R. mehrere Zugänge kombinieren. Da es an dieser Stelle jedoch um die „Theoriegenerierung“ im Sinne der Entwicklung von möglichen Erklärungen, weniger um die Formulierung und Überprüfung von Hypothesen zugleich gehen soll, werden diese Einschränkungen zunächst in Kauf genommen. Aus methodischer Perspektive bedürfte es überdies dezidierter statistischer Analysen, welche die Ausprägungen der entsprechenden Variablen auch auf Einzelfallebene in Bezug setzen, (u.a. um „ökologische Fehlschlüsse zu vermeiden“) und überdies die Einflüsse von Drittvariablen kontrollieren.

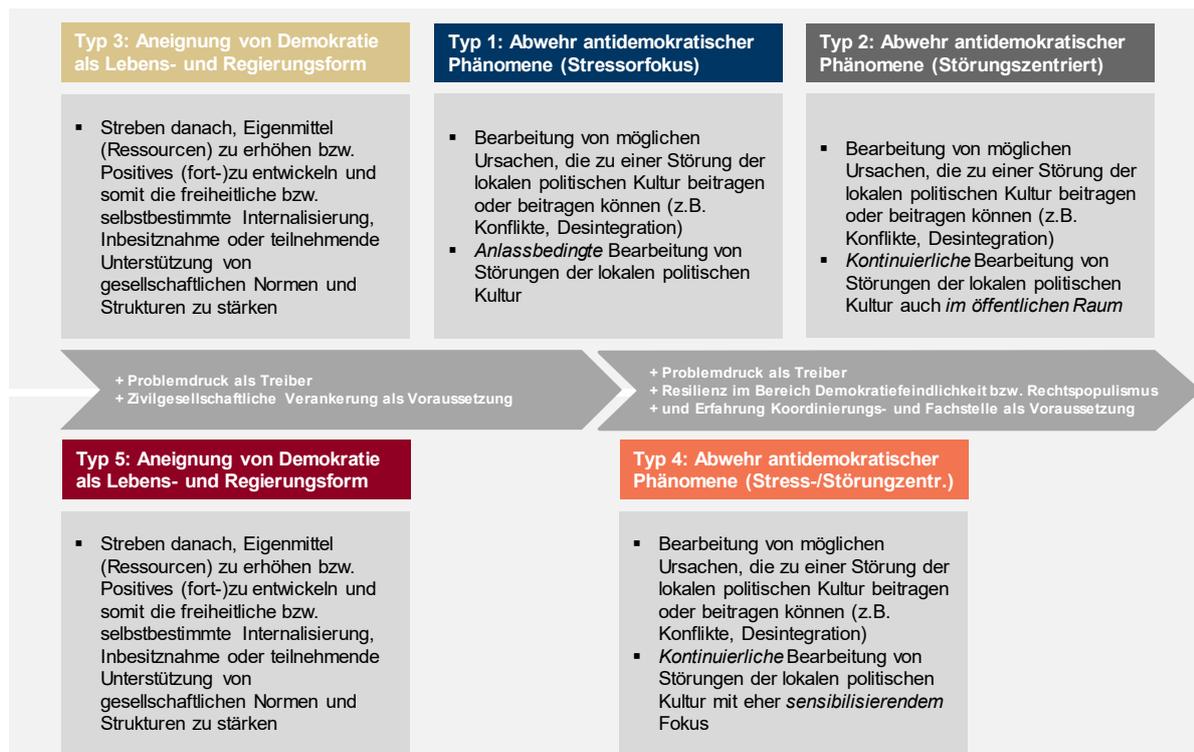
³⁶¹ Dies soll nicht bedeuten, dass bei steigendem Problemdruck immer auch ein Wechsel oder eine Anpassung der Zugänge erfolgen bzw. im Sinne einer Ideallösung angemessen sein muss. So können etwa andere Gruppen in der Förderregion bereits Ansätze mit entsprechenden Zugängen nutzen und sich eine Form der „Arbeitsteilung“ etablieren, der Wechsel des Zugangs könnte bestehende bzw. potentielle Kooperationen oder die Offenheit von Zielgruppen gefährden oder der Anstieg des Problemdrucks vollzieht sich in einem Bereich, auf den die Partnerschaft bewusst keine Relevanzsetzungen vorgenommen hat. Auch weitere Gründe sind denkbar.

jedoch durchaus voraussetzungsvoll sein kann, gehen hiermit bisweilen Anforderungen einher, die bei Nichterfüllung einer Anpassung des Zugangs entgegenstehen. Naheliegend sind u.a.

- zentrale **Kompetenzen der Koordinierungs- und Fachstelle** (z.B. in der Auseinandersetzung demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen),
- der **Rückhalt aus Politik und Verwaltung** (z.B. im Umgang mit Versuchen der Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume) oder
- die **zivilgesellschaftliche Verankerung** der Partnerschaft sowohl im Sinne ihrer Mobilisierungsfähigkeit als auch hinsichtlich des zivilgesellschaftlichen Einflusses innerhalb der Partnerschaft.

Abbildung 31 stellt das beschriebene Wechselspiel aus Erfordernis und Fähigkeit kursorisch dar und verortet die fünf idealtypischen Handlungsstrategien. Die Grundzüge des Modells werden nachfolgend unter Bezugnahme auf die Profilierungen der vergangenen Kapitel weiter umrissen bzw. veranschaulicht.

Abbildung 31: Grundzüge eines idealtypischen Modells zur Wahl der Zugänge im Bereich (kommunaler) Demokratieförderung



Quelle: Eigene Darstellung.³⁶²

Gemäß den skizzierten Thesen bewerten Partnerschaften für Demokratie, die einem **Idealtyp mit eher aneignendem Zugang** (Typ 3: Strategie der Erfahrbarmachung von Demokratie sowie Typ 5: Strategie der teilhabeorientierten Gestaltung pluraler Gemeinschaften) angehören, den Problemdruck in den erfassten programmrelevanten Bereichen (durchschnittlich) etwas

³⁶² Die dargestellten Zugangsarten (Aneignung, Abwehr mit Fokus auf Stressoren und Abwehr mit Zentrierung auf Störungen) können auf Basis der vorhandenen Daten nicht eindeutig operationalisiert werden, weshalb eine dezidierte empirische Überprüfung der beschriebenen Mechanismen und Zusammenhänge nicht zu leisten ist. Eine erste Annäherung an die erwarteten Effekte lässt sich für Teile des Modells nichtsdestotrotz darstellen. So wurden mittels einer multiplen Regression Einflussfaktoren auf Handlungselemente untersucht, die eine störungszentrierte Ausrichtung nahelegen. Hierzu wurde ein Index störungszentrierter Vorgehens gebildet, der acht Handlungselemente umfasst (für eine detaillierte Übersicht der Operationalisierung siehe Tabelle 59-61 im Anhang). Als unabhängige Variablen wurden der Problemdruck, die zivilgesellschaftliche Verankerung, die Erfahrung der Koordinierungs- und Fachstelle sowie die Resilienz im Bereich Demokratiefeindlichkeit und Rechtsextremismus aufgenommen. Da unterschiedliche Formen des Problemdrucks sehr hoch miteinander korrelieren und Multikollinearität die Zuverlässigkeit der Schätzung der Regressionsparameter beeinträchtigt (vgl. Backhaus et al. 2018, S. 99) wurde exemplarisch der Problemdruck im Bereich Rechtsextremismus aufgenommen, der erfahrungsgemäß einen hohen Handlungsdruck erzeugt. Als weitere Kontrollvariablen wurden die Behinderung der Arbeit der Partnerschaft, Kenntnisse der Koordinierungs- und Fachstelle in den programmrelevanten Themenbereichen sowie über regionale Ressourcen und die Lebendigkeit des Soziallebens vor Ort eingefügt. Die Operationalisierung der Variablen ist detailliert in Tabelle 59-61 im Anhang beschrieben. Das Modell liefert erste empirische Hinweise, die in die Richtung der in diesem Kapitel getroffenen Wirkannahmen deuten. So zeigen sowohl der Problemdruck im Bereich Rechtsextremismus wie auch die Resilienz im Bereich Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus die erwarteten positiven Effekte auf die Anwendung störungszentrierter Handlungselemente, die Resilienz dabei sogar mit recht deutlichem Koeffizienten ($b=0,424$, vgl. Tabelle 62 im Anhang). Auch der Anteil zivilgesellschaftlicher Akteur*innen im Begleitausschuss zeigt deutlich positive Effekte. Lediglich das Dienstalder Koordinator*innen scheint im Rahmen dieses Modells von untergeordneter Relevanz zu sein. Insgesamt erklärt das Modell 22,1 Prozent der Varianz (vgl. Tabelle 62 im Anhang). Es lassen sich somit erste empirische Anhaltspunkte dafür finden, dass mit steigendem Problemdruck im Bereich Rechtsextremismus sowie mit steigender Resilienz im Bereich Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus und einer stärkeren Verankerung der Partnerschaft in der Zivilgesellschaft, die Anwendung störungszentrierter Handlungselemente wahrscheinlicher wird.

geringer, bzw. im Vergleich zur Gesamtverteilung seltener als hoch,³⁶³ so dass aus dieser übergeordneten Perspektive zunächst weniger die Notwendigkeit gegeben ist, neben aneignungsrelevanten Aspekten verstärkt auch Stressoren oder konkrete Störungen der lokalen politischen Kultur im Sinne der Abwehr zu adressieren. Demgemäß bietet sich etwa eine an positiven Zielen orientierte Förderung des Zusammenlebens in Vielfalt bzw. die Stärkung relevanter Kompetenzen und des Engagements im Themenfeld als programmatischer Kern an. Erscheint also eine Ausrichtung auf Formen der Aneignung als situationsangemessene Vorgehensweise (s. Typ 5), wird sie in anderen Kontexten zur „Notlösung“. Dies ist dann der Fall, wenn einerseits der Problemdruck vor Ort andere konzeptionelle Ausrichtungen nahelegt, zugleich jedoch die vorhandenen Ressourcen einer entsprechenden Anpassung entgegenstehen. So beschreiben Koordinator*innen des qualitativen Samples mit aneignungsorientierter Ausrichtung, die sich mit ausgeprägteren – wenngleich bisweilen unterschwelligen – Herausforderungen konfrontiert sehen, die zivilgesellschaftliche Aktivierung bzw. deren faktische Beteiligung an der Partnerschaft vergleichsweise skeptisch, so dass ggf. zunächst eine kritische Masse hinter den Vorhaben vereint oder zumindest für deren Notwendigkeit sensibilisiert werden muss, um wirksam auch mit Blick auf Ursachen und konkrete Ausformungen demokratiefernere Phänomene agieren, bzw. auf breitere Resonanz hoffen zu können (s. Typ 3).

„Also dieses aktive Grenzen setzen, da hätte ich (lacht) zum Beispiel momentan auch noch überhaupt keinen. Also würde ich einfach nicht machen. Weil ich habe das Gefühl, okay, da stehe ich alleine da sozusagen. Also man hat halt noch nicht den Raum, in dem man das gewährleisten könnte, dass man also da [...], halt da nicht sozusagen alleine dasteht. Genau.“ (KD_35_243)

Partnerschaften hingegen, die einem **Idealtyp mit eher abwehrenden Zugang mit Stressorientierung** angehören (Typ 1: Strategie der Förderung individueller Demokratiefestigkeit), bewerten den Problemdruck (im Vergleich zu Typ 3 und Typ 5) durchschnittlich etwas höher, als die den aneignungsorientierten Idealtypen zugewiesenen Fälle, so dass auf dieser aggregierten Ebene zunächst ein stärkerer Bedarf dafür anzunehmen ist, problemspezifisch tätig zu werden.³⁶⁴ Insbesondere in Abgrenzung zu Typ 3 wird zudem auch der Grad zivilgesellschaftlicher Mobilisierung positiver beurteilt, so dass über den Bedarf hinaus auch bessere Voraussetzungen bestehen, diesen Anforderungen nachzukommen.³⁶⁵ Im Vergleich zu Typ 5 besteht also die „Notwendigkeit“ und im Vergleich zu Typ 3 ggf. die Fähigkeit dazu, sich stressorientiert abwehrend auszurichten. Das nun trotz des Problemdrucks keine störungszentrierte Ausrichtung gewählt wird, mag eine bewusste Entscheidung zugunsten langfristiger Ziele oder mit dem Wunsch verbunden sein, Zielgruppen nicht zu verschrecken, kann jedoch ggf. auch auf fehlenden Rückhalt bzw. die Sorge zurückzuführen sein, dass eine zu direkte bzw. offene Auseinandersetzung ob der Situation vor Ort nicht nur wenig zielführend ist, sondern darüber hinaus ggf. auch die Partnerschaft selbst (weiter) in den Fokus demokratiefernere Akteur*innen rückt (s. auch Abschnitt 7).

³⁶³ So verbleibt die durchschnittliche Bewertung des Problemdrucks in sämtlichen erfassten Bereichen bei beiden Idealtypen unter einem Mittelwert von 3,5 (vgl. Tabelle 13 im Anhang).

³⁶⁴ Vgl. Tabelle 13 im Anhang.

³⁶⁵ Vgl. Tabelle 11 im Anhang.

„Naja, zumindest, dass man sich deutlich mehr darum bemüht: Wie muss ich taktisch, strategisch sicherstellen, dass einem hier nichts auf die Füße fällt. Also ich sage mal, man muss einfach die Feststellung treffen, dass es nicht so ist, dass irgendwie die Kommunalpolitik, egal welche Fraktion, sich jetzt hier irgendwie hitzig darum streitet, diese Pfd zu verteidigen.“ (KD_86_41)

So kann etwa fehlender Rückhalt bei Politik und Verwaltung gerade in Regionen mit rechtspopulistischen Herausforderungen Ausweichbewegungen sowohl auf der konzeptionellen als auch der Handlungsebene nötig machen und einer offenen Auseinandersetzung im Wege stehen. Derart würde sich auch erklären, weshalb Partnerschaften, die einem **Idealtyp mit eher störungszentrierten Zugang** (Typ 2, mit Abstrichen Typ 4) angehören, die kommunale Resilienz in den Bereichen Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus durchschnittlich höher einschätzen, als die Mitarbeitenden der weiteren Koordinierungs- und Fachstellen. Darüber hinaus war hier die Bearbeitung programmrelevanter Themen in den zugehörigen Förderregionen häufiger bereits vor Implementierung der Partnerschaft etabliert und auch die Erfahrung bzw. die Selbsteinschätzung der Kompetenzen der Koordinator*innen spricht für die Widerstandsfähigkeit der Partnerschaften.

„Ja, ich glaube, das ist nicht einfach so, sondern es ist tatsächlich auch aus den gewachsenen Strukturen und dem [...] entstanden, dass es eine gute Vertrauensebene oder so diese solide Basis gibt, auf der wir uns bewegen. Also dieses Zusammenspiel Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft, wo ich sagen würde: Da gibt es einfach ein sehr stabiles Netzwerk und gleichzeitig ein Bewusstsein darüber, dass das auch immer sehr schnell brüchig werden kann. Genau, ich glaube, das ist ein sehr, sehr wichtiger Faktor. Und das Zweite ist, also der zweite Punkt, das würde ich schon auch betonen, ist, dass es im Team sehr viel Erfahrung und Wissen gibt. [...]. Also wenn ich jetzt aus meiner Erfahrung oder aus Gesprächen mit anderen Partnerschaften, die da einen schwierigeren Stand haben oder in einer anderen Situation sind, würde ich schon sagen, dass wir davon profitieren, dass wir XXX [Name der Förderregion, Anm. d. Verf.] sehr kurze Wege haben, um uns Erfahrungswissen oder auch ganz banal Unterstützung von anderen PfdS zu holen oder eben auch von anderen Fachprojekten, die uns beratend zur Seite stehen.“ (KD_12_135)

Die Verortung der fünf idealtypischen Strategien im Bereich der Demokratieförderung bietet wie dargelegt nicht nur die Möglichkeit eines strukturierten Vergleichs im Sinne der Abgrenzung auch über die profilierende Einzeldarstellung hinaus, sondern einen Ausgangspunkt für Überlegungen zu möglichen Entwicklungsbedingungen, welche neben den üblichen Bausteinen integrierter Handlungsstrategien auch wechselseitige Beziehungen derselben mitumfassen. So werden die Strategien der Partnerschaften nicht nur im Rahmen partizipativer Prozesse unter Berücksichtigung von Problemen und Ressourcen entwickelt, sondern überdies mit einer Praxis aus sich verändernden Herausforderungen und Bedarfen konfrontiert. Das Wechselspiel aus Erfordernis und Fähigkeit zur Anpassung leistet hier einen möglichen Beitrag zur Erklärung inwiefern Partnerschaften für Demokratie dazu in der Lage sind, sich unmittelbar auf herausfordernde Situationen auszurichten, auf Veränderungen zu reagieren, auf Verschärfungen einzugehen bzw. Störungen der politischen Kulturen vor Ort in den integrierten Handlungsstrategien abzubilden. Demnach stellen vor allem die zivilgesellschaftliche Ver-

ankerung der Partnerschaft (gerade hinsichtlich der Besetzung des Begleitausschusses) sowie der Rückhalt in Politik und Verwaltung potentielle Stellgrößen der Ermöglichung bzw. Bewahrung einer grundsätzlichen konzeptionellen Offenheit in Richtung störungszentrierter Zugänge dar. Die Erfahrung der Koordinierungs- und Fachstelle bzw. die Selbsteinschätzungen ausgewählter Kompetenzen weist im Rahmen multivariater Modelle keinen bedeutsamen Einfluss auf.

7 Exkurs – „Shrinking Spaces“ im Kontext der idealtypischen Handlungsstrategien

In aller Kürze

Wenngleich nicht im Fokus dieses Berichtes stehend, erweist sich das Phänomen der „Shrinking Spaces“ auch im Kontext der Begleitforschung zur Ausrichtung kommunaler Demokratieförderung als relevant. Dieses Kapitel skizziert die Situation dreier Partnerschaften, die angesichts größeren Problemdrucks im Bereich Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus zwischen aneignungs- und abwehrorientierten Zugängen abwägen. Der Rückhalt insbesondere in der politischen Sphäre spielt bei dieser Entscheidung eine tragende Rolle.

An 330 Standorten³⁶⁶ setzen sich die Partnerschaften für Demokratie für eine gelebte demokratisch-politische Kultur als Ausdruck des gelingenden Zusammenlebens in Vielfalt ein und engagieren sich sowohl aneignungsorientiert bzw. für die Stärkung des demokratischen Spektrums, als auch in der Auseinandersetzung mit Ausformungen von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit. Sie sensibilisieren für aktuelle Entwicklungen und deren Relevanz, organisieren Protest, tragen dazu bei, dass demokratische Grenzen im Falle ihrer Überschreitung nachgezogen werden und unterstützen Menschen im Umgang mit einschlägigen Vorfällen. Bisweilen geraten sie dabei selbst in den Fokus bzw. sehen sich mit gezielten Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume konfrontiert. So wurden im Zeitraum zwischen dem 01. Juni 2020 und dem 31. Mai 2021 an 17 % der Förderstandorte (50 der zum damaligen Zeitpunkt 300 Förderstandorte) Mitarbeiter*innen der Koordinierungs- und Fachstellen aufgrund ihres Engagements Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen – ein Phänomen, dass sich zudem auf Personen bezieht, welche durch die Partnerschaften geförderten Projekte realisieren bzw. bei den zugehörigen Trägern tätig sind.³⁶⁷

„Also allgemein ist es natürlich so, dass das hier stark präsent ist, teilweise auch sehr stark organisiert und dass es natürlich dann auch, sagen wir mal, Angriffe halt auf die Partnerschaft jetzt allgemein gibt. Also dass man natürlich so als störender Faktor lokal gesehen wird beziehungsweise als nützliche Projektionsfläche, auch in der eigenen Darstellung, und dass das halt immer in regelmäßigen Abständen immer für uns sozusagen als Thema dann relevant wird, diese Geschichten.“ (KD_69_59)

Ferner berichten Koordinator*innen von kommunikativen Praktiken und Verfahrensinstrumenten, die stärker auf die Infragestellung, Störung und Behinderung der Arbeit abstellen (z.B. Aufforderung zur Überprüfung der Gemeinnützigkeit von Trägern, Verbreitung von gezielten Falschaussagen bzw. Gerüchten zur Arbeit der Partnerschaft bzw. von Projekten sowie Kommunale Parlamentsanfragen, die die Arbeit der Partnerschaft als Ganzes oder von Projekten

³⁶⁶ Aufgrund der weiterhin anwachsenden Zahl geförderter Partnerschaften für Demokratie schwankt die Anzahl der Partnerschaften im Jahr 2021. Zum Zeitpunkt der Datenerhebung der im Bericht verwendeten Daten lag die Anzahl bei 300 Partnerschaften, wohingegen sie bis zum Zeitpunkt der Berichtslegung auf 330 anstieg. Im Laufe der Förderperiode ist ein weiterer Anstieg der Anzahl geförderter Partnerschaften für Demokratie zu erwarten.

³⁶⁷ Vgl. ISS 2021, S. 39.

in (sachlich unangemessenen) Rechtfertigungszwang bringen).³⁶⁸ Vor diesem Hintergrund wurden sowohl im Rahmen der qualitativen Interviews als auch im Zuge der Expert*innenworkshops Szenarien geschildert, in denen Partnerschaften aufgrund sich verschiebender Mehrheiten in den Kommunalparlamenten als auch des politischen Klimas vor Ort von einer direkten bzw. konfrontativen Auseinandersetzung mit demokratie- und menschenfeindlichen Herausforderung absehen.³⁶⁹ So erfordere der fehlende Rückhalt in den politischen Gremien an drei Standorten des qualitativen Samples nicht nur bewusste Ausgleichshandlungen im Vorfeld der eigentlichen inhaltlichen Arbeit, sondern wirke sich darüber hinaus auch auf konzeptionelle Relevanzsetzungen aus. Entsprechend haben die Bemühungen zur Beeinträchtigung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume potentiell nicht nur Einfluss auf interne Prozesse der Zusammenarbeit etc. aus, sondern betreffen ggf. auch die inhaltlich-strategische Ebene.

„Und damit muss man dann aber auch achten, dass quasi bis zu den konservativeren Fraktionen alle in der Pfd etwas finden können, um zu sagen: Das finden wir ganz okay. [...]. Aber das ist ja wiederum eigentlich für so ein Förderinstrument auch gut, würde ich jetzt sagen. Für die Breite, die man hat, ist es ja durchaus gut zu sagen irgendwie, da muss am Ende jeder einer Gesellschaft oder in so einem Kreistag was finden, was er förderfähig, förderwürdig findet.“ (KD_89_43)

„Also ich hatte ja vorhin gesagt mit diesem Rückhalt, den man halt hat in dem Großteil des Stadtrates, es ist natürlich so, also dass wir zumindest aktuell schon Probleme haben, dass es halt aufgrund des großen politischen Repräsentation des Rechtspopulismus einfach schwierig ist, einfach von den Mehrheiten halt her. Es ist halt immer eine gewisse Gratwanderung, die man da hat. Es ist jetzt nicht so, dass man jetzt sagen würde, das ist so ein Selbstläufer. Da können sich auch Mehrheiten sehr schnell ändern, weil man halt viele Akteure hat, wie freiwillige Wähler, ähnliches, wo halt Überzeugungsarbeit notwendig ist. Und das ist halt auch etwas, was wir immer machen, dass wir halt wirklich in die Gremien gehen. Also gerade auch im Anfang, wir haben wirklich eine Tour durch alle Arbeitsgruppen und Ortschaften gemacht, wo wir dieses Projekt eingeführt haben und den Leuten wirklich erklärt. Und dann haben wirklich viele gesagt, das ist ja etwas für meinen Heimatverein. Und das sind ja auch genau diese Vernetzung, die dann auch ganz gut ist, weil man dann an diese Leute rankommt. Aber es ist halt eine Sache, die man sehr, sehr intensiv pflegen muss, wie wir das auch so machen müssen.“ (KD_81_181)

Zwar würde nach wie vor auf einschlägige Vorfälle reagiert und Spannungen vor Ort thematisiert, gleichzeitig jedoch ein hoher Wert auf den Erhalt bzw. die Förderung eines möglichst

³⁶⁸ Vgl. ISS 2020, S. 14.

³⁶⁹ Ständen derartige Phänomene einerseits nicht im Fokus der in diesem Bericht vorgestellten Untersuchungen – dies liegt keineswegs daran, dass entsprechenden Vorkommnissen seitens der Wissenschaftlichen Begleitung keine Bedeutung beigemessen würde. Sie werden vielmehr in separaten Veröffentlichungen behandelt (ISS 2021, ISS/Das progressive Zentrum 2020) – lassen sie sich andererseits ob ihrer Relevanz auch für die inhaltliche Arbeit der Partnerschaften genauso wenig gänzlich ausblenden. Da demgemäß keine quantifizierbare empirische Grundlage vorliegt, handelt es sich bei diesen Ausführungen zunächst um eine explorative Schilderung von Einzelfällen.

breiten Rückhalts in der politischen Sphäre gelegt und vor diesem Hintergrund positiv konnotierte Ziele adressiert bzw. als ausgleichendes Element für stress- bis störungszentrierte Zugänge genutzt.

„[Es braucht, Anm. d. Verf.] den Ausgleich durch Aktivitäten und Projekte, die eben für nahezu alle anschlussfähig sind. Ich sage jetzt mal, das Demokratieplanspiel in einer Schule, das kann eigentlich keiner negativ aufnehmen. [...]. Diesen Ausgleich zu schaffen. Konkrete Problembenennung und trotzdem eine breite Akzeptanz durch die positiv wahrgenommenen Projekte und Aktivitäten.“ (KD_17_159)

Dabei wird weniger auf die fachliche Notwendigkeit der Bearbeitung als Grund verwiesen, denn vielmehr auf existenzielle Sorgen wie die Anbahnung eines Trägerwechsels der Koordinierungs- und Fachstelle, der Entzug seiner Gemeinnützigkeit bis hin zum Fortbestand der Partnerschaft als Förderinstrument einer demokratischen politischen Kultur an sich.

„Und damit habe ich so ein bisschen schlicht und einfach auch gelernt in den letzten Jahren, dass es das braucht und ich in meiner Rolle schlicht und einfach eine Verantwortung habe, die mehr als meinen Job hier betrifft. Sondern ich Sorge dafür, dass für diverse Träger eine Möglichkeit gibt, Projekte durchzuführen. Und damit muss ich insbesondere darauf achten, dass nur dadurch, dass ich irgendwie den Antrieb habe, etwas zu problematisieren, das nicht immer gleich [...] die Pfd nicht existenziell infrage gestellt wird.“ (KD_95_169)

„Man muss es vielleicht so sehen, also ich habe jetzt XXX [Anzahl, Anm. d. Verf.] Stunden die Woche, bin ich hier in der Stelle. Das heißt, ich muss sehr gut gucken: Wo setze ich meine Ressourcen ein? Wenn ich mich jetzt vordergründig, schwerpunktmäßig auf den Bereich Rechtsextremismus konzentriere, werde ich dann meine Gegenspieler finden, relativ schnell, und kann dann einen Großteil meiner Zeit damit vertun, sage ich mal, mich damit auseinanderzusetzen. Gleichzeitig bewege ich mich hier in einem Raum, politisch und gesellschaftlich, wo eine relativ hohe Akzeptanz und oder zumindest ein Wegsehen stattfindet und wo man eher als Nestbeschmutzer wahrgenommen wird, wenn man da jetzt zu massiv auftritt, in dem Bereich. Also ich hätte hier wenig Rückhalt, wenn ich jetzt nur noch Workshops zum Thema Rechtsextremismus, Antiziganismus und so weitermache, dann bin ich hier leichte Zielscheibe auch halt als Träger einfach. Also wir müssen hier schon irgendwie zeigen auch, dass wir eben diese anderen Sachen adressieren.“ (KD_88_97)

Diese Fälle eint neben dem schwierigen Kontext nicht nur der bisweilen mangelnde bzw. nicht vom gesamten Spektrum demokratischer Parteien getragene Rückhalt, sondern überdies eine mit Blick auf die eigenen Kompetenzen selbstbewusste und auch hinsichtlich der Programmakteur*innen (z.B. Mobile Beratung, weitere Partnerschaften) gut vernetzte Koordinierungs- und Fachstelle. Sollten sich die beschriebenen Situationen z. B. im Rahmen weiterer Untersuchungen also nicht als Einzelfälle herausstellen bzw. im Kontext der sich verschiebenden politischen Mehrheiten auf kommunaler Ebene als mahnende Beispiele etwaiger Entwicklungen der näheren Zukunft gedeutet werden, erscheinen neben der Stärkung der Koordinator*innen bzw. der Förderung der programminternen Vernetzung vor allem weitere Maßnahmen zur Sicherstellung wehrhafter Demokratieförderung nötig. So rücken die skizzierten Herausforderungen Anpassungen in den Blick, die allein von der kommunalen Ebene kaum zu leisten sind

bzw. stärker die Gestaltung der Programmarchitektur betreffen und zur Robustheit der Partnerschaften angesichts wenig stabiler Situationen vor Ort beitragen.

„Ich wüsste jetzt nicht, was man am Programm umstricken könnte. Am Ende ist es ja immer eine Entscheidung auch für eine Kommune, ob sie eine Partnerschaft haben möchte oder nicht. Und das kann sich ja auch im Laufe der Zeit ändern. Also sicherlich wäre es sinnvoll, wenn man, aber das ist natürlich wieder eher der Bund, wenn man dieses Programm so machen könnte, dass man entweder diese Eigenanteile weglässt beziehungsweise dass man so eine Art langfristige Bindung für die Kommune hat. So ist es immer schwierig, weil jede Partnerschaft im Grunde genommen jedes Jahr dann Teil der Haushaltsdiskussion ist. Was dann natürlich immer Möglichkeiten und Hebel gibt, als wenn man jetzt sagen würde, man hat jetzt eine langfristige. Das muss jetzt nicht eine unbegrenzte Perspektive sein, aber zumindest länger.“ (KD_44_183)

8 Empfehlungen

In aller Kürze

Auf den nachfolgenden Seiten formuliert der ISS e.V. Empfehlungen zur Fortentwicklung des Handlungsbereichs Kommune insbesondere mit Blick auf (1) Partnerschaften, die in Förderregionen mit besonderen Herausforderungen aktiv sind, mit Blick auf (2) die Wehrhaftigkeit kommunaler Demokratieförderung und (3) ihre digitale Verortung sowie bezogen auf (4) die Gestaltung eines postpandemischen Aufbruchs.

Partnerschaften für Demokratie sind ein reifes Instrument der kommunalen Demokratieförderung. Sie haben sich, so die Befunde der Wissenschaftlichen Begleitungen vergangener Jahre, hinsichtlich ihres strukturellen Arrangements, der zentralen Prozesse, ihrer konzeptionellen Grundlage und ihrer Möglichkeiten des fachpraktischen Handelns bewährt. Insbesondere ihre ausgeprägte Flexibilität stellt sicher, dass sie auch im Angesicht sich verändernder gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen dazu in der Lage sind, sich neu auszurichten und entsprechenden Anpassungsbedarfen nachzukommen. Der Aufschwung des Rechtspopulismus auch in vorpolitischen Sphären, die pandemiebedingten Herausforderungen für die Zivilgesellschaft sowie die Digitalisierung politischer Öffentlichkeit führen allerdings zu Konstellationen, die über kontextspezifische und anlassbezogene Nachjustierungen auf der kommunalen Ebene hinaus weitere unterstützende Impulse nahelegen.

Eine aktivierte bzw. mobilisierte Zivilgesellschaft bildet die Basis und einen Meilenstein der Arbeit erfolgreicher Partnerschaften. Insbesondere in Förderregionen mit besonderen Herausforderungen (Strukturschwäche, Flächenlandkreise etc.) gestaltet sich die Arbeit am zivilgesellschaftlichen Fundament indes äußerst voraussetzungsvoll und bedarf der Unterstützung.

Die erfolgreiche Aktivierung und Einbindung der Zivilgesellschaft vor Ort kann für sich genommen bereits eine wesentliche Zielstellung der Partnerschaften für Demokratie darstellen. Sie ist überdies jedoch auch eine zentrale Erfolgsbedingung bei der Bearbeitung weiterer programmrelevanter Herausforderungen. Dabei gestalten sich fraktal strukturierte Förderregionen, passive Beteiligungskulturen und fehlende Anknüpfungspunkte als besondere Hürden. Gerade (Flächen-)Landkreise und strukturschwachen Regionen vereinen im Gegensatz zu eher großstädtisch geprägten Kontexten Voraussetzungen ges. Beteiligung, die in einem nur schwer zu bestellenden Nährboden demokratisch vitaler Kulturen kulminieren (u.a. herausfordernde Vernetzungsprozesse, geringe Trägerdichte, heterogene regionale Identitäten, räumliche Distanzen und erhöhte Fahrtzeiten). Die drohende Erosion zivilgesellschaftlicher Strukturen im Zuge der Corona-Pandemie bzw. die Rückbesinnung z. B. von Vereinen auf ihr „Kerngeschäft“ (z.B. Sport, Naturschutz) schwächt und reduziert die in Teilen spärlich vorhandenen Kristallisationspunkte politisch-zivilgesellschaftlichen Engagements weiter. Aber auch die bisweilen schwer einsehbaren und „mehrere“ Netzwerke nötig machenden Besiedlungsstrukturen werden als Hemmnis der Entwicklung einer vitalen politischen Kultur skizziert. Vor diesem Hintergrund kann es sinnvoll sein,

- speziell Partnerschaften für Demokratie, die in Förderregionen mit besonderen Herausforderungen verortet sind, zu stärken. Die Koordinierungs- und Fachstellen vereint in sich wesentliche Aufgaben des Netzwerkmanagements und trägt überdies zur Fachlichkeit der Partnerschaft bei, so dass sich insbesondere die Stärkung dieses Strukturelements etwa in Form der Ausweitung ihrer personellen Kapazitäten anbietet.
- eine Phase der Neuorientierung im Sinne strukturierter Situationsanalysen (Ressourcen- und Problemanalysen) auch hinsichtlich der Folgen der Corona-Pandemie anzuregen.
- die Ansprache und (Re-)Aktivierung insbesondere von klassischen Vereinsstrukturen und im ländlichen Raum etablierten Partner*innen (Naturschutzvereine, freiwillige Feuerwehren, Sportvereine etc.) sowie deren Sensibilisierung für die Themen der Partnerschaften anzuregen und Vernetzung bzw. Wissenstransfer diesbezüglich zu initiieren.
- zusätzliche Maßnahmen zu fördern, die zu einer Aktivierung zivilgesellschaftlichen Engagements beitragen.
- Erfolgsbedingungen und Beispiele guter Praxis in der Anregung der zivilgesellschaftlichen Selbstorganisation, ihrer Aktivierung und Politisierung in schwierigen Räumen zu eruieren und dieses Wissen gezielt zu transferieren.

Angesichts der Verbreitung demokratieskeptischer Positionen sowie der Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume sollte die Wehrhaftigkeit der Partnerschaften als Instrument der kommunalen Demokratieförderung gestärkt werden.

Partnerschaften für Demokratie tragen zur Wehrhaftigkeit in der Auseinandersetzung mit vielfaltnegierenden Phänomenen bei. Vor diesem Hintergrund geraten sie bisweilen selbst in den Fokus einschlägiger Akteur*innen und Gruppierungen und sehen sich in Person der Koordinator*innen (50, 17 %) mit Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen aufgrund ihres Engagements für Demokratie und Vielfalt konfrontiert.³⁷⁰ Darüber hinaus drücken sich demokratie- und vielfaltablehnende Haltungen nicht nur im Diskurs sowie in menschenfeindlichen bzw. juristisch relevanten Handlungen aus. Vielmehr sedimentieren sie mancherorts bis in die Strukturen und befördern derart Spielarten der Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume auch auf institutioneller Ebene. Bei ausbleibender klarer Positionierung des demokratisch politischen Spektrums bis hin zu Kooperationsbeziehungen zwischen bürgerlichen und rechtspopulistischen Fraktionen können Sollbruchstellen gerade in der Zusammenarbeit auch mit der Verwaltung bis hin zu Auseinandersetzungen um die grundsätzliche Förderung der Partnerschaften auftreten. In der Konsequenz steht bisweilen die inhaltliche Ausrichtung der Partnerschaften zur Disposition und wird durch die Engagierten u.a. im Zuge von Ausgleichsbewegungen (z.B. zugunsten positiv konnotierter Arbeitsschwerpunkte wie Demokratieförderung im Gegensatz zur Adressierung von Rechtsextremismus), weniger auf der Grundlage fachlicher Einschätzungen allein festgelegt. Zwar handelt es sich ggf. um Einzelfälle, dennoch bietet es sich auch mit Blick auf etwaige weitere Verschiebungen in der kommunalpolitischen Landschaft an,

³⁷⁰ Vgl. ISS 2021, S. 40.

- prospektiv die Möglichkeiten der Einflussnahme auch des kommunalpolitischen Spektrums (z.B. im Rahmen von Haushaltsentwürfen und der Bewilligung kommunaler Eigenanteile, bei der Besetzung der Begleitausschüsse, der Abberufung des Trägers der Koordinierungs- und Fachstelle) zu erörtern und ggf. vor dem Hintergrund schwindender Unterstützung Maßnahmen zu ihrer Erhöhung (z.B. in Form von Ratsbeschlüssen als Grundlage der Interessenbekundung) bzw. zur Wahrung der Unabhängigkeit der Partnerschaften zu prüfen. Hierbei sollte ggf. die Perspektive der Praktiker*innen eingeholt und auf konkreten Herausforderungen basierende Erfahrungsbestände berücksichtigt werden.
- spezifische Fort- und Weiterbildungsangebote vorzuhalten bzw. das bestehende Angebot zu ergänzen. Hier bieten sich Bausteine etwa zur Stärkung der Handlungssicherheit im Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten bzw. demokratie- und vielfaltablehnenden Positionen in der Verwaltung an sowie Formate, welche Partnerschaften sowohl in der Arbeit mit deutungsmächtigen Akteur*innen (insbesondere Bürgermeister*innen als kommunale Spitzen) als auch der Gewinnung politischer Unterstützung fördern. Ferner sollten Mitarbeiter*innen der Verwaltung (weiterhin) verstärkt in die Weiterbildungsangebote einbezogen und gezielt in ihrer Entwicklung von Handlungssicherheit bzw. Rollenklarheit im Umgang mit einschlägigen Positionen und Personen gestärkt werden. Dabei wäre zu überlegen, eine separate Staffel zu implementieren.
- Unterstützungsformate speziell für Mitarbeitende der Koordinierungs- und Fachstellen bereithalten, welche über Kompetenzförderung hinaus auch den kollegialen Austausch auf Augenhöhe und die Auseinandersetzung mit spezifischen Herausforderungen (Coaching) umfassen und überdies die betroffenen Personen selbst angesichts akuter Belastungssituationen stützen (Supervision).
- bestehendes Know-How bezüglich der gelingenden Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in Form guter Praxis nicht nur an betroffene Förderregionen sondern insbesondere auch an sich neu konstituierende Partnerschaften vermitteln.
- Vernetzungsprozesse von Partnerschaften, die sich mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sehen, aber insbesondere auch zur Mobilen Beratung weiter zu forcieren. So wird die Zusammenarbeit im Rahmen qualitativer Interviews einerseits als hilfreich auch in der direkten Auseinandersetzung mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen erlebt, andererseits liegt der Anteil der Partnerschaften, der mit den Teams der mobilen Beratung kooperiert bei ca. 50 %.

Demokratieförderung bzw. die Auseinandersetzung mit Demokratie- und Menschenfeindlichkeit muss angesichts sich verlagernder Arenen auch digital erfolgen. Die Partnerschaften weisen hier ungenutzte Potentiale auf und sollten diesbezüglich empowered werden.

Die Besetzung digitaler Räume durch demokratie- und menschenfeindliche Akteur*innen bzw. Gruppierungen ist kein neues Phänomen mehr und auch hate speech (Hassrede) als sehr greifbare Form der Digitalisierung einschlägiger Phänomene ist in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie verbreitet (wiederholtes Auftreten: 42 %, 122). In der digitalen Demokratieförderung bestehen indes noch deutliche Potentiale. So erfolgt gezielte Gegenrede als Reaktion auf Hass im Netz in wiederholter Form lediglich an 16 % (47) der 292 hier im Bericht fokussierten Standorte in wiederholter Form.³⁷¹ Als Verbund aus Netzwerken und Seismographen gesellschaftlicher Veränderungen, die im gemeinsamen Engagement Herausforderungen des demokratischen Zusammenlebens adressieren, eignen sich die Partnerschaften indes grundsätzlich nicht nur für die Bearbeitung der Handlungsfelder des Realräumlichen (in Abgrenzung zum Digitalen). Sollen sich die Partnerschaften für Demokratie stärker den Herausforderungen des Digitalen annehmen, könnte es dienlich sein,

- basierend auf einer Wahrnehmung der Partnerschaften als „Verbund aus Netzwerken“ ihr Potential als gemeinsame digitale Streiter*innen für Demokratie zu bergen und Kooperationen, integrierte Strategien und Aktionen etwa in Form von Counter-Speech zu befördern. Hierzu bedarf es gezielte Bemühungen u.a. mit Blick auf die vorhandenen digitalen Infrastrukturen, das grundsätzliche wie fach- und methodenspezifische Know-How und überdies ggf. die Steuerung bzw. fachliche Begleitung durch erfahrene Akteur*innen (s.u.).
- den Prozess ihrer Digitalisierung insofern zu beschleunigen, als dass die technische Infrastruktur geprüft, bei Bedarf ausgebaut, das grundsätzliche digitale Know-How in Form von Fort- und Weiterbildungen geschult und Informationen zu digitalen Landschaften bzw. Erscheinungsformen demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene vermittelt werden.
- ein digitales Monitoring (Situationsanalyse) demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen mit kommunalem Bezug anzuregen und Partnerschaften beim Aufbau von Expertise diesbezüglich zu unterstützen.
- die Vernetzung etwa mit ehemaligen Modellprojekten des Bereichs „Engagement im Netz“ zu stärken und derart einen Transfer vorhandener Expertise zu stärken
- die Belastungen des digitalen Engagements frühzeitig mitzudenken und begleitende Maßnahmen wie Coaching und Supervision anzubieten.

³⁷¹ Die digitale Demokratieförderung auch im abwehrenden Sinne ist überdies kaum integraler Bestandteil der im vorliegenden Bericht idealtypisch verdichteten Handlungsstrategien der Partnerschaften.

Mit der Corona-Pandemie und den sich verändernden Rahmenbedingungen kommunaler Demokratieförderung gingen und gehen nach wie vor Herausforderungen einher, die schnelle Anpassungsbewegungen erforderten. Nach nunmehr zwei Jahren empfiehlt sich eine Phase der Selbstvergewisserung.

Als Netzwerke aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung, die insbesondere auf die Aktivierung der breiten Bevölkerung abheben und das Zusammenleben vor Ort auch im direkten Austausch etwa auf Veranstaltungen oder im Rahmen von Diskussionen und Demonstrationen gestalten, sind die Partnerschaften in hohem Maße von den Rückzügen sowohl des demokratischen als auch des antidemokratischen Spektrums aus den realräumlichen Öffentlichkeiten betroffen. Dabei ergeben sich Veränderungen der kommunalen Situationen sowohl hinsichtlich der Ressourcen wie auch der Problemlagen, die spätestens mit der Überwindung der pandemischen Krise eine Phase der Selbstvergewisserung nahelegen. Um die Partnerschaften bei den zugehörigen Prozessen zu unterstützen, kann es hilfreich sein,

- die Leistungen der Partnerschaften für Demokratie unter den besonderen Rahmenbedingungen der vergangenen beiden Jahre explizit zu würdigen, auch um eine Phase des neuerlichen Aufbruchs einzuleiten.
- die bereits im Vorangehenden skizzierten Empfehlungen hinsichtlich der Erstellung bzw. Aktualisierung von Situationsanalysen (Ressourcen- und Problemanalysen) zu realisieren.
- Grundlagen der Zielexplication zu vermitteln wie auch anspruchsvollere Prozesse der Strategieentwicklung etwa in Form logischer Modelle unter Verbindung einzelner Elemente der Zielebenen mit Maßnahmen und konkreten Wirkannahmen anzuregen.
- Angebote und Materialien vorzuhalten, die vorhandene Projektideen (z.B. in Form von Projektbörsen) skizzieren, systematisieren und in den Kontext möglicher strategischer Ausrichtungen bringen um derart Anregungen zum konkreten Vorgehen zu vermitteln.

**TEIL III
ANHANG**

9 Grundsätze und Gesamtdesign der Wissenschaftlichen Begleitung

In aller Kürze

Teil III beinhaltet Informationen zum Gesamtdesign der Wissenschaftlichen Begleitung im Allgemeinen sowie zum Untersuchungsdesign zur Realisierung des Bausteins „Kommunale Demokratieförderung“ im Speziellen. Überdies haben Sie die Möglichkeit, Hinweise zur verwendeten Literatur als auch die den vorangehenden Kapiteln zugrunde liegende Empirie in tabellarischer Form nachzuvollziehen.

Im Rahmen der Wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie stellt das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS e. V.) den Programmgestalter*innen Wissen zur Verfügung, um informierte Entscheidungen für die weitere Programmplanung und -umsetzung zu treffen. Auch der intermediären Ebene, also der Regiestelle und anderen programm-begleitenden Akteur*innen, können Ergebnisse, die zu einer Verbesserung der Praxis beitragen, bereits während der Laufzeit des Programms an die Hand gegeben werden.

Damit trägt die Wissenschaftliche Begleitung in ihrer Form sowohl Züge „entscheidungs-gesteuerter“ als auch „spannungsthemengesteuerter“ Evaluationen. Ergebnisse werden demgemäß nicht nur summativ zu festgelegten Zeitpunkten präsentiert, sondern fließen formativ in den Prozess der Programmgestaltung und -umsetzung ein. Um diesem Anspruch an die Wissenschaftliche Begleitung zu genügen, muss das Untersuchungsdesign sowohl ergebnis- als auch prozessorientiert sein. Erhebungs- und Auswertungsinstrumente müssen responsiv sein, d. h. genügend Flexibilität bieten, um im Untersuchungsverlauf auf die Bedarfe der Programm-gestaltenden und Programmumsetzenden einzugehen.

Die im Rahmen der Evaluation gewonnenen Erkenntnisse fließen ferner in die Partnerschaften für Demokratie zurück und werden in einem Kommunikationsprozess mit den beteiligten Akteur*innen überprüft. Demzufolge gehören die Durchführung von Workshops mit Praktiker*innen und die Erstellung von Handreichungen von Beginn an zu den Leistungen der Wissenschaftlichen Begleitung. Der Austausch mit Praktiker*innen ermöglicht es, zum einen Fragestellungen, die sich aus der praktischen Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie ergeben, im Rahmen der Wissenschaftlichen Begleitung zu berücksichtigen. Zum anderen ist durch einen solchen Austausch auch eine kommunikative Validierung und somit eine zusätzliche Sicherung der Qualität der Befunde gewährleistet. Darüber hinaus werden den Akteur*innen der Partnerschaften Kenntnisse für die weitere Implementierung ihrer Partnerschaften zur Verfügung gestellt.

Die Wissenschaftliche Begleitung orientiert sich an den „Standards für Evaluationen“ der DeGEval – Gesellschaft für Evaluation e. V. Bei einer Evaluation, aber auch bei einer praxisbegleitenden Forschung spielen vor diesem Hintergrund vier grundlegende Eigenschaften eine zentrale Rolle: Nützlichkeit, Durchführbarkeit, Fairness und Genauigkeit. Die DeGEval-Standards dienen der Qualitätssicherung in systematischen, datenbasierten Evaluationsverfahren zur Beschreibung und Bewertung von Projekten, Programmen, Rechtsvorschriften und

Institutionen. Um eine entsprechende Qualität zu sichern und Transparenz auf allen Beteiligungsebenen zu gewährleisten, wird das Evaluationsdesign offengelegt. Die Erhebung und Auswertung der Daten erfolgt unter strikter Berücksichtigung des Bundesdatenschutzgesetzes, wobei die §§3a (Datensparsamkeit), 5 (Datengeheimnis), 9 (technische und organisatorische Maßnahmen) und §40 (Verarbeitung und Nutzung persönlicher Daten durch Forschungseinrichtungen) für die Untersuchung als besonders relevant angesehen werden. Erhoben werden nur Daten, die für die Wissenschaftliche Begleitung von Relevanz sind. Eine Auswertung der Daten erfolgt ausschließlich anonymisiert bzw. pseudonymisiert. Rückschlüsse auf Personen oder Standorte sind aufgrund der Auswertung nicht möglich, in Ausnahmefällen wird das Einverständnis der Betroffenen eingeholt. Die Daten werden gesichert aufbewahrt, Zugang haben nur projektbezogene Mitarbeiter*innen, die sich zur Einhaltung der Datenschutzbestimmung verpflichtet haben.

Das Gesamtdesign der Wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie durch das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. in der aktuellen Förderperiode umfasst die folgenden Bausteine, die in mehreren Publikationen behandelt wurden bzw. noch behandelt werden:

Abbildung 32: Bausteine der Wissenschaftlichen Begleitung durch das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.



Quelle: Eigene Darstellung.

9.1 Methodisches Vorgehen des ISS e.V.

Eine zentrale Herausforderung der Wissenschaftlichen Begleitung besteht darin, umfassende und vergleichbare Informationen zur Implementierung bzw. Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie zu generieren, diese aufzubereiten, zu bewerten und in Form von Entscheidungshilfen zeitnah an die Programmsteuerung zu übermitteln (s.o.). Hierzu werden quantifizierbare Sachverhalte standardisiert erhoben und basierend auf statistischen Auswertungen Aussagen u. a. über korrelative Beziehungen abgeleitet. Darüber hinaus werden vertiefende qualitative Analysen ausgewählter Teilmengen zu spezifischen Fragestellungen der Evaluation durchgeführt. Das Team des ISS e.V. legt großen Wert darauf, dass die Befunde nach gültigen Standards der empirischen Sozialforschung erstellt werden und einen hohen Grad an Generalisierbarkeit aufweisen. Dem wird insbesondere durch (mehrfache) online-gestützte Vollerhebungen sowie durch die Triangulation auf Methoden-, Perspektiven- und Datenebene Rechnung getragen.

Die Verschränkung von qualitativen und quantitativen Methoden trägt u. a. dazu bei, dass die Entwicklung der Erhebungsinstrumente auf begründbaren Konzepten beruht und ausreichende Praxisnähe aufweist. Sie stellt darüber hinaus auch sicher, dass die quantitativen Befunde nachvollziehbar bzw. erklärbar sind. So können Ergebnisse der standardisierten Erhebungen, z. B. durch leitfadengestützte Expert*inneninterviews, Workshops etc. erläutert, ergänzt oder problematisiert werden, Fragestellungen und Einsichten, die sich aus den qualitativen Elementen ergeben, fließen wiederum in die Konstruktionsprozesse der Fragebogenentwicklung ein. Ziel des qualitativen Elements ist es also u. a. auf explorativer Ebene Erwartungen und Entwicklungsoptionen zu ermitteln sowie ergänzend zu den quantitativen Befunden Sinnzusammenhänge und Erklärungsmuster zu erfassen. Daten- bzw. Perspektiventriangulationen tragen schließlich dazu bei, dass die Sichtweisen und Erfahrungen unterschiedlicher Akteur*innen auf die Partnerschaften für Demokratie bzw. die sie umgebenden Kontexte berücksichtigt und die Expert*innenurteile der Koordinator*innen ergänzt werden.

Welche Verfahren zur Triangulation bzw. zur Beantwortung der untersuchungsleitenden Fragestellungen bzw. zur Erhöhung der Generalisierbarkeit Anwendung finden, hängt von den konkreten Forschungskontexten/-bedingungen ab. So hat das ISS e.V. zur Beantwortung der mit den obig dargestellten Elementen verbundenen Fragestellungen jeweils individuelle, angepasste Untersuchungsdesigns entwickelt. Das multimethodisch angelegte Design für den Baustein „**Kommunale Demokratieförderung**“ wird in den nachfolgenden Absätzen skizziert.

9.2 Untersuchungsdesign zur Realisierung des Bausteins „Kommunale Demokratieförderung“

Demokratieförderung ist ein Handlungsfeld, das sich nunmehr aus einer mehr als 15jährigen Praxis heraus konturiert. Es speist sich aus historisch gewachsenen Verständnissen hinsichtlich Zielstellungen, Handlungsfelder sowie Adressat*innen. Aktuell wird davon ausgegangen, dass Demokratieförderung als Oberbegriff Ansätze meint, die u.a. dazu dienen

- Demokratie zu erleben und zu lernen,
- Netzwerke demokratischer Akteure, Projekte und Institutionen zu knüpfen,
- Partizipatives und politisches Handeln anzustoßen,
- Teilhabemöglichkeiten zu erweitern sowie
- Kritische Reflexionskompetenzen aufzubauen.³⁷²

Demokratieförderung zielt darüber hinaus sowohl auf die Stärkung von Subjekten, als auch Strukturen, Institutionen, Verfahren und Gemeinwesen. Im Gesamtüberblick eröffnet sich somit ein komplexes und heterogenes Tätigkeitsfeld, das in seiner Gesamtheit nur bedingt systematisch erfasst und beschrieben ist. Eine wesentliche Aufgabe der Wissenschaftlichen Begleitung besteht daher aufbauend auf den bisherigen Befunden in der (1) fachlichen Konturierung des Handlungsfeldes kommunaler Demokratieförderung. Darüber hinaus gilt es, die Ziel-Mittel Relationen der Partnerschaften zu explizieren und derart ihr (2) Handlungsrepertoire im Sinne eines konzeptionellen Gesamtkatalogs zu systematisieren. Als flexible und in hohem Maße kontextsensible Instrumente kommunaler Demokratieförderung kombinieren Partnerschaften für Demokratie in der Regel mehrere Elemente und verketteten sie mitunter im Sinne komplexerer Wirkstränge (z.B. Begegnung – Dialog – Vertrauen oder Sensibilisierung – Aktivierung – Mobilisierung). Die tatsächliche Praxis kommunaler Demokratieförderung lässt sich somit kaum anhand einzelner Aspekte des Repertoires bzw. der Akzentuierung einzelner Facetten desselben, sondern vielmehr in der Analyse ihres Zusammenspiels beschreiben. Vor diesem Hintergrund erfolgte (3) eine Differenzierung der lokalen Ansätze von Demokratieförderung in Form von idealtypischen Modellen.

Den Ausgangspunkt der Wissenschaftlichen Begleitung durch das ISS e.V. bildete die mehrstufige und theoriebasierte Exploration dessen, **was kommunale Demokratieförderung (1) im Kontext lokaler Partnerschaften für Demokratie aus Perspektive der Fachpraxis umfassen kann** und ggf. sollte. Zwar ist die Exploration, Systematisierung und empirische fundierte Darstellung des konzeptionell verankerten Instrumentariums der kommunalen Demokratieförderung bereits seit mehreren Jahren zentraler Gegenstand der Wissenschaftlichen Begleitung, zugleich erfordern u.a. die sich verändernden Herausforderungen im Kontext auch aufgrund gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen und den damit verbundenen Anpassungen der Vorgehensweisen und Strategien eine kontinuierliche Weiterentwicklung zentraler Konzepte und Instrumente.

Als Auftakt zur Konturierung des Handlungsfeldes wurde in einem ersten Schritt eine umfassende Literaturrecherche mit dem Ziel durchgeführt, bestehende Wissensbestände zu bergen

³⁷² Vgl. Berliner Erklärung des 24. Deutschen Präventionstages.

und relevante Konzeptionen zu identifizieren. Hierauf aufbauend wurde der Blick auf die konkreten Vorhaben der Praxis gewendet und eine Analyse von 300 Antragsdokumenten der Partnerschaften für Demokratie mithilfe des Programms MAXQDA durchgeführt. Dabei wurden die Grundlagen der Zielsetzung zur Demokratieförderung sowie deren konkrete Umsetzungen untersucht und erste Schlüsse über entsprechende Ziel-Mittel-Relationen als Kernbestandteil des Handlungsrepertoires kommunaler Demokratieförderung gezogen.

Zwar sind die Erarbeitung konsistenter bzw. konkreter Zielsysteme und die Benennung von Wirkannahmen unabdingbare Voraussetzungen, um im weiteren Verlauf der Evaluation vergleichende und valide Aussagen zur gelingenden Umsetzung treffen zu können, in der Praxis sind Zielexplicationen jedoch nur bedingt verbreitet und es liegen bei den Akteuren auch nicht immer ausreichende Erfahrungen mit den Instrumenten und Verfahren vor. Dem begegnete das ISS e. V. schließlich aufbauend auf den Erkenntnissen der vorherigen Schritte mit der Umsetzung von drei Workshops, die im Rahmen der Zoom-Konferenzen der Partnerschaften am 29. Juli 2020, am 26. August 2020 sowie am 30. September 2020 durchgeführt wurden. Gemeinsam mit den Koordinator*innen wurden wesentliche Zielstellungen lokaler Partnerschaften in der kommunalen Demokratieförderung expliziert und mit Blick auf künftige quantitative Erhebungen operationalisiert. Derart konnte nicht nur eine praxisnahe Aufbereitung der theoretischen Befunde sondern zugleich die Grundlage der weiteren Empirie geleiteten Untersuchungen sichergestellt werden.

 Zur **empirischen Erfassung der Handlungselemente (2)** wurde ein standardisierter Fragebogen entwickelt, der u.a. die im Rahmen des skizzierten Prozesses entstandenen 30 Kurzstatements zum strategischen Vorgehen kommunaler Demokratieförderung mit sechsstufiger Antwortskala umfasst. Dieser wurden im ersten Quartal des Jahres 2021 im Rahmen einer Online-Befragung unter Verwendung des Programms Q-Set erhoben und richtete sich an die Mitarbeiter*innen der Koordinierungs- und Fachstellen (Erhebungseinheiten). Die hohe Zugänglichkeit der Erhebungseinheiten³⁷³ ermöglichte die Durchführung der Befragung als Vollerhebung, die so auch der ausgeprägten Heterogenität der Untersuchungseinheiten (Partnerschaften für Demokratien)³⁷⁴ Rechnung tragen konnte. Aufgrund der vollständigen Realisierung liegen somit Informationen zu jeder Partnerschaft vor. Diese Informationen weichen zudem nicht durch zufällige Fehler der Stichprobenziehung von den tatsächlichen Parametern abweichen, so dass die Dokumentation der strategischen Ausrichtung mit höchstmöglicher Zuverlässigkeit vorgenommen werden kann. Zur weiteren Sicherung der Datenqualität werden im Anschluss Plausibilitätschecks vorgenommen, in denen erneute Informationen zu widersprüchlichen Angaben eingeholt worden sind.

Um Muster in der Anwendung der jeweiligen Handlungselemente nachzuzeichnen, bzw. zu eruieren inwiefern sich diese 30 Bestandteile des Handlungsrepertoires in den fachpraktisch-

³⁷³ Die Elemente der Grundgesamtheit (sämtliche Partnerschaften für Demokratie) sind ebenso bekannt wie die Kontaktdaten der Erhebungseinheiten (Koordinator*innen). Darüber hinaus sind die Koordinator*innen durch die Programmsteuerung zur Unterstützung der Wissenschaftlichen Begleitung angehalten, so dass der mit Vollerhebungen üblicherweise einhergehende Aufwand weniger hoch ausfällt.

³⁷⁴ Z. B. mit Blick auf die Förderregionen, den hiermit einhergehenden Problem- bzw. Ressourcenlagen sowie der inhaltlichen Ausrichtung.

strategischen Vorgehensweise der Partnerschaften zu gemeinsamen Dimensionen kommunaler Demokratieförderung verbinden lassen, wurde schließlich eine Faktor- bzw. Hauptkomponentenanalyse³⁷⁵ durchgeführt. Varimax als orthogonales Rotationsverfahren stellt die Unkorreliertheit der Faktorscores sicher³⁷⁶, was für deren anschließende Weiterverwendung als Basis einer Clusteranalyse relevant ist, die die Unabhängigkeit der eingehenden Variablen erfordert. Als Prüfgrößen für die Eignung der Daten für das Verfahren wurden das KMO-Kriterium (Kaiser-Meyer-Olkin-Kriterium) sowie der Bartlett-Test³⁷⁷ herangezogen, die auf eine sehr gute Eignung für die Berechnung hinwiesen³⁷⁸. Nach Auswertung des MSA-Kriteriums wurden keine Variablen aus der Analyse ausgeschlossen. Aus der Berechnung resultieren fünf Faktoren, die jeweils einen Eigenwert >1.0 aufweisen und insgesamt 55,235 Prozent der Varianz erklären.

Basierend auf diesen statistisch nachweisbaren Mustern wurden entlang der Faktoren fünf **Zielebenen** identifiziert, welche den grundsätzlichen strategischen Ausrichtungen der Partnerschaften zugrunde liegen. Die Ergebnisse wurden mit der Durchführung eines Workshops zur partizipativen Konzeptentwicklung an die Koordinator*innen der Partnerschaften zurückgespielt, um das entwickelte Verständnis von Ziel-Mittel-Beziehungen zu validieren und detailliertere Einblicke in die konkrete Ausgestaltung und Umsetzung vor Ort zu gewinnen. Auf Grundlage weiterer theoretischer Ausarbeitungen lassen sie sich nach Prozessen der demokratischen Aneignung und der demokratischen Abgrenzung differenzieren und in ein Modell der kommunalen Demokratieförderung einbetten.

 Kulminieren die beiden beschriebenen Bausteine also in einer theoretisch fundierten Systematisierung des Handlungsrepertoires der Partnerschaften und der fachpraktischen Dimensionierung des Handlungsfeldes der kommunalen Demokratieförderung richtet der dritte Baustein auf die Frage, inwiefern sich die enorme Vielgestaltigkeit in den integrierten Handlungsstrategien im Sinne der Komplexitätsreduktion auf ein handhabbares Maß reduzieren lässt. Die **Typologisierung der Partnerschaften entlang ihrer strategischen Ausrichtungen (3)** wurde zunächst mithilfe einer hierarchischen Clusteranalyse (Methode: Ward, Maß: Quadrierte Euklidische Distanz) auf Basis der aus den Handlungselementen hervorgegangenen Faktorscores berechnet und eine erste Clusterversion gebildet.³⁷⁹ Nach statistischen und inhaltlichen Kriterien erwies sich eine Clusterlösung mit fünf Gruppen

³⁷⁵ Die Hauptkomponentenanalyse eignet sich gut zur Dimensionsreduktion (vgl. Schendera 2010, S. 217).

³⁷⁶ Vgl. Backhaus et al. 2018, S. 381f.

³⁷⁷ Vgl. Backhaus et al. 2018, S. 379.

³⁷⁸ KMO-Kriterium: 0.909; Bartlett-Test: p-value < 0.001

³⁷⁹ Die Voraussetzungen zur Durchführung einer Clusteranalyse (Ausreichende Anzahl Objekte, Ausreißer, Anzahl der Variablen, Gewichtung der Merkmale, Vergleichbarkeit der Merkmale) (vgl. Backhaus et al. 2018, S. 490) wurden überprüft. Die Unkorreliertheit der Merkmale ist durch die Verwendung orthogonal rotierter Faktorscores sichergestellt. Zur Überprüfung von Ausreißern wurde ein Single Linkage-Verfahren angewendet, durch das 8 Partnerschaften identifiziert wurden, die in ihrem strategischen Vorgehen kaum Ähnlichkeiten mit den Vorgehensweisen der übrigen 300 Standorte aufweisen und aus der weiterführenden Analyse ausgeschlossen wurden. Darüber hinaus sollten auch konstante Merkmale, die bei allen Objekten dieselbe Ausprägung aufweisen, aus der Analyse ausgeschlossen werden (vgl. Backhaus et al. 2018, S. 492). Obwohl keine Variable über alle Fälle hinweg die gleiche Ausprägung aufweist, zeigen jedoch viele Fälle sehr starke Zustimmungstendenzen, die teilweise (n=22) im Zuge der Datenbereinigung mit den Befragten rückbesprochen und in einigen Fällen (n=5) korrigiert wurden. Die insgesamt eher niedrige Varianz in den Antwortverhalten erschwert eine klare Zuteilung und beeinträchtigt die Bildung untereinander heterogener Gruppen.

als am besten geeignet. Die Zuteilung der Partnerschaften zu den fünf Gruppen wurde in einem nächsten Arbeitsschritt mithilfe einer Clusterzentrenanalyse überprüft und korrigiert. Die Clusterzentrenanalyse gehört zu den partitionierenden Verfahren und verlagert als solches ausgehend von einer vorgegebenen Gruppeneinteilung die Fälle in andere Gruppen, um zu einer besseren Lösung zu gelangen³⁸⁰. Durch diese Vorgehensweise können die Partnerschaften bestmöglich zu Strategie-Idealtypen gruppiert werden, die intern möglichst homogen und extern möglichst heterogen ausfallen. Nichtsdestotrotz bleibt zu erwähnen, dass durch die starken Zustimmungstendenzen teils nur wenig Varianz im Antwortverhalten feststellbar ist, was eine saubere Gruppeneinteilung erschwert.³⁸¹ Das äußert sich schließlich auch in deutlichen Schnittmengen, die die Partnerschaften der jeweiligen Gruppen trotzdem auch untereinander aufweisen. Die statistischen Auswertungen erfolgten unter Nutzung der Programme SPSS und EXCEL.

Um ein tieferes Verständnis für die berechneten Idealtypen zu entwickeln und Rückschlüsse auf etwaige Begründungszusammenhänge zwischen strategischen Ausrichtungen und den kommunalen Kontexten ziehen zu können, wurden weitere Daten zu den Förderregionen aus eigenen Erhebungen (Monitoring 2020 und 2021) sowie des Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung³⁸² berücksichtigt. So wurden von der Annahme ausgehend, dass unterschiedliche regionale Einheiten mit unterschiedlichen Funktionen verknüpft sind, somit unterschiedliche Ressourcen aufweisen und in der Konsequenz ungleiche Zugänge etwa zu Bildung, Arbeit, infrastruktureller Grundversorgung, Kontakten zu heterogenen Gruppen oder Wohnen bieten und sich dies u.a. auch auf der Mikroebene bzw. in der Persönlichkeit, den Einstellungen oder auch auf das Handeln niederschlägt, im Jahr 2021 systematisch statistische Kennzahlen zu den sozialräumlichen Kontexten der Partnerschaften zusammengetragen. Mit Blick auf ihre Eignung als Drittvariablen zur Kontrolle von Störgrößen im Rahmen der Wirkungsevaluation bilden diese Kennzahlen insbesondere schwerlich veränderbare Merkmale regionaler Kontexte ab, welche im Sinne (infra-)struktureller Voraussetzungen und Charakteristika regionaler Lebensverhältnisse die Arbeit der Partnerschaften wesentlich beeinflussen können. Sie bilden überdies als Kern objektiver Daten einen Gegenpol zu den oftmals auf subjektiven Expert*inneneinschätzungen basierenden Angaben der Koordinator*innen. Ge-

³⁸⁰ Vgl. Backhaus et al. 2018, S. 458f.

³⁸¹ Die Typologisierung schließt also nicht aus, dass auch Durchmischungen und Überschneidungen vorkommen. Keinesfalls bedeutet die Zuordnung einer Partnerschaft zu einem Typ also, dass sie ausschließlich Elemente realisiert, die dieser thematischen Einordnung entsprechen.

³⁸² Bertelsmann-Stiftung (2021): Indikatorenkatalog IST-Daten nach Themen. Wegweiser Kommune, https://www.wegweiser-kommune.de/documents/20125/132160/Indikatorenkatalog_ISTDaten_final.pdf/e9de7dd1-52e7-50c9-8bf3-cfe21fabe0e5?t=1624361798893 (Letzter Zugriff: 09.12.2021).

nauer bilden sie die Situationen in den Förderregionen ab (jeweils auf Landkreis- oder kommunaler Ebene) u.a. hinsichtlich der Merkmale Einwohnerdichte,³⁸³ Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort je im primären, sekundären und tertiären Wirtschaftssektor,³⁸⁴ Anteile der Hochqualifizierten am Arbeitsort,³⁸⁵ Pendlersaldo,³⁸⁶ Kaufkraft,³⁸⁷ Beschäftigungsquote,³⁸⁸ SGB II-Quote,³⁸⁹ Anteil der Arbeitslosen,³⁹⁰ Natürlicher Saldo, Wanderungssaldo, Medianalter, Bevölkerungsentwicklung über fünf Jahre.

Unter Anreicherung dieser und weiterer Informationen wurden schließlich empiriebasierte Kurzbeschreibungen sämtlicher Typen verfasst. Diese Kurzbeschreibungen bildeten die Grundlage für die Durchführung eines Workshops im September des Jahres 2021. Im Rahmen der digitalen Veranstaltung wurden die Koordinator*innen der Partnerschaften um eine erste

³⁸³ Die Einwohnerdichte berechnet sich aus der Gesamtbevölkerung dividiert durch die Fläche in Hektar und liest auf dieses Beispiel bezogen wie folgt: Pro Fläche in Hektar gibt es in den Förderregionen der 50 Partnerschaften durchschnittlich 6,9 Einwohnende auf Landkreisebene. Sie bezieht sich auf das Jahr 2019 und wurde im Rahmen der Sekundärdatenrecherche den Datenbanken der Bertelsmann-Stiftung entnommen. Sie liegt für sämtliche Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie vor. Die Spannweite ist dabei beträchtlich und reicht im Maximum von 41,2 für Berlin bis zum Minimum von 0,4 für den Landkreis Prignitz. Der Gesamtmittelwert der Förderregionen lokaler Partnerschaften liegt bei 8,1 Einwohnern je Hektar im Bundesdurchschnitt und damit wesentlich über dem für Bundesgebiet (2,3). Dies ist aller Wahrscheinlichkeit auf die Fördermaßgaben zurückzuführen, wonach es einer gewissen Mindestgröße bedarf um Förderfähig zu sein.

³⁸⁴ Die Anteile der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort im primären, sekundären bzw. tertiären Sektor. beziehen sich auf das Jahr 2019 sowie für einen Standort auf das Jahr 2017. Sie wurden im Rahmen der Sekundärdatenrecherche den Datenbanken der Bertelsmann-Stiftung entnommen und heben auf die Landkreisebene ab. Für sechs Standorte liegen keine Daten vor. Die Beschäftigungsanteile berechnen sich aus dem Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort im jeweiligen Sektor dividiert durch die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort multipliziert mit 100 (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2021).

³⁸⁵ Der Anteil der Hochqualifizierten am Arbeitsort errechnet sich aus den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit akademischen Berufsabschluss am Arbeitsort dividiert durch die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort multipliziert mit 100 (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2021). Die Daten des Jahres 2019 wurden im Rahmen der Sekundärdatenrecherche den Datenbanken der Bertelsmann-Stiftung entnommen und liegen auf Landkreisebene für sämtliche Standorte vor.

³⁸⁶ Der Pendlersaldo beschreibt die Pendelgewinne bzw. -verluste und errechnet sich aus der Differenz zwischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Einpendler*innen und Auspendler*innen dividiert durch die Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter multipliziert mit 100 (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2021). Die Daten des Jahres 2019 wurden im Rahmen der Sekundärdatenrecherche den Datenbanken der Bertelsmann-Stiftung entnommen und liegen auf Landkreisebene für sämtliche Standorte vor (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2021).

³⁸⁷ Die Kaufkraft als Indikator der Einkommensdistribution bzw. der wirtschaftlichen Stärke einer Region bezeichnet das durchschnittliche Gesamtnettoeinkommen eines Haushalts. Sie errechnet sich aus der Summe sämtlicher Haushaltsnettoeinkommen dividiert durch die Anzahl der Haushalte. Die Daten des Jahres 2018 wurden im Rahmen der Sekundärdatenrecherche den Datenbanken der Bertelsmann-Stiftung entnommen und liegen auf Landkreisebene für sämtliche Standorte vor.

³⁸⁸ Die Beschäftigungsquote beschreibt den Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, der als sozialversicherungspflichtig beschäftigt gemeldet ist. Die Daten des Jahres 2019 wurden im Rahmen der Sekundärdatenrecherche den Datenbanken der Bertelsmann-Stiftung entnommen und liegen auf Landkreisebene für sämtliche Standorte vor.

³⁸⁹ Die SGB-II Quote bezeichnet den Anteil der Bevölkerung unter 65 Jahren, der Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld erhalten kann (Leistungsberechtigte). Die Daten des Jahres 2019 wurden im Rahmen der Sekundärdatenrecherche den Datenbanken der Bertelsmann-Stiftung entnommen und liegen auf Landkreisebene für sämtliche Standorte vor.

³⁹⁰ Der Anteil der Arbeitslosen bezieht sich auf den Anteil der arbeitslosen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter dividiert durch die Summe aus sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und arbeitslosen Menschen multipliziert mit 100. Die Daten des Jahres 2019 wurden im Rahmen der Sekundärdatenrecherche den Datenbanken der Bertelsmann-Stiftung entnommen und liegen auf Land- bzw. auf Kreisebene für sämtliche Standorte vor. Ferner werden im Rahmen dieses Berichts der natürliche Saldo, der Wanderungssaldo, das Medianalter, die Bevölkerungsentwicklung zwischen den Jahren 2014 und 2019 und der „Ausländer*innenanteil“ zur Beschreibung der Förderregionen herangezogen. Der natürliche Saldo bezeichnet die Differenz aus Lebendgeburten und Sterbefälle dividiert durch die Bevölkerung multipliziert mit 1000. In Verknüpfung mit dem Wanderungssaldo lassen sich Rückschlüsse auf die Entwicklung der Bevölkerung ziehen. Der Wanderungssaldo bezieht sich auf die Differenz zwischen Zu- und Fortzügen dividiert durch die Bestandsbevölkerung multipliziert mit 1000. Das Medianalter beschreibt als Lageparameter die Altersverteilung der Förderregion. Die Bevölkerungsentwicklung (2014 bis 2019) bezieht sich auf die Differenz der Bevölkerungszahl zwischen Zeitpunkten dividiert durch die Anzahl zum zweiten Zeitpunkt multipliziert mit 100.

Einschätzung zur Passung zwischen der eigenen Strategie und der ihnen zugeordneten Idealtypen sowie um weitere Einschätzungen gebeten. Aufbauen auf den derart generierten Erkenntnissen wurden typenspezifische Miro-Boards erstellt und als Arbeitsgrundlage im Rahmen leitfadengestützter Interviews mit insgesamt 15 Koordinator*innen³⁹¹ genutzt. Diese zielten zugleich auf die weitere Ermittlung von Begründungszusammenhängen zwischen Ziel und Mittel sowie deren Entwicklung als Reaktionen auf den jeweiligen Kontext, wie auch auf die weitere Validierung des Typenverständnisses durch die Fachpraxis ab. Die qualitativen Interviews wurden aufgenommen, transkribiert und mithilfe des Programms MAXQDA ausgewertet. Die gewonnenen Erkenntnisse zur Differenzierung der fünf Idealtypen strategischer Ausgestaltung wurden im Anschluss erneut im Rahmen eines Workshops im Oktober des Jahres 2021 an nunmehr (Kriterien geleitet) ausgewählte Koordinator*innen als Expert*innen für ihren jeweiligen Strategietyp zurückgespielt. Hierbei wurde ein besonderer Fokus auch auf die Abgrenzung unterschiedlicher Typen untereinander im Sinne externer Heterogenität gelegt. Aufbauend auf Ergebnissen dieser quantitativen wie qualitativen Untersuchungen wurden schließlich detaillierte Profile der Strategietypen erstellt und den vorliegenden Bericht überführt.

■ Die Rekonstruktion und Systematisierung der Ziel-Mittel-Annahmen, ihre Dimensionierung, theoretische Fundierung und Verknüpfung zu idealtypischen Handlungsstrategien stellen in der Gesamtschau also nicht nur einen wesentlichen Baustein der weiteren fachlichen Konturierung des Handlungsfeldes dar, sondern erlauben es, dessen Vielgestaltigkeit auf ein handhabbares Maß reduzieren. Im Ergebnis können die fünf Handlungsstrategien auch für die künftige Evaluation und hier insbesondere im Rahmen der verstehenden Wirkungsanalyse genutzt werden.

³⁹¹ Dabei wurden 3 Partnerschaften für Demokratie je Strategietyp ausgewählt. Bei der Auswahl wurde eine repräsentative Verteilung zwischen neuen und alten Bundesländern sowie zwischen Kommunen und Landkreisen bzw. Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften berücksichtigt. Darüber hinaus wurde die Differenz des Falls zum Clusterzentrum, einem Wert für die Typizität des Falls für den Idealtypen, zur Auswahl herangezogen.

10 Literatur

16. Kinder- und Jugendbericht (2020): Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin.
- Achour, Sabine (2021): Politische Bildung als Transmitter der Demokratie: Demokratie muss man machen – Neun Appelle zur politischen Bildung. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate: Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021, Bonn, S. 311-329.
- Almond/Verba (1963): The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton.
- Alisch, Monika (2018): Sozialräumliche Segregation: Ursachen und Folgen, in: Huster, Ernst-Ulrich/Boeckh, Jürgen/Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hrsg.): Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung, Wiesbaden: Springer VS, S. 503 – 522.
- Arant, Regina/Dragolov, Georgi/Boehnke, Klaus (2017): Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017, Gütersloh: Bertelsmannstiftung.
- Arnesen, Sveinung/Peters, Yvette (2018): The Legitimacy of Representation: How Descriptive, Formal, and Responsiveness Representation Affect the Acceptability of Political Decisions. In: Comparative Political Studies, Vol. 51(7), S. 868 –899.
- Arzheimer, Kai (2019): Don't mention the war! How populist right-wing radicalism became (almost) normal in Germany. In: Journal of Common Market Studies, 57 (2019), S. 90-102.
- Backhaus, Klaus/Erichson, Bernd/Plinke, Wulff/Weiber, Rolf (2018): Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung, Berlin: Springer.
- Bannenberg, Britta (2020): Rechtsextremismus und Menschenhass. Terroristische Täter und die Rolle des Internet. In: Lüttig, Frank/Lehmann, Jens (Hrsg.): Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus, Baden-Baden, S. 65-84.
- Bannenberg, Britta et al. (2021): Gewalt gegen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Hessen (Online unter: <https://www.uni-giessen.de/fbz/fb01/professuren-forschung/professuren/bannenberg/forschung/Amtstraeger/BannenbergPfeifferErbGewaltgegenBrgermeisterinnenundBrgermeisterinHessen.pdf>; zuletzt abgerufen am 26.1.2022)
- Batzer, Jan (2019): Zur Ästhetik der Identitären Bewegung. In: Boehnke, Lukas/Thran, Malte/Wunderwald, Jacob (Hrsg.): Rechtspopulismus im Fokus, Wiesbaden, S. 115-134.
- Behn, Sabine/Bohn, Irina/Karliczek, Kari-Maria/Lüter, Albrecht/Sträter, Till (2013): Lokale Aktionspläne für Demokratie. Zivilgesellschaft und Kommune in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Ergebnisse der Evaluation des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“, Weinheim/Basel.
- Berghan, Wilhelm/Zick, Andreas (2019): Zwischen Demokratiebefürwortung und Ungleichwertigkeitsbehauptungen: Einstellungen zur Demokratie. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (Hrsg.): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Bonn, S. 223-242.

- Berliner Erklärung des 24. Deutschen Präventionstages, <https://www.praeventionstag.de/dokumentation/download.cms?id=2796&datei=1-berliner-erklaerung-2796.pdf> (letzter Aufruf am 04.09.2019)
- Bertelsmann-Stiftung (2021): Indikatorenkatalog IST-Daten nach Themen. Wegweiser Kommune, https://www.wegweiser-kommune.de/documents/20125/132160/Indikatorenkatalog_ISTDaten_final.pdf/e9de7dd1-52e7-50c9-8bf3-cfe21fabe0e5?t=1624361798893 (Letzter Zugriff: 09.12.2021).
- Besand, Anja (2021): Was Ambiguitätstoleranz (möglicherweise) nicht ist. In: Schnurr, Ansgar et al. (Hrsg.): Mehrdeutigkeit gestalten. Ambiguität und die Bildung demokratischer Haltungen in Kunst und Pädagogik, S. 241-252.
- Bethke, Felix S./Wolff, Jonas (2020): COVID-19 and shrinking civic spaces: patterns and consequences. In: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung, Bd. 9(2), S. 363-374.
- Blühdorn, Ingolfur (2013): Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende. Berlin
- Bobba, Guiliano/Hubé, Nicolas (2021): Populism and the Politicization of the COVID-19 Crisis in Europe, London.
- Böckenförde, Ernst Wolfgang (1991): Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation. In: Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte, Frankfurt, S. 92–114.
- Bohn, Irina (2021): Demokratieförderung. In: Ralph-Christian Amthor / Brigitta Goldberg / Peter Hansbauer / Benjamin Landes / Theresia Wintergerst (Hrsg.): Kreft/Mielenz Wörterbuch Soziale Arbeit: Aufgaben, Praxisfelder, Begriffe und Methoden der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. 9., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage, Weinheim/Basel, S. 189-190.
- Boltanski, Luc/Thévenot, Laurent (2007): Über die Rechtfertigung: Eine Soziologie der kritischen Urteilskraft. Hamburg.
- Borbath, Endre et al. (2021): Civic and Political Engagement during the Multifaceted COVID-19 Crisis. In: Swiss Political Science Review, Vol. 27 (2), S. 311-324-
- Braun, Sebastian (2002): Soziales Kapital, sozialer Zusammenhalt und soziale Ungleichheit. In: APuZ, Bd. 29-30/2002, S. 6–12.
- Bundeskriminalamt (2021): Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2020, Wiesbaden (online unter: https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/UnsereAufgaben/Deliktbereiche/PMK/2020PMKFallzahlen.pdf;jsessionid=8200A1E6B77E1756298440A4845E464E.live291?__blob=publicationFile&v=3; zuletzt abgerufen am 26.1.2022).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2014): Abschlussbericht des Bundesprogramms Toleranz fördern – Kompetenz stärken, Berlin.
- Bundesverband Mobile Beratung e.V. (Hrsg.) (2019): Was blüht dem Dorf? Demokratieentwicklung auf dem Land. Dresden. (online unter: <https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2019/07/bmb-was-blueht-Ende.pdf>; zuletzt abgerufen am 26.1.2022).

- Caplan, Gerald (1964): Principles of preventive psychiatry. New York.
- Celik, Kazim/Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2020): Rechtsextremismus für die breite Gesellschaft? Der Wandel der AfD-Wählerschaft von 2014 bis 2020. In: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2020): Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments. Leipziger Autoritarismus Studie, Gießen, S. 149-175.
- Celikates, Robin (2016): Digitalization: Another Structural Transformation of the Public Sphere?" In: Yearbook for Eastern and Western Philosophy, 1 (2016), S. 39-54.
- Celikates, Robin/Jaeggi, Rahel (2017): Sozialphilosophie. München
- Ceylan, Rauf/Kiefer, Michael (2018): Radikalisierungsprävention in der Praxis. Wiesbaden.
- Coelen, Thomas W (2020): Kommunale Jugendbildung. In: Bollweg, Petra et al. (Hrsg.): Handbuch Ganztagsbildung, Wiesbaden, S. 1287-1298.
- Comtesse, Dagmar et al. (2019): Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch. Berlin.
- Crouch, Colin (2021): Postdemokratie revisited. Berlin.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2020): Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments. Leipziger Autoritarismus Studie, Gießen.
- Decker, Oliver et al. (2020): Das autoritäre Syndrom: Dimensionen und Verbreitung der Demokratie-Feindlichkeit. In: Ders./Brähler, Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments. Leipziger Autoritarismus Studie, Gießen, S. 179-209.
- Decker, Frank (2018): Parteiendemokratie im Wandel, 2. Auflage, Baden-Baden.
- Della Porta, Donatella/Steinhilper, Elias (ed.)(2021): Contentious Migrant Solidarity. Shrinking Spaces and Civil Society Contestation, London.
- Deinet, Ulrich/Reutlinger, Christian (2004): „Aneignung“ als Bildungskonzept der Sozialpädagogik, Wiesbaden.
- Deinet, Ulrich et al. (2018): Potenziale des Aneignungskonzepts. Weinheim.
- Dewey, John (2001): Die Öffentlichkeit und ihre Probleme. Berlin/Wien.
- Döbele/Sartorius/KANTAR Public (2018): Nichtwähler der Bundestagswahl 2017. Eine Studie von Kantar Public im Auftrag des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (BPA) (online verfügbar unter: <https://dbk.gesis.org/dbksearch/download.asp?id=64168>; zuletzt abgerufen am 26.1.2022).
- Ehnert et al. (2021): Handlungsfeld und Handlungslogiken. Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte im Handlungsfeld Demokratieförderung im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in der Förderphase 2020 bis 2024 (online unter: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/WB-Berichte_2._Foerderperiode/Handlungsbereich_Modellprojekte/Erster_Bericht_MP_DF_2020.pdf, zuletzt abgerufen am: 26.1.2022).
- Eribon, Didier (2016): Rückkehr nach Reims. Berlin.

- Filsinger, Dieter (2006): Strategien zur erfolgreichen Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund, in: Regiestelle SPI (Hrsg.): Fachforum „Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund – Sozialer Zusammenhalt durch interkulturelle Strategien und integrierte Ansätze in benachteiligten Stadtteilen“, Berlin, S. 15 – 20.
- Forst, Rainer (2001): Die Herrschaft der Gründe. Drei Modelle deliberativer Demokratie. In: Ders.: Das Recht auf Rechtfertigung, Frankfurt, S. 224-269.
- Frei, Nadine/Nachtwey, Oliver (2021): Quellen des 'Querdenkertums. Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg. Basler Arbeitspapiere zur Soziologie, Basel.
- Gabriel Oscar .W. (1994): Lokale Politische Kultur. In: von Alemann, Ulrich (Hrsg.) Politik. Fachwissen für Journalisten. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 201-254.
- Gabriel et al. (2013): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt. Opladen.
- Gaus, Daniel (2012): Die Dezentrierung der Demokratie, ZPTh Jg. 3, Heft 2/2012, S. 298–306.
- Geißel, Brigitte (2019): Democratic innovations in Europe. In: Escobar, Oliver/Elstub, Stephen (eds.), Handbook of Democratic Innovation and Governance, Oxford, S. 404-420.
- Gies, Philipp et al. (2020): Resonanz(räume) erforschen, bilden und Wege aus der Entfremdung gestalten. In: Bochmann, Cathleen/Döring, Helge (Hrsg.): Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten, Wiesbaden, 53-73.
- Gordon, Robert S. (1983): An operational classification of disease prevention. Public Health Reports, Jg. 83, Heft 98 (3), S. 107–109.
- Grande, Edgar (2021): Entwicklungen und Herausforderungen der Zivilgesellschaft in Deutschland. In: Ders. et al (Hrsg.): Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Bielefeld, 165-181.
- Grande et al. (2021): Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland. WZB-Discussion-Paper (online unter: <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2021/zz21-601.pdf>; zuletzt abgerufen am 26.1.2022)
- Greuel, Frank et al (2016): Zweiter Bericht: Modellprojekte. Programmevaluation „Demokratie leben!“ Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte zu GMF, Demokratiestärkung und Radikalisierungsprävention, Halle.
- Habermas, Jürgen (2021): Überlegungen und Hypothesen zu einem erneuten Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit. In: Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit? Sonderband Leviathan 37, S. 470-500.
- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Frankfurt.
- Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit, 2. Aufl., Frankfurt.
- Habermas, Jürgen (1984): Theorie des kommunikativen Handelns. 2 Bde. Frankfurt.
- Hamedinger, Alexander (2002): Sozial-räumliche Polarisierung in Städten. Ist das "Quartiersmanagement" eine geeignete stadtplanerische Antwort auf diese Herausforderung? SWS-Rundschau, 42(1), 122138. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-16568>.
- Heitmeyer, Wilhelm et al. (2020): Rechte Bedrohungsallianzen. Berlin.

- Heitmeyer, Wilhelm (2018): *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung 1*, Berlin.
- Holtkamp, Lars (2013): *Kommunale Handlungsspielräume und demokratische Legitimation*. In: Harm, Katrin/Aderhold, Jens (Hrsg.): *Die subjektive Seite der Stadt*, Wiesbaden, S. 131-149.
- Honneth, Axel (2011): *Das Recht der Freiheit*, Berlin.
- Hutter, Swen et al. (2021): *Die Zivilgesellschaft in der Krise: Einblicke aus einer Organisationsbefragung zu den Herausforderungen der COVID-19 Pandemie*. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Vol.34(2), S. 281-292.
- Inglehart, Ronald/Norris, Pippa (2019): *Cultural Backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*, Cambridge.
- ISS e.V. (2020): *Lokales Klima der Bedrohung. Betroffenheit von und Umgang mit antidemokratischen Bestrebungen in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie, Berichtszeitraum 01.01.2020 – 31.12.2020 (in Veröffentlichung)*.
- ISS e.V. (2020b): *(Neu)Start in Zeiten der Corona-Pandemie. Die Partnerschaften für Demokratie im Jahr 2020. Strukturdatenband zum Berichtszeitraum 01.01.2020–31.12.2020 (in Veröffentlichung)*.
- ISS e.V. (2021): *Rechte Einflussnahme und Übergriffe auf die demokratische Zivilgesellschaft. Phänomene, Bedarfe und Reaktionen, Berichtszeitraum 01.01.2021–31.12.2021 (in Veröffentlichung)*.
- ISS e.V. (2021b): *Strukturdatenband zum Berichtszeitraum 01.01.2021–31.12.2021 der wissenschaftlichen Begleitung des Handlungsbereichs „Kommune/Partnerschaften für Demokratie“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (in Veröffentlichung)*.
- ISS e.V./Camino (2017): *Dritter Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2017 – 31.12.2017 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“*. https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Abschlussberichte/Dritter_Zwischenbericht_PfD_2017.pdf (Letzter Zugriff: 29.11.2018).
- ISS e.V./Camino (2014): *Abschlussbericht zum Berichtszeitraum 01.07.2011 – 31.12.2013 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Entwicklung, Implementierung und Umsetzung integrierter lokaler Strategien“ (Lokale Aktionspläne) im Programm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“*.
- ISS e.V./Camino (2013): *Dritter Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.07.2012 – 30.06.2013 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Entwicklung, Implementierung und Umsetzung integrierter lokaler Strategien“ (Lokale Aktionspläne) im Programm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“*.
- ISS e.V./Camino (2012): *Zweiter Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 16.10.2011 – 30.06.2012 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Entwicklung, Implementierung und Umsetzung integrierter lokaler Strategien“ (Lokale Aktionspläne) im Programm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“*.

- ISS e.V./Das Progressive Zentrum (2020): Expertise: Partizipationsansinnen vielfaltablehnender Akteur*innen an den Partnerschaften für Demokratie (unveröffentlicht).
- Jörke, Dirk/Nachtwey, Oliver (2017): Die rechtspopulistische Hydraulik der Sozialdemokratie. In: Das Volk gegen die (liberale) Demokratie. Sonderband 32 der Zeitschrift Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaften, S. 163-186
- Klein, Ansgar (2020): Zivilgesellschaft im Ausnahmezustand: Corona und die Folgen. In: Forschungsjournal Neue Bewegungen, Bd. 33, Heft 1, S. 12-21.
- Klein, Ansgar et al. (Hrsg.) (2004): Zivilgesellschaft und Sozialkapital, Wiesbaden.
- Kökgiran, Gürcan/Nottbohm Kristina (2014): Semiologische Guerilla von rechts? Diskursive Aneignungs- und Umdeutungsstrategien der Identitären Bewegung Deutschland. In: Hentges Gudrun et al. (Hrsg.): Sprache – Macht – Rassismus, Berlin, S. 327–348.
- Kooiman, Jan (2006): Governing as Governance. In: Schuppert, Gunnar Folke: Governance-Forschung. Vergewisserung über den Stand von Entwicklungslinien. Baden-Baden, S. 149-172.
- Koos, Sebastian (2021): Die „Querdenker“. Wer nimmt an Corona-Protesten teil und warum? Universität Konstanz / Exzellenzcluster "The Politics of Inequality" (online unter: https://kops.uni-konstanz.de/bitstream/handle/123456789/52497/Koos_2-bnrddxo8opad0.pdf?sequence=1&isAllowed=y, zuletzt abgerufen am: 26.1.2022).
- Koppetsch, Cornelia (2019): Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter. Bielefeld.
- Koschatzky, Knut/Kroll, Henning (2019): Innovationsbasierter regionaler Strukturwandel – Strukturschwache Regionen in Deutschland. In: Fraunhofer ISI, Arbeitspapiere Unternehmen und Region Nr. R1/2019. https://www.isi.fraunhofer.de/content/dam/isi/dokumente/ccp/unternehmen-region/2019/ap_r1_2019.pdf (Letzter Zugriff: 09.12.2021).
- Köttig, Manuela/Röh, Dieter (Hrsg.) (2019): Soziale Arbeit in der Demokratie – Demokratieförderung in der Sozialen Arbeit. Opladen.
- Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm/Zick, Andreas/Rump, Maike (2021): Volkes Stimme – antidemokratische und populistische Einstellungen. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate: Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021, Bonn, S. 43-74.
- Lamberty, Pia/Rees, Jonas H. (2021): Gefährliche Mythen: Verschwörungserzählungen als Bedrohung für die Gesellschaft. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021, Bonn, S. 283-299.
- Lefort, Claude (1990): Die Frage der Demokratie. In: Ulrich Rödel (Hrsg.): Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie, Frankfurt, S. 281–297.

- Lorenz, Astrid/Träger, Hendrik (2020): Sozialkapital und Demokratie: der ambivalente Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher und politischer Partizipation in Deutschland und Sachsen. In: Bochmann, Cathleen/Döring, Helge (Hrsg.): Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten, Wiesbaden, 97-119.
- Manow, Philip (2020): (Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Berlin.
- Marchart, Oliver (2010): Die politische Differenz. Berlin.
- Maus, Ingeborg (2011): Über Volkssouveränität. Elemente einer Demokratietheorie. Berlin.
- Mayntz, Renate (2004): Governance im modernen Staat. In: Benz, Arthur (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Mehrebenensystemen. Eine Einführung. Lehrbuch Governance. Wiesbaden, S. 65-76.
- Medearis, John (2015): Why Democracy is Oppositional. Harvard.
- Merkel, Wolfgang (2010): Strategien der Demokratieförderung: Konzept und Kritik. In: Raschke Joachim/Tiils Ralf (Hrsg.): Strategie in der Politikwissenschaft, Wiesbaden, S. 151-179.
- Milbradt, Björn et al. (2019): (Sozial-)pädagogische Praxis im Handlungsfeld Radikalisierungsprävention – Handlungslogik, Präventionsstufen und Ansätze. Deutscher Präventionstag. In: Marks, Erich (Hrsg.): Prävention & Demokratie. Gutachterliche Stellungnahmen zum 24. Deutschen Präventionstag, Bonn, S. 141-180.
- Mölders, Tanja/Othengrafen, Frank/Stock, Katja/Zibell, Barbara (2016): Zwischen Stadt und Land: Hybride Räume verstehen und gestalten. In: Hofmeister, Sabine/Kühne, Olaf: StadtLandschaften. Die neue Hybridität von Stadt und Land, Wiesbaden, S. 37-61.
- Möller, Kurt (2021a): Extremismusprävention und Demokratieförderung – Ansätze und Akteure zwischen Sicherheitsorientierung und Gestaltungsauftrag. In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe, 2/2021, 95-102.
- Möller, Kurt (2021b): Erfahrungsräume öffnen – Demokratie gestalten. Die KISSeS-Strategie in der Praxis, Reutlingen.
- Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist. In: Government and Opposition, Vol. 39 (4), 541-563.
- Mudde, Cas (2007): Populist Radical Right Parties in Europe, Cambridge.
- Müller, Jan Werner (2016): Was ist Populismus? Berlin.
- Münch, Holger (2021): Begrüßungsrede zur BKA-Herbsttagung 2021 (online verfügbar unter: https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Herbsttagungen/2021/herbsttagung2021MuenchBegrueessung.pdf?__blob=publicationFile&v=4; zuletzt abgerufen am 26.1.2022).
- Nachtwey, Oliver (2016): Abstiegs-gesellschaft. Berlin.
- Negt, Oskar (2010): Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. Göttingen.
- Neumann, Alexandra (2020): Ostdeutsche Besonderheiten? Über Unterschiede politischer Kultur in Ost- und Westdeutschland mit Fokus auf den Freistaat Sachsen. In: Bochmann, Cathleen/Döring, Helge (Hrsg.): Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten, Wiesbaden, 75-95.

- Perrez, Meinrad/ Hilti, Nadine (2005): Prävention. In: Perrez, Meinrad/Baumann, Urs: Lehrbuch Klinische Psychologie. Psychotherapie, Bern, S. 398-427.
- Peyerl, Katrin et al: (2021): Demokratieförderung im Grundschulalter. Expertise für das Deutsche Jugendinstitut. (Online unter: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/Demokratie_Leben/Expertise_Demokratieforderung_im_Grundschulalter.pdf, zuletzt abgerufen am 26.1.2022).
- Pickel, Susanne/Pickel, Gert (2006): Politische Kultur- und Demokratieforschung, Wiesbaden.
- Pickel, Gert (2010): Politische Kultur und Demokratieforschung. In: Schrenk, Klemens H./Soldner, Markus (Hrsg.): Analyse demokratischer Regierungssysteme, Wiesbaden, S. 611-626.
- Pickel, Susanne/Pickel, Gert (2017): Vom Wutbürger zur demokratischen Delegitimierung? Fragen und Trends der vergleichenden politischen Kulturforschung. In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Vol. 11(4), S. 519-524
- Pickel, Gert/Susanne Pickel/Yendell, Alexander (2020): Zersetzungspotentiale einer demokratischen politischen Kultur: Verschwörungstheorien und erodierender gesellschaftlicher Zusammenhalt? In: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020, Gießen, S 89-118.
- Putnam, Robert D. (1995): Bowling alone: America's declining social capital. In: Journal of Democracy, Vol. 6(1), S. 65-78.
- Putnam, Robert D. (2000): Bowling alone. The collapse and revival of American community, New York.
- Quent, Matthias (2020): Angriff auf die Lokalpolitik. Bundeszentrale für Politische Bildung (Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/314998/angriff-auf-die-lokalpolitik>; zuletzt abgerufen am: 26.1.2022).
- Rawls, John (1993): Die Idee des politischen Liberalismus. Frankfurt.
- Rees, Jonas H./Lamberty, Pia/ (2019): Mitreißende Wahrheiten: Verschwörungsmymen als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (Hrsg.): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Bonn, S. 203-222.
- Rees, Yann/Rees, Jonas H./Zick, Andreas (2021): Menschenfeindliche Orte – Regionale Ausprägungen rechtsextremer Einstellungen in Deutschland. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate: Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021, Bonn, S. 112-122.
- Ritzi, Claudia (2019): Politische Öffentlichkeit zwischen Vielfalt und Fragmentierung. In: Hofmann, Jeanette et al.: Politik in der digitalen Gesellschaft. Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven, Bielefeld, S. 61-82.
- Rosa, Hartmut (2021): Demokratischer Begegnungsraum oder lebensweltliche Filterblase? Resonanztheoretische Überlegungen zum Strukturwandel der Öffentlichkeit im 21. Jahrhundert. In: Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit? Sonderband Leviathan 37, S. 252 – 274.

- Rosa, Hartmut (2016): Politik ohne Resonanz. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 60, 89-100.
- Rosanvallon, Pierre (2016): Die gute Regierung. Hamburg.
- Rosanvallon, Pierre (2010): Demokratische Legitimität. Hamburg.
- Roth, Roland (2013): Willkommens- und Anerkennungskultur in Deutschland – Herausforderungen und Lösungsansätze. Expertise im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- Schäfer, Armin/Zürn, Michael (2021): Die demokratische Regression, Berlin.
- Schäfer, Armin (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Frankfurt/New York.
- Schmitz, Adelheid (2016): Rechtsruck und Rassismus. Zusammenhänge und Handlungsperspektiven, in: Detzner, Milena/Drücker, Ansgar/Seng, Sebastian (Hrsg.): Rassismuskritik. Versuch einer Bilanz über Fehlschläge, Weiterentwicklungen, Erfolge und Hoffnungen. Erweiterte Dokumentation der Fachtagung zum 25-jährigen Jubiläum des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung (IDA e. V.) am 27. und 28. November 2015 in der Berliner Stadtmission.
- Schneider, Wolfgang L. (2008): Grundlagen der soziologischen Theorie. Bd. 1 Weber – Parsons – Mead – Schütz, 3. Aufl., Wiesbaden.
- Schrader, Malte (2021): Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie: Bedarfe – Angebote – Potenziale, Berlin (online unter: https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/72852/ssoar-2021-schrader-Zivilgesellschaft_in_und_nach_der.pdf?sequence=5&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2021-schrader-Zivilgesellschaft_in_und_nach_der.pdf; zuletzt abgerufen am 26.1.2022).
- Schrader, Malte et al. (2020): Ein Rettungsschirm für die Zivilgesellschaft? Eine explorative Studie zu Potenzialen, Bedarfen und Angeboten in und nach der COVID-19 Krise, Berlin (online unter: https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/70032/ssoar-2020-schrader_et_al-Ein_Rettungsschirm_fur_die_Zivilgesellschaft.pdf?sequence=4&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2020-schrader_et_al-Ein_Rettungsschirm_fur_die_Zivilgesellschaft.pdf; zuletzt abgerufen am: 26.1.2022).
- Schroeder, Wolfgang/Greef, Samuel/Ten Elsen, Jennifer/Heller, Lukas (2021): Rechtspopulismus und organisierte Zivilgesellschaft. In: Grande/Brigitte, Grande, Edgar/Hahn, Udo: Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland: Aufbrüche, Umbrüche, Ausblicke. Bielefeld, S. 155-164.
- Schroeder et al. (2021): Rechtspopulismus und organisierte Zivilgesellschaft. In: Grande, Edgar et al. (Hrsg.): Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Bielefeld, 155-164.
- Schwarzbözl, Tobias/Fatke, Matthias (2016): Außer Protesten nichts gewesen? Das politische Potenzial der AfD. In: Politische Vierteljahresschrift, Vol. 57(2), S. 276-299.
- Shelby, Tommie (2016): Dark Ghettos. Injustice, Dissent and Reform. Cambridge/London.
- Selk, Veith/Jörke, Dirk (2015): Der hilflose Antipopulismus. In: Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaften, Vol. 43(4), S. 484-500.
- Selk, Veith (2011): Die Verdinglichung der Demokratie. ‚Entfremdung‘ und ‚Verdinglichung‘ im Übergang zur Postdemokratie. In: Berliner Debatte Initial, 22 (1), S. 101-111.

- Seubert, Sandra (2009): Das Konzept des Sozialkapitals. Eine demokratietheoretische Analyse, Frankfurt.
- Sörensen, Paul (2016): Entfremdung als Schlüsselbegriff einer kritischen Theorie der Politik. Baden-Baden.
- Staab, Philipp/Thiel, Thorsten (2021): Privatisierung ohne Privatismus. Soziale Medien im digitalen Strukturwandel der Öffentlichkeit. In: Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit? Sonderband Leviathan 37, S. 275 – 297.
- Steiner, Nils D./Landwehr, Claudia (2018): Populistische Demokratiekonzeptionen und die Wahl der AfD: Evidenz aus einer Panelstudie. In: Politische Vierteljahresschrift, Vol. 59(3):1-29.
- Strobl, Natascha (2021): Radikalierter Konservatismus. Eine Analyse, Berlin.
- Sturzenhecker, Benedikt/Wohning, Alexander (2019): Begriffsvielfalt, Entgrenzung, Aufmerksamkeitskultur. Kommentare zur neuen Unübersichtlichkeit auf dem Arbeitsfeld der politischen Bildung. In: Journal für Politische Bildung, H. 2/2019, S. 10–15.
- Sunnstein, Cass (2017): #Republic. Devided Democracy in the Age of Social Media. Princeton.
- Swiney, Chrystie (2019): The Counter-Associational Revolution: The Rise, Spread, and Contagion of Restrictive Civil Society Laws in the World's Strongest Democratic States. In: Fordham International Law Journal, Vol. 43(2), S. 399–456.
- Thaa, Winfried/Volk, Christian (Hrsg.) (2018): Formwandel der Demokratie. Baden-Baden
- Trautmann, Catrin/Zick, Andreas (2016): Systematisierung von in Deutschland angebotenen und durchgeführten (Präventions-)Programmen gegen Islamistisch Motivierte Radikalisierung außerhalb des Justizvollzugs. Uni Bielefeld/IKG Bonn (online unter: https://www.kriminalpraevention.de/files/DFK/dfk-publikationen/2016_systematisierung_islamismuspr%C3%A4vention_langfassung.pdf, zuletzt abgerufen am 26.1.2022).
- Urbinati, Nadia (2019): Political Theory of Populism. In: Annual Review of Political Science, Vol. 22, S. 111-127.
- Voigtländer, Nico/Voth, Hans-Joachim (2012): Persecution perpetuated. The Medieval Origins of Antisemitic Violence in Nazi-Germany, in: Quarterly Journal of Economics, 127 (3), S. 1339-1392.
- Vogel, Christopher (2019): Zivilgesellschaft im Dorf stärken. In: Bundesverband Mobile Beratung e.V. (Hrsg.) (2019): Was blüht dem Dorf? Demokratieentwicklung auf dem Land, Dresden, S. 106-111 (online unter: <https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2019/07/bmb-was-blueht-Ende.pdf>; zuletzt abgerufen am 26.1.2022).
- Vorländer, Hans/MIDEM (2021): Corona und Rechtspopulismus. MIDEM-Jahresstudie 2021, Dresden (online verfügbar unter: https://forum-midem.de/cms/data/fm/user_upload/Publikationen/TUD_MIDEM_Jahresstudie2021_Corona_und_Rechtspopulismus.pdf; zuletzt abgerufen am 26.1.2022)

- Vorländer, Hans/Herold, Maik/Otteni, Cyrill (2021): COVID-19 in Sachsen. Sozialräumliche und politisch-kulturelle. Rahmenbedingungen des Pandemiegeschehens (online verfügbar unter: https://forum-midem.de/cms/data/fm/user_upload/Publikationen/TUD_MIDEM_Studie_2021-1_RZ-print.pdf; zuletzt abgerufen am 26.1.2022).
- Weller, Christoph (2021): Konfliktbearbeitung ist der Klebstoff der Demokratie. Kurzdossier, <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/331457/konfliktbearbeitung-ist-der-klebstoff-der-demokratie> (Letzter Zugriff: 09.12.2021).
- Weßels, Bernhard (2021): Politisches Interesse und politische Partizipation. In: Datenreport 2021 (online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2021/politische-und-gesellschaftliche-partizipation/330210/politisches-interesse-und-politische-partizipation>; zuletzt abgerufen am: 26.1.2022).
- Weyland, Kurt (2020): Populism's Threat to Democracy: Comparative Lessons for the United States, APSA 2020, Vol. 18/2, S. 389-406.
- Widmaier, Benedikt (2020): Flickenteppich Politische Bildung? Anmerkungen zu einer möglichen Zäsur der Professionsgeschichte. In: Haarmann, Moritz Peter et al (Hrsg.): Demokratie, Demokratisierung und das Demokratische, Wiesbaden, S. 63-79.
- Widmaier, Benedikt (2018): Demokratiebildung, Demokratieförderung, Demokratiedidaktik, Demokratielernen...wie jetzt? Die neue Unübersichtlichkeit in der politischen Bildung. In: Hessische Blätter für Volksbildung, H. 3, S. 258–266.
- Zick, Andreas (2021) Die gefährdete wie geforderte Mitte in Zeiten einer Pandemie. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate: Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021, Bonn, S. 17-31.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.) (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021, Bonn.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm/Rump, Maik (2021): Volkes Stimme – antidemokratische und populistische Einstellungen. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021, Bonn, S. 43-74.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (Hrsg.) (2019): Zerreißproben und Normalitätsverluste der Gesellschaft. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (Hrsg.): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Bonn, S. 15-40.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn.

Tabelle 1: Problemdruck je Themenfeld

	Kein oder geringer Problemdruck		Mittlerer Problemdruck		Hoher oder sehr hoher Problemdruck	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Demokratieförderung	56	19 %	145	48 %	99	33 %
Vielfaltförderung	56	19 %	135	45 %	109	36 %
Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus	37	12 %	103	34 %	160	53 %
Rassismus	28	9 %	121	40 %	151	50 %
Rechtsextremismus	54	18 %	122	41 %	124	41 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	83	28 %	113	38 %	104	35 %
Antisemitismus	80	27 %	123	41 %	97	32 %
Sinti und Roma-Feindlichkeit	142	47 %	84	28 %	74	25 %
LGBTIQ-Feindlichkeit	132	44 %	115	38 %	53	18 %
Islamistisch begründeter Extremismus	211	70 %	67	22 %	22	7 %
Linke Militanz	275	92 %	22	7 %	3	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 300).

Tabelle 2: Bearbeitete Themenfelder mit Stellenwert

	Keine Verbesserung angestrebt		Niedriger Stellenwert		Mittlerer Stellenwert		Hoher Stellenwert	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Demokratieförderung	11	4 %	3	1 %	31	10 %	255	85 %
Vielfaltförderung	25	8 %	4	1 %	54	18 %	217	72 %
Rassismus	39	13 %	6	2 %	96	32 %	159	53 %
Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus	46	15 %	8	3 %	98	33 %	148	49 %
Rechtsextremismus	68	23 %	14	5 %	90	30 %	128	43 %
Antisemitismus	90	30 %	19	6 %	105	35 %	86	29 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	157	52 %	33	11 %	71	24 %	39	13 %
LGBTIQ-Feindlichkeit	156	52 %	36	12 %	77	26 %	31	10 %
Sinti und Roma-Feindlichkeit	215	72 %	17	6 %	43	14 %	25	8 %
Islamistisch begründeter Extremismus	251	84 %	18	6 %	20	7 %	11	4 %
Linke Militanz	274	91 %	15	5 %	9	3 %	2	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (N = 300).

Tabelle 3: Verteilung der Zustimmung zu den Handlungselementen der kommunalen Demokratieförderung (Teil 1, Handlungselemente, die am häufigsten adressiert werden)

	Trifft gar nicht zu		Trifft nicht zu		Trifft eher nicht zu		Trifft eher zu		Trifft zu		Trifft voll zu	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
die kritische Reflexionskompetenz und politische Mündigkeit durch die Unterstützung demokratischer Sozialisationsprozesse (z.B. durch Demokratiewerkstatt im Jugendbereich) stärken.	0	0%	0	0%	0	0%	26	9%	85	28%	189	63%
den Wert politischer Mitbestimmung erleben und erkennbar machen.	0	0%	0	0%	3	1%	28	9%	97	32%	172	57%
die gesellschaftliche Akzeptanz von Menschen- und Grundrechten fördern.	0	0%	0	0%	3	1%	31	10%	98	33%	168	56%
für die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Lebensentwürfe einstehen und den gesellschaftlichen Mehrwert von Pluralismus verdeutlichen.	0	0%	0	0%	8	3%	33	11%	84	28%	175	58%
den konstruktiven Dialog als Grundlage eines friedlichen Zusammenlebens erlebbar machen und über Verstöße aufklären (z.B. hate speech).	0	0%	0	0%	7	2%	38	13%	100	33%	155	52%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (N = 300).

Tabelle 4: Verteilung der Zustimmung zu den Handlungselementen der kommunalen Demokratieförderung (Teil 2, Handlungselemente, die am seltensten adressiert werden)

	Trifft gar nicht zu		Trifft nicht zu		Trifft eher nicht zu		Trifft eher zu		Trifft zu		Trifft voll zu	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Unterstützungsangebote für von Diskriminierung und Herabwürdigung betroffener Akteur*innen und Gruppierungen bereitstellen.	1	0%	15	5%	38	13%	80	27%	91	30%	75	25%
konkrete Fälle und das Ausmaß der Betroffenheit von menschenfeindlichen Übergriffen und Gewalt öffentlich machen und problematisieren.	3	1%	10	3%	49	16%	89	30%	75	25%	74	25%
lokal bestehende demokratie- und menschenfeindliche Erscheinungsformen (z.B. Kameradschaften [...]) identifizieren und öffentlich problematisieren.	4	1%	11	4%	54	18%	84	28%	66	22%	81	27%
digitale Formate der politischen Mitbestimmung schaffen bzw. bekannt machen.	3	1%	13	4%	66	22%	82	27%	72	24%	64	21%
die Gelegenheiten zur Präsenz von demokratie- und menschenfeindlichen Gruppierungen in der Öffentlichkeit reduzieren (z.B. Demonstrationsverbote erwirken, Mustermietverträge erarbeiten).	20	7%	55	18%	90	30%	63	21%	41	14%	31	10%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (N = 300).

Tabelle 5: Mittelwerte der Zielbereiche nach Strategietypen

	Strategie- typ 1 (n=50)	Strategie- typ 2 (n=70)	Strategie- typ 3 (n=59)	Strategie- typ 4 (n=48)	Strategie- typ 5 (n=65)	Gesamt (n=292)
Demokratische Grenzen setzen	4,5	5,4	4,2	4,8	4,3	4,7
Gemeinwohlorientiertes Handeln	4,1	5,3	4,3	5,1	5,3	4,9
Dialog- und Konfliktfähigkeit stärken	5,4	5,7	4,5	5,4	5,4	5,3
Grundlagen der Demokratie als Lebens- und Regierungsform	4,7	5,6	4,7	4,5	5,4	5,0
Gesellschaftliche Mitbestimmung	5,0	5,5	4,4	4,9	5,4	5,1

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten. Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Trifft gar nicht zu“) bis 6 („Trifft voll zu“) berechnet.

Tabelle 6: Strategietypen nach regionaler Verortung

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Strategietyp 1 (n=50)	32	64%	16	32%	2	4%
Strategietyp 2 (n=70)	45	64%	20	29%	5	7%
Strategietyp 3 (n=59)	25	42%	31	53%	3	5%
Strategietyp 4 (n=48)	37	77%	7	15%	4	8%
Strategietyp 5 (n=65)	39	60%	24	37%	2	3%
Gesamt (n=292)	178	61%	98	34%	16	5%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 7: Strategietypen nach Verwaltungseinheit

	Kommune		Landkreis		Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Strategietyp 1 (n=50)	28	56%	21	42%	1	2%
Strategietyp 2 (n=70)	37	53%	19	27%	14	20%
Strategietyp 3 (n=59)	33	56%	17	29%	9	15%
Strategietyp 4 (n=48)	37	77%	11	23%	0	0%
Strategietyp 5 (n=65)	39	60%	20	31%	6	9%
Gesamt (n=292)	174	60%	88	30%	30	10%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 8: Strategietypen nach Einwohner*innenzahl und Verwaltungseinheit

	Kommune: 15.000- 25.000 Ein- wohner*in- nen		Kommune: 25.000- 100.000 Einwoh- ner*innen		Kommune: 100.000- 400.000 Einwoh- ner*innen		Kommune: mehr als 400.000 Einwoh- ner*innen		Landkreis/ Zusam- menschluss von Ge- bietskörper- schaften: bis zu 150.000 Einwoh- ner*innen		Landkreis/ Zusam- menschluss von Ge- bietskörper- schaften: 150.000- 250.000 Einwoh- ner*innen		Landkreis/ Zusam- menschluss von Ge- bietskörper- schaften: mehr als 250.000 Einwoh- ner*innen	
	Ab- so- lut	In Pro- zent	Ab- so- lut	In Pro- zent	Ab- so- lut	In Pro- zent	Ab- so- lut	In Pro- zent	Ab- so- lut	In Pro- zent	Ab- so- lut	In Pro- zent	Ab- so- lut	In Pro- zent
Strate- gietyp 1 (n=50)	2	4%	17	34%	9	18%	0	0%	11	22%	7	14%	4	8%
Strate- gietyp 2 (n=70)	4	6%	18	26%	13	19%	2	3%	28	40%	1	1%	4	6%
Strate- gietyp 3 (n=59)	11	19%	15	25%	7	12%	0	0%	18	31%	5	8%	3	5%
Strate- gietyp 4 (n=48)	1	2%	15	31%	18	38%	3	6%	4	8%	3	6%	4	8%
Strate- gietyp 5 (n=65)	6	9%	18	28%	12	18%	3	5%	18	28%	5	8%	3	5%
Gesamt (n=292)	24	8%	83	28%	59	20%	8	3%	79	27%	21	7%	18	6%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 9: Strukturdaten auf Landkreisebene nach Strategietypen

	Strategie- typ 1 (n=50)	Strategie- typ 2 (n=70)	Strategie- typ 3 (n=59)	Strategie- typ 4 (n=48)	Strategie- typ 5 (n=65)	Gesamt (n=292)
Beschäftigungsanteil im 1. Sektor Landkreisebene	1,1%	1,1%	1,6%	0,6%	1,4%	1,2%
Beschäftigungsanteil im 2. Sektor Landkreisebene	31,4%	28,9%	30,1%	26,0%	28,5%	29,0%
Beschäftigungsanteil im 3. Sektor Landkreisebene	67,4%	70,0%	68,4%	74,0%	69,6%	69,8%
Beschäftigungsquote Landkreisebene	62,3%	60,6%	62,2%	59,5%	61,9%	61,3%
Kaufkraft Landkreisebene (je Haushalt)	47530,0 €	45951,6 €	45355,2 €	46973,6 €	46504,3 €	46392,4 €
Pendlersaldo an der Bevölkerung – Gesamt Landkreisebene	-4,2%	-0,9%	-4,2%	8,2%	0,7%	-0,3%
SGB II-Quote Landkreisebene	8,5%	8,6%	8,8%	10,0%	8,7%	8,9%
Arbeitslose an der Gesamtbevölkerung Landkreisebene	4,6%	4,5%	4,8%	4,7%	4,7%	4,6%
Hochqualifizierte am Wohnort Landkreisebene	14,7%	14,9%	13,9%	20,9%	16,2%	16,0%
Hochqualifizierte am Arbeitsort Landkreisebene	14,0%	13,7%	13,1%	18,6%	14,8%	14,7%
Natürlicher Saldo Landkreisebene	-3,4	-3,2	-4,5	-1,4	-2,7	-3,1
Bevölkerungsentwicklung über die letzten 5 Jahre Gemeindeebene	1,2%	1,5%	0,5%	2,9%	1,6%	1,5%
Wanderungssaldo Gemeindeebene	4,4	4,7	3,9	5,5	4,5	4,6
Medianalter Landkreisebene	47,8	47,1	49,0	44,5	46,9	47,1
Anteil unter 18-Jährige Landkreisebene	16,0%	15,9%	15,6%	16,1%	16,0%	15,9%
Anteil Ausländer*innen Landkreisebene	10,6%	11,1%	8,2%	14,7%	9,9%	10,7%
Bevölkerung Landkreisebene	409450,7	474258,7	377941,1	623078,3	482947,6	470097,7
Einwohnerdichte Landkreisebene	6,9	8,0	5,3	13,4	7,8	8,1

Quelle: Bertelsmann-Stiftung (2021): Indikatorenkatalog IST-Daten nach Themen. Wegweiser Kommune.³⁹²

³⁹² Zur Beschreibung der Indikatoren siehe Anhang Kapitel 9.2

Tabelle 10: Zugang zu Ressourcen in den Förderregionen nach Strategietypen

	Strategie- typ 1 (n=50)	Strategie- typ 2 (n=70)	Strategie- typ 3 (n=59)	Strategie- typ 4 (n=48)	Strategie- typ 5 (n=65)	Gesamt (n=292)
Verkehrsinfrastruktur (Angebote des ÖPNV, Straßen etc.)	2,9	2,9	3,1	3,8	3,0	3,1
Einrichtungen der Nahversorgung (Einkaufsmöglichkeiten, Gaststätten, Ärzte, Bank- und Postfilialen etc.)	3,8	3,6	3,6	4,3	3,7	3,8
Bildungseinrichtungen (Schulen, Universitäten, Bibliotheken etc.)	3,8	3,7	3,6	4,2	3,8	3,8
Kulturelle Angebote und Freizeiteinrichtungen (Kinos, Theater, Museen, Schwimmbäder, Sportstätten etc.)	3,2	3,4	3,1	3,6	3,2	3,3
Digitale Infrastruktur (Schnelle Internetverbindungen, Mobilfunkempfang)	3,0	3,0	2,9	3,7	3,1	3,1

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 11: Strukturelle Voraussetzungen für Beteiligung nach Strategietypen

In unserer Förderregion gibt es...	Strategie-typ 1	Strategie-typ 2	Strategie-typ 3	Strategie-typ 4	Strategie-typ 5	Gesamt
vielfältige Angebote an Vereinen.	4,0	4,1	4,0	4,2	4,2	4,1
vielfältige Angebote an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Erwachsene.	3,2	3,5	3,2	3,5	3,3	3,4
vielfältige Angebote an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche.	3,0	3,4	3,0	3,1	3,3	3,2
eine vielfältige Angebotsstruktur in der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Jugendbildung.	3,7	3,7	3,7	3,9	3,9	3,8
aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen.	3,7	3,7	3,3	3,8	3,8	3,7
einen hohen Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteur*innen.	3,2	3,3	3,2	3,6	3,5	3,3
eine Vielzahl von noch nicht engagierten Personen/Organisationen, die für die Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie aktiviert werden könnten.	3,3	3,4	3,3	3,6	3,5	3,4

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten. Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Trifft gar nicht zu“) bis 5 („Trifft voll zu“) berechnet, gültige Nennungen unter Ausschluss der Angabe „Kann ich nicht beurteilen“. Die Fallzahlen variieren.

Tabelle 12: Sozialkapital vor Ort nach Strategietypen

In der Förderregion unserer Partnerschaft ...	Strategie-typ 1	Strategie-typ 2	Strategie-typ 3	Strategie-typ 4	Strategie-typ 5	Gesamt
existiert ein großer Anteil stark belasteter und sozial benachteiligter Räume und Gebiete.	3,1	3,3	3,4	3,4	3,4	3,3
gibt es einen großen Anteil sozial ausgeschlossener Personen/Gruppierungen, die sich vom Sozialleben abgekoppelt haben und kaum zu erreichen sind.	3,2	3,2	3,1	3,4	3,3	3,2
gibt es vielfältige Formen des gemeinwohlorientierten Engagements (z.B. in Vereinen, Stadt-Teilprojekten etc.).	3,8	3,9	3,6	3,8	3,7	3,8
gibt es in der lokalen Bevölkerung einen regen Austausch zu politischen Themen (z.B. bei öffentlichen Diskussionsveranstaltungen etc.).	2,7	3,1	2,9	3,0	2,9	2,9
gibt es ein lebendiges Sozialleben und vielfältige soziale Kontakte.	3,4	3,5	3,4	3,5	3,4	3,4

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten. Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Trifft gar nicht zu“) bis 5 („Trifft voll zu“) berechnet, gültige Nennungen unter Ausschluss der Angabe „Kann ich nicht beurteilen“. Die Fallzahlen variieren.

Tabelle 13: Problemdruck je Themenfeld nach Strategietypen

	Strategie-typ 1 (n=50)	Strategie-typ 2 (n=70)	Strategie-typ 3 (n=59)	Strategie-typ 4 (n=48)	Strategie-typ 5 (n=65)	Gesamt (n=292)
Demokratieförderung	3,3	3,3	3,1	3,0	3,1	3,2
Vielfaltförderung	3,4	3,2	3,1	3,3	3,1	3,2
Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus	3,8	3,6	3,4	3,5	3,4	3,5
Rassismus	3,7	3,6	3,3	3,7	3,4	3,5
Antisemitismus	3,1	3,1	2,6	3,6	3,0	3,1
Rechtsextremismus	3,4	3,5	3,2	3,4	3,1	3,3
Sinti und Roma-Feindlichkeit	2,7	2,8	2,2	3,4	2,5	2,7
Islam- und Muslimfeindlichkeit	3,2	3,3	2,7	3,4	2,9	3,1
LGBTIQ-Feindlichkeit	2,8	2,8	2,4	3,0	2,6	2,7
Islamistisch begründeter Extremismus	2,2	2,0	1,9	2,2	2,0	2,0
Linke Militanz	1,5	1,5	1,5	1,6	1,6	1,5

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten. Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Kein Problemdruck“) bis 5 („Sehr hoher Problemdruck“) berechnet.

Tabelle 14: Aktivität demokratiefeindlicher Akteur*innen in der Förderregion nach Strategietypen (Teil 1)

		Strategie- typ 1 (n=50)		Strategie- typ 2 (n=70)		Strategie- typ 3 (n=59)		Strategie- typ 4 (n=48)		Strategie- typ 5 (n=65)		Gesamt (n=292)	
		Ab- so- lut	In Pro- zent	Ab- so- lut	In Pro- zent								
Rechtspopu- listische Gruppierun- gen und/oder Or- ganisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewe- gungen)	Ja, wie- derholt	9	18%	19	27%	7	12%	7	15%	14	22%	56	19%
	Ja, in Einzelfäl- len	13	26%	20	29%	15	25%	19	40%	17	26%	84	29%
	Nein	18	36%	27	39%	24	41%	15	31%	19	29%	103	35%
	Kann ich nicht be- urteilen	10	20%	4	6%	13	22%	7	15%	15	23%	49	17%
Rechtsex- treme Grup- pierungen und/oder Or- ganisationen (z.B. „Der III. Weg“, „NPD“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbür- ger“)	Ja, wie- derholt	11	22%	24	34%	13	22%	18	38%	16	25%	82	28%
	Ja, in Einzelfäl- len	21	42%	29	41%	26	44%	17	35%	28	43%	121	41%
	Nein	11	22%	14	20%	11	19%	9	19%	10	15%	55	19%
	Kann ich nicht be- urteilen	7	14%	3	4%	9	15%	4	8%	11	17%	34	12%
Mit populistischen Positi- onen sympa- thisierende Personen (z.B. „be- sorgte Bür- ger*innen“ bzw. „Wut- bürger*in- nen“)	Ja, wie- derholt	24	48%	34	49%	22	37%	26	54%	23	35%	129	44%
	Ja, in Einzelfäl- len	17	34%	27	39%	24	41%	16	33%	31	48%	115	39%
	Nein	4	8%	5	7%	4	7%	1	2%	5	8%	19	7%
	Kann ich nicht be- urteilen	5	10%	4	6%	9	15%	5	10%	6	9%	29	10%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 15: Aktivität demokratiefeindlicher Akteur*innen in der Förderregion nach Strategietypen (Teil 2)

		Strategie- typ 1 (n=50)		Strategie- typ 2 (n=70)		Strategie- typ 3 (n=59)		Strategie- typ 4 (n=48)		Strategie- typ 5 (n=65)		Gesamt (n=292)	
		Ab- so- lut	In Pro- zent	Ab- so- lut	In Pro- zent								
Neue Ko- operationen von bisher getrennt auf- tretenden Gruppen des populisti- schen, rechtsaffi- nen, rechts- populisti- schen und rechtsextre- men Spekt- rums im Kontext der Corona- Krise	Ja, wie- derholt	26	52%	35	50%	19	32%	24	50%	19	29%	123	42%
	Ja, in Einzel- fällen	9	18%	23	33%	18	31%	14	29%	28	43%	92	32%
	Nein	2	4%	3	4%	5	8%	3	6%	4	6%	17	6%
	Kann ich nicht beurtei- len	13	26%	9	13%	17	29%	7	15%	14	22%	60	21%
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooligansze- nen, rechte Rockermili- eus)	Ja, wie- derholt	9	18%	7	10%	5	8%	6	13%	5	8%	32	11%
	Ja, in Einzel- fällen	9	18%	25	36%	13	22%	13	27%	15	23%	75	26%
	Nein	19	38%	25	36%	18	31%	11	23%	20	31%	93	32%
	Kann ich nicht beurtei- len	13	26%	13	19%	23	39%	18	38%	25	38%	92	32%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 16: Demokratiefeindliche Aktionen in den Förderregionen nach Strategietypen (Teil 1)

		Strategietyp 1 (n=50)		Strategietyp 2 (n=70)		Strategietyp 3 (n=59)		Strategietyp 4 (n=48)		Strategietyp 5 (n=65)		Gesamt (n=292)	
		Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent								
Demonstrationen und Protestkundgebungen	Ja, wiederholt	19	38%	31	44%	19	32%	23	48%	21	32%	113	39%
	Ja, in Einzelfällen	18	36%	22	31%	17	29%	12	25%	24	37%	93	32%
	Nein	10	20%	15	21%	15	25%	11	23%	14	22%	65	22%
	Kann ich nicht beurteilen	3	6%	2	3%	8	14%	2	4%	6	9%	21	7%
Raumorientiertes Dominanz- und Provokationsverhalten (z.B. Kleben von Spuckis, Graffiti/Schmierereien, Aneignung öffentlicher Räume)	Ja, wiederholt	17	34%	30	43%	15	25%	17	35%	17	26%	96	33%
	Ja, in Einzelfällen	22	44%	30	43%	19	32%	27	56%	30	46%	128	44%
	Nein	6	12%	8	11%	4	7%	2	4%	6	9%	26	9%
	Kann ich nicht beurteilen	5	10%	2	3%	21	36%	2	4%	12	18%	42	14%
Zusammenschluss zu wandlungskritischer Akteur*innen in Aktionsgruppen und/oder Bürgerinitiativen	Ja, wiederholt	5	10%	7	10%	5	8%	2	4%	8	12%	27	9%
	Ja, in Einzelfällen	10	20%	23	33%	7	12%	12	25%	7	11%	59	20%
	Nein	16	32%	23	33%	19	32%	18	38%	25	38%	101	35%
	Kann ich nicht beurteilen	19	38%	17	24%	28	47%	16	33%	25	38%	105	36%
Aktionen im Kontext der Corona-Krise mit aktiver Beteiligung rechts-populistischer und/oder rechtsextremer Akteur*innen (z.B. im Zusammenhang mit Corona-Spaziergängen, Hygiene-Demos)	Ja, wiederholt	31	62%	39	56%	23	39%	25	52%	23	35%	141	48%
	Ja, in Einzelfällen	13	26%	18	26%	13	22%	14	29%	26	40%	84	29%
	Nein	2	4%	10	14%	14	24%	7	15%	8	12%	41	14%
	Kann ich nicht beurteilen	4	8%	3	4%	9	15%	2	4%	8	12%	26	9%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 17: Demokratiefeindliche Aktionen in den Förderregionen nach Strategietypen (Teil 2)

		Strategie- typ 1 (n=50)		Strategie- typ 2 (n=70)		Strategie- typ 3 (n=59)		Strategie- typ 4 (n=48)		Strategie- typ 5 (n=65)		Gesamt (n=292)	
		Ab- so- lut	In Pro- zent	Ab- so- lut	In Pro- zent								
Hate Speech im Netz mit lokal Bezug nehmender Agitation (z.B. Hass- kommentare, Abwertung von Perso- nen(grup- pen), Aufrufe zu Gewalt)	Ja, wie- derholt	26	52 %	36	51 %	20	34 %	22	46 %	18	28 %	122	42 %
	Ja, in Einzelfäl- len	10	20 %	27	39 %	14	24 %	11	23 %	27	42 %	89	30 %
	Nein	2	4%	1	1%	4	7%	3	6%	5	8%	15	5%
	Kann ich nicht be- urteilen	12	24 %	6	9%	21	36 %	12	25 %	15	23 %	66	23 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 18: Offensiv im öffentlichen Diskurs vertretene demokratie- und menschenfeindliche Positionen nach Strategietypen

		Strategie- typ 1 (n=50)		Strategie- typ 2 (n=70)		Strategie- typ 3 (n=59)		Strategie- typ 4 (n=48)		Strategie- typ 5 (n=65)		Gesamt (n=292)	
		Ab- so- lut	Pro- zent	Ab- so- lut	Pro- zent								
Politiker- und Partei- enver- dros- senheit	Ja, wiederholt	25	50%	34	49%	22	37%	20	42%	23	35%	124	42%
	Ja, in Einzel- fällen	13	26%	27	39%	13	22%	13	27%	25	38%	91	31%
	Nein	6	12%	3	4%	7	12%	5	10%	12	18%	33	11%
	Kann ich nicht beurteilen	6	12%	6	9%	17	29%	10	21%	5	8%	44	15%
Islam- und Mus- lim- feind- lichkeit	Ja, wiederholt	12	24%	19	27%	9	15%	14	29%	13	20%	67	23%
	Ja, in Einzel- fällen	14	28%	26	37%	14	24%	16	33%	23	35%	93	32%
	Nein	11	22%	16	23%	14	24%	8	17%	19	29%	68	23%
	Kann ich nicht beurteilen	13	26%	9	13%	22	37%	10	21%	10	15%	64	22%
Rassis- mus	Ja, wiederholt	13	26%	24	34%	12	20%	19	40%	18	28%	86	29%
	Ja, in Einzel- fällen	21	42%	29	41%	16	27%	15	31%	22	34%	103	35%
	Nein	6	12%	10	14%	9	15%	6	13%	14	22%	45	15%
	Kann ich nicht beurteilen	10	20%	7	10%	22	37%	8	17%	11	17%	58	20%
Antise- mitis- mus	Ja, wiederholt	9	18%	12	17%	5	8%	14	29%	6	9%	46	16%
	Ja, in Einzel- fällen	18	36%	30	43%	11	19%	19	40%	23	35%	101	35%
	Nein	13	26%	18	26%	16	27%	4	8%	18	28%	69	24%
	Kann ich nicht beurteilen	10	20%	10	14%	27	46%	11	23%	18	28%	76	26%
Ver- schwö- rungs- erzäh- lungen	Ja, wiederholt	34	68%	46	66%	25	42%	28	58%	32	49%	165	57%
	Ja, in Einzel- fällen	10	20%	19	27%	18	31%	11	23%	23	35%	81	28%
	Nein	0	0%	1	1%	1	2%	2	4%	5	8%	9	3%
	Kann ich nicht beurteilen	6	12%	4	6%	15	25%	7	15%	5	8%	37	13%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 19: Auftreten demokratiefeindlicher Konsequenzen in den Förderregionen nach Strategietypen (Teil 1)

		Strategie- typ 1 (n=50)		Strategie- typ 2 (n=70)		Strategie- typ 3 (n=59)		Strategie- typ 4 (n=48)		Strategie- typ 5 (n=65)		Gesamt (n=292)	
		Ab- so- lut	In Pro- zen- t	Ab- so- lut	In Pro- zen- t								
Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt.	Trifft gar nicht zu	4	8%	4	6%	5	8%	2	4%	6	9%	21	7%
	Trifft eher nicht zu	18	36%	22	31%	23	39%	19	40%	26	40%	108	37%
	Trifft eher zu	17	34%	32	46%	15	25%	20	42%	26	40%	110	38%
	Trifft voll zu	6	12%	4	6%	5	8%	2	4%	1	2%	18	6%
	Kann ich nicht beurteilen	5	10%	8	11%	11	19%	5	10%	6	9%	35	12%
Öffentliche Auseinandersetzungen über Einschränkungen der Bürgerrechte im Kontext der Corona-Krise werden polarisierend geführt.	Trifft gar nicht zu	0	0%	3	4%	2	3%	1	2%	3	5%	9	3%
	Trifft eher nicht zu	4	8%	7	10%	11	19%	16	33%	17	26%	55	19%
	Trifft eher zu	23	46%	32	46%	22	37%	19	40%	27	42%	123	42%
	Trifft voll zu	20	40%	23	33%	12	20%	11	23%	12	18%	78	27%
	Kann ich nicht beurteilen	3	6%	5	7%	12	20%	1	2%	6	9%	27	9%
Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar.	Trifft gar nicht zu	3	6%	2	3%	3	5%	1	2%	4	6%	13	4%
	Trifft eher nicht zu	8	16%	13	19%	16	27%	11	23%	22	34%	70	24%
	Trifft eher zu	27	54%	46	66%	22	37%	19	40%	26	40%	140	48%
	Trifft voll zu	8	16%	7	10%	7	12%	15	31%	7	11%	44	15%
	Kann ich nicht beurteilen	4	8%	2	3%	11	19%	2	4%	6	9%	25	9%
Der Umgang von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen erfolgt kompetent.	Trifft gar nicht zu	1	2%	0	0%	0	0%	2	4%	0	0%	3	1%
	Trifft eher nicht zu	12	24%	10	14%	9	15%	11	23%	14	22%	56	19%
	Trifft eher zu	24	48%	39	56%	31	53%	26	54%	39	60%	159	54%
	Trifft voll zu	3	6%	13	19%	2	3%	5	10%	6	9%	29	10%
	Kann ich nicht beurteilen	10	20%	8	11%	17	29%	4	8%	6	9%	45	15%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 20: Auftreten demokratiefeindlicher Konsequenzen in den Förderregionen nach Strategietypen (Teil 2)

		Strategie- typ 1 (n=50)		Strategie- typ 2 (n=70)		Strategie- typ 3 (n=59)		Strategie- typ 4 (n=48)		Strategie- typ 5 (n=65)		Gesamt (n=292)	
		Ab- so- lut	In Pro- zen- t	Ab- so- lut	<								
Zivilgesell- schaftliche Ak- teur*innen las- sen sich nicht einschüchtern und halten an ihrem Engage- ment für De- mokratie und Vielfalt fest.	Trifft gar nicht zu	1	2%	0	0%	1	2%	0	0%	0	0%	2	1%
	Trifft eher nicht zu	2	4%	5	7%	2	3%	2	4%	1	2%	12	4%
	Trifft eher zu	22	44 %	26	37 %	30	51 %	23	48 %	23	35 %	124	42 %
	Trifft voll zu	23	46 %	37	53 %	19	32 %	22	46 %	36	55 %	137	47 %
	Kann ich nicht beurteilen	2	4%	2	3%	7	12 %	1	2%	5	8%	17	6%
Rekrutierungs- versuche de- mokratie- und menschen- feindlicher Gruppierun- gen und/oder Organisatio- nen sind er- folgreich.	Trifft gar nicht zu	6	12 %	4	6%	7	12 %	6	13 %	8	12 %	31	11 %
	Trifft eher nicht zu	11	22 %	25	36 %	18	31 %	12	25 %	19	29 %	85	29 %
	Trifft eher zu	7	14 %	8	11 %	6	10 %	11	23 %	9	14 %	41	14 %
	Trifft voll zu	3	6%	2	3%	2	3%	1	2%	0	0%	8	3%
	Kann ich nicht beurteilen	23	46 %	31	44 %	26	44 %	18	38 %	29	45 %	127	43 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 21: Zusammenhangsmaß (Spearman's Rangkorrelationskoeffizient) für Stellenwert und Problemdruck der Partnerschaften nach Strategietypen

	Strategietyp 1		Strategietyp 2		Strategietyp 3		Strategietyp 4		Strategietyp 5		Gesamt	
	Rho	Sig.	Rho	Sig.								
Demokratieförderung	0,208	0,147	-0,22	0,067	0,131	0,321	-0,053	0,721	0,039	0,759	0,053	0,357
Vielfaltförderung	0,228	0,111	-0,095	0,435	-0,06	0,654	0,112	0,448	0,275*	0,027	0,092	0,112
Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus	0,026	0,859	0,132	0,257	0,399**	0,002	0,416**	0,003	0,256*	0,04	0,252**	0,001
Rassismus	0,02	0,892	0,087	0,472	0,347**	0,007	-0,002	0,99	0,178	0,155	0,163**	0,005
Antisemitismus	0,178	0,216	0,33**	0,005	0,317*	0,014	0,102	0,492	0,139	0,268	0,27**	0,001
Rechtsextremismus	0,309*	0,029	0,26*	0,03	0,439**	0,001	0,425**	0,003	0,312*	0,011	0,353**	0,001
Sinti und Roma-Feindlichkeit	0,268	0,06	0,304*	0,011	0,43**	0,001	0,293*	0,043	0,367**	0,003	0,382**	0,001
Islam- und Muslimfeindlichkeit	0,135	0,351	0,229	0,065	0,411*	0,001	0,466*	0,001	0,268*	0,031	0,344**	0,001
LGBTIQ-Feindlichkeit	0,116	0,421	0,11	0,364	0,225	0,086	0,302*	0,037	0,074	0,557	0,215**	0,001
Islamistisch begründeter Extremismus	0,323*	0,022	0,129	0,287	0,106	0,424	0,069	0,639	0,35**	0,004	0,191**	0,001
Linke Militanz	0,225	0,117	-0,1	0,412	0,139	0,293	x	x	0,176	0,16	0,092	0,113

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (N = 300). Koeffizient und Signifikanzwert wurden anhand der Rangkorrelation nach Spearman (Spearman's Rho) berechnet. * p < 0.05, ** p < 0.01, *** p < 0.001.

Tabelle 22: Mittelwerte der Handlungselemente nach Strategietypen (Teil 1)

		Strategietyp 1 (n=50)	Strategietyp 2 (n=70)	Strategietyp 3 (n=59)	Strategietyp 4 (n=48)	Strategietyp 5 (n=65)	Gesamt (n=292)
Demokratische Grenzen setzen	Lokal bestehende demokratie- und menschenfeindliche Erscheinungsformen identifizieren und öffentlich problematisieren.	4,5	5,5	4,0	4,7	3,8	4,5
	Die Normalisierung demokratie- und menschenfeindlicher Aktivitäten und Positionen kritisch sichtbar machen und damit verbundene Bestrebungen abwehren.	4,7	5,7	4,2	5,2	4,3	4,8
	Die Gelegenheiten zur Präsenz von demokratie- und menschenfeindlichen Gruppierungen in der Öffentlichkeit reduzieren.	2,8	4,6	3,5	3,3	3,0	3,5
	Neue und/oder verdeckte Erscheinungsformen demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene und Positionen aufdecken und problematisieren.	5,2	5,8	4,4	5,2	4,4	5,0
	Sichtbare Zeichen des gesellschaftlichen Einspruchs im öffentlichen Raum setzen.	4,6	5,6	4,7	4,7	4,4	4,8
	Partizipationsansinnen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen erkennen und zum Entgegenreten ermuntern.	4,5	5,5	4,3	4,8	4,3	4,7
	Konkrete Fälle und das Ausmaß der Betroffenheit von menschenfeindlichen Übergriffen und Gewalt öffentlich machen und problematisieren.	4,3	5,3	3,8	4,8	4,2	4,5
	Unterstützungsangebote für von Diskriminierung und Herabwürdigung betroffener Akteur*innen und Gruppierungen bereitstellen.	4,1	5,2	3,8	5,0	4,8	4,6
	Zivilcourage einüben und fördern.	5,0	5,7	4,4	5,2	5,0	5,1
	Das Wissen zu historischen und aktuellen (sozial-)politischen Zusammenhängen verbreiten.	4,9	5,5	4,7	5,1	5,2	5,1

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten. Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Trifft gar nicht zu“) bis 6 („Trifft voll zu“) berechnet.

Tabelle 23: Mittelwerte der Handlungselemente nach Strategietypen (Teil 2)

		Strategietyp 1 (n=50)	Strategietyp 2 (n=70)	Strategietyp 3 (n=59)	Strategietyp 4 (n=48)	Strategietyp 5 (n=65)	Gesamt (n=292)
Gemeinwohlorientiertes Handeln	Zur Aneignung von (alternativen) Möglichkeitsräumen des demokratischen ermuntern.	3,9	5,4	4,6	4,9	5,4	4,9
	Räume und Initiativen der interkulturellen und intergenerationellen Begegnung und des demokratischen Dialogs zwischen unterschiedlichen Akteur*innen und Lebensformen schaffen und unterstützen.	3,9	5,4	4,7	4,9	5,5	4,9
	Die Beteiligungschancen von benachteiligten Akteur*innen am gesellschaftlichen Leben erhöhen.	4,1	5,2	4,2	5,2	5,4	4,9
	Selbstorganisationen von benachteiligten Gruppierungen vor Ort aktivieren und unterstützen.	4,1	5,3	4,0	5,3	5,1	4,8
	Einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensumstände von benachteiligten Akteur*innen leisten.	4,6	5,3	4,2	5,4	5,3	5,0
Dialog- und Konfliktfähigkeit stärken	Kompetenzen im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Akteur*innen vermitteln.	5,5	5,8	4,4	5,7	5,3	5,4
	Den konstruktiven Dialog als Grundlage eines friedlichen Zusammenlebens erlebbar machen und über Verstöße aufklären.	5,6	5,8	4,6	5,3	5,4	5,3
	Für die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Lebensentwürfe einstehen und den gesellschaftlichen Mehrwert von Pluralismus verdeutlichen.	5,4	5,8	4,8	5,7	5,6	5,5
	Die Kompetenzen zur demokratischen Konfliktführung und dialogischen Artikulation eigener Interessen und Positionen fördern.	5,0	5,5	4,3	4,8	5,2	5,0

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten. Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Trifft gar nicht zu“) bis 6 („Trifft voll zu“) berechnet.

Tabelle 24: Mittelwerte der Handlungselemente nach Strategietypen (Teil 3)

		Strategietyp 1 (n=50)	Strategietyp 2 (n=70)	Strategietyp 3 (n=59)	Strategietyp 4 (n=48)	Strategietyp 5 (n=65)	Gesamt (n=292)
Grundlagen der Demokratie als Lebens- und Regierungsform	Das Vertrauen in demokratische Institutionen, Verfahren und Akteur*innen stärken (z.B. durch Bildungsangebote und -reisen, Demokratiespaziergänge, Vor-Ort-Besuche).	4,7	5,6	4,8	3,8	5,1	4,9
	Aktiv das demokratische System und seine Vorzüge thematisieren.	4,5	5,7	4,6	4,2	5,3	4,9
	Das Wissen über strukturelle Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten fördern.	5,2	5,7	4,6	4,8	5,6	5,2
	Informationen bereitstellen, die zur Ausübung bürgerschaftlichen Engagements benötigt werden.	4,1	5,2	4,4	4,2	5,3	4,7
	Die gesellschaftliche Akzeptanz von Menschen- und Grundrechten fördern.	5,2	5,8	5,0	5,5	5,6	5,5
Gesellschaftliche Mitbestimmung	Über das Jugendforum hinaus demokratische Beteiligungsstrukturen aufbauen bzw. erweitern.	5,2	5,6	4,4	4,9	5,6	5,2
	Digitale Formate der politischen Mitbestimmung schaffen bzw. bekannt machen.	4,2	4,7	3,6	3,9	5,0	4,3
	Den Wert politischer Mitbestimmung erleb- und erkennbar machen.	5,7	5,9	4,9	5,0	5,7	5,5
	Die kritische Reflexionskompetenz und politische Mündigkeit durch die Unterstützung demokratischer Sozialisationsprozesse stärken.	5,7	5,9	4,8	5,4	5,8	5,5
	Gründung und Weiterentwicklung demokratischer Bürger*innenbündnisse vor Ort unterstützen.	4,4	5,1	4,2	5,0	5,1	4,8
	Für die Vielfalt zivilgesellschaftlicher Organisationen und die Einbindung neuer zivilgesellschaftlicher Akteur*innen Sorge tragen.	5,1	5,5	4,8	5,1	5,5	5,2
Gesamt		4,7	5,5	4,4	4,9	5,0	4,9

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten. Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Trifft gar nicht zu“) bis 6 („Trifft voll zu“) berechnet.

Tabelle 25: Bereiche, in denen durch die Arbeit in den Partnerschaften Verbesserungen bzw. Fortschritte angestrebt werden, nach Strategietypen

	Strategietyp 1 (n=50)		Strategietyp 2 (n=70)		Strategietyp 3 (n=59)		Strategietyp 4 (n=48)		Strategietyp 5 (n=65)		Gesamt (n=292)	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent								
Demokratieförderung	49	98%	68	97%	57	97%	44	92%	64	98%	282	97%
Vielfaltförderung	46	92%	62	89%	53	90%	47	98%	61	94%	269	92%
Demokratie-feindlichkeit und Rechtspopulismus	43	86%	66	94%	46	78%	42	88%	50	77%	247	85%
Rassismus	43	86%	66	94%	46	78%	48	100%	51	78%	254	87%
Antisemitismus	30	60%	58	83%	31	53%	41	85%	45	69%	205	70%
Rechtsextremismus	35	70%	64	91%	45	76%	37	77%	46	71%	227	78%
Sinti und Roma-Feindlichkeit	11	22%	26	37%	11	19%	22	46%	14	22%	84	29%
Islam- und Muslimfeindlichkeit	19	38%	40	57%	19	32%	32	67%	30	46%	140	48%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten. Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 26: Stellenwert der bearbeiteten Themenfelder nach Strategietypen (Teil 1)

		Strategie- typ 1		Strategie- typ 2		Strategie- typ 3		Strategie- typ 4		Strategie- typ 5		Gesamt	
		Ab- so- lut	In Pro- zent	Ab- so- lut	In Pro- zent								
Demo- krafieför- derung	Niedriger Stellenwert	0	0%	0	0%	0	0%	3	7%	0	0%	3	1%
	Mittlerer Stellenwert	2	4%	1	1%	6	11%	15	34%	7	11%	31	11%
	Hoher Stel- lenwert	47	96%	67	99%	51	89%	26	59%	57	89%	248	88%
	Gesamt	49	100 %	68	100 %	57	100 %	44	100 %	64	100 %	282	100 %
Vielfalt- förde- rung	Niedriger Stellenwert	0	0%	0	0%	1	2%	2	4%	0	0%	3	1%
	Mittlerer Stellenwert	10	22%	9	15%	14	26%	13	28%	6	10%	52	19%
	Hoher Stel- lenwert	36	78%	53	85%	38	72%	32	68%	55	90%	214	80%
	Gesamt	46	100 %	62	100 %	53	100 %	47	100 %	61	100 %	269	100 %
Demo- krafie- feindlich- keit und Rechtspo- pulismus	Niedriger Stellenwert	3	7%	0	0%	3	7%	1	2%	1	2%	8	3%
	Mittlerer Stellenwert	15	35%	11	17%	24	52%	16	38%	30	60%	96	39%
	Hoher Stel- lenwert	25	58%	55	83%	19	41%	25	60%	19	38%	143	58%
	Gesamt	43	100 %	66	100 %	46	100 %	42	100 %	50	100 %	247	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten und die angegeben haben, im jeweiligen Themenfeld Verbesserungen anzustreben.

Tabelle 27: Stellenwert der bearbeiteten Themenfelder nach Strategietypen (Teil 2)

		Strategie- typ 1		Strategie- typ 2		Strategie- typ 3		Strategie- typ 4		Strategie- typ 5		Gesamt	
		Ab- so- lut	In Pro- zent	Ab- so- lut	In Pro- zent								
Rassismus	Niedriger Stellenwert	1	2%	2	3%	1	2%	0	0%	1	2%	5	2%
	Mittlerer Stellenwert	19	44 %	14	21 %	20	43 %	11	23 %	26	51 %	90	35 %
	Hoher Stellenwert	23	53 %	50	76 %	25	54 %	37	77 %	24	47 %	159	63 %
	Gesamt	43	100 %	66	100 %	46	100 %	48	100 %	51	100 %	254	100 %
Antisemitismus	Niedriger Stellenwert	1	3%	5	9%	5	16 %	2	5%	6	13 %	19	9%
	Mittlerer Stellenwert	20	67 %	21	36 %	17	55 %	17	41 %	26	58 %	101	49 %
	Hoher Stellenwert	9	30 %	32	55 %	9	29 %	22	54 %	13	29 %	85	41 %
	Gesamt	30	100 %	58	100 %	31	100 %	41	100 %	45	100 %	205	100 %
Rechtsextremismus	Niedriger Stellenwert	2	6%	0	0%	5	11 %	1	3%	6	13 %	14	6%
	Mittlerer Stellenwert	14	40 %	20	31 %	16	36 %	12	32 %	25	54 %	87	38 %
	Hoher Stellenwert	19	54 %	44	69 %	24	53 %	24	65 %	15	33 %	126	56 %
	Gesamt	35	100 %	64	100 %	45	100 %	37	100 %	46	100 %	227	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten und die angegeben haben, im jeweiligen Themenfeld Verbesserungen anzustreben.

Tabelle 28: Stellenwert der bearbeiteten Themenfelder nach Strategietypen (Teil 3)

		Strategie- typ 1		Strategie- typ 2		Strategie- typ 3		Strategie- typ 4		Strategie- typ 5		Gesamt	
		In Pro- zent	Ab- so- lut	In Pro- zent	Ab- so- lut								
Sinti und Roma- Feind- lichkeit	Niedriger Stellenwert	6	55%	2	8%	5	45%	3	14%	1	7%	17	20%
	Mittlerer Stellenwert	4	36%	13	50%	6	55%	9	41%	10	71%	42	50%
	Hoher Stel- lenwert	1	9%	11	42%	0	0%	10	45%	3	21%	25	30%
	Gesamt	11	100 %	26	100 %	11	100 %	22	100 %	14	100 %	84	100 %
Islam- und Mus- limfeind- lichkeit	Niedriger Stellenwert	6	32%	4	10%	8	42%	8	25%	6	20%	32	23%
	Mittlerer Stellenwert	10	53%	23	58%	8	42%	10	31%	18	60%	69	49%
	Hoher Stel- lenwert	3	16%	13	33%	3	16%	14	44%	6	20%	39	28%
	Gesamt	19	100 %	40	100 %	19	100 %	32	100 %	30	100 %	140	100 %
LGBTIQ- Feind- lichkeit	Niedriger Stellenwert	8	40%	9	20%	4	24%	6	18%	9	33%	36	25%
	Mittlerer Stellenwert	9	45%	23	51%	11	65%	18	55%	14	52%	75	53%
	Hoher Stel- lenwert	3	15%	13	29%	2	12%	9	27%	4	15%	31	22%
	Gesamt	20	100 %	45	100 %	17	100 %	33	100 %	27	100 %	142	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten und die angegeben haben, im jeweiligen Themenfeld Verbesserungen anzustreben.

Tabelle 29: Aktionen demokratischer und weltoffener Akteur*innen in den Förderregionen nach Strategietypen

		Strategie- typ 1 (n=50)		Strategie- typ 2 (n=70)		Strategie- typ 3 (n=59)		Strategie- typ 4 (n=48)		Strategie- typ 5 (n=65)		Gesamt (n=292)	
		Ab- so- lut	In Pro- zen- t	Ab- so- lut	In Pro- zen- t								
Gezielte In- formation und Aufklä- rung von Bürger*innen (z.B. Veran- staltungen, Vorträge, In- formations- broschüren)	Ja, wieder- holt	27	54 %	44	63 %	16	27 %	23	48 %	32	49 %	142	49 %
	Ja, in Ein- zelfällen	21	42 %	21	30 %	31	53 %	22	46 %	29	45 %	124	42 %
	Nein	1	2%	2	3%	6	10 %	1	2%	1	2%	11	4%
	Kann ich nicht beur- teilen	1	2%	3	4%	6	10 %	2	4%	3	5%	15	5%
Gezielte Ge- genrede bzw. Coun- ter Speech gegen Hass im Netz	Ja, wieder- holt	11	22 %	17	24 %	2	3%	7	15 %	10	15 %	47	16 %
	Ja, in Ein- zelfällen	15	30 %	27	39 %	19	32 %	16	33 %	21	32 %	98	34 %
	Nein	8	16 %	9	13 %	18	31 %	9	19 %	13	20 %	57	20 %
	Kann ich nicht beur- teilen	16	32 %	17	24 %	20	34 %	16	33 %	21	32 %	90	31 %
Antirassisti- sche und Teilhabe si- chernde Maßnahmen (z.B. inter- kulturelle Se- minare und Begegnun- gen, Werk- stätten)	Ja, wieder- holt	19	38 %	18	26 %	10	17 %	21	44 %	25	38 %	93	32 %
	Ja, in Ein- zelfällen	15	30 %	34	49 %	23	39 %	21	44 %	23	35 %	116	40 %
	Nein	5	10 %	11	16 %	11	19 %	3	6%	9	14 %	39	13 %
	Kann ich nicht beur- teilen	11	22 %	7	10 %	15	25 %	3	6%	8	12 %	44	15 %
Maßnahmen zur Erhö- hung der Be- kanntheit von professi- onellen An- geboten für Betroffene demokratie- und men- schenfeindli- cher Über- griffe	Ja, wieder- holt	12	24 %	23	33 %	7	12 %	16	33 %	14	22 %	72	25 %
	Ja, in Ein- zelfällen	19	38 %	27	39 %	24	41 %	18	38 %	28	43 %	116	40 %
	Nein	10	20 %	9	13 %	13	22 %	6	13 %	7	11 %	45	15 %
	Kann ich nicht beur- teilen	9	18 %	11	16 %	15	25 %	8	17 %	16	25 %	59	20 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 30: Öffentliche Reaktion auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle (z.B. durch zeitnahe Verurteilung, Gegendemonstrationen bzw. zivilgesellschaftliche Gegenwehr) nach Strategietypen

	Strategietyp 1 (n=50)		Strategietyp 2 (n=70)		Strategietyp 3 (n=59)		Strategietyp 4 (n=48)		Strategietyp 5 (n=65)		Gesamt (n=292)	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent								
Trifft gar nicht zu	1	2%	1	1%	3	5%	0	0%	3	5%	8	3%
Trifft eher nicht zu	5	10%	9	13%	9	15%	9	19%	12	18%	44	15%
Trifft eher zu	28	56%	38	54%	32	54%	27	56%	32	49%	157	54%
Trifft voll zu	10	20%	14	20%	2	3%	9	19%	13	20%	48	16%
Kann ich nicht beurteilen	6	12%	8	11%	13	22%	3	6%	5	8%	35	12%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 31: Einbindung unterschiedlicher Akteur*innengruppen in die Aktivitäten der Partnerschaften für Demokratie nach Strategietypen

		Strategie- typ 1 (n=50)		Strategie- typ 2 (n=70)		Strategie- typ 3 (n=59)		Strategie- typ 4 (n=48)		Strategie- typ 5 (n=65)		Gesamt (n=292)	
		Ab- so- lut	In Pro- zen- t	Ab- so- lut	In Pro- zen- t								
Lokale Fach- akteur*innen	Nicht aus- reichend	0	0%	2	3%	2	3%	1	2%	0	0%	5	2%
	Eher nicht ausrei- chend	5	10 %	7	10 %	6	10 %	9	19 %	6	9%	33	11 %
	Eher aus- reichend	26	52 %	34	49 %	33	56 %	21	44 %	34	52 %	148	51 %
	Ausrei- chend	14	28 %	23	33 %	10	17 %	14	29 %	21	32 %	82	28 %
	Kann ich nicht beur- teilen	5	10 %	4	6%	8	14 %	3	6%	4	6%	24	8%
Lokal rele- vante zivilge- sellschaftli- che Ak- teur*innen ¹	Nicht aus- reichend	0	0%	0	0%	1	2%	1	2%	0	0%	2	1%
	Eher nicht ausrei- chend	2	4%	10	14 %	9	15 %	5	10 %	9	14 %	35	12 %
	Eher aus- reichend	37	74 %	31	44 %	28	47 %	27	56 %	27	42 %	150	51 %
	Ausrei- chend	10	20 %	28	40 %	15	25 %	14	29 %	27	42 %	94	32 %
	Kann ich nicht beur- teilen	1	2%	1	1%	6	10 %	1	2%	2	3%	11	4%
Lokalpoliti- sche Ak- teur*innen	Nicht aus- reichend	2	4%	3	4%	2	3%	1	2%	2	3%	10	3%
	Eher nicht ausrei- chend	21	42 %	17	24 %	18	31 %	23	48 %	18	28 %	97	33 %
	Eher aus- reichend	15	30 %	34	49 %	23	39 %	14	29 %	27	42 %	113	39 %
	Ausrei- chend	9	18 %	13	19 %	8	14 %	9	19 %	15	23 %	54	18 %
	Kann ich nicht beur- teilen	3	6%	3	4%	8	14 %	1	2%	3	5%	18	6%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n=292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 32: Engagement der politischen Spitze (Bürgermeister*in, Landrät*in) an der Partnerschaft für Demokratie nach Strategietypen

	Strategietyp 1 (n=50)		Strategietyp 2 (n=70)		Strategietyp 3 (n=59)		Strategietyp 4 (n=48)		Strategietyp 5 (n=65)		Gesamt (n=292)	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent								
Hohes Engagement	6	12%	14	20%	6	10%	3	6%	9	14%	38	13%
Eher hohes Engage- ment	17	34%	27	39%	23	39%	14	29%	22	34%	103	35%
Eher geringes Enga- gement	24	48%	25	36%	28	47%	23	48%	25	38%	125	43%
Kein Engagement	3	6%	4	6%	2	3%	8	17%	9	14%	26	9%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

**Tabelle 33: Tätigkeitsdauer des*der dienstältesten Koordinator*in der externen Ko-
ordinierungs- und Fachstellen nach Strategietypen**

	Strategietyp 1 (n=50)		Strategietyp 2 (n=70)		Strategietyp 3 (n=59)		Strategietyp 4 (n=38)		Strategietyp 5 (n=65)		Gesamt (n=292)	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent								
Bis zu einem Jahr	2	4%	6	9%	5	9%	3	6%	4	6%	20	7%
Ein Jahr bis zu 2 Jah- ren	12	24%	3	4%	9	16%	6	13%	5	8%	35	12%
2 Jahre bis zu 5 Jah- ren	21	43%	21	30%	15	27%	20	42%	28	43%	105	36%
5 Jahre oder mehr	14	29%	40	57%	27	48%	19	40%	28	43%	128	44%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 34: Kenntnis- und Erfahrungsumfang der Koordinierungs- und Fachstelle nach Strategietypen

		Strategie- typ 1		Strategie- typ 2		Strategie- typ 3		Strategie- typ 4		Strategie- typ 5		Gesamt	
		Ab- so- lut	In Pro- zen- t	Ab- so- lut	In Pro- zen- t								
Kenntnisse in den für unsere Part- nerschaft für Demokratie relevanten Themenbe- reichen (z.B. Rechtsextre- mismus, gruppenbe- zogene Men- schenfeind- lichkeit, De- mokratieför- derung)	Nicht aus- reichend	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%
	Eher nicht ausrei- chend	1	2%	2	3%	1	2%	0	0%	1	2%	5	2%
	Eher aus- reichend	15	31 %	12	17 %	23	41 %	16	33 %	23	35 %	89	31 %
	Ausrei- chend	32	65 %	55	79 %	31	55 %	32	67 %	41	63 %	191	66 %
	Kann ich nicht beur- teilen	1	2%	1	1%	1	2%	0	0%	0	0%	3	1%
	Gesamt	49	100 %	70	100 %	56	100 %	48	100 %	65	100 %	288	100 %
Erfahrung, die für die administra- tiv-techni- sche Berat- ung der Pro- jektträger (Planung, Abrechnung) wichtig ist	Nicht aus- reichend	0	0%	1	1%	1	2%	1	2%	1	2%	4	1%
	Eher nicht ausrei- chend	4	8%	1	1%	3	5%	2	4%	1	2%	11	4%
	Eher aus- reichend	17	35 %	15	21 %	13	23 %	14	29 %	16	25 %	75	26 %
	Ausrei- chend	28	57 %	52	74 %	39	70 %	31	65 %	47	72 %	197	68 %
	Kann ich nicht beur- teilen	0	0%	1	1%	0	0%	0	0%	0	0%	1	0%
	Gesamt	49	100 %	70	100 %	56	100 %	48	100 %	65	100 %	288	100 %
Kenntnisse über regio- nale Res- ourcen, wie regionale Netzwerke und die regi- onale Netz- werkstruktur	Nicht aus- reichend	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%	1	2%	1	0%
	Eher nicht ausrei- chend	2	4%	2	3%	9	16 %	5	10 %	1	2%	19	7%
	Eher aus- reichend	20	41 %	14	20 %	18	32 %	11	23 %	23	35 %	86	30 %
	Ausrei- chend	27	55 %	53	76 %	29	52 %	32	67 %	40	62 %	181	63 %
	Kann ich nicht beur- teilen	0	0%	1	1%	0	0%	0	0%	0	0%	1	0%
	Gesamt	49	100 %	69	100 %	56	100 %	48	100 %	65	100 %	288	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 288), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten und aktuell besetzt sind.

Tabelle 35: Etablierung der Auseinandersetzung mit den Kernthemen der Partnerschaft für Demokratie (z.B. Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus) in den Förderregionen zum 1. Quartal 2021 nach Strategietypen

	Strategietyp 1 (n=50)		Strategietyp 2 (n=70)		Strategietyp 3 (n=59)		Strategietyp 4 (n=48)		Strategietyp 5 (n=65)		Gesamt (n=292)	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent								
Ja, es gab bereits vor der erstmaligen Implementierung der Partnerschaft (ehemals Lokale Aktionspläne) eine etablierte Auseinandersetzung mit unseren Kernthemen.	25	50%	50	71%	39	66%	30	63%	40	62%	184	63%
Ja, die lokale Auseinandersetzung mit unseren Kernthemen hat sich jedoch erst seit der Implementierung der Partnerschaft etabliert.	25	50%	18	26%	17	29%	18	38%	24	37%	102	35%
Nein, die lokale Auseinandersetzung mit unseren Kernthemen war zum 1. Quartal des Jahres 2021 noch nicht etabliert.	0	0%	2	3%	3	5%	0	0%	1	2%	6	2%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 36: Erfahrung (Routine) in der Netzwerkarbeit der Kooperationspartner*innen nach Strategietypen

	Strategietyp 1 (n=50)		Strategietyp 2 (n=70)		Strategietyp 3 (n=59)		Strategietyp 4 (n=48)		Strategietyp 5 (n=65)		Gesamt (n=292)	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent								
Ausreichend	11	22%	29	41%	8	14%	13	27%	13	20%	74	25%
Eher ausreichend	23	46%	25	36%	29	49%	20	42%	32	49%	129	44%
Eher nicht ausreichend	12	24%	10	14%	12	20%	13	27%	11	17%	58	20%
Nicht ausreichend	0	0%	2	3%	2	3%	0	0%	2	3%	6	2%
Kann ich nicht beurteilen.	4	8%	4	6%	8	14%	2	4%	7	11%	25	9%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 37: Engagementbereich des Begleitausschusses nach Strategietypen

	Strategietyp 1 (n=50)	Strategietyp 2 (n=70)	Strategietyp 3 (n=57)	Strategietyp 4 (n=48)	Strategietyp 5 (n=65)	Gesamt (n=290)
Vernetzung mit relevanten Akteur*innen vor Ort	3,6	4,0	3,6	3,8	3,9	3,8

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n=290), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten und deren Begleitausschuss konstituiert ist. Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Kein Engagement“) bis 5 („Hohes Engagement“) berechnet.

Tabelle 38: Maßgebliche Verfahren für die Zieldefinition der Partnerschaft für Demokratie nach Strategietypen

	Strategietyp 1 (n=50)		Strategietyp 2 (n=70)		Strategietyp 3 (n=59)		Strategietyp 4 (n=48)		Strategietyp 5 (n=65)		Gesamt (n=292)	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent								
Partizipativer Aushandlungsprozess unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen	25	50%	49	70%	34	58%	25	52%	37	57%	170	58%
Festsetzung durch verantwortliche Akteur*innen in Verwaltung, Politik, und/oder Koordinierungs- und Fachstelle	21	42%	19	27%	23	39%	20	42%	24	37%	107	37%
Empfehlung von externen Expert*innen	2	4%	0	0%	0	0%	2	4%	0	0%	4	1%
Sonstiges	2	4%	2	3%	2	3%	1	2%	4	6%	11	4%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 39: Ableitung und Umsetzung der Maßnahmen zur Realisierung des Konzepts der integrierten Handlungsstrategien nach Strategietypen

Die Maßnahmen zur Realisierung des Konzepts der integrierten Handlungsstrategie unserer Partnerschaft für Demokratie...	Strategietyp 1 (n=50)		Strategietyp 2 (n=70)		Strategietyp 3 (n=59)		Strategietyp 4 (n=48)		Strategietyp 5 (n=65)		Gesamt (n=292)	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent								
werden unter Berücksichtigung der lokal vorhandenen Angebotsstruktur bewilligt und ergänzen diese.	30	60%	51	73%	35	59%	31	65%	38	58%	185	63%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten. Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine dieser Aussagen ist zutreffend“.

Tabelle 40: Häufigkeit des Wissensaustauschs zwischen Netzwerkmitgliedern und der Partnerschaften für Demokratie nach Strategietypen

	Strategietyp 1 (n=50)		Strategietyp 2 (n=70)		Strategietyp 3 (n=59)		Strategietyp 4 (n=48)		Strategietyp 5 (n=65)		Gesamt (n=292)	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent								
Häufig	4	8%	15	21%	4	7%	7	15%	5	8%	35	12%
Eher häufig	25	50%	34	49%	28	47%	21	44%	34	52%	142	49%
Eher selten	14	28%	18	26%	22	37%	17	35%	19	29%	90	31%
Selten	4	8%	1	1%	2	3%	1	2%	2	3%	10	3%
Kann ich nicht beurteilen.	3	6%	2	3%	3	5%	2	4%	5	8%	15	5%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 41: Aktive demokratiefreundliche Akteur*innen in den Förderregionen nach Strategietypen

		Strategie- typ 1		Strategie- typ 2		Strategie- typ 3		Strategie- typ 4		Strategie- typ 5		Gesamt	
		Ab- so- lut	In Pro- zent	Ab- so- lut	In Pro- zent								
Für Demokra- tie und Vielfalt engagierte Bürgerbünd- nisse	Ja, wieder- holt	33	66%	44	63%	22	37%	33	69%	38	58%	170	58%
	Ja, in Ein- zelfällen	12	24%	20	29%	24	41%	11	23%	23	35%	90	31%
	Nein	4	8%	5	7%	4	7%	2	4%	3	5%	18	6%
	Kann ich nicht beur- teilen	1	2%	1	1%	9	15%	2	4%	1	2%	14	5%
Integrations- fördernde Mig- rant*innen- communities und/oder - netzwerke (z.B. Nachbar- schafts- und Unterstüt- zungsgruppen, Vereine)	Ja, wieder- holt	23	46%	35	50%	11	19%	26	54%	38	58%	133	46%
	Ja, in Ein- zelfällen	15	30%	25	36%	25	42%	16	33%	18	28%	99	34%
	Nein	5	10%	5	7%	8	14%	2	4%	4	6%	24	8%
	Kann ich nicht beur- teilen	7	14%	5	7%	15	25%	4	8%	5	8%	36	12%
Für Demokra- tie und Vielfalt engagierte Migrant*in- nen(selbst)or- ganisationen	Ja, wieder- holt	14	28%	25	36%	9	15%	22	46%	27	42%	97	33%
	Ja, in Ein- zelfällen	15	30%	20	29%	15	25%	15	31%	20	31%	85	29%
	Nein	11	22%	18	26%	17	29%	2	4%	11	17%	59	20%
	Kann ich nicht beur- teilen	10	20%	7	10%	18	31%	9	19%	7	11%	51	17%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 42: Auswirkungen der pandemiebedingten Einschränkungen auf die zivilgesellschaftliche Verfasstheit nach Strategietypen

In Folge der Corona-Pandemie...	Strategie-typ 1	Strategie-typ 2	Strategie-typ 3	Strategie-typ 4	Strategie-typ 5	Gesamt
lässt sich eine strukturelle Schwächung zivilgesellschaftlicher Organisationen in unserer Förderregion feststellen (z.B. durch Mitgliederschwund, finanzielle Nöte etc.).	3,6	3,3	3,7	3,2	3,2	3,4
zeichnet sich ein nachhaltiger Rückgang der kommunalen Zuwendungen und Vorhaben der lokalen Demokratiestärkung (TEXT GEKÜRZT) in unserer Förderregion ab (z.B. durch fehlende politische Aufmerksamkeit, finanzielle Ressourcen).	2,5	2,2	2,8	2,4	2,3	2,4
rechnen wir mit einem nachhaltigen Rückgang des demokratischen Engagements zivilgesellschaftlicher Akteur*innen in unserer Förderregion.	2,4	2,4	2,8	2,3	2,3	2,5
ist ein nachhaltiger Rückgang der Gemeinwohlorientierung (z.B. Abflauen von Gemeinwesenarbeit, Hilfeleistungen etc.) in der lokalen Bevölkerung zu verzeichnen.	2,4	2,2	2,7	2,2	2,2	2,3

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten. Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Trifft gar nicht zu“) bis 5 („Trifft voll zu“) berechnet, gültige Nennungen unter Ausschluss der Angabe „Kann ich nicht beurteilen“. Die Fallzahlen variieren.

Tabelle 43: Auftreten demokratie- und menschenfeindlicher Konfliktkonstellationen, die in offener Gegnerschaft ausgetragen werden in den Förderregionen nach Strategietypen

	Strategietyp 1 (n=50)		Strategietyp 2 (n=70)		Strategietyp 3 (n=59)		Strategietyp 4 (n=48)		Strategietyp 5 (n=65)		Gesamt (n=292)	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent								
Gesellschaftlich polarisierende und öffentlich ausgetragene Konflikte	21	42%	33	47%	20	34%	17	35%	19	29%	110	38%
Potentiell radikalisierungsfähige Protestbewegungen	19	38%	30	43%	10	17%	19	40%	20	31%	98	34%
Durch intergenerationale Transmission befeuerte demokratiefeindliche lokale Konflikte	5	10%	9	13%	3	5%	2	4%	4	6%	23	8%
Konflikte um Integration, Zuwanderung und Religion, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedrohen	12	24%	31	44%	15	25%	14	29%	18	28%	90	31%
Öffentlich und lokal geführte Konflikte um Identitätsfragen	7	14%	11	16%	5	8%	11	23%	9	14%	43	15%
Sonstiges	2	4%	0	0%	3	5%	2	4%	2	3%	9	3%
Nein	8	16%	9	13%	14	24%	8	17%	14	22%	53	18%
Keine Aussage möglich	9	18%	12	17%	17	29%	9	19%	14	22%	61	21%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten. Mehrfachnennung möglich.

Tabelle 44: Auftreten von Beleidigung, Bedrohung und Übergriffen in den Förderregionen nach Strategietypen (Teil 1)

Im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.05.2021 wurden in unserer Förderregion ...		Strategie-typ 1 (n=50)		Strategie-typ 2 (n=70)		Strategie-typ 3 (n=59)		Strategie-typ 4 (n=48)		Strategie-typ 5 (n=65)		Gesamt (n=292)	
		Abso-lut	In Pro-zen-t	Abso-lut	In Pro-zen-t								
Menschen wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z.B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	Ja, wiederholt	17	34 %	25	36 %	14	24 %	28	58 %	23	35 %	107	37 %
	Ja, in Einzelfällen	21	42 %	28	40 %	20	34 %	12	25 %	26	40 %	107	37 %
	Nein	0	0%	3	4%	2	3%	1	2%	4	6%	10	3%
	Kann ich nicht beurteilen	12	24 %	14	20 %	23	39 %	7	15 %	12	18 %	68	23 %
Mitarbeiter*innen der Verwaltung, Gemeindevorte-reter*innen bzw. Politiker*innen aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	Ja, wiederholt	2	4 %	7	10 %	3	5%	5	10 %	3	5%	20	7%
	Ja, in Einzelfällen	15	30 %	31	44 %	17	29 %	17	35 %	21	32 %	101	35 %
	Nein	11	22 %	15	21 %	13	22 %	8	17 %	11	17 %	58	20 %
	Kann ich nicht beurteilen	22	44 %	17	24 %	26	44 %	18	38 %	30	46 %	113	39 %
zivilgesellschaftliche Akteur*innen aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	Ja, wiederholt	7	14 %	10	14 %	8	14 %	12	25 %	6	9%	43	15 %
	Ja, in Einzelfällen	22	44 %	38	54 %	17	29 %	22	46 %	32	49 %	131	45 %
	Nein	5	10 %	11	16 %	11	19 %	4	8%	7	11 %	38	13 %
	Kann ich nicht beurteilen	16	32 %	11	16 %	23	39 %	10	21 %	20	31 %	80	27 %
Vertreter*innen der Medien Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	Ja, wiederholt	3	6%	5	7%	1	2%	7	15 %	1	2%	17	6%
	Ja, in Einzelfällen	5	10 %	22	31 %	11	19 %	11	23 %	9	14 %	58	20 %
	Nein	9	18 %	16	23 %	11	19 %	6	13 %	9	14 %	51	17 %
	Kann ich nicht beurteilen	33	66 %	27	39 %	36	61 %	24	50 %	46	71 %	166	57 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 45: Auftreten von Beleidigung, Bedrohung und Übergriffen in den Förderregionen nach Strategietypen (Teil 2)

Im Zeitraum vom 01.06.2020 bis zum 31.05.2021 wurden in unserer Förderregion ...		Strategie-typ 1 (n=50)		Strategie-typ 2 (n=70)		Strategie-typ 3 (n=59)		Strategie-typ 4 (n=48)		Strategie-typ 5 (n=65)		Gesamt (n=292)	
		Ab- so- lut	In Pro- zent	Ab- so- lut	In Pro- zent								
Bürgermeister*innen oder Landrät*innen aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	Ja, wiederholt	4	8%	7	10%	2	3%	5	10%	4	6%	22	8%
	Ja, in Einzelfällen	9	18%	23	33%	11	19%	18	38%	14	22%	75	26%
	Nein	16	32%	22	31%	17	29%	7	15%	19	29%	81	28%
	Kann ich nicht beurteilen	21	42%	18	26%	29	49%	18	38%	28	43%	114	39%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 46: Zielgruppen, die die Partnerschaften für Demokratie schwerpunktmäßig erreichen möchten, nach Strategietypen

	Strategietyp 1 (n=50)		Strategietyp 2 (n=70)		Strategietyp 3 (n=59)		Strategietyp 4 (n=48)		Strategietyp 5 (n=65)		Gesamt (n=292)	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent								
Breite Bevölkerung	38	76%	57	81%	51	86%	38	79%	52	80%	236	81%
Professionelle zivilgesellschaftliche Akteur*innen (z.B. Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Stiftungen etc.)	34	68%	48	69%	37	63%	31	65%	41	63%	191	65%
Ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur*innen (z.B. Bürgerbündnisse, Bürger*innen etc.)	39	78%	49	70%	43	73%	39	81%	49	75%	219	75%
Kinder	24	48%	37	53%	43	73%	21	44%	40	62%	165	57%
Jugendliche	46	92%	64	91%	56	95%	42	88%	62	95%	270	92%
Erwachsene	25	50%	44	63%	44	75%	29	60%	34	52%	176	60%
Menschen mit Migrationshintergrund	23	46%	47	67%	38	64%	37	77%	38	58%	183	63%
Asylsuchende/Geflüchtete	12	24%	33	47%	23	39%	22	46%	20	31%	110	38%
LGBTI-Personen	8	16%	27	39%	13	22%	19	40%	16	25%	83	28%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n=292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 47: Behinderung der Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteur*innen in den Förderregionen nach Strategietypen

	Strategietyp 1 (n=50)		Strategietyp 2 (n=70)		Strategietyp 3 (n=59)		Strategietyp 4 (n=48)		Strategietyp 5 (n=65)		Gesamt (n=292)	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent								
Ja	12	24%	20	29%	9	15%	14	29%	15	23%	70	24%
Nein	36	72%	49	70%	39	66%	32	67%	45	69%	201	69%
Kann ich nicht beurteilen	2	4%	1	1%	11	19%	2	4%	5	8%	21	7%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 48: Beeinträchtigung der Arbeit der Partnerschaften für Demokratie durch Einflussnahmen und Versuche zur Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume nach Strategietypen

	Strategietyp 1 (n=12)	Strategietyp 2 (n=20)	Strategietyp 3 (n=9)	Strategietyp 4 (n=14)	Strategietyp 5 (n=15)	Gesamt (n=70)
Mittelwert	3,0	3,3	3,1	2,3	2,5	2,8

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 70), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten und in die von Behinderungen der Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteur*innen in ihrer Förderregion berichteten.

Tabelle 49: Kreuztabelle: Stellenwert von Vielfaltförderung und Rassismus bei Typ Strategietyp 4

		Rassismus				Gesamt
		Niedriger Stellenwert	Mittlerer Stellenwert	Hoher Stellenwert	Fehlende Angaben	
Vielfaltförderung	Niedriger Stellenwert	0	2	0	0	2
	Mittlerer Stellenwert	0	1	12	0	13
	Hoher Stellenwert	0	8	24	0	32
	Fehlende Angaben	0	0	1	0	1
Gesamt		0	11	37	0	48

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen in Strategietyp 4 2021 (n = 48).

Tabelle 50: Zusammenfassung von Anstreben von Verbesserung und Stellenwert der bearbeiteten Themenfelder nach Strategietypen (Teil 1)

		Strategie- typ 1		Strategie- typ 2		Strategie- typ 3		Strategie- typ 4		Strategie- typ 5		Gesamt	
		Ab- so- lut	In Pro- zent	Ab- so- lut	In Pro- zent								
Demo- krafteför- derung	Keine Ver- besserung angestrebt	1	2%	2	3%	2	3%	4	8%	1	2%	10	3%
	Niedriger Stellenwert	0	0%	0	0%	0	0%	3	6%	0	0%	3	1%
	Mittlerer Stellenwert	2	4%	1	1%	6	10%	15	31%	7	11%	31	11%
	Hoher Stel- lenwert	47	94%	67	96%	51	86%	26	54%	57	88%	248	85%
Vielfalt- förderung	Keine Ver- besserung angestrebt	4	8%	8	11%	6	10%	1	2%	4	6%	23	8%
	Niedriger Stellenwert	0	0%	0	0%	1	2%	2	4%	0	0%	3	1%
	Mittlerer Stellenwert	10	20%	9	13%	14	24%	13	27%	6	9%	52	18%
	Hoher Stel- lenwert	36	72%	53	76%	38	64%	32	67%	55	85%	214	73%
Demo- krafte- feindlich- keit und Rechtspo- pulismus	Keine Ver- besserung angestrebt	7	14%	4	6%	13	22%	6	13%	15	23%	45	15%
	Niedriger Stellenwert	3	6%	0	0%	3	5%	1	2%	1	2%	8	3%
	Mittlerer Stellenwert	15	30%	11	16%	24	41%	16	33%	30	46%	96	33%
	Hoher Stel- lenwert	25	50%	55	79%	19	32%	25	52%	19	29%	143	49%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 51: Zusammenfassung von Anstreben von Verbesserung und Stellenwert der bearbeiteten Themenfelder nach Strategietypen (Teil 2)

		Strategie- typ 1		Strategie- typ 2		Strategie- typ 3		Strategie- typ 4		Strategie- typ 5		Gesamt	
		Ab- so- lut	In Pro- zent	Ab- so- lut	In Pro- zent								
Rassis- mus	Keine Ver- besserung angestrebt	7	14%	4	6%	13	22%	0	0%	14	22%	38	13%
	Niedriger Stellenwert	1	2%	2	3%	1	2%	0	0%	1	2%	5	2%
	Mittlerer Stellenwert	19	38%	14	20%	20	34%	11	23%	26	40%	90	31%
	Hoher Stel- lenwert	23	46%	50	71%	25	42%	37	77%	24	37%	159	54%
Antisemi- tismus	Keine Ver- besserung angestrebt	20	40%	12	17%	28	47%	7	15%	20	31%	87	30%
	Niedriger Stellenwert	1	2%	5	7%	5	8%	2	4%	6	9%	19	7%
	Mittlerer Stellenwert	20	40%	21	30%	17	29%	17	35%	26	40%	101	35%
	Hoher Stel- lenwert	9	18%	32	46%	9	15%	22	46%	13	20%	85	29%
Rechts- extremis- mus	Keine Ver- besserung angestrebt	15	30%	6	9%	14	24%	11	23%	19	29%	65	22%
	Niedriger Stellenwert	2	4%	0	0%	5	8%	1	2%	6	9%	14	5%
	Mittlerer Stellenwert	14	28%	20	29%	16	27%	12	25%	25	38%	87	30%
	Hoher Stel- lenwert	19	38%	44	63%	24	41%	24	50%	15	23%	126	43%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 52: Zusammenfassung von Anstreben von Verbesserung und Stellenwert der bearbeiteten Themenfelder nach Strategietypen (Teil 3)

		Strategie- typ 1		Strategie- typ 2		Strategie- typ 3		Strategie- typ 4		Strategie- typ 5		Gesamt	
		In Pro- zent	Ab- so- lut	In Pro- zent	Ab- so- lut								
Sinti und Roma- Feindlichkeit	Keine Verbesserung angestrebt	39	78%	44	63%	48	81%	26	54%	51	78%	208	71%
	Niedriger Stellenwert	6	12%	2	3%	5	8%	3	6%	1	2%	17	6%
	Mittlerer Stellenwert	4	8%	13	19%	6	10%	9	19%	10	15%	42	14%
	Hoher Stellenwert	1	2%	11	16%	0	0%	10	21%	3	5%	25	9%
Islam- und Muslimfeindlichkeit	Keine Verbesserung angestrebt	31	62%	30	43%	40	68%	16	33%	35	54%	152	52%
	Niedriger Stellenwert	6	12%	4	6%	8	14%	8	17%	6	9%	32	11%
	Mittlerer Stellenwert	10	20%	23	33%	8	14%	10	21%	18	28%	69	24%
	Hoher Stellenwert	3	6%	13	19%	3	5%	14	29%	6	9%	39	13%
LGBTIQ- Feindlichkeit	Keine Verbesserung angestrebt	30	60%	25	36%	42	71%	15	31%	38	58%	150	51%
	Niedriger Stellenwert	8	16%	9	13%	4	7%	6	13%	9	14%	36	12%
	Mittlerer Stellenwert	9	18%	23	33%	11	19%	18	38%	14	22%	75	26%
	Hoher Stellenwert	3	6%	13	19%	2	3%	9	19%	4	6%	31	11%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 53: Grund für die Ansiedlung beim Träger nach Strategietypen

	Strategietyp 1 (n=50)		Strategietyp 2 (n=70)		Strategietyp 3 (n=59)		Strategietyp 4 (n=48)		Strategietyp 5 (n=65)		Gesamt (n=292)	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent								
Sicherung des Zu-gangs zu zivilge-sellschaftlichen Akteuren	28	57%	48	69%	37	65%	37	77%	49	75%	199	69%
Themenkompe-tenz des Trä-gers/Amts/Organi-sationseinheit	28	57%	45	64%	39	68%	38	79%	43	66%	193	67%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 54: Kooperation mit verschiedenen Akteur*innen nach Strategietypen

		Strategie-typ 1 (n=50)		Strategie-typ 2 (n=70)		Strategie-typ 3 (n=59)		Strategie-typ 4 (n=48)		Strategie-typ 5 (n=65)		Gesamt (n=292)	
		Ab-so-lut	In Pro-zent	Ab-so-lut	In Pro-zent								
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus	Ja	21	42 %	41	59 %	26	44 %	27	56 %	28	43 %	143	49 %
	Nein	26	52 %	26	37 %	27	46 %	20	42 %	34	52 %	133	46 %
	Kann ich nicht beurteilen	3	6%	3	4%	6	10 %	1	2%	3	5%	16	5%
Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (Opferberatung)	Ja	10	20 %	22	31 %	11	19 %	19	40 %	13	20 %	75	26 %
	Nein	34	68 %	43	61 %	43	73 %	27	56 %	48	74 %	195	67 %
	Kann ich nicht beurteilen	6	12 %	5	7%	5	8%	2	4%	4	6%	22	8%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 55: Mittelwerte der Handlungsdimensionen nach Strategietypen

	Strategie- typ 1 (n=50)	Strategie- typ 2 (n=70)	Strategie- typ 3 (n=59)	Strategie- typ 4 (n=48)	Strategie- typ 5 (n=65)	Gesamt (n=292)
Sensibilisierung gegenüber antidemokratischen Phänomenen	4,7	5,6	4,2	5,0	4,4	4,8
Marginalisierung antidemokratischer Bestrebungen	4,0	5,2	4,2	4,3	3,9	4,4
Öffentliche Bekundung von Solidarität	4,6	5,5	4,1	5,1	4,9	4,8
Förderung eines breiten Spektrums zivilgesellschaftlicher Aktivitäten	3,9	5,4	4,6	4,9	5,4	4,9
Förderung gesellschaftlicher Chancengleichheit	4,3	5,3	4,1	5,3	5,3	4,9
Akzeptanz einer demokratischen Diskussionskultur	5,3	5,6	4,4	5,0	5,3	5,2
Verteidigung des Meinungspluralismus	5,5	5,8	4,6	5,7	5,4	5,4
Gesellschaftliche Anerkennung der Demokratie	4,8	5,7	4,8	4,5	5,3	5,1
Wissen über demokratische Strukturen	4,6	5,5	4,5	4,5	5,4	5,0
Individuelle Voraussetzungen politischer Partizipation	5,7	5,9	4,8	5,2	5,8	5,5
Strukturen demokratischer Beteiligung	4,7	5,2	4,3	4,7	5,3	4,9

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten. Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Trifft gar nicht zu“) bis 6 („Trifft voll zu“) berechnet.

Tabelle 56: Aspekte der Resilienz im Bereich Vielfaltförderung in den Förderregionen nach Strategietypen

	Strategie- typ 1 (n=50)	Strategie- typ 2 (n=70)	Strategie- typ 3 (n=59)	Strategie- typ 4 (n=48)	Strategie- typ 5 (n=65)	Gesamt (n=292)
Eine Vielzahl von Akteur*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen schaffen und nehmen Gelegenheiten wahr, die den Austausch und die Begegnung unterschiedlicher sozialer Gruppen stärken und zum Abbau von Vorurteilen beitragen ([...]).	4,1	4,7	4,2	4,4	4,7	4,4
Relevante Akteur*innen setzen sich gemeinsam für die gesellschaftliche Anerkennung von Vielfalt als Grundlage des Zusammenlebens ein.	4,3	4,6	4,3	4,5	4,6	4,5

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten. Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („Trifft gar nicht zu“) bis 6 („Trifft voll zu“) berechnet.

Tabelle 57: Umgang mit aktuellen gesellschaftlichen Themen, Unzufriedenheiten und Kritik an sozialen und politischen Verhältnissen in den Partnerschaften für Demokratie nach Strategietypen

Bei der Umsetzung unserer Partnerschaft für Demokratie wird sichergestellt, dass aktuelle gesellschaftliche Themen, Unzufriedenheiten und Kritik an sozialen und politischen Verhältnissen im Wirkungsfeld der Partnerschaft aufgegriffen und öffentlich thematisiert werden.	Strategietyp 1 (n=50)		Strategietyp 2 (n=70)		Strategietyp 3 (n=59)		Strategietyp 4 (n=48)		Strategietyp 5 (n=65)		Gesamt (n=292)	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent								
1 = Trifft gar nicht zu	1	2%	0	0%	0	0%	0	0%	1	2%	2	1%
2	3	6%	4	6%	8	14%	5	10%	4	6%	24	8%
3	16	32%	9	13%	15	25%	5	10%	13	20%	58	20%
4	13	26%	20	29%	19	32%	22	46%	23	35%	97	33%
5	13	26%	23	33%	15	25%	14	29%	17	26%	82	28%
6 = Trifft voll zu	4	8%	14	20%	2	3%	2	4%	7	11%	29	10%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten.

Tabelle 58: Zusammensetzung des Begleitausschusses nach Strategietypen

	Strategie- typ 1 (n=50)	Strategie- typ 2 (n=70)	Strategie- typ 3 (n=57)	Strategie- typ 4 (n=48)	Strategie- typ 5 (n=65)	Gesamt (n=290)
Professionelle zivilgesellschaftliche Akteur*innen	30%	30%	30%	40%	30%	30%
Ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur*innen	30%	30%	30%	30%	30%	30%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n=290), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten und deren Begleitausschuss konstituiert ist.

Tabelle 59: Operationalisierungstabelle des Regressionsmodells (Teil 1)

Theoretisches Konstrukt	Variable	Skalierung
Störungszentrierte Handlungselemente	Index aus folgenden Variablen:	1 <i>trifft gar nicht zu</i> bis 6 <i>trifft voll zu</i>
	das öffentliche Problematisieren lokal bestehender demokratie- und menschenfeindlicher Erscheinungsformen	1 <i>trifft gar nicht zu</i> bis 6 <i>trifft voll zu</i>
	das Aufdecken und Problematisieren neuer und/oder verdeckter Erscheinungsformen demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene und Positionen	1 <i>trifft gar nicht zu</i> bis 6 <i>trifft voll zu</i>
	das Sichtbarmachen und die Abwehr der Normalisierung demokratie- und menschenfeindlicher Aktivitäten und Positionen	1 <i>trifft gar nicht zu</i> bis 6 <i>trifft voll zu</i>
	das öffentliche Problematisieren konkreter Fälle und des Ausmaßes der Betroffenheit von menschenfeindlichen Übergriffen und Gewalt	1 <i>trifft gar nicht zu</i> bis 6 <i>trifft voll zu</i>
	die Reduktion der Gelegenheiten zu Präsenz von demokratie- und menschenfeindlichen Gruppierungen in der Öffentlichkeit	1 <i>trifft gar nicht zu</i> bis 6 <i>trifft voll zu</i>
	das Setzen sichtbarer Zeichen des gesellschaftlichen Einspruchs im öffentlichen Raum	1 <i>trifft gar nicht zu</i> bis 6 <i>trifft voll zu</i>
	die Ermunterung zum Entgegenreten von Partizipationsansinnen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen	1 <i>trifft gar nicht zu</i> bis 6 <i>trifft voll zu</i>
	die Bereitstellung von Unterstützungsangeboten für von Diskriminierung und Herabwürdigung betroffenen Akteur*innen und Gruppierungen	1 <i>trifft gar nicht zu</i> bis 6 <i>trifft voll zu</i>
Problemdruck Rechts-extremismus	Beurteilung der Situation in der Förderregion folgenden Bereichen: Rechtsextremismus	1 <i>Kein Problemdruck</i> bis 5 <i>Sehr hoher Problemdruck</i>
Zivilgesellschaftliche Verankerung	Ein hoher Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteur*innen in der Förderregion	1 <i>trifft gar nicht zu</i> bis 5 <i>trifft voll zu</i>
	Aktive Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen in der Förderregion	1 <i>trifft gar nicht zu</i> bis 5 <i>trifft voll zu</i>
	Prozentualer Anteil ehrenamtlicher zivilgesellschaftlicher Akteur*innen im BGA	
	Prozentualer Anteil professioneller zivilgesellschaftlicher Akteur*innen im BGA	

Tabelle 60: Operationalisierungstabelle des Regressionsmodells (Teil 2)

Theoretisches Konstrukt	Variable	Skalierung
Erfahrung der Koordinator*innen	Dienstjahre der*des dienstältesten Koordinator*in	1 bis zu einem Jahr 2 bis zu 2 Jahren 3 2 Jahre bis zu 5 Jahren 4 5 Jahre oder mehr
Resilienz Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus	Index aus folgenden Variablen	1 trifft gar nicht zu bis 5 trifft voll zu
	Eine Vielzahl von Bürger*innen ist bezüglich demokratiefeindlicher und/oder rechtspopulistischer Argumentationsstrategien sowie -inhalte aufgeklärt und kann diese erkennen und einordnen.	1 trifft gar nicht zu bis 5 trifft voll zu
	Eine Vielzahl von Bürger*innen verfügt über Kompetenzen, um demokratiefeindlichen und/oder rechtspopulistischen Phänomenen argumentativ zu begegnen.	1 trifft gar nicht zu bis 5 trifft voll zu
	Politische Akteur*innen erkennen demokratiefeindliche und/oder rechtspopulistische Positionen (z.B. Verschwörungsideologien, autoritäre Einstellungen, Wissenschaftsfeindlichkeit) und problematisieren eine Kooperation mit entsprechenden Akteur*innen.	1 trifft gar nicht zu bis 5 trifft voll zu
	Verantwortliche Funktionsträger*innen der Verwaltung sind im Umgang mit demokratiefeindlichen und/oder rechtspopulistischen Forderungen (z.B. Neutralitätsgebot, Akteneinsicht etc.) kompetent.	1 trifft gar nicht zu bis 5 trifft voll zu
	Eine Vielzahl von Akteur*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen unterstützt sich wechselseitig gegen Delegitimierungskampagnen (z.B. bezüglich der Finanzierung oder Kompetenz des Personals) oder Bedrohungen von demokratiefeindlichen und/oder rechtspopulistischen Personen bzw. Gruppierungen.	1 trifft gar nicht zu bis 5 trifft voll zu
	Betroffene und Adressat*innen von demokratiefeindlichen und/oder rechtspopulistischen Anfeindungen und Bedrohungen erfahren bedarfsgerechte Hilfe und Beratung (z.B. politisch, juristisch).	1 trifft gar nicht zu bis 5 trifft voll zu
Eine Vielzahl von Akteur*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen (z.B. Vereine, Verbände) nimmt die Bearbeitung von Demokratiefeindlichkeit und/oder Rechtspopulismus in ihr Handlungsfeld auf.	1 trifft gar nicht zu bis 5 trifft voll zu	

Tabelle 61: Operationalisierungstabelle des Regressionsmodells (Teil 3)

Theoretisches Konstrukt	Variable	Skalierung
	Demokratiefeindlichkeit und/oder Rechtspopulismus werden von einer Vielzahl von Akteur*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen als gesellschaftliche Probleme adressiert und es werden alternative Angebote (z.B. Orte zur Herausbildung demokratischer Gemeinwesen und Milieus) unterbreitet.	1 <i>trifft gar nicht zu</i> bis 5 <i>trifft voll zu</i>
	Engagierte Akteur*innen sind dazu in der Lage, neuen Formen demokratiefeindlicher und/oder rechtspopulistischer Äußerungen und Positionen, etwa im digitalen Raum (z.B. Formen der Hassrede), kompetent entgegenzutreten.	1 <i>trifft gar nicht zu</i> bis 5 <i>trifft voll zu</i>
	Demokratiefeindlich und rechtspopulistisch motivierten Formen der Diskurs- und Argumentationsverweigerung wird nicht nur von vereinzelt, sondern von einem Bündnis engagierter Akteur*innen entgegengetreten.	1 <i>trifft gar nicht zu</i> bis 5 <i>trifft voll zu</i>
	Relevante Akteur*innen teilen ein gemeinsames Problembewusstsein bezüglich der Einordnung lokaler demokratiefeindlicher und/oder rechtspopulistischer Gefährdungen.	1 <i>trifft gar nicht zu</i> bis 5 <i>trifft voll zu</i>
	Nebeneffekte demokratiefeindlicher und/oder rechtspopulistischer Bestrebungen (z.B. Normalisierung, Hufeisen-Theorie etc.) werden aufgedeckt und deren politische Einflussnahme wird eingedämmt.	1 <i>trifft gar nicht zu</i> bis 5 <i>trifft voll zu</i>
	Eine Vielzahl von Bürger*innen ist bezüglich demokratiefeindlicher und/oder rechtspopulistischer Argumentationsstrategien sowie -inhalte aufgeklärt und kann diese erkennen und einordnen.	1 <i>trifft gar nicht zu</i> bis 5 <i>trifft voll zu</i>
Behinderung der Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteur*innen	Betroffenheit der Förderregion von einer oder mehreren Behinderungen der Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteur*innen	1 <i>nein</i> 2 <i>ja</i>
Kenntnisse der Koordinator*innen in programmrelevanten Bereichen	Kenntnisse in den relevanten Themenbereichen (z.B. Rechtsextremismus, GMF)	1 <i>nicht ausreichend</i> bis 4 <i>ausreichend</i>
	Kenntnisse über regionale Ressourcen, wie regionale Netzwerke und Netzwerkstrukturen	1 <i>nicht ausreichend</i> bis 4 <i>ausreichend</i>
Lebendigkeit des Soziallebens vor Ort	Es gibt ein lebendiges Sozialleben und vielfältige Kontakte.	1 <i>trifft gar nicht zu</i> bis 5 <i>trifft voll zu</i>

Tabelle 62: Regressionsmodell der abhängigen Variablen der Störungszentrierung

	Störungszentrierung			
	Modell (1)		Modell (2)	
	Regressionskoeffizient b	Standardisierter Koeffizient Beta	Regressionskoeffizient b	Standardisierter Koeffizient Beta
Problemdruck Rechtsextremismus	0,105* (0,05)	0,12	0,133** (0,05)	0,153
Mobilisierungsgrad ZG-Akteur*innen	-0,011 (0,064)	-0,014	-0,047 (0,067)	-0,06
Aktive Netzwerke und Bürgerbündnisse	-0,037 (0,063)	-0,047	-0,002 (0,064)	-0,003
Anteil professioneller ZG-Akteur*innen im BGA	1,145** (0,357)	0,234	1,032** (0,369)	0,212
Anteil ehrenamtlicher ZG-Akteur*innen im BGA	0,931** (0,345)	0,196	1,012** (0,347)	0,216
Dienstalter	0,134** (0,041)	0,188	0,088* (0,044)	0,125
Resilienz Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus	0,4*** (0,077)	0,312	0,424*** (0,08)	0,336
Behinderung der Arbeit der ZG-Akteur*innen			-0,004 (0,002)	-0,091
Kenntnisse über programmrelevante Themen			0,049 (0,095)	0,032
Kenntnisse über regionale Ressourcen			0,131 (0,082)	0,103
Lebendiges Sozialleben			-0,064 (0,056)	-0,069
Konstante	1,872*** (0,379)		1,41** (0,493)	
R^2	0,193 (0,729)		0,221 (0,706)	

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 292), die bei der Strategietypen-Clusteranalyse berücksichtigt werden konnten. Standardfehler in Klammern, * p < 0.05, ** p < 0.01, *** p < 0.001.

Tabelle 63: Verteilung der Zustimmung zu den Handlungselementen der kommunalen Demokratieförderung (Teil 1)

	Trifft gar nicht zu		Trifft nicht zu		Trifft eher nicht zu		Trifft eher zu		Trifft zu		Trifft voll zu	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Die gesellschaftliche Akzeptanz von Menschen- und Grundrechten fördern.	0	0%	0	0%	3	1%	31	10%	98	33%	168	56%
aktiv das demokratische System und seine Vorzüge (Volkssouveränität, Wahlfreiheit etc.) thematisieren.	0	0%	2	1%	18	6%	72	24%	116	39%	92	31%
das Vertrauen in demokratische Institutionen, Verfahren und Akteur*innen stärken (z.B. durch Bildungsangebote und -reisen, Demokratiespaziergänge, Vor-Ort-Besuche).	0	0%	1	0%	26	9%	72	24%	108	36%	93	31%
für die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Lebensentwürfe eintreten und den gesellschaftlichen Mehrwert von Pluralismus verdeutlichen.	0	0%	0	0%	8	3%	33	11%	84	28%	175	58%
den konstruktiven Dialog als Grundlage eines friedlichen Zusammenlebens erlebbar machen und über Verstöße aufklären (z.B. hate speech).	0	0%	0	0%	7	2%	38	13%	100	33%	155	52%
den Wert politischer Mitbestimmung erleb- und erkennbar machen.	0	0%	0	0%	3	1%	28	9%	97	32%	172	57%
das Wissen über strukturelle Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten fördern.	0	0%	1	0%	4	1%	51	17%	117	39%	127	42%
Informationen bereitstellen, die zur Ausübung bürgerschaftlichen Engagements benötigt werden (z.B. bzgl. rechtlicher Grundlagen, Projektmanagement etc.).	1	0%	8	3%	34	11%	78	26%	100	33%	79	26%
das Wissen zu historischen und aktuellen (sozial-)politischen Zusammenhängen verbreiten.	1	0%	0	0%	16	5%	58	19%	111	37%	114	38%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 300).

Tabelle 64: Verteilung der Zustimmung zu den Handlungselementen der kommunalen Demokratieförderung (Teil 2)

	Trifft gar nicht zu		Trifft nicht zu		Trifft eher nicht zu		Trifft eher zu		Trifft zu		Trifft voll zu	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
die kritische Reflexionskompetenz und politische Mündigkeit durch die Unterstützung demokratischer Sozialisationsprozesse (z.B. durch Demokratietarbeit im Jugendbereich) stärken.	0	0%	0	0%	0	0%	26	9%	85	28%	189	63%
die Kompetenzen zur demokratischen Konfliktführung und dialogischen Artikulation eigener Interessen und Positionen fördern.	1	0%	1	0%	17	6%	66	22%	110	37%	105	35%
Kompetenzen im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Akteur*innen vermitteln.	0	0%	0	0%	9	3%	37	12%	94	31%	160	53%
über das Jugendforum hinaus demokratische Beteiligungsstrukturen aufbauen bzw. erweitern (z.B. Beteiligungsprojekte, Infos zu Netzwerken und Aktionen etc.).	0	0%	1	0%	12	4%	55	18%	100	33%	132	44%
digitale Formate der politischen Mitbestimmung schaffen bzw. bekannt machen.	3	1%	13	4%	66	22%	82	27%	72	24%	64	21%
Gründung und Weiterentwicklung demokratischer Bürger*innenbündnisse (z.B. Initiativen, Vereine etc.) vor Ort unterstützen.	1	0%	11	4%	22	7%	84	28%	90	30%	92	31%
die Beteiligungschancen von benachteiligten Akteur*innen am gesellschaftlichen Leben erhöhen (z.B. interkulturelle Öffnung von Diensten, Barrierefreiheit etc.).	1	0%	4	1%	17	6%	91	30%	94	31%	93	31%
einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensumstände von benachteiligten Akteur*innen leisten (z.B. von geflüchteten oder asylsuchenden Menschen, LGBTIQ-Personen etc.).	1	0%	4	1%	11	4%	76	25%	116	39%	92	31%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 300).

Tabelle 65: Verteilung der Zustimmung zu den Handlungselementen der kommunalen Demokratieförderung (Teil 3)

	Trifft gar nicht zu		Trifft nicht zu		Trifft eher nicht zu		Trifft eher zu		Trifft zu		Trifft voll zu	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Selbstorganisationen von benachteiligten Gruppierungen vor Ort aktivieren und unterstützen.	2	1%	5	2%	28	9%	81	27%	97	32%	87	29%
für die Vielfalt zivilgesellschaftlicher Organisationen und die Einbindung neuer zivilgesellschaftlicher Akteur*innen Sorge tragen.	0	0%	0	0%	13	4%	41	14%	116	39%	130	43%
zur Aneignung von (alternativen) Möglichkeitsräumen des demokratischen Engagements (z.B. in Initiativen, Gemeinschaftsprojekten, Projekt-räumen etc.) ermuntern.	2	1%	3	1%	27	9%	65	22%	106	35%	97	32%
Räume und Initiativen der interkulturellen und intergenerationellen Begegnung und des demokratischen Dialogs zwischen unterschiedlichen Akteur*innen und Lebensformen schaffen und unterstützen (z.B. durch Stadtteilprojekte etc.).	2	1%	5	2%	29	10%	59	20%	92	31%	113	38%
Unterstützungsangebote für von Diskriminierung und Herabwürdigung betroffener Akteur*innen und Gruppierungen bereitstellen.	1	0%	15	5%	38	13%	80	27%	91	30%	75	25%
Zivilcourage einüben und fördern.	0	0%	5	2%	14	5%	60	20%	99	33%	122	41%
konkrete Fälle und das Ausmaß der Betroffenheit von menschenfeindlichen Übergriffen und Gewalt öffentlich machen und problematisieren.	3	1%	10	3%	49	16%	89	30%	75	25%	74	25%
lokal bestehende demokratie- und menschenfeindliche Erscheinungsformen (z.B. Kameradschaften [...]) identifizieren und öffentlich problematisieren.	4	1%	11	4%	54	18%	84	28%	66	22%	81	27%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 300).

Tabelle 66: Verteilung der Zustimmung zu den Handlungselementen der kommunalen Demokratieförderung (Teil 4)

	Trifft gar nicht zu		Trifft nicht zu		Trifft eher nicht zu		Trifft eher zu		Trifft zu		Trifft voll zu	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
die Gelegenheiten zur Präsenz von demokratie- und menschenfeindlichen Gruppierungen in der Öffentlichkeit reduzieren (z.B. Demonstrationsverbote erwirken, Mietermietverträge erarbeiten).	20	7%	55	18%	90	30%	63	21%	41	14%	31	10%
sichtbare Zeichen des gesellschaftlichen Einspruchs (z.B. Stolpersteine, Demonstrationen etc.) im öffentlichen Raum setzen.	3	1%	9	3%	34	11%	64	21%	79	26%	111	37%
neue und/oder verdeckte Erscheinungsformen demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene und Positionen (z.B. Verschwörungstheorien, rechtspopulistische Argumentationen) aufdecken und problematisieren.	2	1%	5	2%	18	6%	67	22%	91	30%	117	39%
die Normalisierung demokratie- und menschenfeindlicher Aktivitäten und Positionen (z.B. im politischen Diskurs) kritisch sichtbar machen und damit verbundene Bestrebungen abwehren.	1	0%	5	2%	28	9%	78	26%	95	32%	93	31%
Partizipationsansinnen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen (z.B. an den Partnerschaften, Projekten, zivilgesellschaftlichen Organisationen) erkennen und zum Entgegenreten ermuntern.	1	0%	8	3%	36	12%	69	23%	102	34%	84	28%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2021 (n = 300).

Kurzprofil

Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS-Frankfurt a. M.) wurde im Jahr 1974 vom Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt e.V. (AWO) gegründet und ist seit 1991 als rechtlich selbständiger gemeinnütziger Verein organisiert. Der Hauptsitz liegt in Frankfurt am Main. In Berlin unterhält das ISS ein Projektbüro.

Das ISS-Frankfurt a. M. beobachtet, analysiert, begleitet und gestaltet Entwicklungsprozesse der Sozialen Arbeit und erbringt wissenschaftliche Dienstleistungen für öffentliche Einrichtungen, Wohlfahrtsverbände und private Träger. Das Institut erhält durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) Projektförderung.

- Das Leistungsprofil des ISS-Frankfurt a. M. steht als wissenschaftsbasiertes Fachinstitut für Praxisberatung, Praxisbegleitung und Praxisentwicklung an der Schnittstelle von Praxis, Politik und Wissenschaft der Sozialen Arbeit und gewährleistet damit einen optimalen Transfer.
- Zum Aufgabenspektrum gehören wissenschaftsbasierte Dienstleistungen und Beratung auf den Ebenen von Kommunen, Ländern, Bund und der Europäischen Union sowie der Transfer von Wissen in die Praxis der Sozialen Arbeit und in die Fachöffentlichkeit.
- Die Arbeitsstruktur ist geprägt von praxiserfahrenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, häufig mit Doppelqualifikationen, die ein breites Spektrum von Themenfeldern in interdisziplinären Teams bearbeiten. Dadurch ist das Institut in der Lage, flexibel auf Veränderungen in Gesellschaft und Sozialer Arbeit sowie die daraus abgeleiteten Handlungsanforderungen für Dienstleister, Verwaltung und Politik einzugehen.
- Auf unserer Website www.iss-ffm.de finden Sie weitere Informationen zum ISS-Frankfurt a. M. und zu dessen Kooperationen sowie Arbeitsberichte, Gutachten und Expertisen zum Download oder Bestellen.





Institut für Sozialarbeit
und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

Telefon +49 (0) 69 / 95789-0
Telefax +49 (0) 69 / 95789-190
E-Mail info@iss-ffm.de
Internet www.iss-ffm.de

